

# PERIPHERIE 161

## Globalisierungskritik postkolonial

|   |  |     |
|---|--|-----|
| Gabriele Zdunek (1953-2020).....  | 3  |     |
| Ilse Schimpf-Herken (1946-2021).....  | 6  |     |
| Zu diesem Heft .....  | 8  |     |
| Aram Ziai   | Auswirkungen der<br>globalisierungskritischen Protestbewegung.<br>Institutionelle Reformen, ein neues<br>Politikverständnis und<br>postkoloniale Nachfragen..... | 12  |
| Anne Reiff  | Alle(s) kooptiert? Globalisierungskritik<br>und partizipative Weltbankreformen.<br>Eine postkolonial-feministische Kritik<br>des Kooptationskonzepts.....        | 43  |
| Janet Conway  | Kosmopolitisch oder kolonial?<br>Das Weltsozialforum als „Kontaktzone“.....  | 66  |
| Walden Bello  | Deglobalisierung – Zwanzig Jahre später<br>(Zur Diskussion).....   | 94  |
| Frauke Banse,<br>Friederike Habermann,<br>Jai Sen & Peter Wahl<br>mit Aram Ziai | „Our World is not for Sale!“<br>Was hat die globale Protestbewegung<br>der 1990er Jahre erreicht – und was nicht?<br>.....                                       | 114 |
| Christoph Scherrer  | <i>PERIPHERIE-Stichwort</i> : Globalisierung .....   | 134 |
| Eric Otieno   | <i>PERIPHERIE-Stichwort</i> : Alterglobalisierung .....  | 138 |

### Rezensionen

#### Sammelrezension

Quinn Slobodian: *Globalisten – Das Ende der Imperien und die Geburt des Neoliberalismus*

|  |     |
|--|-----|
| Adom Getachew: <i>Worldmaking after Empire. The Rise and Fall of Self-Determination</i> (Eric Otieno) .....  | 141 |
| Philmon Ghirmai: <i>Globale Neuordnung durch antikoloniale Konferenzen – Ghana und Ägypten als Zentren der afrikanischen Dekolonisation</i> (Tarkan Tek) ..... | 146 |
| Martin Khor: <i>Battles in the WTO. Negotiations and Outcomes of the WTO Ministerial Conferences</i> (Arndt Hopfmann).....                                     | 148 |
| Heiner Flassbeck: <i>Der begrenzte Planet und die unbegrenzte Wirtschaft. Lassen sich Ökonomie und Ökologie versöhnen?</i> (Arndt Hopfmann).....               | 150 |
| Vincent Bevins: <i>The Jakarta Method. Washington's Anticommunist Crusade and the Mass Murder Program that Shaped Our World</i> (Felix Anderl) .....           | 153 |
| Corinne Mason (Hg.): <i>Routledge Handbook of Queer Development Studies</i> (Rita Schäfer).....  | 156 |
| Miriam Friz Trzeciak: <i>Soziale Welten der Migration. Transregionale Kommunalität in den Herkunftsorten Südmexikos</i> (Stephanie Schütze).....               | 158 |
| Thorsten Kern: <i>West Germany and Namibia's Path to Independence, 1969-1990. Foreign Policy and Rivalry with East Germany</i> (Reinhart Kößler) .....         | 160 |
| Raul Zelik: <i>Die Linke im Baskenland. Eine Einführung</i> (Gerhard Hauck) .....  | 163 |
| Eingegangene Bücher .....  | 165 |
| Summaries.....   | 166 |
| Zu den Autorinnen und Autoren .....  | 167 |

Besuchen Sie uns auf unserer Internetseite:

<http://www.zeitschrift-peripherie.de>.

Dort finden Sie außer den *Calls for Papers* für die kommenden Hefte zum Bestellen einzelner Hefte oder eines Abonnements einen Link zu unserem Verlag sowie weitere Informationen zur *PERIPHERIE*.

## Gabriele Zdunnek (1953-2020)

Der unerwartete Tod von Gabriele Zdunnek am 6. Dezember 2020 hat viele in der Redaktionsgruppe der *PERIPHERIE* erschüttert. Lange Jahre hatte sie gemeinsam mit ihrem Lebenspartner Peter Ay zum aktiven Kern gehört. Auch wenn der Kontakt in letzter Zeit lockerer geworden war, bedeutete ihre „ständige Mitarbeit“ doch anhaltendes Engagement und Interesse. Für viele unter uns war Gabi aber viel mehr als eine geschätzte Kollegin. Sie war wissenschaftlich und methodisch klar und ideologiekritisch, dabei aber nie verbohrte, und sie verkämpfte sich nicht in Debatten. Im Gegenteil, über manche Auswüchse akademischer Streitkultur lachte sie hinweg. Überhaupt war sie oft lustig und unendlich großzügig. Mit ihr konnte man über die skurrilen Seiten des akademischen Lebens schmunzeln und sich entspannen, wenn die Arbeit zu viel und der Druck zu stark wurden, gerne bei einem Glas Wein am Berliner Südstern, aber auch nach einem Seminar bei einer Zigarette. Da sprang dann die Unterhaltung blitzschnell zwischen scharfen Beobachtungen absurder Details, Austausch strategischer Infos, Nachfragen über das persönliche Befinden und harten Diskussionen zu verschiedenen methodischen Ansätzen. Diese Erdung und Vielseitigkeit mag auch daran gelegen haben, dass Gabi das Leben auch von ganz anderen Seiten kannte – etwa aus ihren Jahren als Taxifahrerin, die auch ihre ausgezeichnete Ortskenntnis in West-Berlin begründeten. Besonders gilt dies aber von ihren intensiven Felderfahrungen in Westafrika, vor allem in Ghana und Nigeria. Sie erforschte Ökonomie und Politik im Leben von Yoruba-Händlerinnen in Nigeria. Bei Besuchen der Feldforschungen von Peter Ay zu lokalen Agrarproduktionssystemen in 20 Dörfern östlich von Ibadan lenkte sie die Aufmerksamkeit darauf, auch Daten über die produktiven Tätigkeiten der Agrarproduzentinnen gründlicher als anfänglich vorgesehen auszuwerten. Ergebnis war, dass bei fast allen Produkten Frauen einen eigenen Anbau bestimmten und dass mehr als ein Drittel der Gesamtproduktion (bei rund 50 Agrarprodukten) von Frauen der Dörfer erwirtschaftet wurde. Dorffrauen sind z.B. in der Verarbeitung von Palmöl, der Herstellung verschiedener Maniokprodukte und anderer Nahrungsmittel führend für die lokale Vermarktung, aber auch für den Verkauf auf städtischen Märkten tätig, und den städtischen Märkten galt zu dieser Zeit Gabis Hauptforschungsinteresse. Später machte sie auch Frauenarbeit im informellen Sektor zu einem ihrer intensiv bearbeiteten Themen. Ihre 1987 in Hamburg erschienene Dissertation und besonders die 1988 in Bremen erschienene Forschungsveröffentlichung zum informellen Sektor in Ibadan und Lagos zeigten in beispielhaften Fallstudien die vielfältigen

Strategien, mit denen sich Frauen im informellen Sektor des großstädtischen Afrika gegen die beständige Bedrohung ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten durch den Staatsapparat („slum clearance“, Polizeirazzien gegen Straßenhändlerinnen oder inoffizielle Kneipen, illegale Schutzgeldforderungen durch die Polizei usw.) wie durch Verdrängungswettbewerb von Seiten kapitalistischer Produzent\*innen zu wehren verstehen. Gängige akademische Grenzziehungen wie die zwischen Subsistenzproduktion, Marktproduktion, selbständiger und unselbständiger Arbeit, Reziprozität und Profitorientierung werden dabei beständig über den Haufen geworfen – was gerade den besonderen Reiz der Arbeit ausmacht. Möglich wurden solche Einsichten ebenfalls nur durch die Relativierung der Grenzen konventioneller akademischer Arbeit. Weitere Forschungen betrafen die Folgen der Strukturanpassung in Ghana und Nigeria oder die Kinderarbeit in der Landwirtschaft in Ghana, aber auch in Kapstadt. Diese Forschungen fanden ihren Niederschlag in methodologischen Arbeiten ebenso wie in zahlreichen Beiträgen zur feministischen Debatte, vor allem auch zum Gender-Mainstreaming. Etwas später befasste sich Gabi intensiv mit Fragen der Sicherheit, zumal der Versichertheitlichung von Entwicklungszusammenarbeit, nicht zuletzt im Kontext des ab 2002 auch für Deutschland besonders virulenten Afghanistan-Konflikts. Hinzu kam die Lehrtätigkeit am *Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin* und am *Seminar für Ländliche Entwicklung (SLE) der Humboldt-Universität Berlin*.

Studentische Feldforschungen lagen ihr besonders am Herzen. Dabei vermittelte sie Methodenwissen, kulturelles und soziales Wissen, das praktische Vorgehen, die Kooperation mit den Forschungspartner\*innen, das Sich-Hineinversetzen in andere Perspektiven. Solch partizipative und akteurszentrierte Forschungsansätze waren zwischen quantitativer Forschung, materialistischen Sozialstrukturanalysen und ethnologischem Verstehen alles andere als selbstverständlich, und doch bzw. gerade in der Lage, Ungleichheiten, aber eben auch Emanzipationsansätze herauszuarbeiten. Davon profitierten Studierende der Entwicklungssoziologie der FU Berlin mit Forschungsreisen nach Nigeria und Südafrika sowie Generationen von ASA-Stipendiat\*innen und Studierende des SLE, mit denen sie zur Feldforschung nach Ghana fuhr, sowie Studierende in Projektutorien, für die sie Schirmherrin war. Sie förderte Begeisterung für die Sache und für die Menschen, was sie auch mit ihrem Interesse an ihren Studierenden vorlebte; nie ermüdetlich Berufsperspektiven zu diskutieren und zu eröffnen, auch praktisch Hindernisse für Studentinnen zu überwinden. Das trug zu so mancher entwicklungspolitischen Karriere bei.

Selber hatte Gabi Mitte der 1970er Jahre erste Forschungserfahrungen über eine studentische Feldforschung in Mali gewonnen. Postkoloniale Theorie war für sie geläufig, bevor das Kind diesen Namen hatte. Zu ihrer Lehrforschung hat

sie auch ausführlich publiziert. Eine wesentliche Dimension ihrer Tätigkeit über viele Jahre kennzeichnet zugleich die Art ihres Engagements – die Arbeit als Mitglied der Afrika-Gruppe und des Stiftungsrats der „Stiftung Umverteilen!“. Der Schwerpunkt der Stiftungsarbeit auf Basisprojekten, die wichtige Rolle, die dabei Gender-Fragen oder auch der Kampf gegen Militarismus spielen, spiegeln geradezu Themen von Gabis wissenschaftlicher Arbeit.

Mit der Redaktion der *PERIPHERIE* war Gabi nahezu drei Jahrzehnte lang eng verbunden. Ihr erster, mit Peter Ay verfasster Beitrag, „Exodus aus den Städten Nigerias“ (*PERIPHERIE*, Nr. 49, 1993), zeigte, dass Migration im Entwicklungsprozess entgegen gängiger Meinung keine Einbahnstraße ist: Neben Landflucht und Verstädterung steht Remigration aufs Land, wo immer die Lebensbedingungen in den Städten sich relativ deutlich verschlechtern. Zwei Jahre später setzte sie sich für „Feminismus mit Methode“ ein: Sie plädierte für eine klare Abgrenzung vom *male stream*, einer implizit, in ihren stillschweigenden, kaum je hinterfragten Basishypothesen androzentrischen Sozialwissenschaft. Sie ließ dann auch in einem Projektseminar mehrere Jahrgänge der *PERIPHERIE* auf solchen methodologischen Sexismus untersuchen, was sie nicht davon abhielt, die Zeitschrift und das dahinter stehende Projekt energisch zu bewerben, die Selbstkritik war die beste Werbung. In „Geschlechterverhältnisse in ethnischen Konflikten und Bürgerkriegen“ (*PERIPHERIE*, Nr. 68, 1997), zeigte Gabi am Beispiel von Nigeria und Ruanda, dass die in solchen Konflikten enorm verstärkt eingesetzte sexuelle Gewalt gegen Frauen nicht Ausdruck oder Folge der Kriege sind, sondern Instrument der Auseinandersetzungen. Ausdruck ihrer Beschäftigung mit Versicherheitlichung und Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit besonders im Hinblick auf Afghanistan waren Beiträge in entsprechenden Schwerpunktheften, in denen Gabi teils gemeinsam mit Thomas Zitelmann auf die Risiken aufmerksam machte, dass Spannungen und Konflikte durch solche Interventionen nicht gedämpft, sondern verschärft und eskaliert werden können. Ihr letzter kurzer Beitrag in unserer Zeitschrift behandelte daher treffend „Strategische gewaltfreie Aktion“ (*PERIPHERIE*, Nr. 129, 2013). Die Redaktionsarbeit hat sie nicht nur mit ihrer wissenschaftlichen Kompetenz, sondern auch mit ihrer Offenheit, ihrer Fähigkeit, unterschiedliche Menschen zusammenzubringen und nicht zuletzt mit ihrer Gastfreundschaft – Gabis und Peters Wohnung war oft Anlaufstelle für die Redaktion – unendlich bereichert. Wir werden Gabi Zdunnek vermissen.

*Peter Ay, Gerhard Hauck, Reinhart Kößler, Daniel Kumitz,  
Heide Mertens, Ulrike Schultz & Thomas Zitelmann*

## Ilse Schimpf-Herken (1946-2021)

Paulo Freires „Erziehung als Praxis der Freiheit“ bestimmte ihr Leben und Wirken. Bei ihrer Begegnung mit Paulo Freire auf einer Tagung in Mexico 1971 war Ilse Schimpf-Herken von seinem Ansatz der Alphabetisierung und der Erwachsenenbildung in Lateinamerika, der auf Dialog begründeten Pädagogik, aber auch seiner Persönlichkeit, begeistert. Fortan bildete dieser emanzipatorische Ansatz den Mittelpunkt ihrer Arbeit im Studium ebenso wie in ihrem wissenschaftlichen Arbeiten und ihren vielfältigen Lehrtätigkeiten. In ihrem gesamten Wirken war ihr immer die Symbiose von Theorie und Praxis wichtig. Sie wollte Räume öffnen für Begegnungen und Lernen in Lateinamerika und von Lateinamerika.

In ihren Arbeiten, vor allem in ihrer Lehrtätigkeit am Lateinamerika-Institut der FU Berlin und bei den Erziehungswissenschaften der TU Berlin sowie in den langjährigen Fortbildungsseminaren am Paulo-Freire-Institut nutzte, sie diesen methodischen Ansatz konsequent auch für ihre Beschäftigung mit und Vermittlung von wichtigen gesellschaftlichen Thematiken, die ihr am Herzen lagen und die sie mit großem Engagement bearbeitete. Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie waren für Ilse grundlegende Werte, aus denen sie ihre Arbeitsschwerpunkte ableitete, insbesondere Strategien der Friedensbildung in Postdiktatur-Gesellschaften, Entwicklungspolitik und koloniale Altlasten, Menschenrechtsfragen aus feministischer Perspektive, Antirassismus-Arbeit.

Als Referentin beim Weltfriedensdienst (WFD) und später bei Aktion Solidarische Welt (ASW) musste sie sich mit der Realität und den Sachzwangargumenten der praktischen Entwicklungspolitik auseinandersetzen, denen auch WFD und ASW sich nicht ganz entziehen konnten. Beim WFD war sie für Cabo Verde und Guinea-Bissau zuständig. Ilse ist es gelungen, zu den Projekten und den Menschen dort ein empathisches Verhältnis aufzubauen. Sie hat eine Beziehung auf Augenhöhe und im Dialog gepflegt, ja, der Umgang mit den Menschen im Projekt war fast wie auf privater Ebene; niemals behandelte sie diese rein sachlich als „Zielgruppe“.

Ihr zentrales Interesse galt Lateinamerika und ganz besonders Chile. So lag es nahe, dass Ilse in den 1970er Jahren Mitbegründerin und eine der IdeengeberInnen des Chile-Komitees (*Lateinamerika Nachrichten*) und der Gesellschaft für Entwicklungspolitische Bildung (GEB) war, einem Zusammenschluss von linken LateinamerikawissenschaftlerInnen. Bei der GEB-Publikationsreihe Unterrichtsmaterialien, genannt „Loseblattsammlung“, waren ihre theoretischen und praktischen Erfahrungen sehr hilfreich. Sie hat mit ihrem Engagement

immer angeregt und inspiriert. Beim letzten Ehemaligentreffen im Dezember 2018 im Lateinamerika-Forum (LAF) sprühte sie noch vor Ideen und Plänen.

Bildungsarbeit und lebenslanges Lernen waren für Ilse nie auf die reine Vermittlung von Wissen beschränkt – sie hatte ein umfassenderes Verständnis davon. Dies ging so weit, dass sie auch das System der Bildungsinstitutionen und den Wissenschaftsapparat in ihr Verständnis von emanzipatorischen Bildungsansätzen einbezog und dabei nicht mit Kritik sparte. In ihrem *PERIPHERIE*-Artikel im Heft 4, 1981 („Von der Fragwürdigkeit der Bildungshilfe in die ‚Dritte Welt‘ – eine Kritik emanzipatorischer Machtstrategien“) setzt sie sich intensiv damit auseinander. Sie kritisiert nicht nur die neokoloniale Entwicklungspolitik im Bildungssektor, welche die Unterdrückungsmechanismen perpetuiert, sondern sie setzt sich auch sehr kritisch mit der leistungsorientierten Wissensproduktion und dem Lehrbetrieb des Lateinamerika-Instituts auseinander.

Lateinamerika blieb auch später ihr zentrales Aktionsfeld. Bei der Gründung der Paulo-Freire-Gesellschaft (PFG) und später des Paulo-Freire-Instituts (PFI) in den 1990er Jahren, an denen sie maßgeblich beteiligt war, blieb der Fokus auf Lateinamerika, allerdings immer auch in Bezug auf das Agieren in Europa und in globaler Perspektive. Im Rahmen des PFI, das sie bis zu ihrem Tod leitete, führte sie, immer mit dem methodischen Ansatz von Paulo Freire, vielfältige Fortbildungsprogramme, Seminare, Lehrveranstaltungen an Hochschulen, entwicklungspolitischen Institutionen und vor allem zivilgesellschaftlichen Organisationen durch. Chile war für Ilse zwar immer eine wichtige Referenz, aber sie bot auch friedenspädagogische Seminare in Kolumbien, El Salvador, Guatemala, Mexico und Nicaragua an.

Ilses Engagement und Einfühlungsvermögen waren vorbildlich. In ihrem unerschütterlichen und menschenfreundlichen Optimismus und ihrem Drängen für Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie ist sie sich immer treu geblieben, ohne sich in den Vordergrund zu drängen. Wir verstehen es als ihr Vermächtnis, das friedenspolitische Engagement und die Menschenrechtsarbeit fortzuführen und uns, Paulo Freire folgend, für eine humane und gerechte Welt einzusetzen.

*Theo Mutter & Wolfgang Hein*

## Zu diesem Heft

### Globalisierungskritik postkolonial

Im Juli dieses Jahres jährt sich der G8-Gipfel von Genua zum 20. Mal. Mit rund 300.000 Demonstrierenden, mit dem Überfall auf die Diaz-Schule, bei dem unbewaffnete Gipfelgegner:innen von Polizeikräften krankenhaushausreif geprügelt wurden, den Folterungen in der Bolzaneto-Kaserne und der Erschießung von Carlo Giuliani markiert er sowohl hinsichtlich des Mobilisierungserfolgs als auch hinsichtlich der staatlichen Repression einen Höhepunkt der globalisierungskritischen Protestbewegung. Diese wandte sich gegen die neoliberale Globalisierung der Weltwirtschaft, in Teilen auch gegen die kapitalistische Weltordnung und sorgte um die Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert mit ihren Protesten dafür, dass die Gipfeltreffen von *IWF* und *Weltbank*, der *G8* und der *EU*, des *Weltwirtschaftsforum* und der *Welthandelsorganisation* (WTO) stets mit öffentlicher Kritik, massiven Gegendemonstrationen und Blockaden rechnen mussten – was nach Genua dazu führte, dass die G8-Gipfel zunehmend an schwer zugängliche Orte verlegt wurden. In der Presse bisweilen als „Globalisierungsgegner“ bezeichnet, war die Bewegung jedoch im Gegenteil selbst globalisiert, wie die transnationale Vernetzung im Rahmen von *Peoples' Global Action* (PGA) und des *Weltsozialforums* (WSF) eindrucksvoll demonstrierte, und ihre Zielsetzungen erschöpften sich keineswegs in einer Rückkehr zum Nationalstaat. Zwar gab es auch in früheren Jahrzehnten internationale Kontakte zwischen antikapitalistischen Bewegungen, doch sowohl die Möglichkeiten der Informationstechnologie als auch der ungebremsste Siegeszug des Neoliberalismus nach dem Ende des Kalten Krieges haben in den 1990er Jahren zu einer ungeahnten Mobilisierung geführt, die sich in den massiven Protesten angesichts von Konferenzen der WTO und G7 in Genf, Seattle, Prag und eben Genua manifestierte.

Wir fragen 20 Jahre danach: Was ist aus dieser Protestbewegung geworden? Welche Ziele hat sie erreicht, welche Niederlagen erlitten, und welche weniger offensichtlichen Auswirkungen hat sie gehabt? Wie reagierten die internationalen Institutionen auf die Kritik? Und vor allem: wie ist die Globalisierungskritik der 1990er Jahre zu beurteilen, wenn sie nach kolonialen Mustern und Asymmetrien zwischen Nord und Süd befragt wird?



Von solchen Asymmetrien war die globalisierungskritische Protestbewegung nicht gänzlich frei. Darauf deuten die unterschiedlich große Aufmerksamkeit für die erwähnten großen Proteste einerseits, die geringere Resonanz für Demonstrationen etwa in Nairobi oder Neu-Delhi andererseits ebenso hin wie der Umstand, dass der Name Carlo Giuliani und die Gewaltexzesse der italienischen Polizei in der Bewegung weithin bekannt waren, die zahlreichen Opfer staatlicher Repression im globalen Süden jedoch meist ungenannt und unbekannt blieben: Der Name des südkoreanischen Bauern und Aktivisten Lee Kyung Hae, der sich im Rahmen der Proteste gegen die Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation im mexikanischen Cancún das Leben nahm, um ein Zeichen gegen die verheerenden sozialen und ökologischen Konsequenzen der Freihandelspolitik zu setzen, erzielt heute auf Google nur ein Achtel so viele Treffer wie der von Carlo Giuliani. Auf der anderen Seite ist die Protestbewegung aber wie kaum eine andere von Akteuren und Bewegungen aus ehemaligen Kolonien geprägt worden, die ihrerseits implizit und explizit an die lange Geschichte des anti-kolonialen Widerstands und der Selbstbestimmung angeknüpft haben. Dies spiegelt sich auch in der prägenden Rolle der zapatistischen Befreiungsbewegung EZLN, der Zusammensetzung von PGA und der geographischen Verortung des WSF wider: Von den 16 Weltsozialforen fanden 15 in Ländern des globalen Südens statt.

Die vorliegenden Beiträge laden in unterschiedlicher Form zu einer kritischen Reflexion auf die globalisierungskritische Protestbewegung und ihren Folgen ein und sollen eine Debatte darüber eröffnen, was Aktivist:innen und Wissenschaftler:innen bis heute daraus lernen können.

*Aram Ziai* kontextualisiert die globalisierungskritische Bewegung neu, indem er eine wichtige und für das Vorhaben dieses Heftes grundlegende Frage voranstellt: Was ist genau mit dem Etikett der globalen Protestbewegung gemeint? Er fragt nach der Abgrenzung gegenüber früheren internationalistischen Protestbewegungen im Hinblick auf ihr Politikverständnis und ihre Entscheidungsprozesse. Darüber hinaus zeichnet er die langfristigen Auswirkungen der globalen Protestbewegung auf die globale politische Ökonomie und insbesondere auf die von ihr kritisierten Institutionen nach. Abschließend untersucht er aus postkolonialer Perspektive die neokolonialen Machtverhältnisse zwischen Akteuren des Globalen Nordens und des Globalen Südens innerhalb der Bewegung.

Die Warnung vor der „Kooptationsgefahr“ durch internationale Organisationen ist zu einer wichtigen Lektion der Globalisierungskritik geworden. *Anne Reiff* unterzieht das Konzept der Kooptation, wie es in den Internationalen Beziehungen verwendet wird, einer grundlegenden Kritik. Mithilfe

postkolonialer und feministischer Perspektiven kann sie eine Reihe analytischer Blindstellen und epistemologischer Probleme aufzeigen, die den (herrschafts-)kritischen Anspruch des Kooptationskonzepts als unglaubwürdig zeigen. Gerade angesichts der zunehmenden partizipativen Einbindung der Subalternen durch Institutionen wie die Weltbank argumentiert sie für eine alternative postkoloniale Konzeptualisierung: als globale *politics* subalternen Repräsentation.

Der hier erstmals auf Deutsch vorliegende, zuerst 2011 publizierte Beitrag von *Janet Conway* setzt sich ebenfalls kritisch mit Kommunikationsfähigkeit und Machtverhältnissen auseinander. Basierend auf umfangreicher teilnehmender Beobachtung bei den bis dahin abgehaltenen Weltsozialforen hinterfragt sie, wie sich das Konzept des „offenen Raumes“ auf die Beteiligung und die Rolle subalternen Gruppen in den Foren auswirkt und bringt dafür Konzepte der „Kontaktzone“ mit dekolonialer Theorie aus *Abya Yala* (prä-kolumbianischer und postkolonialer Name des amerikanischen Kontinents in der Sprache der in Panama und Kolumbien lebenden Kuna) in Dialog. Sie beschreibt Prozesse der Marginalisierung subalternen Wissens ebenso wie die Eröffnung paralleler diskursiver Arenen und argumentiert, dass über die Ko-Präsenz im „offenen Raum“ hinaus eine Praxis der Dekolonisierung nötig ist, die eine kritische Anerkennung von historisch strukturierten Hierarchien innerhalb der vermeintlich horizontalen und egalitären Räume der Begegnung voraussetzt.

Im ersten Diskussionsbeitrag zeichnet *Walden Bello* die bewegte Karriere des Deglobalisierungsbegriffs nach. Um die Jahrhundertwende von *Focus on the Global South* als ethisches globalisierungskritisches Paradigma artikuliert, wurde der Begriff zunehmend von rechts kooptiert, um nationalistische und protektionistische Diskurse voranzutreiben. Bellos Beitrag möchte eine kritische Bestandsaufnahme vornehmen, indem er auf einige zentrale Kritikpunkte des Deglobalisierungskonzepts eingeht. Dabei klärt er das Verhältnis zwischen Deglobalisierung und Entkopplung, Degrowth, Ernährungssouveränität und dem Entwicklungsbegriff, bevor er ein für den heutigen Kontext aktualisiertes Deglobalisierungskonzept vorstellt.

Die von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Nachwuchsforschergruppe *Protest und Reform in der globalen politischen Ökonomie aus der Perspektive einer postkolonialen Politikforschung* von der Universität Kassel hat im September 2020 zu einem Webinar eingeladen, dessen Auftakt ein *virtuelles Kaminesgespräch* mit vier Aktivist:innen aus der globalisierungskritischen Bewegung war. Unter dem Titel „Our world is not for sale’. Was hat die globale Protestbewegung der 1990er Jahre erreicht – und was nicht?“ diskutierten *Friederike Habermann, Jai Sen, Peter Wahl* und *Frauke Banse* mit

*Aram Ziai*. Der Diskussionsbeitrag ist eine übersetzte und leicht angepasste Verschriftlichung dieser Gesprächsrunde, die nicht nur (selbst-)kritisch zurückschaut, sondern auch viel Inspiration und Lektionen für die Zukunft globaler Protestbewegungen und Nord-Süd-Allianzen bietet.

Zwei Stichwörter, die sich gerade durch ihre Abgrenzung gut ergänzen, beschließen den Schwerpunkt. *Christoph Scherrer* widmet sich dem noch immer umstrittenen Begriff der „Globalisierung“, der zwar sehr weit verbreitet ist, aber im allgemeinen Gebrauch selten klar umrissen wird. Das Stichwort von *Eric Otieno* erläutert demgegenüber das Konzept der „Alterglobalisierung“ und zeigt, dass der Ausdruck immer weniger als Sammelbezeichnung für globalisierungskritische Bewegungen verwendet wird.

Mit dem vorliegenden Heft, das entscheidend durch die bereits genannte Nachwuchsforschergruppe geprägt wurde, eröffnen wir den 41. Jahrgang. Es war eine Freude, deren Mitglieder als Gastredakteur:innen und Autor:innen dabeizuhaben. Die weiteren für 2021 geplanten Ausgaben nehmen die Themen „Finanzialisierung und Entwicklungspolitik in der Krise“ sowie „DDR Postkolonial“ in den Blick. Darüber hinaus bereiten wir Schwerpunkte zu „Möglichkeiten und Grenzen der Weltsystemtheorie zum Verständnis globaler Ungleichheiten“ sowie „COVID 19: Globale Solidarität?“ vor. Zu diesen und anderen Themen sind Beiträge sehr willkommen. Sobald sie veröffentlicht werden, finden sich die entsprechenden *Calls for Papers* auf unserer Homepage.

Schließlich danken wir allen Leser:innen, Abonnent:innen sowie den Mitgliedern der *Wissenschaftlichen Vereinigung für Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik e.V.*, der Herausgeberin der *PERIPHERIE*. Unsere größtenteils ehrenamtliche Arbeit ist weiterhin von Spenden abhängig. Eine für die langfristige Sicherung des Projekts besonders willkommene Förderung stellt die Mitgliedschaft im Verein dar, in der das Abonnement der Zeitschrift, die Möglichkeit eines kostenlosen Online-Zugangs zu allen Ausgaben sowie regelmäßige Informationen über die Redaktionsarbeit enthalten sind. Wir freuen uns aber auch über einmalige Spenden. Unsere Bankverbindung finden Sie im Impressum.

Wir hoffen, Sie hatten/Ihr hattet einen guten und gesunden Start ins Jahr 2021, und wünschen Ihnen und Euch, dass es so bleibt. Zu guter Letzt hoffen wir, dass die Lektüre der Artikel für Sie und Euch aufschlussreich und inspirierend ist.

Aram Ziai

## Auswirkungen der globalisierungskritischen Protestbewegung Institutionelle Reformen, ein neues Politikverständnis und postkoloniale Nachfragen

*Keywords:* global protest, alterglobalisation, international financial institutions, reform, internationalism, neoliberalism, conception of politics, postcolonial critique, social movements

*Schlagwörter:* globaler Protest, Globalisierungskritik, internationale Finanzinstitutionen, Reform, Internationalismus, Neoliberalismus, Politikverständnis, postkoloniale Kritik, soziale Bewegungen

In dem Artikel „WTO: Trump ist nur der Vollstrecker der Antiglobalisierungsbewegung“<sup>1</sup> argumentiert der SPIEGEL-Kolumnist Henrik Müller – Professor für Wirtschaftsjournalismus an der TU Dortmund, vorher Vizechefredakteur des Manager Magazins – dass der „Niedergang der liberalen Weltordnung“, personifiziert in Donald Trump, mit der Globalisierungskritik der späten Neunziger und der „erste[n] große[n] Antiglobalisierungsdemo“ zum WTO-Gipfel in Seattle 1999 begann. Seither sei der Multilateralismus allgemein und die WTO, die laut Müller „die Wirtschaftsgrößmächte einbremsen und eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung begründen sollte, indem sie allgemeinen Regeln zur Geltung verhälfe“, zugrunde gerichtet worden. Diese These ist aus mindestens zwei Gründen problematisch.

Zum einen wandte sich die globalisierungskritische Protestbewegung der 1990er nie – wie die Anhänger\_innen Trumps – gegen Globalisierung oder Multilateralismus oder Liberalismus per se, sondern gegen eine neoliberale Globalisierung der Weltwirtschaft im Interesse multinationaler Unternehmen. Die fehlende Differenzierung zwischen politischem Liberalismus (individuelle Freiheitsrechte) und wirtschaftlichem Liberalismus (Freihandel) lässt die Gegner\_innen einer Globalisierung der Weltwirtschaft – die im

---

1 <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/wto-donald-trump-ist-nur-der-vollstrecker-der-antiglobalisierungsbewegung-a-d739c469-f646-45d5-b6fd-9bfccccc4cd54>, letzter Aufruf: 9.2.2020.

globalen Wettbewerb Arbeitsrechte und Umweltschutz zu Standortnachteilen erklärt – als Gegner\_innen der Freiheit schlechthin erscheinen. Kritik am Neoliberalismus wird so zur Befürwortung eines autoritären Nationalstaats umgedeutet, eine Denkfigur, die Eingriffe in den Markt als Angriff auf die Demokratie interpretiert.

Zweitens war der Zweck der WTO nie, „die Rechte der Stärkeren zu begrenzen“, wie Müller behauptet. Im Gegenteil: sie war eine Manifestation der Kräfteverhältnisse im Welthandel und setzte die Rechte der Stärkeren durch. Sichtbar ist dies daran, dass sie im Unterschied zum Vorgänger, dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) auch den Bereich der Dienstleistungen umfasste, der den Banken, Versicherungen und Unternehmen des Nordens besonders am Herzen lag. Die WTO ist dabei der „Nicht-Diskriminierung“ verpflichtet, das heißt sie verpflichtet zur Gleichbehandlung von lokalen und ausländischen Akteuren – auch wenn letztere ungleich kapitalkräftiger und wettbewerbsfähiger sind und die einheimische Konkurrenz vom Markt drängen. Dies wird auch sichtbar in dem für den Süden wichtigen Bereich der Agrarsubventionen, in dem die WTO zwar Liberalisierungen in Aussicht stellte, de facto aber durch Ausnahmeregelungen („green box“ und „blue box“) den Industriestaaten des Nordens weiterhin erlaubte, ihre Landwirtschaft und ihre Agrarkonzerne mit umfangreichen Zahlungen vor der Konkurrenz aus dem Süden zu schützen bzw. ihnen sogar Dumpingexporte ermöglichte (Lal Das 1998; Dunkley 2000). Und auch wenn es China und wenigen Schwellenländern gelang, aufgrund strategischer Wirtschaftsregulierung und eines großen Binnenmarkts beeindruckende weltmarktinduzierte Wachstumsprozesse in Gang zu setzen (May u.a. 2014), bleibt die liberale Welthandelsordnung trotz unbeabsichtigter Nebeneffekte primär ein Mittel, Industrialisierungsprozesse im globalen Süden für die übergroße Mehrheit massiv zu behindern (Chang 2003).

Zwar könnte die These vertreten werden,<sup>2</sup> dass im Rückblick rechtsnationale Populisten aus der Kritik an der neoliberalen Weltordnung Kapital geschlagen haben. Auf eine ausführlichere Auseinandersetzung mit der Thematik muss in diesem Beitrag aus Platzgründen verzichtet werden, aber Walden Bello diskutiert in vorliegendem Heft u.a., wie „die Rechte die Deglobalisierung gekapert hat“ (s. in diesem Heft, S. 94ff). Mir scheint insgesamt die Verantwortung für die Popularität rechtspopulistischer Parteien mehr bei den durch diese Ordnung hervorgerufenen sozialen Verwerfungen und auch bei den diese Ordnung mittragenden sozialdemokratischen Parteien zu liegen – und nicht bei den Kritiker\_innen dieser Ordnung. Und grade hinsichtlich der Frage der Demokratie könnte der Gegensatz zwischen der

---

2 Diesen Hinweis verdanke ich einem der beiden Gutachten.

basisdemokratischen Protestbewegung und Trumps autoritärem Nationalismus kaum größer sein (was auch im übernächsten Abschnitt ausgeführt wird).<sup>3</sup> Dass ein angesehenes Presseorgan unwidersprochen behaupten kann, die globalisierungskritische Protestbewegung habe Trump den Boden bereitet, deutet allerdings darauf hin, dass ihre tatsächlichen Auswirkungen in der Öffentlichkeit wenig präsent sind. Und selbst in der Wissenschaft lässt sich feststellen, dass nach zahlreichen Veröffentlichungen v.a. in den frühen 2000er Jahren<sup>4</sup> nur wenige neuere Forschungen auffindbar sind (z.B. Habermann 2014; Sen 2018 a & b) – und auch deren Fokus liegt meist auf der „Hochzeit“ der Gipfelproteste 1998-2001. Dies hängt sicher damit zusammen, dass die Proteste gegen die Weltwirtschaftsgipfel nach dem 11. September 2001 thematisch vom weltweiten „Krieg gegen den Terror“ verdrängt und sicherheitspolitisch eingeschränkt wurden. Die zwischen 50.000 und 75.000 Menschen, die anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg 2017 für „grenzenlose Solidarität“ demonstriert haben, weisen jedoch darauf hin, dass ihr Mobilisierungspotential auch heute noch aktuell ist. Daher hat sich die von der Hans-Böckler-Stiftung finanzierte Nachwuchsforschungsgruppe „Protest und Reform in der globalen politischen Ökonomie aus postkolonialer Perspektive“ des Themas angenommen.

Vor diesem Hintergrund fragt der vorliegende Beitrag aus dem Abstand von zwei Jahrzehnten nach der erwähnten Hochzeit 1) nach der Abgrenzung gegenüber früheren internationalistischen Protestbewegungen im Hinblick auf ihr Politikverständnis und ihre Entscheidungsprozesse, 2) nach den langfristigen Auswirkungen, die die globale Protestbewegung auf die globale politische Ökonomie und insbesondere die von ihr kritisierten Institutionen gehabt hat, sowie 3) aus postkolonialer Perspektive nach den Machtverhältnissen zwischen Akteuren des Nordens und des Südens innerhalb der Bewegung. Zuvor jedoch ist zu klären, was genau mit dem Etikett der globalen Protestbewegung gemeint ist.

---

3 Auf der Grundlage von mehr als 3000 repräsentativen Befragten auf dem Europäischen Sozialforum in Florenz und den G8-Protesten in Genua kommt die Studie von Massimiliano Andretta u.a. (2003: 201) zu dem Schluss: „Zwar kamen und kommen die Bedenken über die Liberalisierung der Märkte und die Homogenisierung der Kultur auch in religiösem Fundamentalismus oder in einem konservativen Protektionismus zum Ausdruck, diese Spielart der Kritik der Globalisierung ist jedoch in der Bewegung nicht präsent, die im Gegenteil ein klar linkes Profil besitzt.“ Nur 0,4 % der Befragten gaben ihre politische Orientierung mit „Mitte-rechts“ oder „rechts“ an und 0,8 % mit „Mitte“ (ebd.: 200).

4 Abramsky 2001; Waterman 2001; Mies 2001; Bewernitz 2002; Mertes 2002; Walk & Boehme 2002; Attac Deutschland 2002; Grefe u.a. 2002; Andretta u.a. 2003; Klein 2003; Anand u.a. 2004; Brand 2005; Marchart & Weinzierl 2006; Notes from Nowhere 2007; Maeckelbergh 2009.

## Die globalisierte Protestbewegung gegen neoliberale Globalisierung

Als Reaktion auf die Konsequenzen der ökonomischen Globalisierungsprozesse (s. z.B. Stiglitz 2002; Chossudovsky 2002; SAPRIN 2004) entstand in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre eine neue weltweite Protestbewegung, nur wenige Jahre nachdem das „Ende der Geschichte“ (Fukuyama) und die Alternativlosigkeit des neoliberalen Kapitalismus verkündet worden war. Diese Konsequenzen wurden von vielen Menschen als Bedrohung wahrgenommen, als Bedrohung von sozialen und ökologischen Standards oder gerade im Norden auch von mühselig erstrittenen Arbeitnehmerrechten, die man sich im globalen Standortwettbewerb vermeintlich nicht mehr „leisten“ konnte. Besonders betroffen von den Auswirkungen von neoliberalen Reformen waren Frauen, die u.a. den Abbau sozialstaatlicher Dienstleistungen durch vermehrte Reproduktionsarbeit kompensieren mussten (Sparr 1994; Wichterich 1998). Dementsprechend kam es seit Mitte der 1990er Jahren vielerorts zu Protesten gegen die Institutionen der globalen Wirtschaftspolitik, allen voran Weltbank, IWF und WTO, wie in Genf 1998, Seattle 1999, Prag 2000 oder Genua 2001.<sup>5</sup> Ausgangspunkte waren 1994 die Proteste in Washington anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Weltbank („50 Years is enough!“, Danaher 1994) und v.a. der Aufstand der Zapatistas gegen die mexikanische Regierung<sup>6</sup> (dem auch eine Revolution der Frauen in der Bewegung vorausgegangen war, Trzeciak & Meuth 2013). Allerdings führte die neoliberale Politik auch in Westeuropa zu zivilgesellschaftlichem Widerstand (Abramsky 2001). Während die Bewegung zunächst als Globalisierungsgegner bzw. als Anti-Globalisierungsbewegung bezeichnet wurde („No globals“, Andretta u.a. 2003), setzte sich zunehmend der Begriff der globalisierungskritischen Protestbewegung durch (bzw. in Frankreich der der „altermondialistes“), der präziser erfasste, dass der Protest keine grundsätzliche Rückkehr zum Nationalstaat zum Ziel hatte, sondern sich primär gegen den Neoliberalismus und den globalen Wettbewerb wandte, ansonsten aber sehr weltoffen war und eine „Globalisierung von unten“ forderte (Boehme & Walk 2002: 9; Mies 2001).<sup>7</sup>

Transnationale Vernetzungen dieser (bisweilen auch als „Global Justice Movement“ titulierten) Protestbewegung lassen sich in den weltweit

---

5 Mit der Bewegungsforschung ließe sich von einem Protestzyklus bzw. einer Protestwelle sprechen (Steinhilper & Anderl 2018: 307f).

6 REDaktion 1997; Brand & Ceceña 2000; Muñoz Ramirez 2004; Kerkeling 2006.

7 Die Webseite [www.gegen-globalisierung.de](http://www.gegen-globalisierung.de) hingegen wurde zu der Zeit von der NPD betrieben.

koordinierten Protestaktionen gegen Freihandel und der von den mexikanischen Zapatistas inspirierten Plattform *People's Global Action* (PGA) erkennen, in der *Association pour la taxation des transactions financières à l'aide des citoyens*, kurz Attac, und in den als Gegenentwurf zum Davoser Weltwirtschaftsforum entstandenen Weltsozialforen, die in Porto Alegre ihren Ausgangspunkt nahmen.<sup>8</sup>

Der Bewegungsforscher Dieter Rucht vertritt die These, dass die globalisierungskritische Protestbewegung schon deutlich vor den 1990er Jahren entstanden sei (Rucht 2002a: 50, 2002b: 61-63). Er begründet dies mit dem Verweis auf Proteste, die sich bereits seit Mitte der 1980er Jahre gegen G7-Gipfel (20-30.000 Demonstrant\_innen in Bonn 1985) oder Jahrestreffen von Weltbank und IWF (80.000 Demonstrant\_innen in Berlin 1988) richteten. Dies wirft die Frage auf, inwiefern zehn Jahre später von einer neuen Bewegung die Rede sein kann bzw. ob wir es nicht vielmehr mit einer älteren Protestbewegung in der Tradition des Internationalismus (Köbler & Melber 2002; Hierlmeier 2002; Fischer & Zimmermann 2008) zu tun haben.

## Eine neue globale soziale Bewegung?

### Politikverständnis und Entscheidungsprozesse

Trotz inhaltlicher Verwandtschaft mit der internationalistischen Solidaritätsbewegung der 1980er Jahre (und möglicherweise auch personeller Überschneidungen) möchte ich, u.a. mit Achim Brunnengräber (2006), die These einer neuen Qualität der globalisierungskritischen Protestbewegung vertreten: Zum einen, weil der technische Fortschritt eine deutlich stärkere globale Vernetzung des Protests und somit einen stärkeren globalisierten Charakter der Bewegung ermöglichte. Durch die Nutzung neuer Kommunikationsmöglichkeiten (Internet, E-Mail, Handys) hatte die globale Vernetzung der Akteure innerhalb der Bewegung eine qualitativ neue Stufe erreicht: Dass am ersten „Global Action Day“, dem 16. Mai 1998, zeitgleich und koordiniert in 49 Städten auf der ganzen Welt von Ankara bis Zürich Proteste gegen Neoliberalismus und konzerngesteuerte Globalisierung sowie für Selbstbestimmung stattfanden, war ebenso ein Novum wie die Tatsache, dass drei Monate vorher auf der ersten PGA-Konferenz in Genf 400 Abgesandte von Basisbewegungen und Nichtregierungsorganisationen aus 56 Ländern zusammentrafen und ein Manifest ihres Netzwerks abstimmten (Habermann 2014: 49, 42). Den globalen Charakter der Bewegung prägte

---

8 Waterman 2001; Bewernitz 2002; Walk & Boehme 2002; Attac Deutschland 2002; Grefe u.a. 2002; Andretta u.a. 2003; Anand u.a. 2004; Brand 2005; Marchart & Weinzierl 2006; Notes from Nowhere 2007; Habermann 2014.



auch, dass als Reaktion auf die sich verschiebenden Kräfteverhältnisse im Prozess der neoliberalen Globalisierung deutlich stärker als früher die Institutionen der globalen politischen Ökonomie in den Fokus genommen wurden und eine Demokratisierung dieser Institutionen und globale soziale Rechte einforderte (Maeckelbergh 2009: 9-11).

Zum anderen aber möchte ich argumentieren, dass die Bewegung geprägt war von einem Politikverständnis, das als pluralitäts- und diversitätsaffin, hierarchie-, avantgarde- und repräsentationskritisch sowie basisdemokratisch und konsensorientiert beschrieben werden kann.

### Akzeptanz von Pluralität und Diversität

Merkmal dieser globalen Protestbewegung war vor allem die gelungene Koalition von Gruppen aus unterschiedlichen Spektren der Zivilgesellschaft, aus „Teamsters and Turtles“, wie in den Anti-WTO-Protesten von Seattle 1999 die Allianz von gewerkschaftlichen und ökologischen Gruppen beschrieben wurde. So war z.B. bei PGA die kanadische Postgewerkschaft CUPW (*Canadian Union of Postal Workers*) ebenso beteiligt wie die indische Bauernbewegung KRRS (*Karnataka Rajya Ryota Sangh*), die nigerianische MOSOP (*Movement for the Survival of the Ogoni People*) ebenso wie die brasilianischen Landlosen des MST (*Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra*), ukrainische Umweltschützer\_innen (*Mama-86*), französische Arbeitslose (*Agir Ensemble contre le Chomage*) und deutsche Autonome (Habermann 2014: 39-53, 113). Dies führte auch zu dem Beinamen „Bewegung der Bewegungen“ (Mertes 2002; Sen 2018a & b) und ging einher mit der Abkehr von der Idee einer einzigen Identität, eines einzigen Gegners, und v.a. eines einzigen gemeinsamen politischen Ziels der Bewegung jenseits der Ablehnung einer neoliberalen Globalisierung (Maeckelbergh 2009: 7). Auf den Punkt gebracht wurde dies durch die Formel „one no – many yeses“ (Habermann 2014: 116; De Angelis 2005: 195). Als gemeinsamer positiver Nenner konnten daher allenfalls eher vage oder allgemeine Ziele wie „reinventing democracy“ (Graeber 2002) oder „reclaiming the commons“ (Klein 2003: 220) umrissen werden. Dies kann mit Ulrich Brand durchaus als Lernerfahrung aus früheren Bewegungen gesehen werden: „Eine wichtige historische Erfahrung ist, dass Vereinheitlichungen *der* Bewegung selbst zu hegemonialen Verhältnissen und damit Ausschlüssen führen.“ (2002: 120) Die Absage an ein einheitliches Ziel und das Bekenntnis zu Diversität und Pluralität ist somit keine Beliebigkeit, sondern eine politische Aussage.

Auch bei Attac gehören (trotz des auf die Finanztransaktionssteuer ausgerichteten Namens) eine thematische Breite und ein weltanschaulicher

Pluralismus zur Identität dazu. Der erste Satz des Attac-Selbstverständnisses lautet:

„Wer bei Attac mitmacht, kann christliche oder andere religiöse Motive haben, Atheist, Humanist, Marxist sein oder und anderen Philosophien anhängen. Attac hat keine verbindliche theoretische, weltanschauliche, religiöse oder ideologische Basis, und es braucht eine solche nicht. Vielfalt ist eine Stärke.“ (Attac 2002: 12)

Beides gilt in mindestens ebenso hohem Maße für das Weltsozialforum, das verschiedenste Gruppen und Kämpfe zu verbinden suchte. Der erste Aufruf des WSF von Porto Alegre verkündete:

„Wir sind Frauen und Männer, Bauern, Arbeiter und Arbeiterinnen, Arbeitslose, Berufstätige, Studentinnen und Studenten, Schwarze und Eingeborene, aus dem Süden und aus dem Norden, engagiert in den [!] Kampf für Menschenrechte, Freiheit, Sicherheit, Arbeitsplätze und Bildung. Wir kämpfen gegen die Hegemonie der Finanzmärkte, die Zerstörung unserer Kulturen, die Monopolisierung des Wissens, der Massenmedien und der Kommunikation, den Abbau der Natur und die Zerstörung der Lebensqualität durch multinationale Konzerne und antidemokratische Politik.“ (in: Anand u.a. 2004: 142)

Die Diversität verschiedener sozialer Kämpfe in der globalisierungskritischen Protestbewegung ging einher mit der Akzeptanz unterschiedlicher Prioritäten und politischer Weltbilder und dessen ungeachtet dem Willen zur politischen Kooperation auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner:

- einer fundamentalen Ablehnung der neoliberalen Globalisierung,
- der Mindestforderung nach demokratischer Selbstbestimmung der Betroffenen und
- der Kritik an fehlender Rechenschaftspflicht der Organisationen und Regelsysteme der *global economic governance*.

Darüber hinaus ist jedoch zwischen eher pragmatisch-reformistischen Teilen der Bewegung (eher bei Attac zu finden) und undogmatisch-antikapitalistisch Teilen (eher bei PGA zu finden) zu differenzieren. Eine davon unterscheidbare dritte Strömung findet sich in den traditionelleren marxistischen Organisationen (*Socialist Worker's Party*, hierzulande v.a. *Linksruck*), die sich auch in die Bewegung eingebracht haben. Dementsprechend gingen die Alternativen zum Neoliberalismus auch in verschiedene Richtungen: in die einer „Deglobalisierung“ (Bello) bzw. einer Abkopplung vom globalen Kapitalismus, einer „Globalisierung von unten“, und einer sozialdemokratischen

Re-Regulierung und Demokratisierung der bestehenden Institutionen der globalen politischen Ökonomie (Rucht 2002b: 58f; Ruggiero 2002: 57).

### Skepsis gegenüber Hierarchien, Avantgarde-Politik und Repräsentation

Auch wenn dieser Punkt sicher nicht für alle Akteure innerhalb der globalisierungskritischen Protestbewegung Gültigkeit hat, so ist doch die weit verbreitete tiefe Skepsis gegenüber Hierarchien, Avantgarde-Politik politischer Repräsentation ein weiteres Merkmal, das die Bewegung von den meisten vorangegangenen unterscheidet. Es gibt keinen Dachverband der globalisierungskritischen Bewegung mit gewählten Repräsentant\_innen. PGA wurde dezidiert als Vernetzung, allenfalls als gemeinsame Plattform gegründet, und in den „Hallmarks“ (Grundprinzipien) wurde festgehalten: „PGA stellt ein Koordinationswerkzeug dar, keine Organisation. Sie hat keine Mitglieder und ist nicht juristisch repräsentiert. Keine Organisation oder Person kann PGA repräsentieren.“ (zit. n. Habermann 2014: 47) Auch die Versuche einer Fraktion, im Rahmen des Weltsozialforums zu verbindlichen Strukturen und Sprecher\_innen zu gelangen, erwiesen sich als hochgradig kontrovers und stießen auf große Widerstände. Laut seiner Prinzipiencharta lehnt das WSF ab, „eine Körperschaft zur Repräsentierung der Weltgesellschaft zu sein“, oder dass jemand „ermächtigt“ wird, „Positionen im Namen aller Teilnehmer\_innen zu vertreten“. Vielmehr sei es „ein diversifizierter, nichtkonfessioneller, nicht an Regierungen und nicht an Parteien gebundener Raum“, der „offen für Pluralität und für die Vielfalt der Aktivitäten und des Engagements der Organisationen und Bewegungen“, aber auch „der Geschlechter, Ethnien, Kulturen, Generationen und physischen Fähigkeiten“ sei (WSF Prinzipiencharta, in Anand u.a. 2004: 118f).

Hier manifestiert sich neben dem Bekenntnis zu Pluralität auch ein Misstrauen gegenüber dem Repräsentationsprinzip, welches einen Grundpfeiler des liberalen Demokratieverständnisses darstellt: Demokratie besteht diesem Prinzip zufolge auf der Wahl von Führungspersonen, deren politische Entscheidungen im Namen der Wählenden als sie repräsentierend und somit als legitim gelten. Ebenso abgelehnt wird die marxistisch-leninistische Idee einer Avantgarde, die als kommunistische Partei die (ihr bekannten) Interessen der unterdrückten Klassen vertritt, mit oder ohne demokratisches Mandat. Brunnengraber bezeichnet die Bewegung daher „in weiten Teilen als herrschaftskritisch“ (2006: 23). Oliver Marchart & Hubert Weinzierl attestieren den Protestierenden aufgrund einer empirischen Studie in Österreich und Italien, dass bei ihnen „ein radikaldemokratisches Selbstverständnis

weitgehend zum Konsens zu gehören scheint“ (2006: 11). Dies manifestiert sich in einer Skepsis gegenüber einem Modell der Politik, das auf dem Prinzip der Repräsentation (dem „Sprechen für Andere“, Ziai 2018) und der Gesellschaftsveränderung „von oben“, durch Übernahme des Staates basiert.

In der Abwesenheit einer politischen Perspektive, die den klassischen Modellen von Reform oder Revolution auf die parlamentarische oder gewaltsame Übernahme des Staatsapparates abzielt, manifestiert sich ein Modell von Wandel, das auf gesellschaftliche Veränderungen von unten anstatt auf solche von oben setzt. Dies hängt zusammen mit der Zurückweisung einer Avantgarde-Politik, wie sie die kommunistischen Parteien in vielen sozialistischen Staaten zu eigen war, und die den Anspruch erhob, über die Interessen der Mitglieder der Bewegung (in diesem Fall die der Arbeiter\_innen) im Zweifelsfall besser Bescheid zu wissen als diese selbst. Das hier entworfene Gegenmodell ist vom bewegungsnahen Politikwissenschaftler John Holloway auf die Formel gebracht worden: „Die Welt zu verändern, ohne die Macht zu übernehmen“ (2002).

### Basisdemokratie und Konsensorientierung

Die Veränderung der Welt soll also – so ein verbreitetes Verständnis in der Protestbewegung – von unten, basisdemokratisch erfolgen und angesichts der Pluralität der Weltbilder auch nicht an einem universellen Gesellschaftsentwurf ausgerichtet sein. Gemäß dem Anspruch einer „präfigurativen Politik“, in der sich die politischen Ziele auch in der Wahl der Mittel widerspiegeln, versuchten weite Teile der Bewegung dementsprechend, Prozesse der internen Entscheidungsfindung ebenfalls so basisdemokratisch und konsensorientiert wie möglich zu gestalten. Dies arbeitet v.a. Marianne Maeckelbergh (2009) in ihrer mehrjährigen ethnographischen Studie zu den Europäischen Sozialforen (ESF) 2003 und 2004, dem Weltsozialforum 2004 und den G8-Gipfelprotesten 2003, 2004 und 2005 deutlich heraus. Ihre zentrale Schlussfolgerung ist, dass diese Bewegung durch partizipative Entscheidungsfindungsprozesse, die von antiautoritären Ideen der 1960er und neuen sozialen Bewegungen geprägt sind und auf Diversität, Horizontalität und Konsens aufbauen, ein neues Demokratieverständnis entwickelt (ebd.: 4, 13-19, 35-38). Im Vordergrund steht dabei nicht das Erreichen eines politischen Ziels, sondern der partizipative, konsensorientierte und Diversität anerkennende statt unterdrückende politische Prozess, in dessen Verlauf sich dieses Ziel erst herauskristallisiert (ebd.: 75f, 89).

Die Studie zeigt dabei einerseits im Kontext des ESF, wie viel Unmut ein hohler, nur formaler oder sogar erzwungener Konsens verursachen

kann (ebd.: 79, 103), aber auch im Kontext der Anti-G8-Mobilisierung, wie partizipative Verfahren unter expliziter Umgehung von Repräsentant\_innen, die für die Bewegung entscheiden, was zu tun ist, und trotz politischer Differenzen zu einem tatsächlich von allen mitgetragenen Konsens führen können. So konnte beispielsweise die kontroverse Frage, ob die radikalen Gipfelgegner\_innen von Dissent! zu der von NGOs organisierten (und die G8 nicht grundsätzlich als illegitim ansehenden) „Make Poverty History“-Demonstration aufrufen sollten, mittels Bezugsgruppendifkussionen, Ideensammlungen, berichtenden Delegierten und in die Kleingruppen zurückgetragenen Vorschlägen konfliktfrei und effektiv innerhalb kurzer Zeit geklärt werden. Nach einer gemeinsamen Gegenveranstaltung konnte der Teil der Bewegung, der eine Unterstützung der breiten Demonstration für wichtig erachtete, an ihr teilnehmen, signalisierte jedoch seine abweichende Meinung durch ein Nichteinhalten des geforderten Dresscodes (bunte statt weiße Kleidung) und eigene Flyer mit dem Slogan „Make Capitalism History“. Alle Beteiligten konnten ihre Bedenken äußern, den Prozess konstruktiv beeinflussen und die Entscheidung mittragen (ebd.: 146-151).

Doch nicht nur im PGA-Spektrum (dem Dissent! Zuzurechnen ist) findet sich das Beharren auf Inklusion, Konsens und Graswurzeldemokratie. Das Bekenntnis zu nichthierarchischer Entscheidungsfindung und partizipativer Demokratie ist auch Teil der WSF-Prinzipiencharte (Anand u.a. 2004: 199). Und auch bei Attac findet sich tendenziell die horizontale, basisdemokratische Organisationsform wieder, wie Vincenzo Ruggiero („die Struktur der Assoziation/Bewegung reflektiert letztlich die Logik elektronischer Netzwerke, wobei Attac weniger eine hierarchische Vereinigung als ein Zusammenschluss Gleichrangiger ist“, 2002: 51) und Marcos Ancelovici (2002: 440f, 448) betonen.

Diese drei Punkte (Akzeptanz von Diversität und Pluralität; Ablehnung von Hierarchien, Avantgarde und Repräsentation; Basisdemokratie und Konsensorientierung) spiegeln in ähnlicher Weise zwei verwandte, aber unterscheidbare theoretisch-politische Debatten wider: die zum Neuen Internationalismus und die zum Zapatismus. Die den „Bewegungsveteran\_innen“ vertrauten Debatten um Internationalismus haben spätestens in den 1990er Jahren zur Verabschiedung bestimmter Dogmen geführt: Erstens: des Glaubens an den Hauptwiderspruch und das revolutionäre Subjekt, also eine Gruppe, deren Unterdrückung in dem Sinne privilegiert ist, als dass (aufgrund von gesellschaftlichen Widersprüchen und Mechanismen) ihre Abschaffung zentral für die Schaffung einer freieren Gesellschaft ist – was einer Akzeptanz von Diversität von Unterdrückten

und der Gleichwertigkeit unterschiedlicher Herrschaftsverhältnisse entgegensteht. Zweitens: des Glaubens an eine emanzipative Veränderung durch Übernahme der Staatsmacht auf der Grundlage einer Blaupause für eine bessere Gesellschaft und objektiven Wissens über die Interessen Anderer und das Gemeinwohl – was einer Ablehnung von Hierarchien, Repräsentation und Avantgarde-Politik nach einem herkömmlichen Politikmodell entspricht. Drittens: des Glaubens an universelle Prozesse von Fortschritt, Modernisierung oder „Entwicklung“, die Gesellschaften und Befreiungsbewegungen im Süden stets in einer nachholenden, rückständigen Position verorten und ein klares politisches Ziel vorgeben – was einer Diversität der Ziele ebenso entgegensteht wie einem offenen, partizipativen Entscheidungsprozess.<sup>9</sup>

Innerhalb der globalisierungskritischen Protestbewegung v.a. bei Jüngeren deutlich stärkeren Anklang fanden jedoch die Slogans der Zapatistas, auf die zur politischen Verortung oftmals zurückgegriffen wurde: „Eine Welt, in die viele Welten hineinpassen“ bestärkt die Akzeptanz von Diversität; „Fragend gehen wir voran“ drückt das Fehlen eines fertig formulierten Weltverbesserungsplans aus und das Bekenntnis zu Zweifel und Diskussion (und somit die Absage an Avantgardepolitik); und „Wir müssen die Welt nicht erobern. Es reicht, sie neu zu schaffen“ distanziert sich von der Perspektive einer Gesellschaftsveränderung durch Übernahme des Staatsapparats und „Wir gehen im Tempo der Langsamsten“ lässt sich als Absage an Avantgarde-Modelle und Bekenntnis zu Inklusion und Konsensorientierung deuten.<sup>10</sup>

Diese drei Prinzipien eines neuen Politikverständnisses (Diversität, Globalität, Ablehnung von Avantgarde-Politik) rechtfertigen es meines Erachtens, von einer neuen, eigenständigen Bewegung im Unterschied zu älteren internationalistischen Bewegungen zu sprechen, von einem Neuen oder gar „postmodernen“ (Redaktion Alaska 1998),<sup>11</sup> einem anarchistischem, postkolonialen oder zapatistischen Internationalismus (Kastner 2011), ungeachtet aller zweifelsfrei vorhandenen Kontinuitäten zu früheren Protestbewegungen.

9 Foitzik & Marvakis 1997; Redaktion Alaska 1998; Hierlmeier 2002; BUKO 2003.

10 REDaktion 1997; Brand & Ceceña 2000; Brand 2002; Muñoz Ramirez 2004; Kerkeling 2006; Kastner 2011.

11 Die Redaktion der Alaska (1998: 223) unterscheidet hierbei einen postmodernen von einem Neuen Internationalismus anhand einer „modernen“ Vorstellung von Emanzipation (radikaler Bruch zwischen bestehenden Verhältnissen und befreiter Gesellschaft, in der keine Herrschaftsverhältnisse mehr existieren, Befreiung als Freisetzung von etwas bereits Existentem, das nicht von Herrschaftsverhältnissen geprägt ist, usw.).

## Erfolgreicher Protest? Reformen der Institutionen der globalen politischen Ökonomie

Wie sieht es nun aus mit den Erfolgen der globalisierungskritischen und von diesem neuen Internationalismus geprägten Protestbewegung? Die Forderung nach der Abschaffung von Weltbank, IWF und WTO, nach der Entmachtung der Konzerne und nach der Streichung des Schuldenbergs der Dritten Welt sind offensichtlich nicht erfüllt worden. Der krude Alltagsverstand eines „hat alles nix gebracht, die da oben machen sowieso, was sie wollen“ wird bei näherem Hinsehen jedoch den Auswirkungen der Bewegung noch weniger gerecht als David Graebers euphorische Diagnose, die Bewegung habe ihre Ziele in Rekordzeit erreicht (Graeber 2007).<sup>12</sup> Tatsächlich hat die Bewegung zahlreiche Reformprozesse angestoßen und einige Prozesse der Neoliberalisierung aufgehalten.

In diesem Abschnitt soll ein Überblick erfolgen über solche Reformprozesse in der Weltwirtschaft, insbesondere in den von der globalen Protestbewegung attackierten Institutionen, die mutmaßlich als Reaktion auf diese Angriffe initiiert wurden. Diesen Zusammenhang auf wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Art und Weise zu belegen, ist allerdings schwierig. Eine sich dieser Frage widmende Dissertation konstatiert: „Die schwierigste Aufgabe war, darzulegen, dass das, was als Reaktion wahrgenommen wurde, tatsächlich durch die soziale Bewegung verursacht worden war.“ (Kolb 2007: 23) Die kritisierten Institutionen werden nur in den seltensten Fällen zugeben, dass sie mit den Reformen die Proteste schwächen und ihre beschädigte Legitimität wiederherzustellen versuchten. Die Schlussfolgerung liegt nahe und auch die wissenschaftliche Literatur geht von diesem Zusammenhang aus (O'Brien u.a. 2000), ein präziser Nachweis steht jedoch noch aus. Felix Kolb (2007: 28) unterscheidet im Hinblick auf den Einfluss sozialer Bewegungen fünf Ebenen:

1. die des Agenda-Settings,
2. die der inhaltlichen Vorschläge im Hinblick auf die Agenda,
3. die der politischen Entscheidungen über die Vorschläge,
4. die der Implementierung der Entscheidungen und
5. die der öffentlichen Güter als Resultat der Implementierung.

Anhand dieses Analyserasters sollen im Folgenden einige mutmaßlich als Reaktion auf Forderungen der globalisierungskritischen Protestbewegung entstandene Reformen näher betrachtet werden.

---

<sup>12</sup> S. auch die Ausgabe der Bewegungszeitschrift *Turbulence* vom Juni 2007 mit dem Titel „What would it mean to win?“

## Reform der Strukturanpassung und Entschuldung in Weltbank und IWF

Auf dem Kölner G7/G8-Gipfel 1999 wurde im Rahmen der Erweiterung der Schuldenerlassinitiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC-II, HIPC – *Highly Indebted Poor Countries*) und als Reaktion auf langjährige Kritik an den umstrittenen Strukturanpassungsprogrammen beschlossen, den Schuldenerlass mit einer Reform dieser Programmen zu verknüpfen. Die wirtschaftspolitischen Konditionalitäten der Kreditvergabe der Weltbank und des IWF sollten fortan – auch über die HIPC-II-Initiative hinaus – an den Prinzipien von Armutsbekämpfung, Partizipation und „ownership“ ausgerichtet sein. Im Klartext sollten von den Regierungen der Nehmerländer unter Beteiligung der Zivilgesellschaft erarbeitete Armutsbekämpfungsstrategien (*Poverty Reduction Strategy Papers*, PRSPs) die Bedingung nicht nur für weitreichende Entschuldung, sondern auch für konzessionäre Kredite der Weltbank sein (BMZ 2002). Dass die Strukturanpassung dem Ziel der Armutsbekämpfung dienen und Sozialprogramme stärken statt kürzen soll, ist eine deutliche Kehrtwende in der Politik der *International Financial Institutions* (IFI) im Vergleich mit den 1980er Jahren, wie die Kritik einer UNICEF-Studie an ihren damaligen Auswirkungen illustriert (Cornia u.a. 1987; s. auch Sparr 1994). Und auch dass Ownership und Partizipation statt Diktaten aus Washington die Erstellung der wirtschaftspolitischen Reformen leiten soll, ist ein gänzlich neues Prinzip gegenüber dem bisher wenig demokratischen Umgang mit Kreditnehmerländern.

In der Forschung wurde jedoch ein deutlicher Einfluss der IFI auf die Erstellung der PRSP konstatiert: Walter Eberlei & Thomas Siebold behaupten, die Rolle von IWF und Weltbank dabei könne „kaum unterschätzt werden“ (2002: 42). Dies scheint erklärungsbedürftig, denn offiziell ist keinerlei Einmischung von dieser Seite in die jeweiligen partizipativen Prozesse vorgesehen. Allerdings haben die beiden Institutionen (u.a. durch ein Handbuch zur PRSP-Erstellung) den Regierungen der betroffenen Länder durchaus deutlich gemacht, welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen in Washington als sinnvoll gelten und welche nicht. Ein Finanzminister eines afrikanischen Landes formulierte es ganz offen: „Wie geben ihnen, was sie wollen, bevor sie anfangen, uns zu belehren.“ (zit. n. World Development Movement 2001: 7) Selbst von Seiten der Zivilgesellschaft wurde in einem afrikanischen Land beispielsweise darauf verzichtet, wirtschaftspolitische Maßnahmen vorzuschlagen, von denen bekannt war, dass sie in Washington auf wenig Gegenliebe stoßen würden (wie z.B. Maßnahmen zum Schutz der einheimischen Landwirtschaft oder Textilindustrie) (vgl. Eberlei & Siebold 2002: 43). Das heißt die Machtbeziehungen in der politischen Ökonomie



sorgen auch unter den Bedingungen formaler „ownership“ der Regierungen und Partizipation der Zivilgesellschaft für eine neoliberale Prägung der PRSP. Die Ausrichtung auf Armutsbekämpfung fand zwar tatsächlich statt, aber in der Form sozialpolitischer Programme unter Beibehaltung neoliberaler Grundprinzipien. David Craig & Doug Porter bezeichnen dies als „inclusive liberalism“ (2005).

Was die Entschuldungsinitiative HIPC-II angeht, so ist zunächst festzuhalten, dass sie deutlich weitreichender war als alle vorhergehenden und zum ersten Mal auch Schulden gegenüber den IFI miteinbezog – allerdings war auch sie längst nicht ausreichend. Zumindest nach ihrer erneuten Erweiterung zur MDRI (*Multilateral Debt Relief Initiative*) auf dem G8-Gipfel in Gleneagles wurde jedoch für eine Reihe verschuldeter Länder zunächst eine spürbare Senkung der Schuldenlast erreicht. Mehr als eine teilweise und vorübergehende Lösung ist jedoch ohne eine Miteinbeziehung globaler Handelspolitik ohnehin nicht zu erwarten (Kaiser 2014).<sup>13</sup>

Im Hinblick auf den Einfluss der Protestbewegung ist festzuhalten, dass er sich mindestens auf drei Ebenen erstreckte: nicht nur gelang es, eine Reform der Strukturanpassung auf die Agenda zu setzen, auch die inhaltliche Akzentsetzung bei den Reformvorschlägen und die politische Entscheidung zugunsten von weitreichendem Schuldenerlass, Armutsbekämpfung, Partizipation und Ownership tragen klar die Handschrift der Globalisierungskritiker\_innen. Auf der vierten Ebene der Umsetzung der Entscheidungen sind die neuen Prinzipien zwar nicht nur leere Rhetorik, aber an der Durchsetzung neoliberaler Prinzipien bei den Armutsbekämpfungsprogrammen hat die Reform wenig geändert. Daher ist unklar, inwiefern auf der fünften Ebene tatsächlich von einem Erfolg gesprochen werden kann.

### Inspection Panel der Weltbank

Als Reaktion auf eine internationale Protestkampagne zivilgesellschaftlicher Akteure gegen das Narmada-Staudammprojekt in Indien (und unter damit erzeugtem Druck des US-Kongresses) wurde 1994 mit dem Inspection Panel der Weltbank eine unabhängige Instanz etabliert, bei der von Weltbankprojekten Betroffene Klage einreichen können, wenn die Institution ihre Umwelt- und Sozialstandards nicht einhält. Das von Management und Präsident der Weltbank unabhängige Inspection Panel erstellt Untersuchungsberichte zu den strittigen Projekten, die dann direkt dem Exekutivdirektorium vorgelegt

---

<sup>13</sup> Dessen eingedenk enthielt das Abkommen zur Entschuldung der BRD 1953 eine Klausel, die Schuldendienstzahlungen an einen Handelsbilanzüberschuss knüpfte – so hatten die Gläubiger einen Anreiz, Exporte des Schuldnerlands zu kaufen (Jubilee Debt Campaign 2015).

werden, das daraufhin Verbesserungsmaßnahmen verlangen oder im Extremfall einen Projektstopp verhängen kann (Shihata 2000). Die internationale Kampagne ging auf die indische Organisation *Narmada Bachao Andolan* unter der Leitung von Medha Patkar zurück, die auch Teil der Vernetzung im Rahmen der globalen Protestbewegung war (Habermann 2014: 89).

Bis dato hatte sich die Weltbank stets darauf berufen, dass der Kreditnehmer (in diesem Fall der indische Staat) allein verantwortlich sei. Die Hartnäckigkeit der Protestkampagne, der für die Weltbank fatale Morse-Report, der die katastrophalen Auswirkungen des Staudammprojekts skizzierte, und der dadurch ausgelöste Druck der USA bewirkten jedoch ein Einlenken. Die Einführung eines Mechanismus, der Betroffenen von Weltbankprojekten eine Klagemöglichkeit bot, war eine einschneidende Neuerung im internationalen Recht. Umso mehr, als dass die meisten anderen multilateralen Entwicklungsbanken dem Beispiel folgten und ebenfalls Rechenschaftsmechanismen einrichteten (van Putten 2008).

In der politikwissenschaftlichen Literatur ist jedoch nicht unumstritten, wie effektiv dieser für internationale Organisationen höchst innovative Rechenschaftsmechanismus letztlich ist. Zwar kam es durchaus als Reaktion auf Beschwerde von Betroffenen und Untersuchungsberichte des Inspection Panels in einer Reihe von Fällen zu konkreten Verbesserungen (z.B. Einführung von zivilgesellschaftlichen Konsultationen, Zahlung von Entschädigungen an Vertriebene), doch nur in wenigen Einzelfällen wurden die kritisierten Projekte tatsächlich gestoppt, und die Entscheidungen bleiben stets dem Exekutivdirektorium der Weltbank vorbehalten und eine Einspruchsmöglichkeit der Kläger\_innen ist nicht vorgesehen.<sup>14</sup> Auch ist als Reaktion auf die Konkurrenz durch die *Asian Infrastructure and Investment Bank* (AIIB) sowie die *New Development Bank* (NDB) ein Aufweichen der sozialen und ökologischen Standards der Weltbank im Rahmen des sog. *safeguard review* zu verzeichnen (Horta 2015).<sup>15</sup> Dennoch hat der Protest zur Schaffung eines wirksamen institutionalisierten Rechenschaftsmechanismus für Projektbetroffene geführt. Und auch wenn Entwicklungsprojekte auch heute noch millionenfach zur Vertreibung führen, sind bei der Weltbank so katastrophale Projekte wie das Narmada Valley Development Staudammprojekt durch diesen Mechanismus heutzutage praktisch ausgeschlossen. Der Einfluss der Protestbewegung erstreckte sich hier wiederum mindestens auf die ersten drei Ebenen (Agenda-Setting, inhaltliche Vorschläge,

14 Fox & Brown 1998; Clark u.a. 2003; World Bank Inspection Panel 2009; Daniel u.a. 2016; Ziai 2016; Pereira u.a. 2017; Schäfer 2019.

15 S. dazu das Civil Society Statement on the October 31 Decision of the World Bank's Board of Directors on the Review of the Inspection Panel's Toolkit von 2018.

politische Entscheidungen). Auch hier ist die vierte Ebene der Implementierung umkämpft. Auf der fünften Ebene lässt sich zumindest ein begrenzter Zugewinn des öffentlichen Gutes demokratischer Rechenschaftspflicht nicht von der Hand weisen.

Weitere Reformprozesse bei der Weltbank, die als Reaktion auf die globale Protestbewegung gesehen werden können, beziehen sich auf die Regulierung und des Extraktivismus-Sektors im Extractive Industries Review (Anderl 2017) sowie auf die breit angelegte Studie „Voices of the Poor“ (Reiff, in diesem Heft, S. 43ff). In einem weiteren Sinne könnte auch die Etablierung der Millennium Development Goals 2001 als Versuch interpretiert werden, die durch die Proteste angeschlagene Legitimation des UN-Systems und der IFI wiederherzustellen.

### TRIPs-Reform in der WTO

Das Abkommen über handelsbezogene geistige Eigentumsrechte (TRIPs – *Trade-related Intellectual Property Rights*) ist seit Gründung der Welthandelsorganisation 1995 verbindlicher Teil ihres Vertragswerks und verlangt von den Mitgliedstaaten, Schutzmechanismen für Patente in nationales Recht umzusetzen (Dunkley 2000). Im Bereich der Medikamentenpatentierung gab es vor dem TRIPs-Abkommen in ungefähr 50 Ländern überhaupt keinen, in zahlreichen anderen Ländern nur einen eingeschränkten Patentschutz (z.B. wurden in Indien lediglich Patente auf Herstellungsverfahren, nicht aber auf Endprodukte erteilt). Das hatte zur Folge, dass in diesen Ländern die medizinische Versorgung durch Generika („Nachbauten“ der Original-Medikamente) erheblich günstiger sichergestellt werden konnte. Durch das TRIPs-Abkommen der WTO wurde somit in vielen Ländern ohne eigene Pharmaindustrie der Rückgriff auf Generika deutlich erschwert oder ganz verhindert, was insbesondere die Behandlung von AIDS-Patienten um das 35- bis 100-fache verteuerte. Zwar waren begrenzte Ausnahmeregelungen für Zwangslizenzen (Herstellung von patentierten Medikamenten ohne Erlaubnis des Patentinhabers) und Parallelimporte (Einfuhr günstigerer Original-Medikamente aus anderen Ländern) vorgesehen, allerdings wurde von den Industrieländern auf die Peripherieländer Druck ausgeübt, von diesem Recht auf Zwangslizenzen keinen Gebrauch zu machen – erfolgreich. Die USA haben hingegen bereits über 100 Mal eine Zwangslizenz angewendet. Nachdem eine von der südafrikanischen Treatment Action Campaign initiierte internationale Kampagne Proteste organisiert und Druck aufgebaut hatte, wurde auf der WTO-Ministerkonferenz in Doha 2001 eine Erklärung zu TRIPs und öffentlicher Gesundheit verabschiedet, die Ausnahmeregelungen

vom Patentrecht im Fall eines nationalen Gesundheitsnotstands ausdrücklich bestätigt und als legal festschreibt.<sup>16</sup>

Das Patentregime war einer der Schwerpunkte der Proteste gegen die WTO, einerseits wegen der Patentierung von Saatgut, andererseits auch wegen der beschriebenen Pharmapatente. Die globalen und v.a. die süd-afrikanischen Proteste haben dazu geführt, dass unter Druck gesetzte Regierungen von Peripherieländern den OECD-Regierungen in der Doha-Erklärung Zugeständnisse in der WTO, abgetrotzt haben (gegen die Pharmafirmen vergeblich zu klagen versucht haben). Auch wenn darauf hingewiesen werden muss, dass entgegen den Forderungen der Proteste das TRIPs-Abkommen und damit das globale Patentregime im Interesse der multinationalen Pharmafirmen durch die Doha-Erklärung unangetastet blieb, kann doch von einem Teilerfolg der Bewegung gesprochen werden. Der Einfluss der Protestbewegung erstreckte sich erneut auf die drei Ebenen des Agenda-Settings, der inhaltlichen Alternativvorschläge und der politischen Entscheidung. Auch hier war die Ebene der Implementierung umkämpft, aber gerade in Südafrika war eine spürbare Verbesserung der Versorgung mit antiretroviralen Medikamenten für AIDS-Patient\_innen ein klarer Erfolg auf der fünften Ebene der öffentlichen Güter.

### Staateninsolvenzverfahren im IWF

Bereits im Verlauf der Schuldenkrise zahlreicher Länder des globalen Südens in den 1980er Jahren, in der der IWF und die Weltbank über die Struktur-  
anpassungskredite zunehmend globalen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik nahmen, wurde der Ruf nach einem geregelten Staateninsolvenzverfahren laut. Dieses sollte das gläubigerdominierte Verfahren im Pariser Club ablösen und sicher stellen, dass insolvente Staaten weiter in der Lage sind, ihren sozialen Verpflichtungen gegenüber ihren Bürger\_innen nachzukommen – was in der Schuldenkrise allzu oft nicht der Fall war. Selbst ein Bericht der UNICEF (Cornia u.a. 1987) stellte fest, dass die Sparpolitik mit dem Ziel, die Forderungen der Gläubigerbanken zu bedienen, auf dem Rücken der einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen der jeweiligen Länder ausgetragen wurde und vielerorts die Kindersterblichkeit stieg und die Lebenserwartung sank. Der IWF hatte Forderungen nach einer Begrenzung des Schuldendienstes durch die Schuldner und nach einem Staateninsolvenzrecht in diesem Kontext stets zurückgewiesen. Doch nach den teilweise massiven Gipfelprotesten der 1990er Jahre (und den Ausschreitungen auf der

---

16 Frein & Reichert 2003: 17; Frein & Reichel 2000: 26; Jenkes 2000; Schaaber 2001; Fischer 2003: 27.

Jahrestagung in Prag 2000) wurden die zivilgesellschaftlichen Forderungen nach einem solchen Verfahren unter dem Namen FTAP (*Fair and Transparent Arbitration Procedure*, faires und transparentes Schiedsverfahren) im IWF 2001 mit dem Vorschlag eines SDRM (*Sovereign Debt Restructuring Mechanism*, Umstrukturierungsmechanismus für Schulden souveräner Staaten) aufgegriffen (Krueger 2002). Das von der IWF-Vizedirektorin skizzierte SDRM-Verfahren entspricht nicht dem geforderten FTAP, aber erkennt an, dass der IWF als Gläubiger nicht die Rolle des Schiedsgerichts übernehmen kann und überträgt die Entscheidung über das Ausmaß des Schuldenerlasses an eine (nicht näher spezifizierte) unabhängige Instanz. Auch wird die Überprüfung aller Gläubigerforderungen zu Beginn als ein Element des Verfahrens genannt. Die Zersplitterung der Schuldenverhandlungen in verschiedene Foren wird ebenso als Problem anerkannt wie die Notwendigkeit eines zeitweiligen Schuldendienstmoratoriums (Schneider 2002; Hersel 2003; Ambrose 2005: 282ff). Allerdings wurde der Vorschlag eines SDRM im Frühjahr 2003 von einer Mehrheit der IWF-Exekutivdirektoren abgelehnt, interessanterweise auch durch einige Repräsentanten des globalen Südens (Kellermann 2006, Kap. V). Hierbei spielte der Druck der Finanzmärkte, die allein die Möglichkeit einer Staateninsolvenz mit Zinsaufschlägen bestrafen würden, eine große Rolle (Ziai 2012).

Der Bewegung gelang es hier selbst in der gegenüber den Protesten am unempfindlichsten Organisation der globalen politischen Ökonomie, dem IWF, das Thema Staateninsolvenz auf die Agenda zu setzen. Die Unterschiede zwischen SDRM und FTAP deuten allerdings auf die Umkämpftheit der Vorschläge auf der zweiten Ebene hin, wie auch auf den Umstand, dass die Probleme mit „rogue creditors“ ein wichtiger Auslöser für das Aufgreifen der Forderung durch den IWF waren. Auf der dritten Ebene der politischen Entscheidung zeigte sich dann, dass der Einfluss der Bankenlobby dem der globalen Protestbewegung überlegen war.

### Finanztransaktionssteuer („Tobin Tax“)

Ebenfalls gegen den Einfluss von Banken und Investmentfonds gerichtet war die Kernforderung von Attac nach einer „Entwaffnung der Finanzmärkte“ durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, nach ihrem Erfinder James Tobin auch „Tobin Tax“ (TT) genannt. Um Spekulation an den Finanzmärkten einzudämmen und Krisen zu verhindern, sollten grenzüberschreitende Devisentransaktionen mit einer geringfügigen Steuer belegt werden – deutlich unter 1 %, aber hoch genug (die Vorschläge reichen von 0,01 bis 0,5 %), um kurzfristige spekulative Finanzgeschäfte, die

aus minimalen Kursunterschieden Gewinn schöpfen wollen, unrentabel zu machen. Die Einkünfte der TT könnten dann nach einem Vorschlag des UNDP zur Finanzierung von Armutsbekämpfung eingesetzt werden (Huffschmid 2002: 233ff; Jetin 2012).

Aufgrund des entschiedenen Widerstands der Bankenlobby und als Konsequenz v.a. auch der US-amerikanischen und britischen Regierungen war ein internationaler Konsens für die TT nicht zu erreichen. Trotz der Ablehnung des Finanzministeriums hat das *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (BMZ) 2002 – mit dem Argument, es handele sich um eine Finanzierungsquelle für Entwicklungszusammenarbeit – eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, die zu dem Schluss kam, dass eine EU-weite Einführung der Steuer ohne größere Probleme durchführbar wäre (Spahn 2002). Die Regierungen von Frankreich und Belgien haben schon relativ früh ihre Unterstützung für die Devisentransaktionssteuer bekundet, 2005 ließ Bundeskanzler Schröder (ebenfalls gegen den ausdrücklichen Rat des Finanzministers) überraschend verlautbaren, dass er ihr auch offen gegenüberstehe (Fues 2005). Nach der Finanzkrise 2008 konnten NGOs sogar den IWF dazu bringen, sich ernsthaft mit der TT auseinanderzusetzen. Auch eine entsprechende Studie des IWF kam zu dem Schluss, dass die Steuer durchaus machbar sei, durch den Einfluss des US-Finanzministeriums wurde jedoch ein anderes Instrument zur Stabilisierung der Märkte favorisiert. 2009 sprachen sich sowohl die SPD als auch Kanzlerin Merkel für die Steuer aus, auf dem G20-Gipfel in Toronto 2010 blieben jedoch die USA, Großbritannien, Australien, Kanada, Indien und noch einige weitere Schwellenländer bei ihrer Ablehnung. Auf Initiative Deutschlands und Frankreichs (unter dem Druck einer zivilgesellschaftlichen Kampagne sowie mit Unterstützung einiger anderer Länder sowie des EU-Parlaments) präsentierte die EU-Kommission einen Vorschlag, der 2013 über die sogenannte Enhanced Cooperation Procedure, die auch ohne Konsens zwischen den EU-Mitgliedstaaten eine „Koalition der Willigen“ ermöglicht, zu Verhandlungen zwischen elf EU-Mitgliedern über die Einführung einer TT führte (Wahl 2014: 4-7). Diese sind allerdings bis heute nicht abgeschlossen.

Ähnlich wie beim SDRM gelang es der Protestbewegung zwar, mit dem Rückwind einer gegenwärtigen Krise das Thema der Finanztransaktionssteuer auf die Agenda des IWF zu setzen (erste Ebene) und auch die inhaltlichen Vorschläge zu beeinflussen (zweite Ebene), auf der Ebene der politischen Entscheidungen war der Einfluss der Bankenlobby jedoch wirksamer. Dies gilt in ähnlicher Form auch für die Arena der EU, wo eine Entscheidung zur Einführung der Steuer trotz vielversprechender Ansätze

bis heute nicht getroffen wurde. Dass das Attac-Projekt in einer Reihe von EU-Mitgliedsstaaten (darunter die Schwergewichte Deutschland und Frankreich) mittlerweile propagiert wird, zeigt, dass hier auch auf der dritten Ebene der Einfluss erfolgreich war, diese Erfolge auf nationaler Ebene bis jetzt durch die supranationale Struktur der EU unwirksam blieben.

Jenseits dieser Reforminitiativen sind jedoch noch weitere Fälle zu nennen, in denen die Protestbewegung Abkommen, die die neoliberale Globalisierung weiter vorantrieben hätten, verhindern konnte. In Kolbs Analyseraster reichte hier demnach der Einfluss zumindest bis auf die Ebene der politischen Entscheidungen, auch wenn die die Bewegung hier nicht als Gestalter, sondern als Vetospieler am politischen Prozess beteiligt war. In beiden Fällen gelang es der Lobby der weltmarktorientierten Kapitalfraktion jedoch, ihre Anliegen auf die Agenda anderer Abkommen zu verlagern.

#### Verhinderung des Multilateralen Investitionsabkommens (MAI)

Der spektakulärste Fall ist sicher der des *Multilateral Agreement on Investment* (MAI). Nachdem sich im Rahmen der WTO abzeichnete, dass ein weitreichendes Investitionsschutzabkommen am Widerstand der Länder des Südens scheitern würde, verlagerten USA und EU die entsprechenden Verhandlungen in die OECD – mit der Absicht, in diesem Rahmen ein Abkommen mit möglichst hohen Standards verabschieden zu können, das möglichst hohe Standards beinhaltete und mittelfristig weltweite Geltung erlangen und als „Verfassung der Weltwirtschaft“ (so WTO-Generaldirektor Renato Ruggiero) fungieren könnte (Tielemann 1999: 4; Mies & Werlhof 1998a: 7). Zentrale Elemente des Abkommens beinhalteten einen Schutz für Investoren vor staatlichen Auflagen (z.B. Verpflichtungen zur Qualifizierung einheimischer Arbeitskräfte oder zur Nutzung lokaler Zulieferer) sowie Klagemöglichkeiten gegen Staaten auf Entschädigung wegen indirekter Enteignung – was potentiell jegliche Gesetze einschloss, die eine Reduktion der Gewinnerwartung des Investors zur Folge hatten (McDonald 1998: 633; Mies & Werlhof 1998b: 15f). Nachdem ein Vertragsentwurf 1997 durch die NGO *Public Citizen* an die Öffentlichkeit gelangte, entstand eine breite zivilgesellschaftliche Protestkampagne in vielen Ländern, die Teil der globalisierungskritischen Bewegung war. Diese war so erfolgreich, dass viele Parlamentarier\_innen und einige Regierungen wie Frankreich und Neuseeland sich der Opposition gegen das MAI anschlossen und das Abkommen im Herbst 1998 für gescheitert erklärt werden musste. An den Verhandlungen beteiligte Ministerien wiesen darauf hin, dass bestehende

Meinungsverschiedenheiten durch die Proteste deutlich verschärft worden seien (Kobrin 1998: 99; Tielemann 1999: 8).

Zwar wurden Versuche unternommen, das Thema Investitionsschutz wieder auf die WTO-Agenda zu setzen, dies war jedoch erfolglos. Stattdessen fanden einige MAI-Klauseln (auch die „indirekte Enteignung“) Eingang in zahlreiche bilaterale Investitionsabkommen. Als Teil des TTIP (*Transatlantic Trade and Investment Partnership*) stießen die Regulierungsverbote für Staaten und Klagemöglichkeiten für Unternehmen jedoch erneut auf massiven zivilgesellschaftlichen Protest, u.a. in Form von 150-250.000 Demonstrierenden in Berlin im Oktober 2015. Nach dem Regierungsantritt von Trump 2016 – und hier findet sich dann doch ein kleines Argument für die ansonsten unplausible These des eingangs erwähnten Spiegel-Artikels – wurden die Verhandlungen auf Eis gelegt. Allerdings vertreten manche Sozialwissenschaftler\_innen die These, dass Trump lediglich der letzte Sargnagel war und die Verhandlungen durch die Proteste und die massive Delegitimierung des Abkommens v.a. in der deutschen Öffentlichkeit ohnehin bereits eingefroren und zum Scheitern verurteilt waren (Soendergaard 2020: 286).

#### Keine weitere Liberalisierungsrunde in der WTO

Beinahe ebenso bemerkenswert wie der Fall des MAI ist jedoch, dass die auf der vierten Ministerkonferenz in Doha/Katar 2001 begonnene Verhandlungsrunde der WTO bis heute nicht abgeschlossen ist. Nur ein kleiner Teil der Doha Agenda konnte 2013 auf der neunten Ministerkonferenz in Bali beschlossen werden. Die anderen sechs Ministerkonferenzen seit Doha verliefen weitestgehend im Sande. Dies führte dazu, dass bereits vor einem Jahrzehnt von einer Krise der WTO die Rede war (Baldwin & Evenett 2011) – und seither ist die Situation nicht besser geworden. Im Gegenteil, die WTO wird von manchen Beobachter\_innen ob dieses Stillstands als zunehmend bedeutungslos angesehen. Grund für die Unfähigkeit der WTO, die Doha-Verhandlungsrunde seit nunmehr fast zwei Jahrzehnten erfolgreich abzuschließen, ist im Wesentlichen eine Pattsituation zwischen Ländern des Nordens und des Südens. Eine stabile Koalition von Vertreter\_innen des Südens weigert sich, weitere Liberalisierungsschritte zu verhandeln, bevor der Norden nicht endlich (bereits in der Uruguay-Runde angekündigte) Zugeständnisse im Bereich der Agrarsubventionen macht (Chorev & Babb 2009: 477). Dies hängt in nicht unwesentlichem Maße damit zusammen, dass seit den späten 1990ern die Proteste gegen neoliberale Globalisierung die Delegierten dieser Länder entsprechend unter Druck gesetzt haben bzw. diese sich die Position der globalisierungskritischen Protestbewegung zu Eigen gemacht haben



(Rucht 2002b: 60). Die Länder des Nordens wichen jedoch nicht von ihrer (in der Uruguay-Runde erfolgreichen) Position ab, nur ein an den Interessen „ihrer“ Unternehmen orientiertes Verhandlungspaket abschließen zu wollen. Unter der Hand beschwerten sich manche, die Delegierten des Südens wären von Demonstrierenden und NGOs aufgehetzt worden (Jawara & Kwa 2003; Ziai 2007 Kap. 8). Offenbar hat die globale Protestbewegung seit 2001 erfolgreich weitere Liberalisierungsabkommen im Rahmen der WTO verhindert. Allerdings wurden stattdessen im gleichen Zeitraum durchaus bilaterale oder regionale Freihandelsabkommen abgeschlossen.

Im Unterschied zu den Reformprozessen ist die Verhinderung eines Ausbaus der neoliberalen Globalisierung uneingeschränkt als Erfolg der Bewegung zu werten. Bei den Reformprozessen müsste noch genauer untersucht werden, inwiefern die erreichten Fortschritte gegen die Prozesse der Kooptation und Befriedung von Bewegungsakteuren und NGOs aufzuwiegen sind (s. hierzu auch Anderl 2017). Diese Prozesse, speziell die Einbindung von NGOs in ein Regime der Global Economic Governance, können als Transformation von Staatlichkeit analysiert werden (s. Brand u.a. 2001). Manche NGOs fragen dabei (in militärischem Vokabular, aber durchaus selbstkritisch), ob in dem Fokus auf die kleinen Scharmützel der Reformen der große Krieg um globale Gerechtigkeit nicht verloren geht (Bendana 2006: 4).

## Postkoloniale Perspektive: kritische Nachfragen

Wenn das Hauptanliegen einer postkolonialen Perspektive in der Untersuchung kolonialer Kontinuitäten besteht<sup>17</sup>, so ist auch im Hinblick auf die globalisierungskritische Protestbewegung die Frage zu stellen, inwiefern sie von globalen Machtasymmetrien und Konstruktionen des Anderen aus der Epoche des Kolonialismus geprägt ist.

Eine systematische Untersuchung dieser Frage kann an dieser Stelle nicht geleistet werden. In der Literatur finden sich (meist eher anekdotische) Hinweise. Einige bejahen die Frage, unter Hinweis auf die deutliche Überrepräsentanz von weißen Westeuropäer\_innen im Europäischen Sozialforum (Maeckelbergh 2009: 134), die Kooptation von globalisierungskritischen Gruppen durch kapitalistische Eliten (Young 2014: 381, s. auch Anderl 2017) oder den Ausschluss des radikalen Netzwerks von Gruppen of Colour „Wretched of the Earth“ vom People’s Climate March of Justice and Jobs in London 2015 (Görllich & Habermann 2018: 321f). Andere verweisen darauf, dass im Rahmen des WSF und insbesondere bei PGA (Habermann 2014)

---

17 Kerner 2012; Conrad u.a. 2013; Castro Varela & Dhawan 2015; Ziai 2016.

explizit darauf geachtet wurde, eine Dominanz nördlicher Akteure zu verhindern. Eine Vermeidung von Paternalismus im Nord-Süd-Kontext wurde auch sichtbar an dem Zitat der Aborigine-Aktivistin Lilla Watson, das dem PGA-Manifest vorangestellt wurde: „Wenn Du nur kommst, um mir zu helfen, dann verschwendest Du Deine Zeit. Wenn Du aber kommst, weil Deine Befreiung mit meiner verbunden ist, dann lass uns zusammen arbeiten!“ (zit. n. Habermann 2014: 46)

An dieser Stelle soll lediglich eine Fallstudie näher beleuchtet werden: die internationale Kampagne zum Schuldenerlass unter dem Namen „Jubilee“ bzw. „Erlassjahr“. Diese erreichte eine Mobilisierung von Millionen von Menschen für einen Schuldenerlass der Trikontländer v.a. im Vorfeld der G8-Gipfel von Köln 1999 und Gleneagles 2005, die einen teilweisen Schuldenerlass hochverschuldeter Niedrigeinkommensländer erreichte (Keet 2000; Kaiser 2014). Dieser war, wie oben ausgeführt, verknüpft mit einer Reform der Strukturanpassungsprogramme und gilt gemeinhin als einer der wichtigen Erfolge der globalen Protestbewegung. Allerdings kam es im Verlauf dieser Kampagne zu einem Konflikt und letztlich einer Abspaltung unter dem Namen „Jubilee South“.

Diese entstand aufgrund inhaltlicher Differenzen zwischen den beteiligten (meist bewegungsnahen) Organisationen im Süden und den tendenziell eher auf professionelle Lobbyarbeit ausgerichteten im Norden. Erstere erhoben dabei weit radikalere Forderungen: auf dem regionalen Treffen der afrikanischen Kampagnen in Accra im April 1998 forderten sie die Einstellung der Schuldendienstzahlungen und Reparationen für Sklavenhandel, Kolonialismus und Neokolonialismus. Auf dem Treffen der lateinamerikanischen und karibischen Kampagnen in Tegucigalpa im Januar 1999 wurde auch von der historischen Schuld des Nordens, nicht des Südens gesprochen (Keet 2000: 463). Daraus ergab sich der Slogan „don't owe, won't pay“: „wir schulden nichts und werden nicht zahlen“. Überhaupt wurde die Legitimität der Schulden grundsätzlich in Frage gestellt und von vielen Kampagnen des Südens ein vollständiger, bedingungsloser Schuldenerlass gefordert. Auch reiche ein Schuldenerlass nicht aus und das Ungleichheit und Armut produzierende Weltwirtschaftssystem gehöre auf den Prüfstand (Collins 1999: 420f; Bendana 2006: 8f; Somers 2014: 88).<sup>18</sup>

Diese Forderungen, die auf dem einzigen gemeinsamen internationalen Kampagnentreffen in Rom 1998 deutlich artikuliert worden waren, wurden in der Folge jedoch von den beteiligten Organisationen aus dem Norden zugunsten von deutlich moderateren Forderungen nach Schuldenreduktion und Schuldenerlass übergangen bzw. allenfalls als Drohkulisse gegenüber

18 S. auch <http://www.jubileesouth.net/>, letzter Aufruf: 2.9.2020.

Gläubigerinstitutionen benutzt, um moderatere Forderungen durchzusetzen (Keet 2000: 462f; Somers 2014: 89). Das Fehlen einer Struktur der internationalen Jubilee 2000 Kampagne ermöglichte dabei eine Dominanz der nationalen Kampagnen mit den meisten Ressourcen (die aus dem Norden, v.a. Großbritannien und Deutschland). Der Vorschlag eines demokratisch konstituierten International Steering Committee wurde von der britischen Kampagne als utopisch abgelehnt. Letztlich wurden so auf informelle Weise die Kampagnenziele von den Akteuren des Nordens definiert (was auch von einem Teil dieser Akteure zugegeben wurde) (Somers 2014: 85).

Im Kontext des Kölner G8-Gipfels übernahmen auch manche der Nord-NGOs die Rhetorik von Weltbank und IWF hinsichtlich der „Schuldentragfähigkeit“ und versuchten eine Verbesserung der HIPC-Entschuldungsinitiative zu erreichen – die aber eine Entschuldung nur für 21 der ärmsten Länder vorsah und zudem an Strukturanpassungsaufgaben knüpfte. Besonders deutlich wurde die Distanz in der diskursiven Rahmung des Schuldenthemas zwischen Nord und Süd auf dem Kölner Gipfel selbst: anstatt des „don’t owe, won’t pay“ trugen einige Erlassjahr-Anhänger\_innen auf dem T-Shirt den Spruch „Und vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben Afrika seine Schulden“ (pers. Erfahrung). Die auf dem Gipfel beschlossene Entschuldungsinitiative beinhaltete die lang kritisierte Koppelung an neoliberale Politiken ebenso wie an eine Entscheidung der IFI, ob die von der Regierung vorgesehenen Armutsbekämpfungsstrategien sinnvoll seien. Die bedingt positive Einschätzung dieser Initiative durch die britische Kampagnendirektorin gegenüber den Medien war nicht mit den Kampagnen des Südens abgesprochen und wurde als bevormundend wahrgenommen (Somers 2014: 86).<sup>19</sup> Auf der Grundlage der Erfahrung, dass ihre Forderungen in der internationalen Jubilee-Kampagne nicht ernst genommen und verwässert wurden, kam es daher im Oktober 1999 zur Gründung von Jubilee South durch etwa 150 Aktivist\_innen aus dem Trikont (Ambrose 2005: 275).

Zwar ist zu bedenken, dass es bei diesem Konflikt auch um einen zwischen radikalen sozialen Bewegungen und bewegungsnahen Organisationen auf der einen und professionellen, auf Lobbyarbeit setzende NGOs ging, aber die Dominanz und der Paternalismus von Akteuren des Nordens gegenüber Akteuren des Südens in der Erlassjahrkampagne ist aus postkolonialer Perspektive auch als eine koloniale Kontinuität zu interpretieren. Auch wenn dieser Fall nicht ohne weiteres als repräsentativ für die

---

<sup>19</sup> Interessant ist in diesem Kontext, dass sich betreffende Person als Leiterin der Jubilee 2000 Kampagne präsentiert („I led a campaign, Jubilee 2000,...“ <https://www.annpettifor.com/about/>, letzter Aufruf: 2.9.2020).

globalisierungskritische Protestbewegung als Ganzes gelten kann, so wird doch deutlich, dass auch unter dem Slogan, „eine andere Welt“ sei möglich, bisweilen Machtverhältnisse auf der existierenden, kolonial geprägten Welt reproduziert werden können.

## Fazit

Am Ende dieses Beitrags sollte deutlich geworden sein, dass die Analogie zu Trump der Bewegung gegen neoliberale Globalisierung in keiner Weise gerecht wird. Selbst gegenüber früheren internationalistischen Bewegungen zeichnet sie sich durch ein stärker basisdemokratisch und anarchistisch geprägtes Politikverständnis aus. Sie hat (auch in der hier vorliegenden und nicht umfassenden Darstellung) eine beeindruckende Reihe an Reformen in den Institutionen der globalen politischen Ökonomie angestoßen und ein weiteres Vorantreiben der neoliberalen Globalisierung in wichtigen Punkten verhindert – und nebenbei bei den beteiligten Menschen zu vielfältigsten Erfahrungen, Reflexions- und Politisierungsprozessen geführt. Allerdings ist auch sie nicht gänzlich frei von neokolonialen Dominanzverhältnissen zwischen Akteuren des Nordens und des Südens. Und sicher ist bei der Würdigung ihrer Erfolge gleichzeitig zu bedenken, inwiefern Reformen auch oft der Demobilisierung und Befriedung sozialer Bewegungen durch herrschende Klassen und Institutionen dienen. Dennoch sollte dies nicht hindern, die erreichten Zugeständnisse durchaus auch als Erfolge der Bewegung zu deuten, zumindest wenn wir David Grabers Verständnis folgen:

„[...] es gibt keine klaren Brüche in der Geschichte. Die Kehrseite einer Vorstellung von klaren Brüchen, vom dem einen Augenblick, wenn der Staat fällt und der Kapitalismus besiegt ist, ist, dass alle Änderungen außer dieser einen überhaupt keinen Sieg darstellen. [...] Das ist in meinen Augen absurd. [...] Vermutlich wird jeder Weg, der tatsächlich zu einer Revolution führt, mit unzähligen Momenten der Kooptation, mit unzähligen siegreichen Kampagnen, mit unzähligen kleinen, aufständischen Augenblicken – oder auch mit Zeiten von Flucht und verborgener Autonomie einhergehen.“ (Graeber 2007: 407)

Revolution im Sinne einer grundlegenden emanzipativen gesellschaftlichen Veränderung, die auch bedeutet, „den Alltag von jeder einzelnen von uns zu verändern“ (A. Titze),<sup>20</sup> ist dann als Summe von vielen einzelnen sozialen Kämpfen, Reformen und unvollständigen Fortschritten zu verstehen, nicht mehr als Wendepunkt der Geschichte, der alle Machtverhältnisse verschwinden lässt (Gibson-Graham 2006 [1996]; Redaktion Alaska 1998) – als „work in progress“.

20 S. hierzu auch den *cultural-politics*-Ansatz, Escobar & Alvarez 1992.

## Literatur

- Abramsky, Kolya (Hg.) (2001): *Restructuring and Resistance. Diverse Voices of Struggle in Western Europe*. Ohne Ortsangabe.
- Ambrose, Soren (2005): „Social Movements and the Politics of Debt Cancellation“. In: *Chicago Journal of International Law*, Bd. 6, Nr. 1, S. 267-286.
- Anand, Anita; Arturo Escobar; Jai Sen & Peter Waterman (Hg.) (2004): *Eine andere Welt. Das Weltsozialforum*. Berlin.
- Ancelovici, Marcos (2002): „Organizing against Globalization: The Case of ATTAC in France“. In: *Politics & Society*, Bd. 30, Nr. 3, S. 427-463 (<https://doi.org/10.1177/0032329202030003003>).
- Anderl, Felix (2017): „Protest – Öffnung – Wandel? Transnationale Advocacy-Netzwerke in der ‚geöffneten‘ Gelegenheitsstruktur“. In: Daphi, Priska; Nicole Deitelhoff; Dieter Rucht & Simon Teune (Hg.): *Protest in Bewegung? Zum Wandel von Bedingungen, Formen und Effekten politischen Protests*, S. 93-116 (<https://doi.org/10.5771/9783845288413-92>).
- Andretta, Massimiliano; Donatella della Porta; Lorenzo Mosca & Herbert Reiter (2003): *No Global – New Global. Identität und Strategien der Antiglobalisierungsbewegung*. Frankfurt a.M.
- Atac, Ilker; Albert Kraler; Wolfram Schaffar & Aram Ziai (Hg.) (2018): *Politik und Peripherie. Eine politikwissenschaftliche Einführung*. Wien.
- Attac (2002): „Zum Selbstverständnis von Attac: Zwischen Netzwerk, NGO und Bewegung – 8 Thesen“. In: Attac Deutschland 2002, S. 12-17.
- Attac Deutschland (Hg.) (2002): *Eine andere Welt ist möglich!* Hamburg.
- Baldwin, Richard, & Simon Evenett (Hg.) (2011): *Next Steps: Getting Past the Doha Round Crisis*. London.
- Bendana, Alejandro (2006): *NGOs and Social Movements. A North/South Divide?* Civil Society and Social Movements Programme Paper No. 22. Genf.
- Bewernitz, Torsten (2002): *Global x. Kritik, Stand und Perspektiven der Antiglobalisierungsbewegung*. Münster.
- BMZ – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2002): *Schuldenerlasse für die ärmsten Länder*. BMZ-Spezial Nr. 41. Bonn.
- Boehme, Nele, & Heike Walk (2002): „Globalisierung von unten: Transnationale Netzwerke in Aktion“. In: Walk & Boehme 2002, S. 9-24.
- Brand, Ulrich (2002): „Glokaler Widerstand: Die zapatistische Suche nach neuen Formen radikaler Politik“. In: Walk & Boehme 2002, S. 119-142.
- Brand, Ulrich (2005): *Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien*. Hamburg.
- Brand, Ulrich, & Ana Esther Ceceña (Hg.) (2000): *Reflexionen einer Rebellion. „Chiapas“ und ein anderes Politikverständnis*. Münster.
- Brand, Ulrich; Alex Demirović; Christoph Görg & Joachim Hirsch (Hg.) (2001): *Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates*. Münster.
- Brunnengräber, Achim (2006): „New Global Opposition“ – oder was wirklich neu ist an den globalisierungskritischen Bewegungen“. In: Marchart & Weinzierl 2006, S. 16-34.
- BUKO – Bundeskoordination Internationalismus (Hg.) (2003): *radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke*. Berlin.
- Castro Varela, María do Mar, & Nikita Dhawan (2015): *Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung*. 2. Aufl., Bielefeld.
- Chang, Ha Joon (2003): *Kicking away the Ladder. Development Strategy in Historical Perspective*. London (<https://doi.org/10.1080/1360081032000047168>).
- Chossudovsky, Michel (2002): *Global brutal. Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg*. Frankfurt a.M.

- Chorev, Nitsan, & Sarah Babb (2009): „The Crisis of Neoliberalism and the Future of International Institutions: A Comparison of the IMF and the WTO“. In: *Theory and Society*, Bd. 38, Nr. 5, S. 459-484 (<https://doi.org/10.1007/s11186-009-9093-5>).
- Clark, Dana; Jonathan Fox & Kay Treakle (Hg.) (2003): *Demanding Accountability. Civil-Society Claims and the World Bank Inspection Panel*. Lanham.
- Collins, Carole (1999): „„Break the Chains of Debt!‘ International Jubilee 2000 Campaign Demands Deeper Debt Relief“. In: *Review of African Political Economy*, Bd. 26, Nr. 81, S. 419-422 (<https://doi.org/10.1080/03056249908704406>).
- Conrad Sebastian; Shalini Randeria & Regina Römhild (Hg.) (2013): *Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*. 2. Aufl., Frankfurt a.M.
- Cornia, Giovanni Andrea; Richard Jolly & Frances Stewart (Hg.) (1987): *Adjustment with a Human Face. Protecting the Vulnerable and Promoting Growth*. Oxford.
- Craig, David, & Doug Porter (2005): „The Third Way and the the Third World: Poverty Reduction and Social Inclusion Strategies in the Rise of ‚Inclusive‘ Liberalism“. In: *Review of International Political Economy*, Bd. 12, Nr. 2, S. 226-263 (<https://doi.org/10.1080/09692290500105524>).
- Danaher, Kevin (1994): *50 Years is Enough. The Case against the World Bank and the International Monetary Fund*. Boston, US-MA.
- Daniel, Caitlin; Kristen Genovese; Mariette van Huijstee & Sarah Singh (Hg.) (2016): *Glass Half Full? The State of Accountability in Development Finance*. Amsterdam.
- De Angelis, Massimo (2005): „„Zapatismo‘ and Globalisation as Social Relations“. In: *Humboldt Journal of Social Relations*, Bd. 29, Nr. 1, S. 179-203.
- Dunkley, Graham (2000): *The Free Trade Adventure. The WTO, the Uruguay Round and Globalism – A Critique*. London.
- Eberlei, Walter, & Thomas Siebold (2002): *Armutsbekämpfung in Afrika. Neue Ansätze oder alte Konzepte?* Duisburg.
- Escobar, Arturo, & Sonia E. Alvarez (Hg.) (1992): *The Making of Social Movements in Latin America. Identity, Strategy, and Democracy*. London & New York, US-NY.
- Fischer, Christiane (2003): „Die Armen bleiben außen vor. Die Zugeständnisse der Industrieländer beim Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten nutzen den ärmsten Ländern wenig“. In: WEED – World Economy, Ecology & Development (Hg.): *Die Regeln der Reichen. Handels- und Investitionspolitische Report 2003*. Bonn & Berlin, S. 26-28.
- Fischer, Karin, & Susan Zimmermann (Hg.) (2008): *Internationalismen. Transformation weltweiter Ungleichheit im 19. und 20. Jahrhundert*. Wien.
- Foitzik, Andreas, & Athanasios Marvakis (Hg.) (1997): *Tarzan – was nun? Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche*. Hamburg.
- Fox, Jonathan, & David L. Brown (Hg.) (1998): *The Struggle for Accountability. The World Bank, NGOs, and Grassroots Movements*. Cambridge, US-MA.
- Frein, Michael, & Jürgen Reichel (2000): „Welthandel, Patente und Menschenrechte. Menschenrechtliche Implikationen des TRIPS-Abkommens in der WTO“. In: *epd*, Nr. 20/2000, S. 25-29
- Frein, Michael, & Tobias Reichert (2003): *Durch die Wüste zu neuen Ufern? Von Doha nach Cancun: Auf der Suche nach der Entwicklungsagenda der WTO*. Bonn.
- Fues, Thomas (2005): „Gefragt ist jetzt die Richtlinienkompetenz des Kanzlers“. In: *Zeitschrift für Entwicklungspolitik*, Nr. 6/2005, S. 20.
- Gibson-Graham, J.K. (2006 [1996]): *The End of Capitalism (as we Knew it). A Feminist Critique of Political Economy*. 2. Aufl., Minneapolis, US-MN.

- Görlich, Wilm, & Friederike Habermann (2018): „Transnationale soziale Bewegungen: Die Reproduktion von Ungleichheit in Theorien und Praktiken globaler zivilgesellschaftlicher Politik“. In: *Atac* u.a. 2018, S. 321-333.
- Graeber, David (2002): „Reinventing Democracy“. In: *In These Times*, 19.2.2002, <https://inthesetimes.com/article/reinventing-democracy>, letzter Aufruf 10.3.2021.
- Graeber, David (2007): „The Shock of Victory“. In: *Sen 2018b*, S. 393-409.
- Grefe, Christiane; Matthias Greffrath & Harald Schumann (2002): *Atac – Was wollen die Globalisierungskritiker?* Berlin.
- Habermann, Friederike (2014): *Geschichte wird gemacht. Etappen des globalen Widerstands*. Hamburg.
- Hersel, Philipp (2003): „Internationale Insolvenzregelungen“. In: WEED – World Economy, Ecology & Development (Hg.): *Die Umverteilungsmaschine – Finanzmärkte und Verschuldung. Fakten – Analysen – Alternativen*. Bonn & Berlin, S. 47-52.
- Hierlmeier, Josef (2002): *Internationalismus. Eine Einführung in die Ideengeschichte des Internationalismus – von Vietnam bis Genua*. Stuttgart.
- Holloway, John (2002): *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*. Münster.
- Horta, Korinna (2015): „Forests under Threat from Weakened World Bank Social, Environmental Safeguards“. In: *Development Today*, 7.7.2015.
- Huffschmid, Jörg (2002): *Politische Ökonomie der Finanzmärkte*. Hamburg.
- Jawara, Fatoumata, & Eileen Kwa (2003): *Behind the Scenes at the WTO: The Real World of International Trade Negotiations*. London.
- Jenkes, Claudia (2000): „Rechtsstreit in Südafrika“. In: *Pharma-Brief*, Nr. 9-10/2000, S. 4.
- Jetin, Bruno (2012): „The Tobin Tax“. In: Juergensmeyer, Mark, & Helmut K. Anheier (Hg.): *Encyclopaedia of Global Studies*. London, <https://halshs.archives-ouvertes.fr/halshs-02020052/document>, letzter Aufruf: 2.9.2020.
- Jubilee Debt Campaign (2015): *How Europe Cancelled Germany's Debt*. Briefing Januar 2015.
- Kaiser, Jürgen (2014): „15 Jahre Kölner Schuldeninitiative“. In: *Erlassjahr & Kindernothilfe* (Hg.): *Schuldenreport 2014*, Düsseldorf, S. 23-28, [https://erlassjahr.de/wordpress/wp-content/uploads/2016/03/Schuldenreport\\_2014.pdf](https://erlassjahr.de/wordpress/wp-content/uploads/2016/03/Schuldenreport_2014.pdf), letzter Aufruf: 10.3.2021.
- Kastner, Jens (2011): *Alles für Alle! Zapatismus zwischen Sozialtheorie, Pop und Pentagon*. Münster.
- Keet, Dot (2000): „The International Anti-Debt Campaign: A Southern Activist View for Activists ‚in the North‘ ... and ‚the South““. In: *Development in Practice*, Bd. 10, Nr. 3-4, S. 461-477 (<https://doi.org/10.1080/09614520050116613>).
- Kellermann, Christian (2006): Die Organisation des Washington Consensus. Der Internationale Währungsfonds und seine Rolle in der internationalen Finanzarchitektur. Bielefeld (<https://doi.org/10.14361/9783839405536>).
- Kerkeling, Luz (2006): *La Lucha Sigue! EZLN – Ursachen und Entwicklungen des zapatistischen Aufstands*. 2. Aufl., Münster.
- Kerner, Ina (2012): *Postkoloniale Theorien zur Einführung*. Hamburg.
- Klein, Naomi (2003): *Über Zäune und Mauern. Berichte von der Globalisierungsfront*. Frankfurt a.M.
- Kobrin, Stephen J. (1998): „The MAI and the Clash of Globalizations“. In: *Foreign Policy*, Nr. 112, S. 97-109 (<https://doi.org/10.2307/1149038>).
- Köbler, Reinhart, & Henning Melber (2002): *Globale Solidarität? Eine Streitschrift*. Frankfurt a.M.
- Kolb, Felix (2007): *Protest and Opportunities. The Political Outcomes of Social Movements*. Frankfurt a.M.
- Krueger, Anne (2002): *A New Approach to Sovereign Debt Restructuring* (<https://doi.org/10.5089/9781589061217.054>).
- Lal Das, Bhagirath (1998): *An Introduction to the WTO Agreements*. Penang.

- Marchart, Oliver, & Hubert Weinzierl (Hg.) (2006): *Stand der Bewegung? Protest, Globalisierung, Demokratie – eine Bestandsaufnahme*. Münster.
- Maeckelbergh, Marianne (2009): *The Will of the Many: How the Alterglobalisation Movement is Changing the Face of Democracy*. London.
- May, Christian; Andreas Nölke & Tobias ten Brink (2014): „Institutionelle Determinanten des Aufstiegs großer Schwellenländer: Eine global-politökonomische Erweiterung der Vergleichenden Kapitalismusforschung“. In: Müller, Franziska; Elena Sondermann; Ingrid Wehr; Cord Jakobeit & Aram Ziai, (Hg): *Entwicklungstheorien. Weltgesellschaftliche Transformationen, entwicklungspolitische Herausforderungen, theoretische Innovationen*. Baden-Baden, S. 67-94 ([https://doi.org/10.5771/9783845250298\\_72](https://doi.org/10.5771/9783845250298_72)).
- McDonald, Jan (1998): „The Multilateral Agreement on Investment: Heyday or MAI-Day for Ecologically Sustainable Development?“. In: *Melbourne University Law Review*, Bd. 22, Nr. 3, S. 617-656, <http://classic.austlii.edu.au/au/journals/MelbULawRw/1998/28.html>, letzter Aufruf: 10.3.2021.
- Mertes, Tom (Hg.) (2002): *A Movement of Movements. Is Another World Really Possible?* London.
- Mies, Maria (2001): *Globalisierung von unten. Der Kampf gegen die Herrschaft der Konzerne*. Hamburg.
- Mies, Maria, & Claudia von Werlhof (Hg.) (1998): *Lizenz zum Plündern. Das Multilaterale Abkommen über Investitionen „MAI“*. Globalisierung der Konzernherrschaft – und was wir dagegen tun können. Zürich.
- Mies, Maria, & Claudia von Werlhof (1998a): „Vorwort“. In: Mies & Werlhof 1998, S. 7-9.
- Mies, Maria, & Claudia von Werlhof (1998b): „Der internationale Widerstand“. In: Mies & Werlhof 1998, S. 12-25.
- Muñoz Ramirez, Gloria (2004): *EZLN: 20+10. Das Feuer und das Wort*. Münster.
- Notes from Nowhere (Hg.) (2007): *Wir sind überall. Weltweit. Unwiderstehlich. Antikapitalistisch*. Hamburg.
- O’Brien, Robert; Anne Marie Goetz; Jan Aart Scholte & Marc Williams (2000): *Contesting Global Governance. Multilateral Economic Institutions and Global Social Movements*. Cambridge (<https://doi.org/10.1017/CBO9780511491603>).
- Pereira, Alexandro Eugenio; Rodrigo Rossi Horochovski; Mariana Mettos de Almeida Cruz & Noeli Rodrigues (2017): „Accountability in International Organizations: The Case of the World Bank Inspection Panel (1993-2015)“. In: *Brazilian Political Science Review*, Bd. 11, Nr. 1, S. 1-28 (<https://doi.org/10.1590/1981-3821201700010002>).
- REDaktion (Hg.) (1997): *Chiapas und die Internationale der Hoffnung*. Köln.
- Redaktion Alaska (1998): „150° West 60° Nord. Eine Standortbestimmung jenseits vom neuen Internationalismus“. In: *alaska*, Nr. 223, S. 8-14.
- Rucht, Dieter (2002a): „Von Seattle nach Genua – Event-hopping oder neue soziale Bewegung?“. In: *Attac Deutschland 2002*, S. 50-56.
- Rucht, Dieter (2002b): „Rückblicke und Ausblicke auf die globalisierungskritischen Bewegungen“. In: *Walk & Boehme 2002*, S. 57-82.
- Ruggiero, Vincenzo (2002): „Attac: A Global Social Movement?“. In: *Social Justice*, Bd. 29, Nr. 1-2, S. 48-60.
- SAPRIN – Structural Adjustment Participatory Review International Network (2004): *Structural Adjustment: The SAPRI Report. The Policy Roots of Economic Crisis, Poverty and Inequality*. London.
- Schaaber, Jörg (2001): „Industrie in der Defensive. Prozess um AIDS-Mittel in Südafrika zeigt Folgen“. In: *BUKO Pharma-Brief*, Nr. 2-3/2001, S. 1-3
- Schäfer, Dustin (2019): „Entwicklungspolitisch verursachter Vertreibung begegnen. Möglichkeiten und Grenzen institutioneller Rechenschaftspflicht am Beispiel des Inspection



- Panels der Weltbank“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 154/155, S. 166-187 (<https://doi.org/10.3224/peripherie.v39i2.03>).
- Schneider, Ann-Kathrin (2002): „Staatsinsolvenz oder CACs? Gläubiger und Schuldner müssen gleichgestellt werden“. In: *Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung*, Nr. 10/02, S. 5.
- Sen, Jai (Hg.) (2018a): *The Movement of Movements. Part 1: What makes us move?* Oakland, US-CA, & Neu-Delhi.
- Sen, Jai (Hg.) (2018b): *The Movement of Movements. Part 2: Rethinking our Dance*. Oakland & Neu-Delhi.
- Shihata, Ibrahim (2000): *The World Bank Inspection Panel: In Practice*. Oxford.
- Soendergaard, Nils (2020): „New Lines Within European Civil Society Mobilizations Against The TTIP“. In: *New Political Economy*, Bd. 25, Nr. 2, S. 284-299 (<https://doi.org/10.1080/13563467.2019.1598958>).
- Somers, Jean (2014): „The Dynamics of South/North Relationships within Transnational Debt Campaigning“. In: *Interface*, Bd. 6, Nr. 2, S. 76-102.
- Spahn, Paul Bernd (2002): *Zur Durchführbarkeit einer Devisenumsatzsteuer*. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Ohne Ortsangabe.
- Sparr, Pamela (Hg.) (1994): *Mortgaging Women's Lives. Feminist Critiques of Structural Adjustment*. London.
- Steinhilper, Elias, & Felix Anderl (2018): „Globale soziale Bewegungen? Einführung in die Transnationalisierung und Lokalisierung von Protest“. In: Atac u.a. 2018, S. 306-320.
- Stiglitz, Joseph (2002): *Die Schatten der Globalisierung*. Bonn.
- Tielemann, Katja (1999): *The Failure of the Multilateral Agreement on Investment (MAI) and the Absence of a Global Public Policy Network*. Case Study for the UN Vision Project on Global Public Policy Networks, <http://citeseerx.ist.psu.edu/viewdoc/download?doi=10.1.1.627.7992&rep=rep1&type=pdf>, letzter Aufruf: 10.3.2021.
- Trzeciak, Miriam, & Anna-Maria Meuth (2013): „„Tod@s somos iguales – tod@s somos diferentes“ – Widerstandsperspektiven von zapatistischen Frauen“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 129, S. 58-78.
- Van Putten, Martje (2008): *Policing the Banks. Accountability Mechanisms for the Financial Sector*. Montreal, CA-QC, & Kingston, CA-ON.
- Wahl, Peter (2014): *The European Civil Society Campaign on the Financial Transaction Tax*. Global Labour University Working Paper No. 20. Genf (<https://doi.org/10.15173/glj.v6i3.2321>).
- Walk, Heike, & Nele Boehme (Hg.) (2002): *Globaler Widerstand. Internationale Netzwerke auf der Suche nach Alternativen im globalen Kapitalismus*. Münster.
- Waterman, Peter (2001): *Globalization, Social Movements and the New Internationalisms*. London & New York, US-NY (<https://doi.org/10.1002/9781444397529>).
- Wichterich, Christa (1998): *Die globalisierte Frau. Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit*. Reinbek.
- World Bank Inspection Panel (2009): *Accountability at the World Bank. The Inspection Panel at 15 Years*. Washington D.C.
- World Development Movement (2001): *Policies to Roll-back the State and Privatize? Poverty Reduction Strategy Papers Investigated*. UNU, WIDER discussion paper No. 2001/120 (<https://doi.org/10.1136/bmj.323.7305.120>).
- Young, Robert (2014): „From the Anti-Colonial Movements to the New Social Movements“. In: Nicolaidis, Kalypso; Berny Sèb & Gabrielle Maas (Hg): *Echoes of Empire. Memory, Identity and Colonial Legacies*. London, S. 373-382.
- Ziai, Aram (2007): *Globale Strukturpolitik? Die Nord-Süd-Politik der BRD und das Dispositiv der Entwicklung im Zeitalter der Globalisierung*. Münster.

- Ziai, Aram (2012): „The Rise and Fall of the SDRM Proposal in the IMF: Competing Theoretical Perspectives on Power in the Global Political Economy“. In: *Hamburg Review of Social Sciences*, Bd. 7, Nr. 1, S. 1-25.
- Ziai, Aram (Hg.) (2016): *Postkoloniale Politikwissenschaft*. Bielefeld.
- Ziai, Aram (2018): „Internationalism and Speaking for Others: What Struggling against Neoliberal Globalization has Taught me about Epistemology“. In: Reiter, Bernd (Hg.): *Constructing the Pluriverse. The Geopolitics of Knowledge*. Durham, US-NC, S. 117-134.
- Ziai, Aram (2016): „The World Bank Inspection Panel in Ghana: Civil Society Protest and the Glocalization of Accountability“. In: *Journal of Poverty Alleviation and International Development*, Bd. 7, Nr. 1, S. 39-65.

Anschrift des Autors

Aram Ziai

ziai@uni-kassel.de

Anne Reiff

## Alle(s) kooptiert? Globalisierungskritik und partizipative Weltbankreformen Eine postkolonial-feministische Kritik des Kooptationskonzepts

*Keywords:* World Bank, participation, co-optation, alter-globalization, postcolonial theory, feminist theory

*Schlagwörter:* Weltbank, Partizipation, Kooptation, Globalisierungskritik, Postkoloniale Theorie, Feministische Theorie

### Einleitung

Die Weltbank<sup>1</sup> hat sich vor dem Hintergrund der globalen Proteste der sogenannten Globalisierungskritik und seit dem „Reformmarathon“ unter Präsident James Wolfensohn (1995-2005) stark verändert. Die Partizipation der Zivilgesellschaft in Weltbankprojekten wuchs seitdem von 21 % in 1990 auf 72 % in 2006 (Tallberg & Jönsson 2013: 1) und durch die „Poverty Reduction Strategy Papers“ wurde die Partizipation von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und auch „der Armen“ selbst zur neuen Konditionalität für die Kreditvergabe (Kapoor 2005; Ruckert 2009). Auf den ersten Blick könnte die partizipative Reformpolitik der kritisierten Internationalen Organisationen (IOs) als klarer Erfolg der globalen Protestbewegung gelten. Im kritischen Rückblick vieler Aktivist:innen und Wissenschaftler:innen wird sie jedoch ganz anders verstanden: als Kooptation oder zumindest als große „Kooptationsgefahr“ (Bond 2008: 15; Brand 2001: 87). Das Konzept der Kooptation dreht das Argument um: nicht die IOs werden durch die Kritik von außen verändert, sondern die Kritik verändert und de-radikalisiert sich durch die Einbindung in die Institutionen. Bill Cooke gibt in seinen „Rules of thumb for participatory change agents“ dann auch den deutlichen Rat: „Bedenke: Kooptation, Kooptation, Kooptation“ und: „Arbeite nicht für die

---

1 Im Folgenden verwende ich „Weltbank“ als Überbegriff für die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) und die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA), nicht gemeint ist die ganze Weltbankgruppe.

Weltbank“ (Cooke 2004: 43-45).<sup>2</sup> Diese Warnungen vor Institutionen wie der Weltbank und ihrem Potenzial beinahe alle(s) zu kooptieren, sind zu einer wichtigen Lehre aus der Globalisierungskritik der 1990er Jahre geworden. Das Konzept der Kooptation selbst wurde dabei jedoch kaum Gegenstand der Kritik. Dafür gibt es aber, gerade im Rückblick auf die globalen Reformen der 1990er Jahre, mindestens drei gute Gründe.

Erstens: das Kooptationskonzept wurde nicht für den globalen Kontext von Protest und Reform entwickelt, sondern hat seine Wurzeln in der Sozialen Bewegungsforschung und der Organisationssoziologie mit Fokus auf dem nationalstaatlichen Rahmen. Somit stellt sich schon die grundsätzliche Frage danach, ob und wie das Konzept bei der „Übersetzung“ in die Internationalen Beziehungen angepasst und verändert wurde – und was/wer dabei aus dem Blick geraten könnte. Zweitens: eine postkoloniale Perspektive kann die möglichen analytischen Herausforderungen für das Kooptationskonzept im globalen Kontext konkretisieren. Denn längst geht es bei den globalen Reformprojekten nicht mehr nur um die Einbindung von NGOs und sozialen Bewegungen. Vor dem Hintergrund des steigenden Interesses von IOs wie der Weltbank an den „Armen“ selbst als Ressource geistigen Eigentums, aber auch als Legitimitätsquelle in Zeiten der Krise, spricht die postkoloniale Theoretikerin und marxistische Feministin Gayatri C. Spivak bereits von den „Neuen Subalternen“ (2000). Diese zeichnen sich nicht mehr durch Marginalisierung, sondern vielmehr durch hegemoniale Einbindung, sprich Kooptation aus. Aber (wie) passt die Rolle der Neuen Subalternen in globalen partizipativen Reformen dann in das Konzept von Kooptation? Drittens: in den feministischen Internationalen Beziehungen wird schon seit langem mit dem Thema der Kooptation im weiteren Sinne gerungen (vgl. Cornwall u.a. 2007; Scott u.a. 1995). In der Debatte im Anschluss an Nancy Frasers (2009) These der neoliberalen Kooptation des Feminismus wurde das Konzept aber besonders systematisch kritisiert. Angesichts der problematischen Annahmen, Dichotomien und Essenzialisierungen, die dem Konzept inhärent sind (Eschle & Maignashca 2018: 232) wird dort diskutiert, ob und wie es für eine kritische Forschung noch zu retten ist (De Jong & Kimm 2017: 186). Was bedeutet diese grundlegende epistemologische Kritik jüngerer feministischer Beiträge am Kooptationskonzept aber für den Kontext partizipativer Weltbankreformen?

Das Ziel des Beitrags ist damit ein zweifaches: mithilfe postkolonialer und feministischer Perspektiven a) analytische Blindstellen und epistemologische Probleme des Kooptationskonzepts im Kontext partizipativer

2 Alle nicht bereits auf Deutsch vorliegenden Zitate sind von der Autorin ins Deutsche übersetzt worden.

Weltbankreformen sichtbar zu machen und b) mögliche Alternativen zum Kooptationskonzept zu diskutieren.

Dafür wird in einem ersten Schritt die „Übersetzung“ des Kooptationskonzepts von der Sozialen Bewegungsforschung in die Internationalen Beziehungen und in die Literatur zu partizipativen Weltbankreformen der 1990er Jahre nachgezeichnet. Die analytischen Grenzen dieses Kooptationskonzepts werden im zweiten Schritt mit Spivaks Ausführungen zu den „Neuen Subalternen“ (2000) diskutiert und am empirischen Beispiel der Weltbankstudie *Voices of the Poor* aus dem Jahr 2000 veranschaulicht. Dieses Projekt eignet sich dafür besonders, weil es mit der Einbindung von über 60.000 „Armen“ und ihren Stimmen die bisher ambitionierteste partizipative Reform in diese Richtung darstellt. Zudem wurde die Studie in der Literatur vielfach als Kooptation durch die Weltbank kritisiert. Im letzten Schritt werden mit Bezug auf neuere feministische und postkoloniale Kritiken grundlegende epistemologische Probleme des Kooptationskonzepts herausgearbeitet und alternative Konzeptualisierungen diskutiert.

Im Ergebnis zeigt sich zwar, dass das Kooptationskonzept für die Internationalen Beziehungen erweitert wurde, von der Einbindung von kritischen Akteuren hin zur Einbindung von kritischen Ideen. Das unverändert eng dualistische Akteursschema „hegemoniale Institution vs. NRO/soziale Bewegung“ wird aber sowohl von der zentralen Rolle der (neuen) Subalternen und der beteiligten Wissenschaftler:innen in partizipativen Reformen als auch von den innerinstitutionellen Konflikten der Weltbank an seine analytischen Grenzen gebracht. Außerdem kann mit dem Beispiel von *Voices of the Poor* bereits die Annahme einer vermeintlichen „Authentizität“ von Widerstand und Subalternität, die dem Kooptationskonzept inhärent ist, problematisiert werden. Der Beitrag formuliert daraufhin, mit Bezug auf postkoloniale und feministische Perspektiven, vier epistemologische Kritikpunkte am Kooptationskonzept: die Tendenz in Dualismen zu denken, das *blackboxing* hegemonialer Institutionen, eine positive Essenzialisierung von Subalternität und Widerstand und damit verbunden ein intellektueller „dream of escape“ (Pasha 2013: 164), der einer kritischen Reflexion der Rolle von Wissenschaftler:innen in partizipativen Reformen im Weg steht. Bisherigen feministischen Vorschlägen zur Differenzierung des Kooptationskonzepts zum Trotz, wird angesichts der vielen Kritikpunkte argumentiert, dass es höchste Zeit für eine radikalere konzeptionelle Neuorientierung ist. Gerade für all jene partizipativen Reformpolitiken, die nicht nur auf die Einbindung von NGOs und sozialen Bewegungen, sondern auch auf Subalterne und ihr Wissen selbst abzielen, schlägt der Beitrag mit Bezug auf Spivaks Arbeiten

eine kritische Konzeptualisierung jenseits von Kooptation vor: als globale *politics* subalternen Repräsentation.

Es geht also keineswegs darum, das faktische Problem der Einbindung von Kritik(er:innen) herunterzuspielen<sup>3</sup> oder das Konzept der Kooptation generell zu verwerfen. Auch sollte klar sein, dass hier nicht der Fülle an feministischen, postkolonialen und auch postkolonial-feministischen Beiträgen zum Thema gerecht werden kann. Vielmehr soll das „Anwenden“ ausgewählter postkolonialer und feministischer Perspektiven auf den Kontext partizipativer Reformpolitiken der Weltbank die kritische Diskussion um das Kooptationskonzept weiterführen – und damit einige Lehren aus der Globalisierungskritik der 1990er Jahre kritisch reflektieren.

## Das Konzept der Kooptation: von der Sozialen Bewegungsforschung in die Internationalen Beziehungen

Vom lateinischen *co-optare* kommend, liegt der unmittelbare Wortsinn von Kooptation in der nachträglichen Hinzuwahl, meist von neuen Mitgliedern in eine bereits bestehende Organisation (DUDEN 2020). Wissenschaftlich wurde der Begriff vor allem von der Organisationssoziologie und der Sozialen Bewegungsforschung geprägt (Selznick 1949; Gamson 1968). Patrick G. Coy definiert ihn in der *Wiley-Blackwell Enzyklopädie* für soziale und politische Bewegungen wie folgt:

„Wenn soziale und politische Bewegungen stark genug werden, um die mächtigeren Kräfte herauszufordern, die den Status quo legitimieren und schützen [...], dann können die Verantwortlichen, die herausgefordert werden, anklopfen und versuchen die Herausforderer als Teilnehmende in das System zu holen. Diese formelle Einbindung von Herausforderern in das Autoritätssystem, was sie herausfordern, ist die Essenz von Kooptation.“ (Coy 2013: 115)

Kooptation wird hier also definiert als eine hegemoniale Strategie der institutionellen Einbindung von kritischen Akteur:innen. Andere Autor:innen betonen vor allem die Effekte dieser formalisierten Einbindung als Kern von Kooptation. In einem graduellen Prozess werden die Interessen der Kritiker:innen mit den eigenen in Einklang gebracht (Trumpy 2008: 480), die Kritiker:innen verlieren so ihre ursprüngliche Organisationsidentität (Baur & Schmitz 2012: 11) und de-radikalisieren sich faktisch.

Bereits in den 1980er Jahren wurde der Kooptationsbegriff von Robert Cox neogramscianisch gewendet und in die kritischen Internationalen

3 Aktuell wird beispielsweise viel über die mögliche Kooptation der „Black Lives Matter“-Proteste diskutiert (Johnson 2020; Zirin 2020).

Beziehungen eingeführt. Eng verknüpft mit Antonio Gramscis Konzepten von *trasformismo* und „passiver Revolution“, wird Kooptation bei Cox zu einer der zentralen Strategien von Internationalen Organisationen, um die globale Hegemonie zu stabilisieren. So benennt er konkret die Einstellungspolitik von Internationalen Organisationen als Kooptation:

„Elite-Talente aus peripheren Ländern werden in internationale Institutionen kooptiert, im Stile des *trasformismo*. Individuen aus peripheren Ländern, auch wenn sie mit der Vorstellung zu internationalen Institutionen kommen, von innen heraus das System zu verändern, sind verdammt, innerhalb der Strukturen der passiven Revolution zu arbeiten.“ (Cox 1983: 166f)

Hier wird Kooptation also noch ähnlich wie in der Sozialen Bewegungsforschung als formalisierte Einbindung verstanden, nur interessanterweise nicht von „externen“ Kritiker:innen, sondern von Mitarbeiter:innen aus dem Globalen Süden. Zudem geht Cox aber deutlich darüber hinaus, wenn er *trasformismo* und Kooptation im Kontext von IOs auch auf der ideologischen Ebene verortet. Diese „Strategie der Assimilierung und Zähmung potenziell gefährlicher Ideen“ (ebd.) verdeutlicht er am Beispiel der Umdeutung des Konzepts der „self-reliance“ durch die Institutionen der globalen politischen Ökonomie (ebd.: 173). Kooptation wird damit auch zu einer hegemonialen Strategie der Einbindung kritischer Ideen.

Damit liegen zwei sehr unterschiedliche Interpretationen des Kooptationsbegriffs vor; auf der einen Seite als institutionelle formalisierte Einbindung von kritischen Akteur:innen und auf der anderen Seite als Einbindung kritischer Ideen und Konzepte. Gemeinsam ist beiden Interpretationen aber, dass Kooptation als hegemoniale Strategie zur Absicherung des Status quo verstanden wird, die sehr viel Handlungsmacht von Seiten des kooptierenden Akteurs bedarf. Das erste Kooptationsverständnis, als institutionelle Einbindung von Kritiker:innen, setzt implizit aber auch auf der Gegenseite eine gewisse Handlungsmacht voraus, so z.B. für die (kollektive) Entscheidung für oder gegen eine Kooperation mit der hegemonialen Institution.

## Partizipative Weltbankreformen als Kooptation

Die partizipativen Reformen der Weltbank im Nachgang der globalen Proteste der 1990er Jahre sind von den Internationalen Beziehungen intensiv begleitet und kritisch analysiert worden. Für diese kritische Analyse wurde oft das Konzept der Kooptation verwendet, durchaus in seinen beiden oben genannten Interpretationen.

So arbeitet Jane Covey (1998) in ihrer Analyse der Weltbank-NRO-Beziehungen klar mit dem Kooptationsverständnis aus der Sozialen Bewegungsforschung, wenn sie Kooptation als Kooperation ohne Einfluss versteht und sie der Möglichkeit „kritischer Kooperation“ gegenüberstellt (ebd.: 108). Ebenso Felix Anderl (2017), wenn er am Beispiel der Weltbankreform des „Extractive Industries Review“ zeigt, wie die partizipative Öffnung der Institution zur Fragmentierung von Protestbewegungen beitragen kann – nicht selten entlang einer Nord-Süd-Achse (ebd.: 98-100). Robert O’Brien u.a. (2000) haben in ihrem Buch *Contesting Global Governance* die institutionellen Beziehungen der Weltbank mit globalen sozialen Bewegungen aus einer stärker polit-ökonomischen Perspektive analysiert und kommen zu dem Schluss: „was die Weltbank sucht, ist weniger eine Partnerschaft als eine Form der Kooptation“ (ebd.: 121). Laut den Autor:innen zielt die Weltbank mit der institutionellen Einbindung von sozialen Bewegungen nicht nur darauf ab, Widerstand abzdämpfen (ebd.: 4), sondern auch das öffentliche Ansehen in Zeiten von Legitimitätskrisen zu verbessern (ebd.: 121).

Arbeiten aus der kritischen Entwicklungsforschung stärken wiederum eher die zweite Interpretation des Kooptationskonzepts, wenn sie die Vereinnahmung kritischer Ideen durch die Weltbank beklagen. Gerade seit der Ausrufung der Weltbank als „knowledge bank“ im Jahr 1995, werden potenziell kritische Begriffe wie Partizipation und *empowerment* verstärkt eingebunden und (neoliberal) umgedeutet (Leal 2007; Taylor 2004). Andrea Cornwall & Karen Brock (2005) kommen in ihrer Arbeit zu Buzzwords zu der beinahe sarkastischen Schlussfolgerung, die Weltbank könne selbst den marxistischen Klassenbegriff für sich kapern (ebd.: 1056). Wenn der *World Development Report* von 2018 bereits mit einem Marx-Zitat beginnt (World Bank 2018: 2) dann erweist sich die zweite Interpretation von Kooptation als Aneignung kritischer Ideen im Weltbankkontext auch als weiterhin aktuell.

Das Kooptationskonzept findet zum einen für eine kritische Betrachtung der Internationalen Beziehungen im Allgemeinen und der partizipativen Reformpolitik der Weltbank im Besonderen vielfach Verwendung. Zum anderen wurde es in diesem Kontext entscheidend erweitert, indem zur institutionellen Einbindung kritischer Akteure die Einbindung kritischer Ideen und Konzepte hinzukommt. Gleichzeitig fällt auf, wie wenig sich das Akteursschema des Kooptationskonzepts trotz seiner Übertragung in den globalen Kontext verändert hat. Allen Debatten um *global governance* zum Trotz stehen sich hier zumeist genau zwei Akteure gegenüber: eine hegemoniale Institution (z.B. die Weltbank), die wiederum auf die Kritik von NGOs oder sozialen Bewegungen mit Strategien der Kooptation reagiert. Dieses dualistische Akteursschema vereinfacht zwar die empirische Analyse der



konkreten institutionellen Einbindung und des Grads an De-Radikalisierung durch Kooptation. Gleichzeitig verwundert diese analytische Engführung aber für das Beispiel der Weltbank, die als zentrale Institution im Nord-Süd-Verhältnis in globalen und komplexen Akteursnetzwerken verortet ist.

## Neue Subalterne und die Frage der Kooptation

Gayatri C. Spivak (2005) versteht Subalternität mit Bezug auf Antonio Gramsci vor allem als Position kultureller, politischer und infrastruktureller Fragmentierung, „abgeschnitten von allen Linien der sozialen Mobilität“ (ebd.: 475). Diese Intersektionalität macht den Begriff für sie zur Erfassung der Marginalisierung von Frauen\* im kolonialen und postkolonialen Kontext so fruchtbar. Ähnlich wie Gramsci sieht Spivak (1994a) als Hauptproblem der Subalternität in all ihren Facetten die daraus resultierende erschwerte (kollektive) politische Handlungsfähigkeit (ebd.: 78).

Weniger bekannt ist allerdings, dass Spivak im Jahr 2000, vor dem Hintergrund der globalen Protestbewegung und mitten im „Reformmarathon“ der Weltbank, von einer Verschiebung hin zu den „neuen Subalternen“ spricht:

„Heute muss die Subalterne neu gedacht werden. Sie ist nicht länger von den Zugangslinien zum Zentrum abgeschnitten. Das Zentrum, repräsentiert durch die Bretton-Woods-Organisationen und die Welthandelsorganisation, ist gänzlich interessiert an den ländlichen und indigenen Subalternen, als Quelle handelsbezogener Aspekte geistigen Eigentums oder TRIPS. Es werden viele Wege gefunden, um ein subalternes Subjekt zu erzeugen und entsprechend zu nutzen.“ (Spivak 2000: 326f)

Anstatt Subalterne zu marginalisieren, interessierten sich IOs wie die Weltbank also zunehmend für sie als Ressource geistigen Eigentums, aber auch als Legitimitätsquelle in Zeiten der Krise:

„Im Kontext des Aufkommens der neuen Subalternen ist die Frage nach dem subalternen Bewusstsein wieder wichtig geworden, jetzt verschoben in die globale politische Sphäre, sodass a) Wissen zu Daten gemacht werden kann und b) ein subalternes Wille zur Globalisierung zusammengesetzt werden kann, als Rechtfertigung für Politik.“ (ebd.: 332)

Subalternität wird damit nicht mehr ausschließlich über die heterogene Ausgeschlossenheit definiert (von Hegemonie, Diskurs, Kapitalismus, Infrastruktur usw.). Die „neuen Subalternen“ zeichnen sich laut Spivak gerade durch hegemoniale Zugriffe und Einbindungsversuche – sprich: Kooptation – aus. Damit bedeutet nicht mehr jede Einbindung in die Hegemonie das Ende von Subalternität, sondern die konkrete Art der Einbindung kann

Subalternität überwinden oder aber eben auch erneuern. Die wenigen Arbeiten zu den neuen Subalternen haben daher auf die neoliberalen Politiken der ausschließenden Einbindung der subalternen Handlungsfähigkeit besonders von Frauen\* im globalen Süden fokussiert, zum Beispiel in Resilienz- oder *empowerment*-Programmen (Didur & Heffernan 2003; Bracke 2016; Nilsen & Roy 2015). Damit sind Subalterne also keineswegs mehr „bedeutungslos für internationale Politik“ (Dhawan 2012b: 104). Die Frage der Kooptation durch Reformen in den Internationalen Organisationen der globalen politischen Ökonomie stellt sich mit den neuen Subalternen vielmehr mit neuer Vehemenz. Gleichzeitig bleibt unklar, ob das Kooptationskonzept in seiner bisherigen Verwendung in den Internationalen Beziehungen mit dem engen Akteursschema aus der Sozialen Bewegungsforschung die neuen Subalternen analytisch fassen kann.

### Analytische Blindstellen des Kooptationskonzepts am Beispiel der Weltbankstudie *Voices of the Poor*

Empirische Beispiele hegemonialer Einbindungsstrategien, welche die (neuen) Subalternen selbst zum Ziel haben, bietet die Weltbank mehr als genug. So wurde nach der Reform der berüchtigten Strukturanpassungsprogramme hin zu „Poverty Reduction Strategy Papers“ die Partizipation nicht nur der organisierten Zivilgesellschaft, sondern explizit auch „der Armen“ zur neuen Konditionalität für die Kreditvergabe (Kapoor 2005; Ruckert 2009).

Für den wichtigen Dekaden-„World Development Report“ (WDR) von 2000/2001 startete die Weltbank zudem eine Studie der besonderen Art: über 60.000 Menschen aus 60 Ländern wurden zu ihrem Leben und ihrem Verständnis von Armut befragt<sup>4</sup> – und zwar mit partizipativen und qualitativen Methoden und unter Beteiligung renommierter partizipativer Armutsforscher:innen (Chambers 1994; World Bank 1996). „Die Armen“ sollten damit endlich als „die wahren Armutsexperten“ (Narayan & Petesch 2002: 2) anerkannt werden und die „Authentizität“ ihrer Stimmen an die ganze entwicklungspolitische Community durchdringen (Narayan u.a. 2000b: ix). Außerdem wurde es zivilgesellschaftlichen Akteuren beim WDR 2000/2001 zum ersten Mal ermöglicht, einen Entwurf des WDR bereits vor seinem Erscheinen zu kritisieren und daraufhin Rückmeldung des WDR Direktors zu erhalten (Bretton Woods Project & New Policy Institute 2000). Dieses partizipative Vorgehen in der Erstellung des WDR ist seitdem institutionalisiert.

4 Narayan u.a. 2000a; Narayan u.a. 2000b; Narayan & Petesch 2002; World Bank 2001.

Das Beispiel *Voices of the Poor* kann auf den ersten Blick durchaus durch die Brille des Kooptationskonzepts analysiert werden. Beteiligte NGOs zeigten sich im Nachgang der institutionellen Einbindung in die Diskussion des ersten Entwurfs des WDR 2000/2001 von den Ergebnissen frustriert (Bretton Woods Project 2000). Für viele Autor:innen ist *Voices of the Poor* zudem ein Paradebeispiel für die Kooptation von partizipativer Armutsforschung (Ruggeri Laderchi 2007: 96) als auch des Begriffs *empowerment* für eine neoliberale Agenda (Cammack 2004: 205). Die eigentlich spannende Frage ist jedoch: Ist *Voices of the Poor* ein Beispiel für eine Kooptation der „Armen“ und ihrer Stimmen? Die wenigen Fallstudien zu *Voices of the Poor* bejahen dies, wenn auch einige eher implizit: die Weltbank habe die „Armen“ und ihre Stimmen manipuliert und benutzt, um die eigene Macht zu legitimieren (Pender 2002: 114) und die Unterstützung für ihre neoliberale Mission zu kanalisieren (Cornwall & Fujita 2012: 1760). Im Ergebnis habe die Weltbank „den Armen“ also keineswegs – wie von ihr stets proklamiert (Narayan u. a. 2000b: ix) – „wirklich“ zugehört. Stattdessen sei „[d]ie Behauptung der Weltbank, die Perspektiven der Ärmsten authentisch zu reflektieren, [...] falsch.“ (Pender 2002: 112) und ihre Darstellung „der Armen“ in der Studie „zutiefst falsch, unethisch und eigennützig“ (Pithouse 2003: 142).

Auch wenn diesem kritischen Tenor sicher grundsätzlich zuzustimmen ist, verdeutlicht das Beispiel von *Voices of the Poor* bei genauerem Hinsehen die analytischen Grenzen des Kooptationskonzepts im globalen Kontext partizipativer Reformpolitik und der „Neuen Subalternen“.

### Wer kooptiert für was? Konfligierende hegemoniale Strategien

Der Literatur zu *Voices of the Poor* folgend, hat die Weltbank „die Armen“ und ihre Stimmen kooptiert – und zwar vor allem für die Legitimation ihrer neoliberalen Agenda in Zeiten des globalen Protests. Die Weltbank als vermeintlich einheitlicher Akteur mit einer neoliberalen Agenda bekommt jedoch genau zu diesem Zeitpunkt deutlich sichtbar Risse. So tritt Ravi Kanbur, der damalige Direktor des WDR und Wunsch-Kandidat von James Wolfensohn (Wade 2002: 209f), kurz vor der Veröffentlichung des WDR überraschend zurück. Der Grund sollen die Intervention seitens des Weltbank-Managements (und möglicherweise auch des US-Finanzministeriums) in die thematische Reihenfolge und damit auch die Schwerpunktsetzung der Ergebnisse aus *Voices of the Poor* im finalen WDR gewesen sein (ebd.: 213). Was aus heutiger Sicht als ein Detail erscheinen mag, wurde damals als offenes Aufbrechen des Konflikts zwischen Anhängern einer „civil society“ und einer „finance“-Agenda innerhalb der Weltbank interpretiert (ebd.: 205;

Weaver 2008: 31f, 81). In welche der beiden Weltbank-Agenden wurden die „Armen“ in *Voices of the Poor* dann kooptiert – oder in beide? Für die spannende Frage, wie sich konfligierende hegemoniale Agenden in unterschiedliche Einbindungsstrategien übersetzen und welche Rolle darin jeweils „den Armen“ und ihren Stimmen zukommt, bietet das Kooptationskonzept bisher kaum Anknüpfungspunkte.

Wer kooptiert wen?

Wissenschaftler:innen in partizipativen Reformprozessen

Den Wissenschaftler:innen kommt in *Voices of the Poor* eine zentrale Rolle zu: sie haben nicht nur an der partizipativen Methode, der Auswahl und der Einbettung der Stimmen mitgearbeitet, einige von ihnen fungieren auch gemeinsam mit Weltbankmitarbeiter:innen als Autor:innen der ganzen Studie. Kooptieren die Wissenschaftler:innen damit also auch „die Armen“ und ihre Stimmen? Dem widerspricht allerdings, dass viele der beteiligten Wissenschaftler:innen im Nachgang von *Voices of the Poor* sehr (selbst-)kritische Reflexionen ihrer Zusammenarbeit mit der Weltbank veröffentlicht haben (Rademacher & Patel 2002; Chambers 2002; Adan u.a. 2002). Wurden sie am Ende dann selbst von der Weltbank kooptiert? Zumindest wurden die Wissenschaftler:innen deutlich mehr als „die Armen“ durch *Voices of the Poor* institutionell in die Weltbank eingebunden, wenn auch nur temporär. Die zentrale, aber ambivalente Rolle der Wissenschaftler:innen in dieser partizipativen Weltbankreform, die möglicherweise gleichzeitig kooptiert werden und selbst kooptieren, geht über das bisherige Kooptationskonzept mit seinem dualistischen Akteursschema hinaus.

Wer wird kooptiert?

(Neue) Subalterne und die Frage der Handlungsmacht

Auch „die Armen“ als zentrale „Stimmgeber“ von *Voices of the Poor* passen nur schwer in das Kooptationskonzept. Denn weder können die 60.000 Menschen als direkte Herausforderer:innen der Weltbank noch als etablierte Gruppe mit gemeinsamer Organisationsidentität gesehen werden, die nach der Einbindung auf „De-Radikalisierung“ geprüft werden könnte. Auch entspricht der Prozess des vermeintlichen Zuhörens durch partizipative Methoden kaum einer Einbindung im institutionellen, formalisierten Sinne. Und während die (individuelle sowie kollektive) Entscheidung für oder gegen eine Kooperation mit der hegemonialen Institution als Ausgangspunkt des Kooptationskonzepts in erster Bedeutung gilt, kann von dieser

Handlungsmacht für „die Armen“ in *Voices of the Poor* kaum die Rede sein. Die Handlungsmacht auf Seiten der Kooptierten, die das Kooptationskonzept stillschweigend voraussetzt, ist in Bezug auf Subalterne, wie von Spivak ausgeführt, ja mehr als prekär. So sind es dann auch nicht „die Armen“ selbst, die der Weltbank in Bezug auf *Voices of the Poor* im Nachhinein hörbar Kooptation vorwerfen (könnten), wie es viele NGOs könnten, sondern es sind vor allem Wissenschaftler:innen, die diese Rolle übernehmen.

### Was wird kooptiert? Die Authentizitätsfalle

Viele der bisherigen Kritiken an *Voices of the Poor* argumentieren daher (unausgesprochen) näher am Kooptationskonzept in zweiter Bedeutung, der Einbindung kritischer Ideen und Konzepte. Sie beklagen, dass die Weltbank „den Armen“ gar nicht wirklich zugehört habe und ihre Stimmen stattdessen falsch – da umgedeutet zugunsten ihrer eigenen neoliberalen Interessen – darstelle. Damit impliziert das Kooptationskonzept eine „Authentizität“ von kritischen Ideen (in diesem Fall „der Armen“ und ihrer Stimmen), die dann zugunsten der Weltbank verzerrt oder verfälscht werden. Aber an welcher Stelle sind diese „authentischen“ Stimmen dann verloren gegangen und (wie) wäre eine „authentische“ Darstellung möglich gewesen – und von wem? Ein genauerer Blick auf das Zuhören in *Voices of the Poor* legt einen langen, vielschichtigen und oft umstrittenen Prozess der Übersetzung, Auswahl, Abstraktion und Repräsentation der Stimmen offen (Rademacher & Patel 2002: 175f), der mit den bisherigen Kooptationskonzepten schlicht nicht zu fassen ist.

Wie das Beispiel *Voices of the Poor* zeigen konnte, ist der Kontext partizipativer Weltbankreformen mit Bezug auf (neue) Subalterne nicht nur deutlich komplexer, als es das zugrundeliegende Akteurschema IO vs. NRO/soziale Bewegung fassen kann. Auch die Einbindungsstrategien der Weltbank zur Verteidigung des hegemonialen Status quo sind oft sehr viel indirekter und umkämpfter, als es das Konzept annimmt. Die Rolle von (neuen) Subalternen und von Wissenschaftler:innen in partizipativen Weltbankreformen, ebenso wie die internen Konflikte um institutionelle Agenden und Reformen, bringen das Konzept in seiner bisherigen Verwendung in den Internationalen Beziehungen klar an seine analytischen Grenzen. Die Authentizitätsfalle des Kooptationskonzepts im Beispiel *Voices of the Poor* weist bereits über die analytischen Blindstellen hinaus, hin zu einer grundlegenden epistemologischen Kritik.

## Vier epistemologische Kritikpunkte am Kooptationskonzept

Aufbauend auf den herausgearbeiteten analytischen Schwachstellen lassen sich mit Bezug auf neuere feministische und postkoloniale Diskussionen vier stärker epistemologische Kritikpunkte an Kooptation als Konzept formulieren.

### Eine Welt der Dualismen

Catherine Eschle & Bice Maiguashca (2018) formulieren ihre Kritik am Konzept der Kooptation am systematischsten. Die Autor:innen kritisieren vor allem die im Kooptationskonzept angelegten starken Dualismen; die Welt teilt sich dadurch sehr schnell und scheinbar trennscharf in hegemoniale, machtvolle Akteure oder auch Ideen auf der einen Seite und gegenhegemoniale, kritische Akteure oder Ideen auf der anderen Seite. Kooptation beschreibt in dieser Zweiteilung dann den Versuch der Einbindung „von oben“, denen die Akteure „von unten“ dann wiederum entweder nachgeben und als „kooptiert“ gelten oder – ganz im Wortsinn – den Angeboten der herrschenden Seite „widerstehen“. Implizit führe der Kooptationsbegriff damit die alte Unterteilung von Reform – Revolution fort (ebd.: 234).

### *Blackboxing* hegemonialer Institutionen

Ein weiteres Problem, was sich auch in der Literatur zur *Voices of the Poor* gezeigt hat, ist der Effekt des *blackboxing* der kritisierten Institution selbst. Als kooptierende Institution wird der Weltbank nicht nur sehr viel Handlungsmacht zugesprochen, sie wird auch monolithisch; mit scheinbar einheitlichen (neoliberalen) Interessen und daraus resultierenden kohärenten Einbindungsstrategien, die nicht an sich selbst, sondern wenn überhaupt dann nur an den widerständigen Bewegungen scheitern können. Organisationssoziologische Arbeiten, insbesondere zur Weltbank, haben hingegen immer wieder auf die Widersprüchlichkeit und Konfliktivität von institutionellen Reformprozessen hingewiesen, in welchen gegenläufige Interessen, Agenden und Strukturen innerhalb der Institution kollidieren können und damit auch eine effektive Einbindungsstrategie verkompliziert wird (vgl. Weaver 2008; Wade 2002). Im Konzept der Kooptation droht diese institutionelle Komplexität aber oft verloren zu gehen (Striedinger 2017). Die Kritik am *blackboxing* hegemonialer Institutionen im Kooptationskonzept hat Parallelen zur allgemeineren Kritik an einigen polit-ökonomischen Analysen der Weltbank. So kritisiert Marcus Taylor, dass ein struktureller Funktionalismus

die Weltbank nicht für eine Herrschaftskritik „öffnet“. Das Ausblenden der Vielzahl an Widersprüchen, Krisen und Kämpfen lässt vielmehr eine entmutigend übermächtige Institution erscheinen (Taylor 2005: 154). Das kann wiederum den „co-optation blues“ (De Jong & Kimm 2017: 185f) von Aktivist:innen verstärken.

### Essenzialisierung von Widerstand und Subalternität

Hand in Hand mit dem starken Dualismus von kooptiert vs. widerständig geht ein weiteres Problem des Kooptationskonzepts; die Essenzialisierung von Widerstand. Essenzialisierung beschreibt gemeinhin das Reduzieren einer sozialen Gruppe auf wenige, klare und unveränderliche Eigenschaften oder Merkmale (Prasad 2003: 25). Das Konzept der Kooptation tendiert in seinem kritischen Impuls dazu, die widerständigen Akteure oder Ideen positiv zu essenzialisieren, indem sie als quasi unberührt von Macht und Herrschaft erscheinen, im steten Gegensatz zu den Kooptierten. Die feministische Wissenschaftlerin Inderpal Grewal erläutert dazu: „die Sprache der Kooptation suggeriert ein Bedürfnis nach einem reinen Subjekt des Feminismus und nach einem Feminismus jenseits von Politik“ (Roy 2017: 256). Eine postkoloniale Perspektive macht laut Grewal hingegen deutlich, dass es nie einen Feminismus getrennt von Macht und Herrschaft gab („Westlicher Feminismus wurde durch das Empire ermöglicht“ [ebd.: 259]) und daher auch keinen Feminismus, der nicht in irgendeiner Weise auch kooptiert wurde (ebd.). Auch in der marxistischen und neogramscianischen Literatur werden Proteste, soziale Bewegungen und Subalterne nicht selten ahistorisch romantisiert, so zum Beispiel als „permanentes Reservoir des Widerstands“ (Sum 2012: 24f), was wiederum bereits der Kulturwissenschaftler Jesús Martín-Barbero (1993: 75) kritisierte.

### Der „dream of escape“

Folgen wir der breiteren postkolonialen Kritik von Mustapha K. Pasha am Neogramscianismus, dann hat diese Essenzialisierung und Romantisierung noch eine andere problematische Implikation: „In Subalternität, Widerstand, in sozialen Bewegungen liegt der *dream of escape*“ (Pasha 2013: 164). Dieser Traum eines von Macht, Herrschaft und Hegemonie unberührten „Außen“ verhindert laut Pasha ein Nachgehen der eigentlich wichtigen (selbst-)kritischen Fragen für Wissenschaftler:innen: Wie „außerhalb“ von Herrschaft und Hegemonie sind Subalternität, Widerstand und soziale Bewegungen wirklich? Und ganz in Gramscis Sinne: Welche Rolle spielen Intellektuelle

und Wissenschaftler:innen in Bezug auf Hegemonie und Subalternität, Herrschaft und Widerstand (ebd.) – und damit auch in Bezug auf Kooptation?

Die vier epistemologischen Kritikpunkte an Kooptation als Konzept haben vor allem dessen herrschaftskritischen Anspruch ins Wanken gebracht. Die dualistische Weltsicht und die Tendenz zum *blackboxing* im Kooptationskonzept verschließen die hegemonialen Institutionen und ihre Einbindungsstrategien eher für eine kritische Analyse, als sie dafür zu öffnen. Gemeinsam mit der Essenzialisierung von Subalternität und Widerstand führt das oft zum Ausblenden von Auseinandersetzungen und Widersprüchen der Kooptation und zu einer mangelnden (Selbst-)Reflektion der Rolle von Wissenschaftler:innen darin.

Aber wie nun weiter mit dem Kooptationskonzept? Ist es wirklich voller „Fallstricke“ und „epistemologischer Hindernisse“ (Lapegna 2014), sodass es als politisches Schlagwort zwar seine Funktion hat, aber kritisch-analytisch nicht mehr zu gebrauchen ist? Die meisten feministischen und postkolonialen Kritiker:innen wollen weiterhin am Kooptationsbegriff festhalten, ihn aber deutlich stärker als Prozess verstanden wissen (Roy 2017: 257; De Jong & Kimm 2017). Eschle & Maiguashca (2018) plädieren konkret für eine analytische Unterscheidung von Kooptation einerseits, als Prozess der Einbindung und „Konversion“ bestimmter Akteur:innen und Aneignung andererseits, als „Prozess des *hijacking* oder der Instrumentalisierung von etwas, das nicht das Eigene ist“ (ebd.: 232), wie bspw. Ideen und Geschichten. Diese analytische Differenzierung greift die beiden Interpretationen von Kooptation in den Internationalen Beziehungen und ihre Verwendung in der Literatur zu Weltbankreformen sehr gut auf. Der Fokus auf den Prozesscharakter hat zudem das Potenzial, die starken Dualismen von Kooperation – Kooptation und damit auch das enge Akteursschema von hegemonialer Institution – NRO/soziale Bewegung des bisherigen Konzepts aufzubrechen. Am Begriff der Aneignung knüpfen zuletzt auch postkoloniale Arbeiten produktiv an (vgl. Dhawan u.a. 2016). Damit werden also der erste und vor allem der zweite der epistemologischen Kritikpunkte aufgegriffen. Dennoch gehen die Vorschläge hin zu einem prozessualen Verständnis von Kooptation und Aneignung aber nicht weit genug in ihrer Adressierung der Essenzialisierung von Widerstand und Subalternität sowie der mangelnden Reflexion der Rolle von Intellektuellen und Wissenschaftler:innen. So könnten mit einem prozessualen Verständnis von Kooptation im Beispiel von *Voices of the Poor* zwar die starken innerinstitutionellen Konflikte differenzierter analysiert werden. Die essenzialistischen Annahmen zu den „authentischen“ Subalternen und ihren Stimmen blieben davon aber unberührt, genauso wie der blinde Fleck in Bezug auf die ambivalente Rolle von Wissenschaftler:innen in partizipativen



Reformprozessen. Beide Aspekte sind aber von besonderer Relevanz für all jene globalen Einbindungspolitiken, die nicht nur auf die klassischen Akteure wie NGOs, sondern explizit auf Subalterne und ihr Wissen abzielen, wie von Spivak bereits mit den „Neuen Subalternen“ verdeutlicht. Vor diesem Hintergrund schlage ich eine radikalere Neuausrichtung des Kooptationskonzepts vor, die die Arbeiten von Spivak zu subalternen Repräsentation für eine Analyse globaler partizipativer Reformprozesse konzeptualisiert.

Kooptation neu denken:

Globale *politics* subalternen Repräsentation

Subalternität versteht Spivak, wie bereits erwähnt, vor allem als gesellschaftliche Position kultureller, politischer und infrastruktureller Fragmentierung. Davon ausgehend argumentiert sie für einen weiteren Aspekt von Subalternität, und zwar den des Nicht-Gehört-Werdens (Spivak u.a. 1996: 289). Das ist insofern interessant, als dass es den analytischen Fokus von Subalternität verschiebt: weg von den Subalternen selbst und der Frage, ob sie nun sprechen können oder nicht, hin zu den hegemonialen Akteuren, Institutionen und Diskursen und der Frage, ob diese den Subalternen zuhören können oder nicht (Dhawan 2012a). Spivak argumentiert damit nicht, dass Subalterne keinerlei *agency* hätten und keinen Widerstand leisten könnten – dieser wird nur zumeist nicht als solcher „gehört“ und verstanden:

„subalterne Auflehnung [...] ist der Versuch, sich selbst in die Repräsentation miteinzubeziehen, *nicht* gemäß den Linien, die von offiziellen institutionellen Repräsentationsstrukturen festgelegt sind. Meistens wird das nicht verstanden. Das ist der Moment, den ich ‚nicht sprechen‘ nenne“ (Spivak u.a. 1996: 306, Hervh. i. O.).

Spivaks Verständnis von Subalternität steht damit einer Essenzialisierung von subalternem Widerstand und Authentizität, wie im Kooptationskonzept angelegt, diametral entgegen. Hier wird außerdem bereits deutlich, wie eng ihr Verständnis von Subalternität und Widerstand mit dem Konzept der Repräsentation verknüpft ist. Mit der gesellschaftlichen Position der Subalternität geht für Spivak die Unmöglichkeit einher, sich selbst zu repräsentieren, das hat sie in vielen Beispielen insbesondere für die Artikulation subalternen Frauen\* nachzeichnen können. Für sie ist es dabei zentral, Repräsentation stets in seiner doppelten Bedeutung zu verstehen: als Sprechen für und als Sprechen über jemanden (Spivak 1994a: 77). Auch oder gerade weil beides empirisch meist zusammenfällt, ist diese analytische Unterscheidung wichtig, um Repräsentation als umkämpften politischen Prozess verstehen

zu können (Spivak 2010: 30). Damit gibt es dann weder ein „außerhalb“ von Macht und Repräsentation noch eine wirklich „authentische“ Repräsentation der Subalternen. Eine dualistische Weltsicht, wie vielen Kooptationskonzepten inhärent, wird damit radikal dekonstruiert. Vielmehr wird subalterne Repräsentation so zu einer Aporie für kritische Intellektuelle: unmöglich aber gleichzeitig dringend nötig (Asher & Wainwright 2019: 35). Zuge-spitzt formuliert, wird Pashas intellektueller „dream of escape“ aus einer postkolonial-feministischen Perspektive in Anschluss an Spivak zu einem Alptraum der Komplizenschaft, aus dem es kein Erwachen, sondern nur ein kontinuierliches Dagegen-Anarbeiten gibt (Dhawan 2012a: 56). Hier kommt dann auch die Frage der Kooptation wieder ins Spiel:

„Repräsentative Verantwortung übernehmen zu wollen, wirft schließlich die Frage danach auf, wer die legitime Stimme der Marginalisierten sein kann. Diese Frage ist aufs Engste mit dem Problem verknüpft, auf welche Art es möglich ist, die Perspektive der Anderen auf ethische Weise zu vertreten, ohne die Anderen zu vereinnahmen, zu kooptieren und ohne sie essentialisierender Gewalt zu unterwerfen...“ (Castro Varela & Dhawan 2020: 210f)

Intellektuelle und Wissenschaftler:innen haben damit eine privilegierte und im doppelten Wortsinn „komplizierte“ Rolle im umkämpften Prozess subalternen Repräsentation inne. Subalternen Widerstand wird von Spivak weder romantisiert noch gelehnet, sondern ihr Fokus liegt auf dessen Verunmöglichung durch intersektionale Fragmentierung und hegemoniales Nicht-Zuhören. Ihre Ausführungen bieten vor dem Hintergrund partizipativer IO-Reformen, die oft genau für sich in Anspruch nehmen, subalternen Kritik „zuzuhören“ wie im Fall von *Voices of the Poor*, aber auch allgemeiner vor dem Hintergrund des zunehmenden hegemonialen Interesses an den „neuen Subalternen“ viele fruchtbare Anknüpfungspunkte für eine Re-Konzeptualisierung von Kooptation.

Auch wenn Spivak durchaus den „institutionellen Background“ betont, der nötig ist, um subalternen Widerstand „hörbar“ zu machen (Biskamp 2016: 174), so könnte die vorangegangene Kritik am *blackboxing* hegemonialer Institutionen im Kooptationskonzept genauso für einige von Spivaks älteren Ausführungen zur Weltbank geltend gemacht werden. So verortet sie beispielsweise das „wahre Interesse“ der Weltbank in der Generierung globalen Kapitals durch „consultant and contractor“ (Spivak 1994b: 53) und folgert daraus: „Die Weltbank verdient keine dekonstruktive Lesart“ (ebd.: 53). Hier bestätigt sich die Schwachstelle postkolonialer Theorie hinsichtlich einer systematischen und differenzierten Analyse (globaler) politischer Institutionen und Prozesse (Ziai 2012: 303; Benjamin 2007). Für eine kritische Konzeptualisierung von Spivaks Ausführungen zu subalternen Repräsentation für globale partizipative

Reformen jenseits von Kooptation bedarf es also noch einer politikwissenschaftlichen Unterfütterung. Von den drei politikwissenschaftlichen Analyseebenen bietet sich hier jene der *politics*, also der politischen Prozesse und Dynamiken, besonders an. Zum einen haben die postkolonial-feministischen Kritikpunkte an Kooptation als Konzept dessen Prozesscharakter und den Kontext sozialer Kämpfe betont, zum anderen weist Spivaks eigenes Verständnis von subalterner Repräsentation als umkämpftem Prozess bereits in diese Richtung. Außerdem erweitert sich damit auch die kritische Perspektive auf globale Repräsentationspolitiken, denn bisher wurde wenn dann eher auf die Inhalte (*policy*) globaler subalterner Repräsentation und ihre Effekte fokussiert (vgl. Doty 2008; Dogra 2012). Als globale *politics* subalterner Repräsentation wären demnach die politischen Prozesse, Dynamiken und Auseinandersetzungen, um Fragen subalterner Vertretung und Darstellung im globalen Kontext zu verstehen.

Eine Perspektive auf die globalen *politics* subalterner Repräsentation kann damit eine interessante Alternative zum Kooptationskonzept mit all seinen ausgeführten Blindstellen für die Internationalen Beziehungen eröffnen. So kann jenseits dualistischer Akteurschemata gerade die Rolle von (neuen) Subalternen sowie von Wissenschaftler:innen in partizipativen Reformprozessen kritisch beleuchtet und damit sowohl die Umkämpftheit als auch die Komplexität hegemonialer Einbindungsstrategien im globalen Kontext ernst genommen werden.

## Fazit und Ausblick: Alle(s) kompliziert!

Das Konzept der Kooptation kommt im globalen und postkolonialen Kontext partizipativer Weltbankreformen klar an seine analytischen und epistemologischen Grenzen. Zwar wird der Bedeutungsrahmen bei der „Übersetzung“ des Konzepts in die Internationalen Beziehungen von der Einbindung kritischer Akteure auf kritische Ideen erweitert. Was allerdings unverändert bleibt ist das enge dualistische Akteurschema von hegemonialer Institution vs. NRO/soziale Bewegung. Damit scheitert das Kooptationskonzept dann bereits an der Herausforderung, die immer wichtiger werdende Rolle von (neuen) Subalternen in den Reformpolitiken von IOs wie der Weltbank, analytisch zu fassen. Das empirische Beispiel der Weltbankstudie *Voices of the Poor* zeigt, wie die zentrale Rolle „der Armen“ und der Wissenschaftler:innen, sowie die enormen innerinstitutionellen Konflikte der Weltbank das enge Akteurschema des Kooptationskonzepts sprengen. So muss letztendlich unklar bleiben, wer hier wen und für was kooptiert. Außerdem weist das empirische Beispiel auf eine grundlegende problematische Annahme des

Kooptationskonzepts hin: die vermeintliche Authentizität der Subalternen, die erst durch Kooptation verfälscht oder manipuliert wird. Daran anschließend konnten vier epistemologische Kritiken am Kooptationskonzept formuliert werden: eine Tendenz zu dualistischen Gegenüberstellungen, ein *blackboxing* der hegemonialen Institutionen, die (positive) Essenzialisierung von Subalternität und Widerstand sowie die mangelnde (Selbst-)Reflektion der Rolle kritischer Intellektueller und Wissenschaftler:innen. Um das Kooptationskonzept und sein (herrschafts-)kritisches Potenzial zu retten, haben insbesondere feministische Debatten einige wichtige Vorschläge gemacht, wie ein stärker prozessorientiertes Verständnis von Kooptation und die Differenzierung zwischen Kooptation und Aneignung. Gerade für all jene globalen Einbindungspolitiken, die nicht nur auf NGOs oder soziale Bewegungen, sondern auch auf Subalterne und ihr Wissen abzielen, geht das jedoch nicht weit genug. Hier hat der vorliegende Beitrag eine radikalere Neuausrichtung des Kooptationskonzepts vorgeschlagen. Die Konzeptualisierung von globalen *politics* subalternen Repräsentation verschiebt den Fokus auf die politischen Prozesse, Dynamiken und Auseinandersetzungen um Fragen subalternen Vertretung und Darstellung im globalen Kontext.

Zusammenfassend heißt es anstatt „Alle(s) kooptiert!“ mit einer postkolonial-feministischen Perspektive auf Globalisierungskritik und partizipative Reformprozesse vielmehr: „Alle(s) kompliziert!“ So sind die globalen Herrschaftsverhältnisse im Kontext partizipativer Weltbankreformen, die das Konzept der Kooptation analysieren und kritisieren will, nicht nur deutlich komplexer als es das zugrundeliegende Akteursschema IO vs. NRO/soziale Bewegung annimmt. Die Einbindungsstrategien zur Verteidigung des hegemonialen Status quo sind oft viel indirekter und umkämpfter, als es das Kooptationskonzept suggeriert. Auch die vermeintliche Authentizität von Subalternität und Widerstand wird dekonstruiert und die Komplizenschaft von (kritischen) Wissenschaftler:innen in globalen Repräsentations- und Einbindungspolitiken reflektiert. Damit aus dem „co-optation blues“ (De Jong & Kimm 2017: 185f) aber nicht einfach ein „complicity-blues“ wird, macht der Beitrag mit der Konzeptualisierung als globale *politics* subalternen Repräsentation einen konkreten Vorschlag, um genau diese Kompliziertheit kritisch in den Blick zu nehmen.

Mit einer Perspektive auf die globalen *politics* subalternen Repräsentation kann sich eine spannende postkolonial-feministische Forschungsperspektive für die Internationalen Beziehungen eröffnen. Deren Potenziale und möglichen Fragestellungen können hier nur kurz skizziert werden. Zum einen könnten so die verschiedenen Akteure und ihre oft widerstreitenden Zielsetzungen im Kontext globaler Reformpolitiken genauer betrachtet

werden. Damit eröffnet sich dann erst der Blick auf unterschiedliche und umkämpfte Hegemonieprojekte innerhalb partizipativer Reformen, die möglicherweise jeweils andere (nicht selten weibliche\*) Subalterne brauchen und diese dann entsprechend einbinden und „hörbar“ machen wollen. Zum anderen könnten mit einer Perspektive auf die *politics* subalternen Repräsentation auch erst die komplexen und umstrittenen Selektionsprozesse in partizipativen Reformpolitiken sichtbar werden. So könnte z.B. der Frage nachgegangen werden, wie und von wem Subalterne und ihr Wissen von der lokalen bis zur globalen Ebene eingebunden werden und welche Kritik es in diesem Prozess, warum wie weit schafft. Gerade die ambivalente Rolle von Wissenschaftler:innen darin kann so weitergehend analysiert werden, anstatt hinter dem Vorwurf der Kooptation zu verschwinden.

Aber was bedeutet dieser Perspektivwechsel für die politischen Lehren aus der Globalisierungskritik? Wenn wir zurückblicken auf den einleitenden Ratschlag „Bedenke: Kooptation, Kooptation, Kooptation“ und: „Arbeite nicht für die Weltbank“ (Cooke 2004: 43-45), dann kann eine postkolonial-feministische Perspektive hier zweierlei Denkanstöße geben. So ist spätestens jetzt klar, wie voraussetzungsreich dieser Ratschlag ist. Denn weder können die (neuen) Subalternen sich so „frei“ gegen eine Kooperation mit der Weltbank entscheiden (meist auch nicht „doppelt frei“, sie partizipieren schließlich oft ganz ohne Bezahlung). Noch können sie die Weltbank nachträglich der Kooptation bezichtigen – anders als kritische Wissenschaftler:innen wie Bill Cooke. Auch wenn die neuen Subalternen zunehmend von IOs wie der Weltbank eingebunden werden, endet damit nicht zwangsläufig ihre Subalternität, sie kann durch partizipative Reformen sogar noch verstärkt werden, wenn diese z.B. neue Zugriffe und Gewalt (auch epistemische) erst ermöglichen. Das bedeutet für kritische Wissenschaftler:innen aber auch, dass sie nicht einfach mit Fragen der Kooptation und Einbindung abschließen können, nur weil sie selbst nach der Erfahrung der 1990er Jahre nicht mehr mit der Weltbank zusammenarbeiten. Eine postkolonial-feministische Perspektive kann daher sowohl zur erneuten kritischen Auseinandersetzung mit internationalen Institutionen wie der Weltbank einladen als auch die Reflexion der eigenen repräsentativen Verantwortung im Kontext globaler Hegemonie und Subalternität vorantreiben.

## Literatur

- Adan, Ahmed; Karen Brock; Petia Kabakcheiva; Aklilu Kidanu; Marcus Melo; Carrie Turk & Yusuf Haroon (2002): „Who is listening? The Impact of Participatory Poverty Research“. In: Brock & McGee 2002, S. 99-134.

- Anderl, Felix (2017): „Protest – Öffnung – Wandel? Transnationale Advocacy-Netzwerke in der ‚geöffneten‘ Gelegenheitsstruktur“. In: Daphi, Priska; Nicole Deitelhoff; Dieter Rucht & Simon Teune (Hg.): *Protest in Bewegung? Zum Wandel von Bedingungen, Formen und Effekten politischen Protests*. Baden-Baden, S. 93-116 (<https://doi.org/10.5771/9783845288413-92>).
- Asher, Kiran, & Joel Wainwright (2019): „After Post-Development: On Capitalism, Difference, and Representation“. In: *Antipode*, Bd. 51, Nr. 1, S. 25-44 (<http://dx.doi.org/10.1111/anti.12430>).
- Baur, Dorothea, & Hans P. Schmitz (2012): „Corporations and NGOs: When Accountability Leads to Co-optation“. In: *Journal of Business Ethics*, Bd. 106, Nr. 1, S. 9-21 (<http://dx.doi.org/10.1007/s10551-011-1057-9>).
- Benjamin, Bret (2007): *Invested Interests. Capital, Culture, and the World Bank*. Minneapolis, US-MN.
- Biskamp, Floris (2016): *Orientalismus und demokratische Öffentlichkeit*. Bielefeld (<https://doi.org/10.14361/9783839435908>).
- Bond, Patrick (2008): „Reformist Reforms, Non-Reformist Reforms and Global Justice: Activist, NGO and Intellectual Challenges in the World Social Forum“. In: *Societies Without Borders*, Bd. 3, Nr. 1, S. 4-19 (<http://dx.doi.org/10.1163/187219108X256172>).
- Bracke, Sarah (2016): „Is the Subaltern Resilient? Notes on Agency and Neoliberal Subjects“. In: *Cultural Studies*, Bd. 30, Nr. 5, S. 839-855 (<http://dx.doi.org/10.1080/09502386.2016.1168115>).
- Brand, Ulrich (2001): „Nichtregierungsorganisationen und postfordistische Politik. Aspekte eines kritischen NGO-Begriffs“. In: Brunnengräber, Achim; Ansgar Klein & Heike Walk (Hg.): *NGOs als Legitimationsressource. Zivilgesellschaftliche Partizipationsformen im Globalisierungsprozess*. Opladen, S. 73-94 ([https://doi.org/10.1007/978-3-322-94937-0\\_5](https://doi.org/10.1007/978-3-322-94937-0_5)).
- Bretton Woods Project (2000): „*Voices of the Poor*“ *Study Oversold by Bank*. <http://www.brettonwoodsproject.org/2000/04/art-15797/>, letzter Aufruf: 29.3.2017.
- Bretton Woods Project & New Policy Institute (2000): *Electronic Discussion on Draft World Development Report On Poverty 2000/01: Final Summary*. <http://www.worldbank.org/poverty/wdrpoverty/sumdisc6.htm>, letzter Aufruf: 10.4.2020, via <http://web.archive.org/>.
- Brock, Karen, & Rosemary McGee (Hg.) (2002): *Knowing Poverty. Critical Reflections on Participatory Research and Policy*. Hoboken, US-NJ (<https://doi.org/10.4324/9781849771801>).
- Cammack, Paul (2004): „What the World Bank Means by Poverty Reduction, and Why it Matters“. In: *New Political Economy*, Bd. 9, Nr. 2, S. 189-211 (<http://dx.doi.org/10.1080/1356346042000218069>).
- Castro Varela, Maria d., & Nikita Dhawan (2020): *Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung*. Stuttgart.
- Chambers, Robert (1994): „The Origins and Practice of Participatory Rural Appraisal“. In: *World Development*, Bd. 22, Nr. 7, S. 953-969. ([http://dx.doi.org/10.1016/0305-750X\(94\)90141-4](http://dx.doi.org/10.1016/0305-750X(94)90141-4)).
- Chambers, Robert (2002): „Power, Knowledge and Policy Influence: Reflections on an Experience“. In: Brock, & McGee 2002, S. 135-165.
- Cooke, Bill (2004): „Rules of Thumb for Participatory Change Agents“. In: Hickey, Samuel (Hg.): *Participation: from Tyranny to Transformation? Exploring New Approaches to Participation in Development*. London u.a., S. 42-55.
- Cornwall, Andrea, & Karen Brock (2005): „What do Buzzwords do for Development Policy? A Critical Look at ‚Participation‘, ‚Empowerment‘ and ‚Poverty Reduction‘“. In: *Third World Quarterly*, Bd. 26, Nr. 7, S. 1043-1060 (<http://dx.doi.org/10.1080/01436590500235603>).
- Cornwall, Andrea, & Mamoru Fujita (2012): „Ventriloquising ‚the Poor‘? Of Voices, Choices and the Politics of ‚Participatory‘ Knowledge Production“. In: *Third World Quarterly*, Bd. 33, Nr. 9, S. 1751-1765 (<http://dx.doi.org/10.1080/01436597.2012.721274>).

- Cornwall, Andrea; Elizabeth Harrison & Ann Whitehead (Hg.) (2007): *Feminisms in Development. Contradictions, Contestations and Challenges*. London & New York, US-NY, (<https://doi.org/10.5040/9781350220089.ch-001>).
- Covey, Jane G. (1998): „Is Critical Cooperation Possible? Influencing the World Bank through Operational Collaboration and Policy Dialogue“. In: Fox, Jonathan, & Lloyd D. Brown (Hg.): *The Struggle for Accountability. The World Bank, NGOs, and Grassroots Movements*. Cambridge, US-MA.
- Cox, Robert W. (1983): „Gramsci, Hegemony and International Relations: An Essay in Method“. In: *Millennium: Journal of International Studies*, Bd. 12, Nr. 2, S. 162-175 (<http://dx.doi.org/10.1177/0305829883012002701>).
- Coy, Patrick G. (2013): „Co-Optation“. In: Snow, David A.; Donatella Della Porta; Bert Klandermans & Doug McAdam (Hg.): *The Wiley-Blackwell Encyclopedia of Social and Political Movements*. Chichester & Malden, US-MA, S. 115-116.
- De Jong, Sara, & Susanne Kimm (2017): „The Co-optation of Feminisms: A Research Agenda“. In: *International Feminist Journal of Politics*, Bd. 19, Nr. 2, S. 185-200 (<https://doi.org/10.1080/14616742.2017.1299582>).
- Dhawan, Nikita (2012a): „Hegemonic Listening and Subversive Silences: Ethical-political Imperatives“. In: Lagaay, Alice, & Michael Lorber (Hg.): *Destruction in the Performative*. Amsterdam & New York, US-NY, S. 47-60 ([https://doi.org/10.1163/9789401207416\\_004](https://doi.org/10.1163/9789401207416_004)).
- Dhawan, Nikita (2012b): „Transnational Justice, Counterpublic Spheres and Alterglobalization“. In: *Localities*, Bd. 2, S. 79-116.
- Dhawan, Nikita; Elisabeth Fink; Johanna Leinius & Rirhandu Mageza-Barthel (Hg.) (2016): *Negotiating Normativity. Postcolonial Appropriations, Contestations, and Transformations*. Cham (<https://doi.org/10.1007/978-3-319-30984-2>).
- Didur, Jill, & Teresa Heffernan (2003): „Revisiting the Subaltern in the New Empire“. In: *Cultural Studies*, Bd. 17, Nr. 1, S. 1-15 (<https://doi.org/10.1080/0950238032000050788>).
- Dogra, Nandita (2012): *Representations of Global Poverty. Aid, Development and International NGOs*. New York, US-NY (<https://doi.org/10.5040/9780755620005>).
- Doty, Roxanne L. (2008): *Imperial Encounters. The Politics of Representation in North-South Relations*. Minneapolis, US-MN.
- DUDEN (2020). <https://www.duden.de/rechtschreibung/Kooptation>, letzter Aufruf: 7.8.2020.
- Eschle, Catherine, & Bice Maiguashca (2018): „Theorising Feminist Organising in and Against Neoliberalism: Beyond Co-optation and Resistance?“. In: *European Journal of Politics and Gender*, Bd. 1, Nr. 1, S. 223-239 (<http://dx.doi.org/10.1332/251510818X15272520831120>).
- Fraser, Nancy (2009): „Feminism, Capitalism and the Cunning of History“. In: *New Left Review*, Bd. 56, S. 97-117.
- Gamson, William A. (1968): *Power and Discontent*. Homewood, US-IL.
- Johnson, Cedric (2020): „Don't Let Blackwashing Save the Investor Class“. In: *Jacobin*, <https://jacobinmag.com/2020/06/blackwashing-corporations-woke-capitalism-protests>, letzter Aufruf: 4.9.2020.
- Kapoor, Ilan (2005): „Participatory Development, Complicity and Desire“. In: *Third World Quarterly*, Bd. 26, Nr. 8, S. 1203-1220 (<http://dx.doi.org/10.1080/01436590500336849>).
- Leal, Pablo Alejandro (2007): „Participation: The Ascendancy of a Buzzword in the Neo-liberal Era“. In: *Development in Practice*, Bd. 17, 4/5, S. 539-548 (<http://dx.doi.org/10.1080/09614520701469518>).
- Lapegna, Pablo (2014): *Pitfalls of „Cooptation“. Participation and its Discontents*. <https://participationanditsdiscontents.tumblr.com/post/77071378901/pitfalls-of-cooptation>, letzter Aufruf: 12.8.2020.
- Martín-Barbero, Jesús (1993): *Communication, Culture and Hegemony*. London.

- Narayan, Deepa; Robert Chambers; Meera K. Shah & Patti Petesch (2000a): „*Voices of the Poor*“. *Crying Out for Change*. New York, US-NY (<https://doi.org/10.1596/0-1952-1602-4>).
- Narayan, Deepa; Raj Patel; Kai Schafft; Anne Rademacher & Sarah Koch-Schulte (2000b): *Can Anyone Hear Us?* „*Voices of the Poor*“. New York, US-NY (<https://doi.org/10.1596/0-1952-1601-6>).
- Narayan, Deepa, & Patti Petesch (2002): „*Voices of the Poor*“. *From Many Lands*. Washington D.C. (<https://doi.org/10.1596/0-8213-5049-8>).
- Nilsen, Alf, & Srila Roy (Hg.) (2015): *New Subaltern Politics. Reconceptualizing Hegemony and Resistance in Contemporary India*. Neu-Delhi (<https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780199457557.001.0001>).
- O'Brien, Robert; Anne M. Goetz; Jan A. Scholte & Marc Williams (2000): *Contesting Global Governance. Multilateral Economic Institutions and Global Social Movements*. Cambridge (<https://doi.org/10.1017/CBO9780511491603>).
- Pasha, Mustapha K. (2013): „Return to the Source: Gramsci, Culture, and International Relations“. In: Ayers, Alison J. (Hg.): *Gramsci, Political Economy, and International Relations Theory. Modern Princes and Naked Emperors*. Basingstoke, S. 153-168.
- Pender, John (2002): „Empowering the Poorest? The World Bank and the ‚Voices of the Poor‘“. In: Chandler, David (Hg.): *Rethinking Human Rights*. London u.a., S. 97-114 ([https://doi.org/10.1057/9781403914262\\_6](https://doi.org/10.1057/9781403914262_6)).
- Pithouse, Richard (2003): „Producing The Poor. The World Bank's New Discourse of Domination“. In: *African Sociological Review*, Bd. 7, Nr. 2 (<http://dx.doi.org/10.4314/asr.v7i2.23149>).
- Prasad, Anshuman (Hg.) (2003): *Postcolonial Theory and Organizational Analysis. A Critical Engagement*. New York, US-NY (<https://doi.org/10.1057/9781403982292>).
- Rademacher, Anne, & Raj Patel (2002): „Retelling Worlds of Poverty: Reflections on Transforming Participatory Research for a Global Narrative“. In: Brock, & McGee 2002, S. 166-188.
- Roy, Srila (2017): „The Positive side of Co-optation? Intersectionality: A Conversation between Inderpal Grewal and Srila Roy“. In: *International Feminist Journal of Politics*, Bd. 19, Nr. 2, S. 254-262 (<http://dx.doi.org/10.1080/14616742.2017.1291225>).
- Ruckert, Arne (2009): „A Decade of Poverty Reduction Strategies in Latin America: Empowering or Disciplining the Poor?“. In: *LABOUR, Capital and Society*, Bd. 42, Nr. 1, S. 57-81.
- Ruggeri Laderchi, Caterina (2007): „Participatory Methods in the Analysis of Poverty: a Critical Review“. In: Stewart, Frances; Ruhi Saith & Barbara Harriss-White (Hg.): *Defining Poverty in the Developing World*. Houndmills, S. 91-113.
- Scott, Joan; Cora Kaplan & Debra Keates (Hg.) (1995): *Transitions Environments Translations. Feminisms in International Politics*. New York, US-NY, u.a.
- Selznick, Philip (1949): *TVA and the Grass Roots; A Study in the Sociology of Formal Organization*. Berkeley, US-CA.
- Spivak, Gayatri C. (1994a): „Can the Subaltern Speak?“. In: Williams, Patrick, & Laura Chrisman (Hg.): *Colonial Discourse and Post-colonial Theory. A Reader*. New York, US-NY, S. 66-111.
- Spivak, Gayatri C. (1994b): „Responsibility“. In: *boundary 2*, Bd. 21, Nr. 3, S. 19-64 (<http://dx.doi.org/10.2307/303600>).
- Spivak, Gayatri C. (2000): „The New Subaltern: A Silent Interview“. In: Chaturvedi, Vinayak (Hg.): *Mapping Subaltern Studies and the Postcolonial*. London u.a., S. 324-340.
- Spivak, Gayatri C. (2005): „Scattered Speculations on the Subaltern and the Popular“. In: *Post-colonial Studies*, Bd. 8, Nr. 4, S. 475-486 (<http://dx.doi.org/10.1080/13688790500375132>).
- Spivak, Gayatri C. (2010): „Can the Subaltern Speak?“. In: Morris, Rosalind C. (Hg.): *Can the Subaltern Speak? Reflections on the History of an Idea*. New York, US-NY, S. 21-78.
- Spivak, Gayatri C.; Donna Landry & Gerald M. MacLean (1996): *The Spivak Reader. Selected Works of Gayatri Chakravorty Spivak*. New York, US-NY, & London.



- Sriedinger, Angelika (2017): „How Organizational Research Can Avoid the Pitfalls of a Co-optation Perspective: Analyzing Gender Equality Work in Austrian Universities with Organizational Institutionalism“. In: *International Feminist Journal of Politics*, Bd. 19, Nr. 2, S. 201-215 (<http://dx.doi.org/10.1080/14616742.2016.1189672>).
- Sum, Ngai-Ling (2012): „Towards a Cultural Political Economy: Discourses, Material Power and (Counter-)Hegemony“. In: *CPERC Working Paper*, Nr. 02, S. 1-27.
- Tallberg, Jonas, & Christer Jönsson (2013): „Transnational Actors Participation“. In: Tallberg, Jonas (Hg.): *The Opening up of International Organizations. Transnational Access in Global Governance*. Cambridge, S. 1-21 (<https://doi.org/10.1017/CBO9781107325135>).
- Taylor, Marcus (2004): „Responding to Neoliberalism in Crisis: Discipline and Empowerment in the World Bank's New Development Agenda“. In: Paul Zarembka (Hg.): *Neoliberalism in Crisis, Accumulation, and Rosa Luxemburg's Legacy*. Bingley, S. 3-30 ([https://doi.org/10.1016/S0161-7230\(04\)21001-X](https://doi.org/10.1016/S0161-7230(04)21001-X)).
- Taylor, Marcus (2005): „Opening the World Bank: International Organisations and the Contradictions of Global Capitalism“. In: *Historical Materialism*, Bd. 13, Nr. 1, S. 153-170 (<http://dx.doi.org/10.1163/1569206053620870>).
- Trumpy, Alexa J. (2008): „Subject to Negotiation: The Mechanisms Behind Co-Optation and Corporate Reform“. In: *Social Problems*, Bd. 55, Nr. 4, S. 480-500 (<http://dx.doi.org/10.1525/sp.2008.55.4.480>).
- Wade, Robert H. (2002): „US Hegemony and the World Bank: The Fight over People and Ideas“. In: *Review of International Political Economy*, Bd. 9, Nr. 2, S. 201-229 (<http://dx.doi.org/10.1080/09692290110126092>).
- Weaver, Catherine (2008): *Hypocrisy Trap. The World Bank and the Poverty of Reform*. Princeton, US-NJ (<https://doi.org/10.1515/9781400837816>).
- World Bank (1996): *The World Bank Participation Handbook*. Washington D.C.
- World Bank (2001): *World Development Report 2000/2001. Attacking Poverty*. Washington D.C.
- World Bank (2018): *World Development Report 2019. The Changing Nature of Work*. Washington D.C., <https://ebookcentral.proquest.com/lib/gbv/detail.action?docID=5570731>.
- Ziai, Aram (2012): „Postkoloniale Studien und Politikwissenschaft: Komplementäre Defizite, Stand der Forschung und Perspektiven“. In: *Politische Vierteljahresschrift*, Bd. 53, Nr. 2, S. 292-323 (<https://doi.org/10.5771/0032-3470-2012-2-291>).
- Zirin, Dave (2020): „The Sports Strikes Against Racism Have Not Been Coopted“. In: *The Nation*, <https://www.thenation.com/article/society/nba-blm-strike/>, letzter Aufruf: 4.9.2020.

Anschrift der Autorin:

Anne Reiff

[a.reiff@mailbox.org](mailto:a.reiff@mailbox.org)

Janet Conway

## Kosmopolitisch oder kolonial? Das Weltsozialforum als „Kontaktzone“\*

*Keywords:* World Social Forum; coloniality of power; subaltern movements; marginalisation of knowledges; decolonizing; alliance-building, contact zone  
*Schlagwörter:* Weltsozialforum; Kolonialität der Macht; subalterne Bewegungen; Marginalisierung von Wissen; Dekolonisierung, Bündnispolitik; Kontaktzone

Seit seinem Auftakt im Jahr 2001 hat sich das Weltsozialforum (WSF) zum vorrangigen Ort für Begegnung, Transformation und Agglomeration von Bewegungswissen aus subalternen Kämpfen entwickelt, die mit spezifischen sozialen und geographischen Lokalitäten und Identitäten verbunden sind. Obwohl die beeindruckende Vielfalt des WSF regelmäßig hervorgehoben wird, gibt es bisher wenig analytische Arbeiten darüber, inwieweit die Praxis des WSF Kommunikation über zuvor unüberwundene Unterschiede hinweg ermöglicht – jenseits der Ko-Präsenz im offenen Raum – und wie strukturelle Machtverhältnisse, insbesondere die „Kolonialität der Macht“, diese Interaktionen prägen.

Mit Kolonialität der Macht beziehe ich mich auf den kolonialen Charakter des Weltsystems, der gegenwärtig in den globalen Hierarchien von Wissen und Macht, die den modernen Westen privilegieren, fortwirkt.<sup>1</sup> Dies ist insbesondere relevant bei der Überlegung, wie „territorial verankerte subalterne Bewegungen“ (Escobar 2004) der dritten und vierten Welt einen Anspruch auf die „globale Zivilgesellschaft“, so wie sie sich im WSF zusammenfindet,

---

\* Das englische Original des Artikels ist 2011 im *Third World Quarterly*, Bd. 32., Nr. 2, S. 217-236, erschienen (<https://doi.org/10.1080/01436597.2011.560466>). Copyright Global South Ltd., 2011, Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Taylor & Francis Ltd., <https://www.tandfonline.com/> (für Global South Ltd.).

*Danksagung:* Diese Forschung wurde vom *Social Sciences and Humanities Research Council of Canada* unterstützt.

1 Ich verdanke diese Konzepte der lateinamerikanischen Debatte über Modernität und Kolonialität. S. Escobar 2007: 179-210, für einen kritischen Überblick über diese Debatte und eine entsprechende Bibliographie.

erheben<sup>2</sup> und welche spezifischen Fragen ihre Anwesenheit in Bezug auf die Kommunizierbarkeit über Klassen-, kulturelle und koloniale Unterschiede hinweg aufwirft – Differenzen, die im Kontext von globaler Kolonialität hierarchisch strukturiert sind, auch auf dem vermeintlich egalitären Terrain der Bewegung für globale Gerechtigkeit.

Mit „kolonialer Differenz“ beziehe ich mich auf das, was durch die Kolonialität der Macht als „rückständig“ konstruiert und durch die globale Hegemonie von Diskursen, die die westliche Modernität in den Fokus nehmen, für ungültig erklärt und unterdrückt wurde. Eurozentrische Formen des Wissens haben durch ihren Anspruch auf Universalität und die Diskreditierung von anderen Formen und Traditionen des Wissens als unwissenschaftlich das koloniale Andere zum Schweigen gebracht. Solch ein „epistemischer Ethnozentrismus“ wirkt auch in der antiimperialistischen Linken und ihren Beziehungen mit subalternen Bewegungen, innerhalb und über die Grenzen von Nationalstaaten hinweg (Escobar 2004).

Alternative Kenntnisse und Praktiken bieten eine gewisse Möglichkeit, die Verhältnisse von Kolonialität, und somit die Exklusion und das Leiden der Bevölkerungsmehrheiten im globalen Kapitalismus anzugehen. Dies sind Kenntnisse und Praktiken, die von der Modernität unterdrückt wurden und die die Begrenztheit und Partikularität westlicher Kosmologien und ihren Ursprung in einer geographisch und historisch spezifischen kulturellen Rationalität aufzeigen, welche sich jedoch selbst als universell darstellt. Arturo Escobar plädiert aus der Perspektive der kolonialen Differenz dafür, den konkreten Praktiken zeitgenössischer sozialer Bewegungen Aufmerksamkeit zu schenken, um die Theorie durch die politische Praxis subalternen Gruppen neu zu denken, insbesondere die Politik der Differenz, die von denjenigen betrieben wird, die sich unmittelbarer zugleich mit imperialer Globalität und globaler Kolonialität auseinandersetzen (ebd.).

Innerhalb dieses analytischen Rahmens und Projekts argumentiere ich, dass die Bewegungen beim WSF auf einem historisch ungleichen Spielfeld aufeinander treffen, das durch die Kolonialität der Macht konstituiert wird. Die Anerkennung des Charakters der gegenwärtigen Weltordnung als eine der globalen Kolonialität setzt die Dekolonisierung auf die Agenda von Bewegungen auf der ganzen Welt, nicht nur in ihren direkten Auseinandersetzungen mit hegemonialen Mächten, sondern auch in den Beziehungen zwischen den Bewegungen selbst, insbesondere über die Grenzen von Nord/

---

2 Für eine kritische Diskussion des Konzepts der Zivilgesellschaft, seiner westlichen politisch-theoretischen Grundlagen und Referenzen sowie seines kolonisierenden und zivilisierenden Verhältnisses zu subalternen Bevölkerungen, s. Sen 2007 und weitere Beiträge im Schwerpunkttheft des *Third World Quarterly*, Bd. 32, Nr. 2.

Süd, nicht-indigen/indigen und modern emanzipatorisch/subaltern-„anders“ hinweg. Die Bewegungen der ersten Hälften der vorgenannten Paare sind historisch wie gegenwärtig im Verhältnis zu ihren „anderen“ hegemonial – innerhalb und außerhalb des Sozialforums. Diese „anderen“ bleiben auch im WSF ausgeschlossen und „subaltern“.

Die meisten Beiträge zum WSF haben sich mit der Raum-Akteurs-Debatte beschäftigt, d.h. mit der politischen Auseinandersetzung darüber, ob das WSF entweder als Akteur Position beziehen und gemeinsame Aktionen vorantreiben sollte oder ob es als ein nicht zielgerichteter offener Raum existieren sollte, um Bewegungen zu beleben und ihre freien Zusammenschlüsse zu unterstützen.<sup>3</sup> Keine der beiden Seiten in dieser Debatte problematisiert jedoch die asymmetrischen Beziehungen innerhalb des WSF zwischen den Bewegungen selbst, unter denen jene, die durch die Kolonialität von Macht und Wissen produziert wurden, hervorstechen. Jenseits dieser Debatte, die seit 2006 weitgehend zugunsten des WSF als offenem Raum entschieden wurde, haben feministische Kommentator:innen am regelmäßigsten argumentiert, dass unterdrückerische Machtverhältnisse jenseits des WSF auch innerhalb des WSF sowie innerhalb und zwischen den dort agierenden Bewegungen wirken und dass diesen Machtverhältnissen begegnet werden müsse. Das WSF so zu behandeln, als sei es ein offener Raum frei von Machtverhältnissen, ermögliche lediglich die Reproduktion eben jener Hierarchien, die die Bewegung vorgeblich bekämpft (Alvarez u.a. 2004; Vargas 2005; Conway 2007).

In diesem Artikel versuche ich, zu solch kritischen Analysen des WSF beizutragen, indem ich einen Fokus auf die koloniale Differenz als einen Blickwinkel einnehme, von dem aus man die Möglichkeiten und Grenzen einschätzen kann, die in der sich entwickelnden Praxis des WSF als offenem Raum absehbar sind. Für die Untersuchung des WSF als offenem Raum verwende ich das Konzept der „Kontaktzone“.<sup>4</sup>

Ich stütze mich auf zwei sich überschneidende, aber unterschiedliche analytische Verwendungen der Kontaktzone, und zwar die von Boaventura de Sousa Santos (2005: 15-22) und Mary Louise Pratt (1992), um den ambivalenten Charakter des offenen Raumes beim WSF zu erkunden, der dynamisch zwischen kosmopolitisch und kolonial alterniert.

3 S. Whitaker 2004 und Teivainen 2004 für zwei typische Beiträge zu dieser Debatte. S. Bello 2007 und Whitaker 2007a für eine aktuelle Wiederholung derselben.

4 Zur Klarstellung: Ich beziehe mich auf den „offenen Raum“ als die historisch sich entwickelnde und umstrittene Praxis, die mit der Schaffung von Veranstaltungen des Sozialforums verbunden ist. Ich verwende den Begriff „Kontaktzone“ als analytische Linse, um einige besondere Dynamiken der Praxis des offenen Raums sichtbar zu machen, die sich aus der Kolonialität von Macht und Wissen ergeben.

Ausgehend von mehreren empirischen Beispielen dafür, wie territorial verankerte subalterne Bewegungen in verschiedenen Kontexten und zu verschiedenen Zeitpunkten Ansprüche auf das WSF erhoben haben, argumentiere ich, dass die WSF-Methodik des offenen Raums in der Tat die Einbeziehung solcher Bewegungen ermöglicht – und damit in einem beispiellosen Ausmaß Möglichkeitsbedingungen für kommunikative Beziehungen über zuvor unüberwundene, ja weitgehend unerkannte Unterschiede hinweg schafft.

Es ist jedoch von Bedeutung, dass das Einführen des Konzepts der „Kontaktzone“ als offenem Raum auf dem WSF kommunikative Beziehungen und Kommunizierbarkeit problematisiert, anstatt anzunehmen, dass diese sich selbstverständlich aus der Ko-Präsenz in einem offenen, pluralistischen und nicht zielgerichteten Raum ergeben.

Jenseits der Ermöglichung der Ko-Präsenz von unterschiedlich positionierten Bewegungen im freien Raum wird so der Charakter des offenen Raumes des WSF als eines Raumes deutlicher, der immer noch durch erhebliche Einschränkungen und Asymmetrien hinsichtlich der Einbeziehung subalternen Bewegungen und der tatsächlichen Auseinandersetzung mit ihrem Wissen gekennzeichnet ist. Darüber hinaus ermöglicht uns das zwiespältige Verständnis der Kontaktzone als potenziell kosmopolitisch und/oder kolonial, die sich deutlich unterscheidenden kommunikativen Beziehungen zu erkennen, die durch verschiedene selbstorganisierte Prozesse innerhalb des „Raums der Räume“, des offenen Raums des WSF, ermöglicht werden.

Ausgehend von meiner Feldforschung bei jedem WSF seit 2002 sowie den kontinentalen Sozialforen der Amerikas, die teilnehmende Beobachtung, Interviews mit Bewegungsakteur:innen sowie die Analyse ihrer Reden und Schriften im Kontext der Sozialforen einschließt, untersuche ich, inwieweit Santos' kosmopolitische Kontaktzone in einigen spezifischen Praktiken des Inter-Bewegungs-Dialogs im Rahmen des WSF als im Entstehen begriffen betrachtet werden kann. Ich komme dann zum spezifischen Problem der kolonialen Differenz zurück, das in Pratts Konzeptualisierung der Kontaktzonen im Vordergrund steht und schließe mit dem Hinweis auf und dem Plädoyer für eine vertiefte Praxis der Dekolonisierung. Auch gebe ich Anregungen für weitere Forschung über das WSF als Kontaktzone und das Problem der kolonialen Differenz.

### Kontaktzone: kosmopolitisch oder kolonial?

Boaventura de Sousa Santos hat explizit den Begriff der Kontaktzone für die Analyse des Weltsozialforums genutzt. In einem Artikel von 2005, „Die Zukunft des Weltsozialforums: die Arbeit der Übersetzung“, plädiert Santos

für die Notwendigkeit, in jeder Bewegung „eine Kontaktzone zu schaffen, die sie porös und damit durchlässig machen könnte“ für die Perspektiven anderer Bewegungen, die sich von ihnen selbst unterscheiden (Santos 2005: 17).

Dies würde es den Bewegungen ermöglichen, sich gegenseitig in ihrer jeweiligen Besonderheit zu erkennen und zu respektieren und gleichzeitig die kulturübergreifende Verständlichkeit zu ermöglichen, die für den Aufbau einer gegen-hegemonialen Zusammenarbeit notwendig sei.

Kontaktzonen, so Santos, seien „soziale Felder, in denen sich verschiedene Bewegungen/Organisationen treffen und interagieren, um gegenseitig ihre normativen Bestrebungen, ihre Praktiken und ihr Wissen zu evaluieren“. Santos räumt ein, dass angesichts der Geschichte der modern(istisch)en Linken im 20. Jahrhundert das Vorhandensein ungleicher Machtverhältnisse wahrscheinlich sei. Er argumentiert, dass Ungleichheiten „den Beziehungen geteilter Autorität weichen müssen. Nur dann wird die *kosmopolitische Kontaktzone* konstituiert“ (ebd.: 20, Hervh.: JC).

Santos schreibt das Konzept der Kontaktzone keiner bestimmten Person zu, aber der Begriff wird oft mit den Arbeiten der Literaturtheoretikerin Mary Louise Pratt in Verbindung gebracht. In ihrem 1992 erschienenen Buch *Imperial Eyes* versteht sie Kontaktzonen in einer stärker spannungsgeladenen Weise als:

„[...] soziale Räume, in denen ungleiche Kulturen sich begegnen, aufeinanderprallen, sich miteinander auseinandersetzen, oft in höchst asymmetrischen Beziehungen von Herrschaft und Unterordnung – wie Kolonialismus, Sklaverei oder deren Nachwirkungen, wie sie heute überall auf der Welt gelebt werden [...] der Raum kolonialer Begegnungen [ist] der Raum, in dem geographisch und historisch getrennte Völker miteinander in Kontakt kommen und fortwährende Beziehungen aufbauen, die in der Regel mit Bedingungen von Zwang, radikaler Ungleichheit und unlösbarem Konflikt einhergehen.“

Weiter schreibt sie, dass ihre Verwendung des Begriffs

„[...] ‚Kontaktzone‘ ein Versuch ist, die räumliche und zeitliche Kopräsenz von Subjekten zu beschreiben, die zuvor durch geographische und historische Disparitäten getrennt waren und deren Bahnen sich nun überschneiden. Durch die Verwendung des Begriffs ‚Kontakt‘ möchte ich die interaktiven, improvisatorischen Dimensionen kolonialer Begegnungen in den Vordergrund rücken, die allzu leicht ignoriert oder unterdrückt werden [...] [Eine] Kontakt-Perspektive betont, wie Subjekte in und durch ihre Beziehungen zueinander konstituiert werden. Sie behandelt die Beziehungen zwischen den Kolonisierenden und den Kolonisierten, oder Reisenden und ‚Bereisten‘, nicht im Hinblick auf die Segregation der Apartheid, sondern im Hinblick auf Kopräsenz, Interaktion, ineinandergreifende Auffassungen und Praktiken, die sich oft innerhalb radikal asymmetrischer Machtverhältnisse abspielen.“ (Pratt 1992: 4, 6f)

Es gibt offensichtliche Spannungen zwischen den beiden Verwendungen. Santos geht von der Möglichkeit egalitärerer Beziehungen aus, die vom gemeinsamen Wunsch nach globaler Gerechtigkeit unter den Bewegungen des WSF getragen werden, auch wenn er die Existenz von Ungleichheiten und Unvereinbarkeiten unter ihnen eingesteht. Im Kontext des WSF sieht er auch, dass verschiedene Bewegungen des globalen Südens erstmals miteinander in Kontakt kommen und dass ihre gemeinsame Positionalität im Süden sie nicht von der Arbeit der interkulturellen und bewegungsübergreifenden Übersetzung befreit. Für Santos scheint die Kontaktzone sowohl ein Attribut von Bewegungen zu sein, wenn sie eine Bereitschaft zum Dialog über Differenzen hinweg kultivieren, als auch das soziale Feld der Begegnung, das durch dieses politische Projekt konstituiert wird.

Pratts Konzept der Kontaktzone ist demgegenüber das eines historisch gegebenen Zustands zwischen Vergangenheit und Gegenwart, der durch die Erfahrungen des Imperialismus und Kolonialismus geschaffen wurde. Sie wird spezifisch konstituiert durch die Dynamik der Begegnung zwischen den historisch Kolonisierten und ihren (ehemaligen und/oder gegenwärtigen) Kolonisator:innen. Diese Verwendung lenkt unsere Aufmerksamkeit auf die asymmetrischen, machtverstrickten Beziehungen zwischen Bewegungen, in denen die unzähligen Vermächtnisse des Kolonialismus widergespiegelt werden. Im Kontext des WSF beleuchtet es die Beziehungen zwischen Bewegungen, die ihren Ursprung im globalen Norden oder dem Süden haben, zwischen den Nachfahren der Invasor:innen-Siedler:innen und den indigenen Völkern, zwischen dem Lokalen, territorial Verankerten und dem Kosmopolitischen und zwischen dem Modern-Emanzipatorischen und dem Subaltern-„Anderen“, jenseits anderer Verkörperungen kolonialer Differenz. Hier möchte ich diese beiden Bedeutungen der Kontaktzone in Spannung halten, weil sie wichtige und unterschiedliche Merkmale der Dynamik zwischen Bewegungen und den politischen Herausforderungen artikulieren, mit denen das WSF als ein Raum der Begegnung zwischen Bewegungen auf einem ungleichen Spielfeld konfrontiert ist. Genauer gesagt ist der Artikel eine kritische Auseinandersetzung mit Santos' Behauptung, dass das WSF eine Kontaktzone sei, und verwendet dabei Pratts Begriff als Gegenkonzept und Korrektiv.

Die Spannungen zwischen diesen Bedeutungen der Kontaktzone lenken unsere Aufmerksamkeit auch auf konkurrierende Traditionen der Analyse und Interpretation des WSF: zwischen dem dominanten Verständnis des offenen Raums aus Sicht der Forschung zu „Öffentlichkeit“/diskursiver Demokratie und einem Verständnis, das mehr darauf achtet, wie Beziehungen der Ungleichheit, Kolonialität und Unvereinbarkeit fortbestehen und

vermeintlich egalitäre Räume verzerren. Wie Pratt in einem anderen Kontext vorschlägt, kann der Begriff der Kontaktzone verwendet werden, um vorherrschende Modelle von Gemeinschaft zu erschüttern, welche dominanten Theorien des Sozialen und Politischen zugrunde liegen (Pratt 1991: 33-40).

## Das Weltsozialforum und das Konzept des „offenen Raums“

Ursprünglich als Alternative zum jährlich in Davos in der Schweiz stattfindenden Weltwirtschaftsforum erdacht, wurde das WSF auf dem Höhepunkt der Anti-Globalisierungs-Mobilisierungen initiiert, um Gruppen und Bewegungen der Zivilgesellschaft aus der ganzen Welt zusammenzubringen. Das erste WSF, das im Januar 2001 in Porto Alegre, Brasilien stattfand, zog 15.000 Teilnehmer:innen an. Sein erstaunlicher Erfolg veranlasste die Organisator:innen, das WSF zu einem permanenten Prozess zu machen. Seitdem findet die Veranstaltung jedes Jahr im Januar statt und wächst hinsichtlich ihrer Größe, Vielfalt, Komplexität und Bedeutung stetig, so dass sie nun regelmäßig über 100.000 Menschen jährlich anzieht.<sup>5</sup>

Nach drei Jahren in Porto Alegre zog das WSF im Jahr 2004 nach Mumbai und im Jahr 2007 nach Nairobi. Brasilien bleibt zwar der Heimatort des WSF, aber es gibt ein weitreichendes Bestreben, die Veranstaltung geographisch auch an anderen Orten im globalen Süden durchzuführen. Dies ist eine Strategie, um den interkontinentalen und kulturübergreifenden Charakter des Forums zu erweitern und zu vertiefen und gleichzeitig seine kritische Positionalität im globalen Süden beizubehalten. In diesem Zusammenhang riefen die Organisator:innen beim zweiten WSF in Porto Alegre im Jahr 2002 die Teilnehmenden auf, ähnliche Prozesse an ihren eigenen Orten zu organisieren, diese an ihren eigenen Prioritäten zu orientieren und in der Größe zu organisieren, der für sie sinnvoll sei. Sozialforen haben sich, inspiriert von der globalen Veranstaltung und in Übereinstimmung mit der Charta der Prinzipien des WSF, verbreitet, wobei auf regionaler Ebene Prozesse mit besonderer Kraft und Bedeutung entstehen.

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen, die auf dem WSF vertreten sind, variieren je nach dem Ort der Veranstaltung erheblich, sind aber immer sehr unterschiedlich in ihrer demografischen Zusammensetzung und Reichweite, ihren Organisationsformen, kulturellen Ausdrucksformen und

---

5 Während das Weltsozialforum im Jahr 2010/2011 eine zentrale Arena für die Versammlung emanzipatorischer sozialer Bewegungen und Kämpfe aus der ganzen Welt darstellte, wurde es in den letzten Jahren zunehmend von internen Uneinigheiten über die Zukunft und Strategie der Kämpfe für eine andere Welt bestimmt (Anm. d. Ü.).



geographischen Wurzeln sowie ihrer Strategien, Taktiken und Diskurse.<sup>6</sup> Die Veranstaltung und ihr Prozess verändern sich maßgeblich, wenn Gruppen in verschiedenen Teilen der Welt sie aufgreifen, was das, was lokal und global folgt, verändern kann, wenn auch nicht in irgendeiner mechanistischen oder vorhersehbaren Weise. Ebenso reagiert das Forum, wenn es auf lokaler und regionaler Ebene umgesetzt wird, auf die Besonderheiten des Raums und der Ebenen, der historisch-geographischen Gegebenheiten, auf die es sich bezieht, und der Diskurse, Praktiken, Anliegen und Strategien der sie konstituierenden sozialen Bewegungen.

Vielleicht mehr als mit jedem anderen Merkmal wird das WSF mit dem Konzept des „offenen Raums“ assoziiert, einem Bündel von sich gegenseitig verstärkenden Charakteristika, Praktiken und Prinzipien. Als eine besondere organisatorische und politische Form wurde das Sozialforum als ein offener Raum für den freien und horizontalen Austausch von Ideen, Erfahrungen und Strategien konzipiert, der daran orientiert ist, Alternativen zum Neoliberalismus umzusetzen und zu schaffen. Das WSF ist ein „zivilgesellschaftlicher“ Raum, insofern es politisch unabhängig von einer bestimmten Regierung oder politischen Partei ist und Regierungen, Parteien und bewaffnete Gruppen von der Teilnahme als offizielle Organisationen ausschließt. Das Programm des Forums wird in autonomer Selbstorganisation der teilnehmenden Gruppen ohne politische Einmischung der Organisator:innen erstellt: Letztere sehen sich in der Regel als logistische Vermittler:innen des Raumes. Das Forum ist ein „nicht-deliberativer“ Raum, da es keine Erklärungen abgibt und keine Entscheidungen trifft, wodurch, so wird argumentiert, die Teilnehmenden frei sind, sich gegenseitig zu begegnen, anstatt um die Hegemonie über das Forum zu kämpfen oder es für bestimmte politische Ziele zu instrumentalisieren. Die Foren sind offen für alle, die aufgrund ihrer selbsterklärten Opposition zum Neoliberalismus teilnehmen möchten, so dass über das Kriterium der politischen Meinung minimal gefiltert wird. Ein Pluralismus von Ideen, Strategien, Praktiken, Modalitäten und Ebenen des Aktivismus wird ausdrücklich begrüßt. Dies ist die Kehrseite der vom WSF erklärten Opposition zu allen Formen von *pensamientos únicos*, also den einseitigen Formen des Denkens, die andere Arten des Denkens über ein Thema nicht zulassen – wofür der Neoliberalismus das paradigmatische Beispiel ist. Das WSF erkennt explizit auch eine wachsende Vielfalt politischer Subjekte an und bricht mit der Idee eines einzigen privilegierten revolutionären Akteurs. Der offene Raum des WSF wird von seinen Architekt:innen als eine neue

---

6 Das WSF ist offen für jede Gruppe überall auf der Welt, die sich zum Widerstand gegen den Neoliberalismus bekennt, die keine politische Partei ist und die keinen bewaffneten Kampf führt. S. die WSF-Charta der Prinzipien unter <http://www.forumsocialmundial.org.br>.

politische Methodologie und als Grundlage für den Aufbau einer neuen politischen Kultur angepriesen.<sup>7</sup>

## Das Einbeziehen subalterner Bewegungen

Als historische Praxis ist das WSF eine Zusammenkunft der Gruppen und Bewegungen der Zivilgesellschaft von noch nie dagewesenem Umfang und Ausmaß, was die Vielfalt der vertretenen Gruppen, Bewegungen, Modi, Themen und Akteur:innen, seine expandierende geographische und kulturübergreifende Reichweite, die schiere Anzahl an Teilnehmenden sowie die Zugänglichkeit des Forums und des Programms für jegliche Gruppe, die die Ressourcen zur Teilnahme mobilisieren kann, betrifft. Sein pluralistischer, multizentrischer und nicht-deliberativer Charakter erlaubt es einer erstaunlichen Vielfalt von Bewegungen, sich gegenseitig zu ihren eigenen Bedingungen sichtbar zu machen und sich auf neue Weise zu begegnen und zu verändern. Aktivist:innen in bereits gut etablierten transnationalen Netzwerken hat es das WSF ermöglicht, ihre Arbeit gezielt und konkret voranzutreiben und gleichzeitig einem breiteren Publikum zu kommunizieren und breitere Allianzen aufzubauen. Für sehr lokalisierte Bewegungen, die gerade erst ihren Weg in transnationale Räume finden, oder solche, die wenig Erfahrung mit sektorübergreifenden Koalitionen haben, ist das WSF ein Ort, um sowohl von neuen „Anderen“ zu lernen als auch das eigene Recht zu behaupten, in und an dieser weltweiten Konvergenz gegen den Neoliberalismus präsent zu sein. Beeindruckende transnationale Netzwerke zu Subsistenzfragen wie Land- und Wasserrechten sind durch den Kontakt beim WSF entstanden und schließen explizit subalterne Bewegungen ein.

Trotz der Tatsache, dass das WSF ein überwiegend „zivilgesellschaftlicher“ Raum ist, was bedeutet, dass er aus formell organisierten Einheiten besteht, die häufig von professionellen Anführer:innen gelenkt werden und in den „öffentlichen Sphären“ auf dem Terrain der modernen Politik agieren, gibt es auch eine wachsende Präsenz von subalternen Bewegungen. Mit „subaltern“ meine ich Bevölkerungen, die trotz der Rhetorik der universellen Inklusion von der modernen Politik praktisch ausgeschlossen sind. Dazu gehören Slum-Bewohner:innen, Indigene sowie Dalit (diejenigen außerhalb des indischen Kastensystems, die früher als „Unberührbare“ bekannt waren), neben anderen Bewegungen der Armen und Ärmsten.<sup>8</sup>

7 Für eine ausführliche Darstellung der Philosophie des WSF aus der Sicht seiner Gründer:innen, s. Whitaker 2007b.

8 Ich behaupte nicht, dass viele subalterne Bewegungen nicht auch auf dem Terrain der modernen Politik operieren, aber für analytische Zwecke möchte ich hier eine Unterscheidung zwischen „Zivilgesellschaft“ und subalternen Bewegungen aufrechterhalten.

Beim WSF haben sowohl die geographische Verlagerung der Veranstaltung als auch die Aufwertung des „Lokalen“ die wachsende Präsenz, Rolle und den Status von „territorial verankerten“ subalternen Bewegungen ermöglicht. Seit seinen Anfängen hat das WSF *de facto* die Entstehung von Widerstand und Alternativen zum Neoliberalismus von der lokalsten bis hin zur globalsten Ebene anerkannt. Trotz der Unterschiede und manchmal offenen Widersprüche in der Praxis ist jede Neuauflage des Forums durch die Beteiligung und Aufwertung von Aktivist:innen, die auf verschiedenen Ebenen agieren, und durch die (Möglichkeit des) horizontalen Austauschs zwischen ihnen gekennzeichnet.

Ein dramatischer Anspruch der „lokalen“ Bewegungen auf das „Welt“-Ereignis fand im Januar 2007 in Nairobi statt. Eine Organisation von Slumbewohner:innen namens *People's Parliament* stürmte die Tore und störte eine Pressekonferenz, um gegen die Anmeldegebühren zu protestieren, die das WSF für arme Menschen aus der Stadt unzugänglich machten. Bei einer Versammlung der sozialen Bewegungen am letzten Tag des Forums sagte ihr Sprecher, Wangui Mbatia, folgendes:

„Für viele von uns ist dies das erste WSF. Was ich am WSF mag, ist, dass es die Welt zu mir, einem armen Kenianer bringt: nicht nur die Welt, sondern das Beste der Welt. In diesem Raum habe ich Menschen getroffen, die an dieselben Dinge glauben wie das People's Parliament, und Menschen, die mutig genug sind, zu glauben, dass eine bessere Welt möglich ist. Ich bin besorgt, dass es viele Kenianer:innen gibt, [die] nicht in der Lage waren, am WSF teilzunehmen. Wir mussten jeden einzelnen Morgen kommen, um die Türen geöffnet zu bekommen, damit normale kenianische Bürger:innen am WSF teilnehmen können. Wir glauben das WSF ist ein Gespräch von, zwischen und unter Menschen. Es ist nicht fair, dass 90 % der Menschen in den Räumen keine Kenianer:innen sind. Das ist nicht gerecht. Wir haben Tag für Tag für Tag darum gekämpft, reinzukommen. Aber wir kämpfen nicht nur, um reinzukommen: Wir kämpfen, um anerkannt zu werden, weil wir auch Menschen sind.“ (Courteille & Mestrum 2008)

Dieser Aufstand einer Organisation armer Leute politisierte die Frage, für wen der „offene Raum“ des WSF gedacht ist, welche Gruppen einen privilegierten Zugang dazu haben sollten und wessen Präsenz nicht einfach ihren eigenen Selbstorganisationskapazitäten überlassen werden sollte, insbesondere im Hinblick auf die Mobilisierung von Ressourcen. Darüber hinaus intensivierte es Fragen von Ort und Dimensionierung: Welche Orte und welche Ebenen des Aktivismus sollten auf einem bestimmten Forum privilegiert werden? Sollte ein *Weltsozialforum* in Nairobi die Teilnahme von Slumbewohner:innen aus Nairobi privilegieren? Kenianische Organisationen? Oder sollte es in erster Linie danach streben, die panafrikanische

Ausgabe eines Weltprozesses zu sein, wie es der Leitung des Afrikanischen Sozialforums vorschwebte? Die Proteste des People's Parliament, die viel Unterstützung von WSF-Delegierten und einigen Organisator:innen erhielten, signalisierten einen Siedepunkt für Themen, die seit Beginn des Sozialforumsprozesses mit unterschiedlicher Intensität an unterschiedlichen Orten und mit verschiedenen Antworten der verschiedenen Organisationskomitees brodelten: Wie „lokal“ oder „regional“ sollte eine „Welt“-Veranstaltung sein, wie international, wie kosmopolitisch, wie subaltern?<sup>9</sup>

Am deutlichsten wurden diese Herausforderungen vielleicht bei der Veranstaltung 2004 in Mumbai. Von den 80.000 offiziellen Delegierten,<sup>10</sup> waren etwa 30.000 Dalit und eine große Anzahl von ihnen waren Adivasi. Von diesen waren 40-45 % Frauen. Die Anwesenheit dieser Bewegungen in einer solchen Zahl veränderte die politische Kultur der Veranstaltung in Mumbai im Vergleich zum WSF in Porto Alegre. Es rückte Themen in den Vordergrund, die für das Überleben indigener Gruppen zentral sind: ihre Subsistenzrechte auf Land, Flüsse, Wälder und Wasser und deren Zerstörung durch Mega-Entwicklungsprojekte, Ressourcenabbau, Privatisierung und die Kontrolle über die Natur durch Konzerne. Diese Bewegungen sind ländlich, gemeinschaftlich, orientieren sich an der Subsistenzwirtschaft und verkörpern die Verbindung zwischen Biodiversität und kultureller Vielfalt. Ihre Überlebenskämpfe drängten ökologische Fragen in das Zentrum der Agenda des WSF; Fragen, die vor und bis zum WSF 2009 in Belém relativ marginal waren. Ihre Anwesenheit stellte auch eine große Herausforderung für die Modernisierungs-, Urbanisierungs- und Entwicklungsdiskurse dar, die weiterhin die Utopien eines Großteils der „Anti-Globalisierungs“-Bewegung untermauern. Diese Bewegungen von extrem armen und marginalisierten Menschen waren bisher auf der internationalen Bühne weitgehend unsichtbar, trotz eines beeindruckenden Maßes an Selbstorganisation und Vorstößen einzelner Anführer:innen in von der UN getragenen internationalen Foren. Diese Gruppen erkannten das WSF in Indien als Kontaktzone einer neuen Art – sogar im Vergleich zu früheren Ausgaben des WSF selbst – und halfen, es zu gestalten.

Auf dem amerikanischen Kontinent haben sich indigene Völker ebenfalls organisiert, um Raum und Stimme im Sozialforum zu beanspruchen, nachdem sie beim WSF in Brasilien jahrelang an den Rand gedrängt wurden. Die kontinentalen Sozialforen in Quito im Jahr 2004 und Guatemala-Stadt im Jahr 2008 waren stark geprägt von der Präsenz und den politischen Perspektiven der indigenen Bewegungen der gastgebenden Länder, die

9 Für mehr zur Dynamik des offenen Raums auf dem WSF in Nairobi, s. Conway 2008.

10 Es wird allgemein angenommen, dass insgesamt über 150.000 Personen teilgenommen haben.

aktive Protagonist:innen in den Organisationsprozessen waren. Beim WSF in Brasilien blieben indigene Perspektiven jedoch kaum hörbar, trotz ernsthafter Bemühungen, einen Raum für indigene Gruppen beim Forum 2005 in Porto Alegre zu organisieren. Die Wahl der Stadt Belém im Amazonasgebiet für das WSF 2009 sowie die Entwicklungen innerhalb der indigenen Bewegungen selbst, und hier insbesondere das Entstehen einer kontinentalen indigenen Bewegung, die nun aktiv in Räume der Protestbewegung gegen neoliberale Globalisierung interveniert, geben dem WSF derzeit ein indigenes Gesicht, innerhalb und jenseits von Brasilien (Becker 2008; Conway 2009). Für die indigenen Gruppen des Amazonasgebiets in Brasilien und für ihre Beziehungen sowohl zu nicht-indigenen Bewegungen als auch zum Sozialforumsprozess in Brasilien schien die Veranstaltung in Belém ein Wendepunkt hinsichtlich ihrer rein zahlenmäßigen Stärke und ihrer Sichtbarkeit zu sein. Ihre Zahl belief sich auf weit über 1.000, bei einer historisch hohen Beteiligung indigener Personen, deren Zahl sich auf etwa 2.000 belief. Eine wichtige Entwicklung ist, dass andine indigene Gruppen die Aufnahme der thematischen Achse „Krise der Zivilisation“ in das WSF 2011 in Dakar vorantreiben. Dort sollen die alternativen Diskurse und Kosmvisionen, die von diesen Bewegungen produziert werden, wie der Kampf für plurinationale Staaten, Klimagerechtigkeit sowie *buen vivir*<sup>11</sup> als Kritik an der Konsumgesellschaft präsentiert werden.

Diese Ansprüche auf das Sozialforum durch lokalisierte subalterne Gruppen scheinen mit der Zeit und während sich das WSF geographisch bewegt zuzunehmen, da ortsbezogene Bewegungen in der Ankunft des Sozialforums in ihrer Stadt, ihrem Land oder ihrer Region ein Potential für ihre eigenen Kämpfe erkennen. Das Ausmaß, in dem ortsbezogene subalterne Gruppen diese Ansprüche stellen können, hängt natürlich auch von ihren eigenen Organisationsprioritäten und -kapazitäten sowie von der spezifischen Politik der In-/Exklusion ab, die vom lokalen Organisationskomitee praktiziert wird. In der praktischen Politik der Organisation von Sozialforen haben einige Gruppen von Organisator:innen sich aktiv darum bemüht, historische Marginalisierung und zeitgenössische Ungleichheiten zu kompensieren. Indische Organisator:innen haben aktiv Kontakt zu Dalit-Bewegungen gesucht. In Nairobi subventionierten die Organisator:innen die Teilnahme von 6.000 Slumbewohner:innen.

Organisator:innen der Veranstaltungen in Caracas im Rahmen des polyzentrischen Weltsozialforums 2006 unterstützten und subventionierten die

---

11 Für ein gutes, nicht ein immer besseres Leben – s. auch *PERIPHERIE*, Nr. 149, <https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i1> (Anm. d. Ü.).

Teilnahme von Organisationen von Armen aus den USA und von indigenen Völkern aus der Andenregion.<sup>12</sup>

Während sich der Weltprozess entfaltet hat und jede größere Veranstaltung des Sozialforums neue Problematiken und plurale Visionen sowohl des Forums als auch der Bewegung aufwirft, haben die Organisator:innen eine beträchtliche Reflexivität und ständige Innovationsbereitschaft gezeigt. Der Prozess ist weder vollkommen linear und systematisch noch umfassend und schon gar nicht konfliktfrei, aber die Kultur des Lernens und die Offenheit für Experimente – zumindest in einigen Bereichen – ist fest etabliert und schafft Bedingungen für erweiterte Kontakte, verbesserte Kommunikationsfähigkeit und damit auch für große politische Kreativität. Ist die wachsende Einbeziehung von subalternen Bewegungen jedoch auf die Anerkennung der kolonialen Differenz zurückzuführen oder bleiben die Strategien des WSF innerhalb eines liberal-pluralistischen Rahmens der Anti-Diskriminierung? Ist es angemessen, das WSF als einen offenen Raum zu begreifen? Trägt das Konzept der Kontaktzone etwas analytisch Wertvolles zur Betrachtung der Praxis des WSF bei?

### Die Marginalisierung subalternen Wissens

Das WSF als ein autonomer, offener, pluralistischer und nicht-deliberativer Raum ermöglicht – in der Theorie und zu einem beträchtlichen Teil in der Praxis – vermehrte Begegnungen zwischen Kämpfern über verschiedene Arten von Differenz, einschließlich kolonialer Differenz, hinweg. Auf dem WSF erkennen sich die Bewegungen als Freund:innen und Verbündete, auch über die Grenzen von Sprache, Kaste und Klasse, Geschlecht, Sexualität, Religion, Lebensweise, politischer Praxis und zivilisatorischer Differenz. Erkennbar ist dies an der festlichen und überschwänglichen Kultur dieser Großveranstaltungen, wo auch immer auf der Welt sie stattgefunden haben. Wie auch immer, es ist wichtig, nicht überzubewerten, wie weit dieser Prozess fortgeschritten ist, oder zu suggerieren, dass die bloße Anwesenheit im selben Raum kommunikative Beziehungen unausweichlich mache. Gewaltige Gräben, einschließlich zivilisatorischer Trennungen von Regionen, Religionen und Weltanschauungen, bleiben auf dem WSF offensichtlich. Es ist möglich, das WSF zu besuchen und nur mit denen zu sprechen, die man kennt oder deren politische Diskurse einem vertraut sind.

---

12 Seltsamerweise haben diese Praktiken und andere Arten von politischen Entscheidungen der Organisator:innen, die den Charakter des Raums einer bestimmten Veranstaltung beeinflussen, die Diskurse über die Praxis des „offenen Raums“ nicht beeinflusst, der weiterhin eine Abstraktion ist, die den Versuchen entgegengesetzt wird, das WSF in eine „Bewegung“ zu verwandeln, die Entscheidungen trifft und einheitliche Aktionen durchführt.

Ungleichheiten zwischen Bewegungen werden auch im offenen Raum reproduziert, solange es keine Maßnahmen gibt, die gezielt sicherstellen, dass marginalisierte und Minderheitengruppen anwesend sind und dass ihre Stimmen und Perspektiven verstärkt werden. Feministische Kommentator:innen des WSF haben dies besonders nachdrücklich thematisiert, indem sie anmerken, dass Frauen regelmäßig zwar die Hälfte der Teilnehmer:innen, aber nur einen winzigen Bruchteil der Redner:innen ausmachen. Sie haben gegen die historische Marginalität des Feminismus als Perspektive protestiert, trotz der Gründungspräsenz feministischer Netzwerke auf dem WSF (Vargas 2003; Alvarez u.a. 2004; Conway 2007).

Bezugnehmend auf die Theorie der öffentlichen Sphäre kann man sagen, dass Dalit, *tribals*, Feministinnen, *queers*, indigene Völker und Andere „subalterne Gegenöffentlichkeiten“ innerhalb des WSF bilden, da sie die Ausschlüsse des formalen, offiziellen, vermeintlich egalitären und universell zugänglichen „offenen Raums“ aufdecken und anfechten (Fraser 1997: 75, 81). Sie nehmen am WSF teil, um ihre eigenen Räume zu ihren eigenen Bedingungen zu beanspruchen. Gleichzeitig erheben sie einen Anspruch auf das WSF als Ganzes und auf seine konstituierenden Bewegungen, indem sie Anerkennung, Einbeziehung und Solidarität fordern. Ihre Stimmen sind in den Beratungen über den WSF-Prozess im Internationalen Rat noch gedämpft, aber die WSF-Methodik lässt Raum für „parallele diskursive Arenen, in denen Mitglieder unterdrückter sozialer Gruppen Gegendiskurse erfinden und in Umlauf bringen, die es ihnen wiederum erlauben, oppositionelle Interpretationen ihrer Identitäten, Interessen und Bedürfnisse zu formulieren“ (ebd.: 81).<sup>13</sup>

Die bloße Ko-Präsenz im Raum, selbst mit verstärkter Sichtbarkeit und Stimme, führt jedoch nicht automatisch zu gegenseitiger Verständlichkeit, geschweige denn zu einem echten Dialog über kulturelle, klassenbasierte und koloniale Grenzen hinweg. Ko-Präsenz allein beseitigt nicht bereits bestehende epistemische Ungleichheiten. Verfestigte und weitgehend uneingestandene epistemische Hierarchien bedeuten, dass Kommunikation und Zusammenarbeit über Differenzen hinweg überwiegend in der dominanten Grammatik stattfinden und so die Teilung in Zentren und Randbereiche im WSF-Prozess verstärkt wird. Es ist auffallend, wie viele der „subalternen Gegenöffentlichkeiten“ im WSF regelmäßig anmerken, dass sie trotz ihres

13 Der Rückgriff auf Fraser und die Theorie der öffentlichen Sphäre, wie ich ihn hier vorgenommen habe, entspricht eher Santos' Glauben an die Möglichkeit kosmopolitischer Kontaktzonen als Pratts stärkerem Gespür dafür, wie Kolonialität solche kulturübergreifenden Begegnungen prägt. Ich werde im weiteren Verlauf auf diese Spannungen eingehen. Für eine umfassendere Auseinandersetzung mit Fraser und der Tradition der Kritischen Theorie in Bezug auf das WSF, s. Conway & Singh 2009.

aktiven Engagements das Gefühl haben, dass das Wissen, das ihre Bewegungen mitbringen, nicht in das Herz des WSF eingeht.

Für Diane Matte vom *World March of Women*, die über den WSF-Organisationsprozess spricht,

„war es ein Kampf, damit Feminismus als Antwort auf die neoliberale Globalisierung anerkannt wird... als eine soziale Bewegung, die etwas mitbringt, was zentral ist und nicht einfach als eine von unendlich vielen Gruppen, Identitäten und Strategien. ‚Die zentrale Analyse [die auf dem WSF betrieben wird] ist immer noch marxistisch‘.“ (Matte 2005)

Ravi Kumar, Anführer des Nationalen Dalit-Forums, kommentiert die Teilnahme von Dalit am WSF 2004 in Mumbai folgendermaßen:

„Auf dem WSF war die Dalit-Frage nicht gut vertreten [...] visuell sind die Dalit-Formen und kulturellen Formen präsent. Aber wenn es um den Inhalt des WSF geht, oder um die intellektuellen Diskurse, wird ihnen kein angemessener Raum gegeben.“ (Metni 2004)

Für die indigenen Völker der Amerikas war es im Vorfeld des WSF in Belém

„wichtig, dass sich die Räume der indigenen Völker in den Foren so entfalten, dass sie die Integration mit anderen Bewegungen fördern und ermöglichen und dass dieser Raum nicht zu einem isolierten indigenen Ghetto wird ... wir müssen die Foren aus der Perspektive der indigenen Völker überdenken.“ (Working Group on Indigenous Peoples 2008)

Während des WSF in Belém fügte Miguel Palacín, Anführer der CAOI (*Coordinadora Andina de las Organizaciones Indígenas*), hinzu: „Auf der Suche nach einer Alternative glauben wir, dass wir, die [indigenen] Völker, eine Alternative haben, die sich von denen [den Traditionen] des westlichen Denkens unterscheidet.“ (Palacín 2009)

Unter diesen Gesichtspunkten sind die feministischen, die Dalit- und die indigenen Bewegungen jeweils selbst radikale Projekte der sozialen Transformation, die ihre eigenen spezifischen und essenziellen analytischen und mobilisatorischen Ressourcen in das heterogene Feld sozialer Kämpfe einbringen, das durch das WSF konstituiert wird. Doch *trotz ihrer Präsenz und ihres Protagonismus* fühlen sie sich in diesem vermeintlich offenen und pluralistischen Raum stets irgendwie intellektuell und politisch marginalisiert. Wie die Macht-Wissens-Hegemonien innerhalb des WSF zu benennen und zu analysieren sind, bleibt eine komplexe und schwierige Frage; die Beobachtungen deuten jedoch darauf hin, dass Dynamiken von Herrschaft und Unterordnung fortbestehen und dass diese auf eine Vielzahl komplizierter Weisen die miteinander verflochtenen Hierarchien des Patriarchats, der Subalternität und der Kolonialität reproduzieren, die tiefer verankert



sind als Diskurse über Diskriminierung und Aufrufe zu Inklusion und zur Förderung benachteiligter Gruppen vermuten lassen. In dem Maße, in dem die Beseitigung dieser Marginalisierungen die Konfrontation mit historisch tief verankerten Hierarchien beinhaltet, scheint Pratts Verständnis der Kontaktzone ein wertvolles analytisches Werkzeug zu sein, um das WSF als einen Raum der Begegnung zwischen Gruppen zu betrachten, die in Bezug auf die Kolonialität von Macht und Wissen unterschiedlich verortet sind und das daher von asymmetrischen Machtverhältnissen durchzogen ist.

Jenseits der Ko-Präsenz:

Auf dem Weg zu kosmopolitischen Kontaktzonen?

Wie oben angedeutet, gibt es innerhalb des WSF verschiedene Arten von Differenz, die unterschiedliche Marginalitäten produzieren; diese variieren auch über die Zeit und die Orte des WSF. Aus diesen Gründen ist es problematisch, abstrakt über Differenz und Marginalität oder den Dialog über Differenz hinweg im WSF zu sprechen. Im Fall der interkulturellen Differenz zwischen Bewegungen schlägt Santos vor, dass 1) Dialoge aus der praktischen Anerkennung ähnlicher Bestrebungen oder konvergierender Anliegen entstehen sollten; und dass 2) der Dialog von der Erkenntnis ausgehen muss, dass die „Wahrheiten“ der eigenen Kultur partiell sind, dass alle Kulturen unvollständig sind und daher durch den Dialog und die Konfrontation mit anderen bereichert werden. „Die Anerkennung der gegenseitigen Unvollständigkeit und Schwäche ist die *conditio sine qua non* eines kulturübergreifenden Dialogs.“ (Santos 2005: 18)

Santos diagnostiziert im WSF außergewöhnliche Anziehungskräfte zwischen verschiedenen Bewegungen, aber wenig Zusammenführung bzw. eine Artikulation von geringer Intensität. Santos bezeichnet die dialogische und politische Aufgabe des Aufbaus von Artikulation, Zusammenführung und Koalition zwischen all den verschiedenen Bewegungen die Arbeit der „Übersetzung“, die gegenseitige Verständlichkeit über Differenzen hinweg ermögliche. In seinen Überlegungen über die Arbeit der Übersetzung ist er in erster Linie an den Bedingungen interessiert, die bei einer Reihe von verschiedenen Bewegungen zur größeren Fähigkeit führen, gemeinsam in einer gegenhegemonialen Weise zu handeln, die kohärent und koalitionär ist, und dabei den Pluralismus und die Vielfalt der Bewegungen würdigt. Das Problem und das Ziel der gegenseitigen Verständlichkeit sind entscheidend für den Zweck, die Artikulation zwischen verschiedenen Kämpfen für soziale Transformation durch eine Strategie der Gegenhegemonie zu konstruieren.

Die Aufgabe der Übersetzung ist es, neues Wissen und neue Praktiken zu generieren, die der neoliberalen Globalisierung entgegenreten können und sich an *pluralen* Konzepten der sozialen Emanzipation orientieren. Globale soziale Gerechtigkeit ist nicht möglich ohne globale kognitive Gerechtigkeit – die Anerkennung von und die Auseinandersetzung, zu ihren eigenen Konditionen, mit den subalternen Wissensbeständen, die durch die Moderne unterdrückt und durch den Eurozentrismus als rückständig, primitiv oder traditionell dargestellt wurden, um neue und plurale Verständnisse von Emanzipation zu schaffen (ebd.: 15-22).

Ohne vorherigen Konsens darüber, dass es keine allgemeine Theorie der sozialen Transformation gibt und geben kann, ist Übersetzung ein koloniales Unterfangen – egal wie postkolonial sie zu sein behauptet.

„Die Arbeit der Übersetzung besteht darin, Inkommensurabilität in Differenz zu verwandeln, eine Differenz, die gegenseitige Verständlichkeit zwischen den verschiedenen Projekten der sozialen Emanzipation ermöglicht. Das Ziel ist es, eine ethische und politische Position zu konstruieren, ohne sie auf ein absolutes Prinzip zu gründen.“ (Santos u.a. 2007: xi)

Santos argumentiert, dass die außergewöhnliche Kraft des WSF gerade in der Ablehnung der Idee einer allgemeinen Theorie liege. Die Alternative zu einer allgemeinen Theorie, so meint er, sei die Arbeit der Übersetzung. Er und seine Kolleg:innen argumentieren weiter, dass „Dialoge zwischen unterschiedlichem Wissen zu regionalen oder sektoralen Universalismen führen können, die von unten konstruiert werden, d.h. zu gegenhegemonialen Öffentlichkeiten – oder zu ... ‚einem subalternen Kosmopolitismus‘“ (ebd.), der von der Anerkennung der Pluralität von Wissen und Weltanschauungen ausgehe.

Damit dies in einer Art und Weise geschehen kann, in der die Besonderheiten, Identitäten und Autonomien der verschiedenen Bewegungen respektiert werden, ist seiner Meinung nach eine enorme Anstrengung zur gegenseitigen Verständlichkeit erforderlich: „Die kosmopolitische Kontaktzone geht von der Annahme aus, dass es jedem Wissen oder jeder Praxis obliegt, zu entscheiden, was sie mit wem in Kontakt bringt.“ (Santos 2005: 21) Hier gibt es starke Anklänge an die rationalistische kommunikative Ethik: Jede Bewegung wird als rational, autonom und abgegrenzt konzipiert sowie als in der Lage, über die Modalitäten zu entscheiden, unter denen sie am Austausch teilnehmen wird. In der Tat, so Santos weiter, sei das Ziel der Übersetzungsarbeit die Entwicklung einer „kosmopolitischen Vernunft [unter den Bewegungen] basierend auf dem Kerngedanken, dass globale soziale Gerechtigkeit nicht ohne globale kognitive Gerechtigkeit möglich ist“ (ebd.).

Nach Santos gibt es jedoch in jeder Kultur Merkmale, die zu zentral seien, um offengelegt und damit angreifbar gemacht zu werden, oder Aspekte, die von sich aus unübersetzbar seien.<sup>14</sup> Aufgrund von Geschichten extremer Unterdrückung gebe es auch Aspekte, die unaussprechlich gemacht wurden. „Es handelt sich um tiefe Abwesenheiten, die aus einer Leere bestehen, die unmöglich zu füllen ist; das Schweigen, die sie erzeugen, ist zu unergründlich, um zum Gegenstand der Übersetzungsarbeit zu werden.“ (ebd.) Diese Unterschiede zu erkennen und diese Entscheidungen zu treffen und zu respektieren, sei Teil der Übersetzungsarbeit. Beispielsweise räumt Santos ein, dass indigene Völker um die Frage stritten, was zum Teilen und Übersetzen gegenüber nicht-indigenen Gesellschaften freigegeben sei und behauptet, dass ähnliche Auseinandersetzungen auf dem WSF stattfanden, auch wenn er keine Details nennt (ebd.).

Es gibt hier wichtige Einsichten über die Probleme und Bedingungen der Kommunikation über Differenz und Ungleichheit hinweg, aber die anhaltenden Machtverhältnisse im Zusammenhang mit den Vermächtnissen der Kolonialität innerhalb des WSF bleiben in Santos' Arbeiten weitgehend unproblematisiert. In einem interessanten Kontrast dazu spricht Pratt statt von Übersetzung von „Transkulturalität“ als einem Phänomen der Kontaktzone. Damit meint sie „Prozesse, bei denen Mitglieder unterdrückter oder marginaler Gruppen aus Materialien, die von einer dominanten oder metropolitanen Kultur übermittelt werden, auswählen und aus ihnen Neues gestalten“ (Pratt 1991: 35). Sie beobachtet „die absolute Heterogenität der Bedeutungen“, den unvermeidlich asymmetrischen Charakter der Kommunikation und die Häufigkeit von Nicht-Kommunizierbarkeit, Fehlübersetzung und Unverständlichkeit in der Kontaktzone (ebd.: 33-40). Damit entfernt sie sich entscheidend von den Fiktionen der „idealen Sprechsituation“ der Habermas'schen kommunikativen Ethik, da sie erkennt, dass die Kolonialität der Macht wirksam bleibt und dass es einer bewussteren dekolonisierenden Praxis jenseits der bloßen „Inklusion“ bedarf, um ihr zu begegnen (ebd.). Santos hingegen geht im öffentlichen Raum des WSF, der sich aus oppositionellen Bewegungen konstituiert, von denen die meisten im globalen Süden verwurzelt sind, von einer gemeinsamen kommunikativen Kultur aus, die nicht wesentlich durch Machtungleichgewichte verzerrt ist. Während Santos die Ablehnung einer allgemeinen Theorie zur Vorbedingung der Übersetzungsarbeit macht, scheint er den simplen Pluralismus des WSF als Beweis dafür zu nehmen, dass dies mehr oder weniger gelungen sei.

---

14 Santos hat keinen klaren Begriff von „Kultur“, so dass nicht klar ist, an welche Art von Unterschied er denkt. An einigen Stellen scheint Kultur an den historischen Geographien der großen Religionen und/oder Zivilisationen orientiert zu sein.

Das WSF als kosmopolitische Kontaktzone nach Santos zu begreifen, verdeckt zwar die Machtverhältnisse zu sehr, die nach wie vor offenkundig zu beobachten sind. Das Konzept kann jedoch durchaus passend sein, um es auf einige spezifische Bewegungspraktiken innerhalb des WSF anzuwenden.

Feministisch geförderte bewegungsübergreifende Dialoge gehören zu den expliziteren Bemühungen, kosmopolitische Kontaktzonen im Kontext des WSF in der von Santos vorgestellten Weise zu konstruieren. Das Aufbrechen sektoraler Silos in Bewegungspolitiken wurde in den feministischen Strategiesitzungen vor dem WSF 2004 als eine Schlüsselpriorität gesetzt. Eine transnationale feministische Zusammenarbeit resultierte in einem bewegungsübergreifenden Dialog in Mumbai, an dem jeweils zwei Redner:innen aus vier Bewegungen teilnahmen: der Frauenbewegung, der Bewegung für sexuelle Rechte, der Arbeiter:innenbewegung sowie der Bewegung für die Rechte der Dalit und der Bewegung für *racial justice*. Jede:r wurde gebeten, darüber zu sprechen, wie die jeweilige Bewegung Fragen von Klasse, Geschlecht, *race*, und Sexualität einbezogen hat, mit welchen Dilemmata und Problemen sie dabei konfrontiert waren und welche Strategien sie angewandt haben. Die Aktivist:innen der anderen Bewegungen wurden gebeten, zu antworten. Dann wurde die zweite Sprecher:in aus der ursprünglichen Bewegung gebeten, zu kommentieren, zu widerlegen oder zu klären. Dies ging über vier Runden und wurde moderiert. Dieses Format wurde in den darauffolgenden Jahren in Porto Alegre 2005, Nairobi 2007 und Belém 2009 wiederholt (Shah 2005; Gandhi & Shah 2006: 72-76). Solche bewegungsübergreifenden Dialoge sind kommunikative Praktiken, die für die Förderung der Verständigung über einige Arten von Differenzen hinweg entscheidend sind und die selbst konstitutiv für den Bewegungsaufbau über Themen, Sektoren und Regionen hinweg sind. Es ist jedoch auch wichtig zu betonen, dass diese Dialoge weitgehend zu den Konditionen ablaufen, die von ihren feministischen Organisator:innen festgelegt wurden, insbesondere durch analytische Diskurse der Intersektionalität.<sup>15</sup>

Nandita Gandhi und Nandita Shah, zwei Organisator:innen der bewegungsübergreifenden Dialoge, sehen diese Initiative als Beitrag zur sich entwickelnden Methodik des WSF, die den Austausch zwischen verschiedenen Visionen und Kämpfen fördern will. Sie sind sich auch der inhärenten Spannungen und Widersprüche in den Versuchen der Bewegungen bewusst,

---

15 S. Desai 2005: 327, für eine ähnliche Beobachtung. Feministische Arbeiten zur Intersektionalität bieten eine alternative theoretische Tradition, mit der die in diesem Beitrag aufgeworfenen Probleme der Kommunikation und Zusammenarbeit über Differenzen hinweg in der Bewegungspolitik betrachtet werden können. Dies wird das Thema zukünftiger Arbeit sein.

gleichzeitig Differenz anzuerkennen und Essenzialismus zu vermeiden. Sie schreiben:

„Unserer Erfahrung nach stimmen Bewegungsaktivist:innen, die eine Balance zwischen Pragmatismus, Theoretisierung und Strategie finden müssen, einer Ablehnung pauschaler Kategorisierungen zu, behalten aber in der Regel das Konzept der Kategorien an und für sich bei. Die meisten haben sich jedoch nicht ausreichend mit der Politik der Differenzen und der Vorstellung von widersprüchlichen Identitäten auseinandergesetzt. Als Bewegungsaktivist:innen müssen wir Differenz, Vielfalt und Pluralität nicht nur akzeptieren, sondern müssen versuchen, diese Ideen in unsere Bewegungen und Strategien zu inkorporieren. Dies war die zugrundeliegende Motivation hinter der Organisation der ‚Inter-Movement Dialogues‘ als eine Methodologie für eine kollektive Reflexion über inter- und intrakategorielle Ansätze, um unsere Theorie zu vertiefen und Brücken zwischen den Bewegungen zu bauen.“ (Gandhi & Shah 2006: 73)

Ein weiteres Beispiel für eine solche kosmopolitische Kontaktzone, die auf dem WSF im Entstehen ist, ist das *World Dignity Forum* (WDF), ein von Dalit getragener, transnationaler und bewegungsübergreifender Dialog, der um das Konzept der Würde herum aufgebaut wurde. Er entstand aus der Initiative einiger Sektoren der Dalit-Bewegung in Indien während des WSF 2004 in Mumbai und zog 8000 Teilnehmer:innen an. Das WDF wurde 2005 in Porto Alegre mit 3000 Teilnehmer:innen wiederholt und war 2007 in Nairobi erneut sichtbar. Die Organisator:innen des WDF berichten, dass sie um die Teilnahme am indischen Organisationskomitee kämpfen mussten, weil Kaste nicht als „globales“ Problem gesehen wurde. Das Beharren auf dem WDF war ihrer Meinung nach eine Intervention in den WSF-Prozess und beinhaltete

„[...] die Entwicklung eines Konzepts der Würde, das umfassend, dynamisch und inklusiv ist, und die Analyse seiner globalen Konturen, wobei es sich auf den Status und die Situation der indischen Dalit, anderer benachteiligter Klassen, Minderheiten, Frauen und körperlich Behinderter stützt. Das WDF sollte das Weltsozialforum ergänzen, indem es sich auf soziale Diskriminierung und Demütigungen konzentrierte, die vernachlässigt blieben [...] Der Prozess des World Dignity Forum verflocht die Themen, die für das Weltsozialforum von zentraler Bedeutung sind, und ergänzte sie durch Themen wie Kastenwesen, Rassismus, soziale Diskriminierung und Ausgrenzungen, die nach Ansicht des WDF im Diskurs des WSF fehlten.“ (World Dignity Forum 2004: 23f, 30)

In Mumbai fungierte das WDF gleichzeitig als Raum von und für Dalit, als Strategie, um einem internationalen Publikum die Kastenfrage zu vermitteln, und als Versuch, auf der Basis von „Würde“ Brücken zu anderen

subalternen Bewegungen zu bauen. Es basierte auf den Realitäten der Dalit in Südasien, richtete sich aber auch an andere unterdrückte Gruppen, insbesondere Afrikaner:innen und Menschen mit afrikanischen Vorfahren, indigene Völker, Palästinenser:innen und religiöse Minderheiten. In Porto Alegre 2005 organisierte das Dignity Forum Dialoge mit der Landlosenbewegung aus Brasilien, indigenen Organisationen aus den Anden von Ecuador und Bolivien, afro-kolumbianischen Gemeinschaften und Quilombolas (Nachfahren entflohener afro-brasilianischer Sklav:innen, die eigene Siedlungen gegründet haben, Anm. der Übersetzerinnen).

In einer Rede auf dem WDF 2005 führte der Organisator Mukul Sharma aus:

„Die Frage der Vielfalt ist einer der zentralen Kontexte, um den aktuellen politischen Kontext der Würde zu spezifizieren. Dies betrifft die Klarheit und die Konsistenz der Agenda der Würde mit der Bereitschaft, sich mit der Politik der Differenz auseinanderzusetzen. Die Pluralität unserer Gesellschaften bedeutet, dass solche Differenzen potenziell in einer Vielzahl von Formen mobilisierbar sind, von denen Kaste, *race*, Geschlecht, Nationalität, Be/hinderung und Sexualität zu den prominentesten gehören. Die Betonung von Vielfalt und Differenz meint hier nicht nur Identität, sondern vielmehr die soziale, politische, wirtschaftliche oder antikoloniale Begründung und Intervention zur Behauptung von Autonomie [...] die Politik der Differenz mit Würde ist auch wesentlich, um die essenzialisierten Vorstellungen der Staatsbürger:innenschaft herauszufordern, die in vielen Fällen zu Ausgrenzung, Diskriminierung, Besetzung, Zwangsassimilation, Verleugnung tatsächlich existierender ethnischer [sic] Sprach-, sexueller, Be/hinderungs- und anderer Diversitäten und der Auferlegung einer einheitlichen Identität auf komplexe soziale Systeme führt.“ (Sharma 2005: 7f)

Die von Feminist:innen geförderten bewegungsübergreifenden Dialoge und das WDF sind beides Beispiele für „subalternen Kosmopolitismus“ (Santos & Rodriguez-Garavito 2005) oder, in Escobars Formulierung, für die Politik der Differenz, die von subalternen Bewegungen in ihren Konfrontationen mit imperialer Globalität und globaler Kolonialität vorangebracht wird. Sie sind zwei von zahlreichen Ausprägungen kosmopolitischer Kontaktzonen, die durch den offenen Raum des WSF ermöglicht werden und, in diesen Fällen, von Bewegungen des globalen Südens initiiert wurden, die sich innerhalb des Forums intellektuell und politisch marginalisiert fühlten. Interessant ist darüber hinaus der abgegrenzte Charakter jeder dieser Praktiken und die Rolle, die die organisierenden Bewegungen dabei spielen, die Bedingungen für die Begegnung festzulegen.

## Die Indigenisierung des Forums: Auf dem Weg zu einer Praxis der Dekolonisierung?

Bezüglich der Fragen von Differenz, Anerkennung und der Möglichkeit der Verständigung über koloniale Differenz im Kontext der Kolonialität der Macht sind die Herausforderungen weitaus größer, als es die Diskurse des offenen Raums zulassen. Aus der schieren Vielgestaltigkeit der Herrschafts- und Widerstandsformen, von denen die Bewegungen des Sozialforums zeugen, und der Bandbreite von Orten und Ebenen, aus denen sie hervorgehen, entsteht eine immer größere Vielfalt. Die gegenseitige Verständlichkeit der Bewegungen, selbst derjenigen, die den Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung teilen, kann nicht als gegeben vorausgesetzt werden. In der Tat ist das Bewusstsein dafür, dass es sich dabei um ein politisches Problem handelt, das angegangen werden muss, sehr ungleichmäßig verteilt. Noch weniger wird es als erkenntnistheoretische Herausforderung vor dem Hintergrund der grundlegenden Differenz angegangen, die sich sowohl aus der globalen sozialen Vielfalt als auch aus den Beziehungen der Kolonialität ergibt. Einige Bewegungen haben mehr Erfahrung mit dem produktiven Arbeiten über (einige Arten von) Differenz hinweg als andere. Alle Bewegungen stellt die schiere Vielfalt des WSF als ein transnationales soziales Feld, das von der Kolonialität der Macht geprägt ist, vor eine historische Herausforderung und stellt eine Einladung zu einem noch nie dagewesenen Maß an Reflexivität, Solidarität und Transformation dar.

Die Bewegungen müssen ihre eigene historische Verflechtung mit Kolonialismus und Ausgrenzung, männlicher Vorherrschaft und rassistischer Hierarchie bei der Herstellung von Differenz erkennen, um sich auf nicht-dominierende Weise miteinander zu befassen, im Sozialforum und darüber hinaus. Dies ist zwar eine Aufgabe für alle, aber nicht für alle gleichermaßen. Es scheint daher unausweichlich, dass subalterne Perspektiven privilegiert werden müssen oder ihnen zumindest mit nachdenklichem Schweigen und praktischer Solidarität begegnet werden muss, während die Bewegungen ihre historische und gegenwärtige Positionierung bei der Erzeugung kolonialer Differenz bedenken. Diese Anerkennung ist umstritten, aber ich glaube, sie ist grundlegend für die Förderung von Verständlichkeit, die eine Vorstufe zu Solidarität und Zusammenarbeit zwischen Bewegungen darstellt, die durch koloniale Differenz innerhalb und außerhalb des WSF getrennt sind.

Es gibt einige sehr wichtige Initiativen innerhalb des Sozialforumsprozesses, die diese Erkenntnis widerspiegeln. Eine der präfigurativsten war das erste *Amerikanische Sozialforum* (ASF), das 2004 in Quito stattfand. In Ecuador, wo Aymara und Quechua mehr als 40 % der nationalen Bevölkerung

ausmachen<sup>16</sup>, hat sich in den letzten Jahren eine der stärksten, dynamischsten und politisch potentesten indigenen Bewegungen der Welt entwickelt. Die zentralen nationalen indigenen Netzwerke, CONAIE und ECUARNI, waren prominente Mitglieder des Organisationskomitees des ASF, das Gender und Diversität zu transversalen Achsen erklärte.

In Lateinamerika und darüber hinaus stellte diese Veranstaltung eine große Herausforderung für die vorherrschende Praxis der Sozialforen dar. In Brasilien war das Sozialforum die Angelegenheit traditionellerer Wähler:innengruppen der lateinamerikanischen Linken – insbesondere der PT (Arbeiter:innenpartei), der CUT (der zentrale Gewerkschaftsverband) sowie der Bauern- (*Via Campesina*) und Landlosenbewegungen (*Movimiento Sem Terra*, MST). Zwar waren eine Fülle anderer Bewegungen und politischer Ausrichtungen präsent, doch warfen diese Organisationen mit ihren überwiegend sozialistischen und etatistischen Diskursen lange Schatten. Die Wahl von Porto Alegre als Austragungsort des WSF war ebenfalls von Bedeutung. Zwar ist es eine Stadt, die seit den späten 1980er Jahren eine PT-Verwaltung hat und in der weltweit beachtete Experimente mit Bürger:innenhaushalten durchgeführt wurden, aber sie liegt auch im Süden Brasiliens. Mit einer überwiegend aus Europa stammenden Bevölkerung, vielen kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben und einer gesunden wirtschaftlichen Basis repräsentiert sie einen hellhäutigen und relativ wohlhabenden Teil des Landes, weit entfernt von den *Favelas* von Recife, dem Schwarzen Brasilien des Nordostens oder der indigenen Präsenz im Amazonasgebiet. Die Erfahrungen und politischen Diskurse der Menschen mit afrikanischen Vorfahren und der indigenen Völker sind im WSF in Brasilien kaum hörbar gewesen.

Das Sozialforum der Americas in Quito war eine deutliche Herausforderung von Porto Alegre aus dem lateinamerikanischen Orbit heraus, und zwar durch die 1.000 anwesenden Indigenen, durch ihre prominente Präsenz auf den Panels, die sich mit einer Vielzahl von Themen befassten, durch die

---

16 Laut dem letzten nationalen Zensus in Ecuador im Jahr 2010 gaben 7 % der Bevölkerung an, zu einem indigenen Volk zu gehören. Die dabei angebotenen Optionen der Selbstidentifikation sowie das Hemmnis, sich in einem von Rassismus geprägten Land vor den die Erhebung durchführenden Personen als indigen zu erkennen zu geben, hat die Zahl jedoch niedrig gehalten, vgl. Ospina Peralta, Pablo (2007): „Der Plurinationale Staat und territoriale Selbstverwaltung. Indigene Forderungen in Ecuador“, S. 467. In: *PERIPHERIE*, Nr. 108, S. 456-468. Der Dachverband der Indigenen Völker Ecuadors CONAIE geht im Gegenzug davon aus, dass ungefähr 45 % der Bevölkerung Indigene seien, vgl. UNICEF – United Nations Children’s Fund (2014): *El derecho a la educación y a la protección en Ecuador*. Panamá, S. 11f. In Ecuador werden 13 indigene Nationalitäten gezählt, die sich intern wiederum in weitere Nationalitäten aufteilen, s. Ospina 2007: ebd. Unter diesen Nationalitäten gibt es auch Aymara, deren größter Teil jedoch in Bolivien, Peru und Chile lebt (Anm. d. Ü.).



Sichtbarkeit ihrer Kunstformen, ihrer Musik und ihres Tanzes während der gesamten Veranstaltung, durch ihre unterschiedlichen politischen Diskurse, Visionen, Projekte und Prozesse und durch ihr zweifaches Beharren darauf, dass sie das WSF brauchen und dass die weltweite Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung sie brauche.

Das ASF wurde von einer Koalition aus indigenen, feministischen und *queeren* Organisationen organisiert. Es war auch der Anlass für das erste Forum über sexuelle Vielfalt. Die Spannungen zwischen den Diskursen dieser Bewegungen wurden in Quito nicht aufgelöst, aber sie waren präsent, wurden benannt und erforscht, während diese Bewegungen aktiv bei der Konzeption und Durchführung der Veranstaltung zusammenarbeiteten. Ihre verschiedenen Zielgruppen besetzten gemeinsam den Raum, teilten sich Plattformen, organisierten ihre eigenen Diskussionen, ermöglichten bewegungsübergreifende Dialoge, aßen, versammelten sich und marschierten gemeinsam. Dieses Sozialforum ist ein Beispiel dafür, wie ein Ensemble ortsbezogener Bewegungen ein Sozialforum in seiner Gesamtheit, in diesem Fall auf regionaler Ebene, in Beschlag genommen hat, um die Möglichkeit des Dialogs über koloniale Differenzen hinweg zu verwirklichen und voranzutreiben. Auf diese Weise schufen die Organisator:innen aus Pratts Kontaktzone der kolonialen Differenz, die durch Improvisation, Unvorhersehbarkeit und ständige Missverständnisse gekennzeichnet ist, eine temporäre und präfigurative kosmopolitische Kontaktzone, die Santos' Hoffnungen für das WSF nahe kommt.

## Fazit

In diesem Artikel habe ich für die Nützlichkeit des Konzepts der „Kontaktzone“ als analytische Linse zur Erhellung des Charakters des offenen Raums des WSF argumentiert und seine Errungenschaften und Grenzen bei der Ermöglichung kommunikativer Praktiken zwischen unterschiedlich positionierten Bewegungen im Kontext globaler Kolonialität untersucht. Die Methodik des „offenen Raums“ ist eine Möglichkeitsbedingung für Inklusion, Anerkennung und Dialog. Sie ist eine ermöglichende Praxis, die sich kontinuierlich verändert und ausweitet, wenn das Sozialforum an verschiedenen Orten umgesetzt wird, begleitet von der kritischen Reflexion durch die Bewegungsakteur:innen, die es konstituieren, und von subalternen Bewegungen, die zunehmend selbstbewusste Ansprüche auf es erheben. Vieles deutet darauf hin, dass die Methodik des offenen Raums in einer Weise politisch fruchtbar ist, die sich weiter vervielfältigt, und in einem Ausmaß, das wir noch nicht endgültig einschätzen können.

Nichtsdestotrotz habe ich auch dafür plädiert, eine Unterscheidung zu treffen zwischen den Errungenschaften der Praxis des offenen Raums, seiner expandierenden Globalität, Pluralität und Inklusion subalternen Bewegungen *und* der Schaffung von Bedingungen für Verständigung zwischen Bewegungen und Kulturen über das bloße gemeinsame Teilen von Präsenz im Raum hinaus. Der vermeintlich horizontale und utopische Raum des WSF ist unauslöschlich von ungleichen Machtverhältnissen und insbesondere von den weitgehend uneingestanden Vermächtnissen des Kolonialismus geprägt, die das Verständnis und die Solidarität über „kulturelle und kosmologische Gräben“ hinweg in der Bewegungspolitik behindern (Mohanty 2005: xi-xii).

Ich habe untersucht, wie nützlich es ist, den offenen Raum des WSF als „Kontaktzone“ zu verstehen, um die Dynamik der Begegnung und des Austauschs über koloniale Differenzen hinweg unter den Bewegungen zu analysieren. Indem ich über spezifische Bewegungspraktiken im Kontext des WSF nachgedacht habe, bin ich zu dem Schluss gekommen, dass einige marginalisierte Bewegungen den offenen Raum genutzt haben, um erfolgreich kosmopolitische Kontaktzonen zu schaffen, indem sie Dialoge über Differenz hinweg mit potenziellen Verbündeten in einer für ihre Bewegung wichtigen Modalität etablierten. Santos' Version der kosmopolitischen Kontaktzone ist treffend für einige dieser Dialoge zwischen Bewegungen, die auf dem durch das WSF eröffneten Terrain stattfinden, aber sie ist problematischer, wenn sie auf den offenen Raum als Ganzes angewendet wird. Hier kann ihre Anwendung zu leicht Ungleichheiten und Unvereinbarkeiten zwischen den Bewegungen und die kontinuierliche Produktion von Zentren und Randbereichen auf dem WSF selbst verdecken. Santos' Konzept der Kontaktzone ist nicht ausreichend aufmerksam gegenüber den Asymmetrien, die auch unter progressiven Bewegungen bestehen bleiben, trotz ihrer gemeinsamen Opposition gegen den Neoliberalismus und ihrer Bejahung von Vielfalt und Pluralität. Insbesondere erkennt oder problematisiert Santos die Kolonialität von Macht und Wissen nicht ausreichend, die in den Begegnungen (innerhalb von und) zwischen progressiven Bewegungen wirksam bleibt, sowohl über die Nord-Süd-Achse hinweg als auch innerhalb und zwischen den Bewegungen des Südens. Seine Theoretisierung des WSF als Übersetzungsarbeit wird nicht ausreichend durch die Kolonialität von Macht und Wissen, ihrer Verflechtung mit Patriarchaten und den daraus resultierenden Ungleichheiten und Inkommensurabilitäten problematisiert, die aktuelle bewegungsübergreifende und kulturübergreifende Kommunikation und Zusammenarbeit behindern. Hier ist Pratts alternatives Verständnis der Kontaktzone ein wichtiges Korrektiv.

Die Ähnlichkeiten in den Berichten von feministischen, Dalit- und indigenen Bewegungen über ihr Gefühl der politischen und intellektuellen Marginalität zeugen stark von der Unzulänglichkeit liberaler Diskurse von Pluralismus und Inklusion, sowohl politisch als auch analytisch, um historisch strukturierte und anhaltende Marginalitäten anzugehen. Die Beobachtungen dieser Bewegungen werfen tiefgreifende Fragen über den Charakter des vermeintlich offenen Raums des WSF, seine Begrenzungen, Ungleichheiten und Ausschlüsse auf, trotz seiner enormen Erfolge. Eine explizitere Strategie der Dekolonisierung ist notwendig, um dem unterordnenden Charakter ihrer Einbeziehung entgegenzuwirken. Eine Praxis der Dekolonisierung erfordert eine Dekolonisierung des Wissens, einschließlich des emanzipatorischen Wissens der Moderne, das für die Politik vieler fortschrittlicher Bewegungen weltweit so zentral war.<sup>17</sup> Abschließend schlage ich vor, dass dies vorangetrieben werden kann, indem das Sozialforum nicht einfach als offener Raum, sondern als Kontaktzone anerkannt, problematisiert und politisch produktiv gemacht wird. Dies impliziert die Anerkennung von Differenz, die hierarchisch organisiert ist und historisch durch die Kolonialität von Macht und Wissen strukturiert ist.

Es gibt noch viel zu tun, um Kommunikationsfähigkeit und Zusammenarbeit über koloniale Differenzen hinweg unter den Bewegungen, die sich im Weltsozialforum zusammenschließen, zu verstehen und zu fördern, einschließlich umfassenderer Analysen der Beziehungen zwischen verschiedenen Formen von Hegemonie und Subordination im WSF, der verschiedenen Arten von Differenz, die dort wirken, der Alterität und Inkommensurabilität darin und ihrer politischen Bedeutung, und der Bedeutung all dessen für die Welten jenseits des WSF und für die Kämpfe für unzählige Formen von Gerechtigkeit. Dieser Artikel weist sowohl auf die Notwendigkeit als auch auf die Entstehung neuer Epistemologien hin, die erneuerte ethische Praktiken der Begegnung, des Austauschs und der Zusammenarbeit zwischen progressiven Bewegungen bestärken, insbesondere über „koloniale Differenzen“ hinweg und hin zu einer „Praxis der relationalen Wissensproduktion, die es Menschen und Wissenssystemen erlaubt, auf nichtkolonisierende, nichthierarchische Weise miteinander zu interagieren“ (Waller & Marcos 2005a: xxi). Zentral für dieses Unterfangen ist die kritische Anerkennung von Hegemonien, Marginalitäten und Alteritäten *innerhalb* der vermeintlich horizontalen und egalitären Räume der Begegnung zwischen den globalen Gerechtigkeitsbewegungen.

*Übersetzung aus dem kanadischen Englisch:  
Johanna Leinius & Sabrina Keller*

---

17 Für den Moment lasse ich die Frage des Patriarchats und seiner Verflechtung mit der Kolonialität beiseite. Diese Verbindung gilt es noch zu erforschen.

## Literatur

- Alvarez, Sonia E.; Faria, Nalu & Miriam Nobre (2004): „Another (also Feminist) World is Possible: Constructing Transnational Spaces and Global Alternatives from the Movements“. In: Sen u.a. 2004, S. 199-206.
- Becker, Marc (2008): „Third Continental Summit of Indigenous Peoples and Nationalities of Abya Yala: From Resistance to Power“. In: *Latin American and Caribbean Ethnic Studies* Bd. 3, Nr. 1, S. 85-107 (<https://doi.org/10.1080/17442220701865879>).
- Bello, Walden (2007): „The Forum at the Crossroads“. In: *Foreign Policy in Focus*, 4.5.2007.
- Conway, Janet (2007): „Transnational Feminisms and the World Social Forum: Encounters and Transformations in Anti-globalization Spaces“. In: *Journal of International Women's Studies*, Bd. 8, Nr. 3, S. 49-70.
- Conway, Janet (2008): „Reading Nairobi: Place, Space and Difference at the 2007 World Social Forum“. In: *Societies without Borders*, Bd. 3, Nr. 1, S. 48-70 (<https://doi.org/10.1163/187219108X256208>).
- Conway, Janet (2009): „Indigenizing the global at the World Social Forum“. In: *Canadian Dimension*, Bd. 23, S. 13-43.
- Conway, Janet, & Jakeet Singh (2009): „Is the World Social Forum a ‚Transnational Public Sphere‘? Nancy Fraser, Critical Theory, and the Containment of Radical Possibility“. In: *Theory, Culture and Society*, Bd. 26, Nr. 5, S. 61-84 (<https://doi.org/10.1177/0263276409106350>).
- Desai, Manisha (2005): „Transnationalism: The Face of Feminist Politics Post-Beijing“. In: *International Social Science Journal*, Bd. 57, Nr. 184, S. 319-330 (<https://doi.org/10.1111/j.1468-2451.2005.553.x>).
- Escobar, Arturo (2004): „Beyond the Third World: Imperial Globality, Global Coloniality and Anti-globalisation Social Movements“. In: *Third World Quarterly*, Bd. 25, Nr. 1, S. 207-230 (<https://doi.org/10.1080/0143659042000185417>).
- Escobar, Arturo (2007): „Worlds and Knowledges Otherwise: The Latin American Modernity/Coloniality Research Program“. In: *Cultural Studies*, Bd. 21, Nr. 2-3, S. 179-210 (<https://doi.org/10.1080/09502380601162506>).
- Fraser, Nancy (1997): „Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy“. In: Fraser, Nancy (Hg.): *Justice Interruptus: Critical Reflections on the Postsocialist Condition*. New York, US-NY, S. 69-98.
- Gandhi Nandita, & Nandita Shah (2006): „Inter Movement Dialogues: Breaking Barriers, Building Bridges“. In: *Development*, Bd. 49, Nr. 1, S. 72-76 (<https://doi.org/10.1057/palgrave.development.1100221>).
- Metni, Jawad (2004): *Rumble in Mumbai: The 2004 World Social Forum*. Pinhole Pictures.
- Mohanty, Chandra Talpede (2005): „Senior Editor's Foreword“. In: Waller & Marcos 2005, New York, US-NY, S. xi-xii.
- Pratt, Mary Louise (1991): „Arts of the Contact Zone“. In: *Profession: Journal of the Modern Language Association*, Bd. 91, S. 33-40.
- Pratt, Mary Louise (1992): *Imperial Eyes: Travel Writing and Transculturation*. London.
- Santos, Boaventura de Sousa (2005): „The Future of the World Social Forum: The Work of Translation“. In: *Development*, Bd. 48, Nr. 2, S. 15-22 (<https://doi.org/10.1057/palgrave.development.1100131>).
- Santos, Boaventura de Sousa; Joao Arriscado Nunes & Maria Paula Meneses (2007): „Introduction: Opening up the Canon of Knowledge and Recognition of Difference“. In: Santos, Boaventura de Sousa (Hg.): *Another Knowledge is Possible: Beyond Northern Epistemologies*, London, S. viii-xvix.
- Santos, Boaventura de Sousa, & César A. Rodríguez-Garavít (2005): „Law, Politics and the Subaltern in Counter-hegemonic Globalization“. In: Santos, Boaventura de Sousa, & César

- A. Rodriguez-Gravito (Hg.): *Law and Globalization from Below: Toward a Cosmopolitan Legality*, Cambridge, S. 1-26 (<https://doi.org/10.1017/CBO9780511494093.001>).
- Sen, Jai (2007): „The Power of Civility“. In: *Development Dialogue*, Bd. 49, S. 51-67.
- Sen, Jai; Anand, Anita; Escobar, Arturo & Peter Waterman (Hg.) (2004): *World Social Forum: Challenging Empires*. Neu-Delhi.
- Teivainen, Teivo (2004): „The WSF: Arena or Actor?“ In: Sen u.a. 2004, S. 122-129.
- Vargas, Virginia (2003): „Feminism, Globalization and the Global Justice and Solidarity Movement“. In: *Cultural Studies*, Bd. 17, Nr. 6, S. 905-920 (<https://doi.org/10.1080/0950238032000150093>).
- Vargas, Virginia (2005): „Feminisms and the World Social Forum: Space for Dialogue and Confrontation“. In: *Development*, Bd. 48, Nr. 2, S. 107-110 (<https://doi.org/10.1057/palgrave.development.1100147>).
- Waller, Marguerite, & Sylvia Marcos (Hg.) (2005): *Dialogue and Difference: Feminisms Challenge Globalization*. New York, US-NY (<https://doi.org/10.1007/978-1-137-07883-4>).
- Waller, Marguerite, & Sylvia Marcos (2005a): „Introduction“. In: Waller & Marcos 2005, S. xix-xxxi.
- Whitaker, Chico (2004): „The WSF as Open Space“. In: Sen u.a. 2004, S. 111-121.
- Whitaker, Chico (2007a): „Crossroads do not always Close Roads“. In: [Wsflibrary.org, http://41.204.161.15/index.php/Crossroads\\_do\\_not\\_always\\_close\\_roads](http://41.204.161.15/index.php/Crossroads_do_not_always_close_roads), letzter Aufruf: 22.12.2020.
- Whitaker, Chico (2007b): *A New Way of Changing the World*. Nairobi.
- World Dignity Forum (2004): *The Making of the World Dignity Forum*. Neu-Delhi.

## Interviews und Material aus der Feldforschung

- Courteille, Claire, & Francine Mestrum (2008): „Short Report of the Social Movements Assembly, World Social Forum, Nairobi, 16h-18h, 24 January, 2007“. In: *Wsflibrary.org*, [http://41.204.161.15/index.php/WSF\\_IC\\_Copenhagen\\_Sept\\_2008](http://41.204.161.15/index.php/WSF_IC_Copenhagen_Sept_2008), letzter Aufruf: 22.12.2020.
- Matte, Diane (2005): *Interview with the author*. Montreal, 28.11.2005.
- Palacín, Miguel (2009): *Interview with the author*. Belem, Januar 2009.
- Shah, Nandita (2005): *A Dialogue between Movements Held at the World Social Forum (WSF) in Porto Alegre, Brazil on the 28<sup>th</sup> January 2005: A Report*. Akshara – A Women’s Resource Centre, Mumbai.
- Sharma, Mukul (2005): *Keynote Address at the World Dignity Forum*. World Social Forum, Porto Alegre, 29.1.2005.
- Working Group on Indigenous Peoples (2008): Report to WSF International Council Meeting in Copenhagen. September 2008.

## Anschrift der Autorin

Janet Conway

[jconway@brocku.ca](mailto:jconway@brocku.ca)

Walden Bello

## Deglobalisierung – Zwanzig Jahre später

(Zur Diskussion)

Das Paradigma der Deglobalisierung wurde im Jahr 2000 von *Focus on the Global South* entwickelt, zu einer Zeit, als die von Konzernen getriebene Globalisierung unaufhaltsam zu sein schien. Seitdem hat das Paradigma eine interessante Geschichte hinter sich. Deglobalisierung wurde zunächst in progressiven Kreisen diskutiert, erst nach der Finanzimplosion von 2008 erregte sie die Aufmerksamkeit des Mainstreams. Der *Economist* schrieb, dass die „Integration der Weltwirtschaft an fast allen Fronten auf dem Rückzug ist“ und dass der wirtschaftliche Zusammenbruch „einen neuen Begriff populär gemacht hat: Deglobalisierung“. Einige Kapitalismuskritiker:innen scheinen sich darüber zu freuen. Wiederum andere, wie der ehemalige britische Premierminister Gordon Brown, warnen vor den negativen Folgen (The Economist 2009).

Als Programm zur Organisation der Wirtschaft wurde die Deglobalisierung interessanterweise zuerst in Frankreich angeregt. Sie inspirierte das Programm von Arnaud Montebourg, einem Sozialisten, der 2012 für die französische Präsidentschaft kandidierte. In einem Bericht heißt es:

„Die Utopie der Deglobalisierung ist umso ansprechender, als Montebourg darauf hinweist, dass es sich nicht um den Traum eines reichen Mannes handelt, der die Armen in Schach hält, und dass das Konzept auf den in Princeton ausgebildeten philippinischen Schriftsteller, Politiker und Mann des Südens Walden Bello zurückgeht.“ (Haski 2011)

Derselbe Bericht wies jedoch darauf hin, dass die Deglobalisierung auch von der Rechten in Frankreich aufgegriffen wurde. Marine Le Pen, die umstrittene Chefin des Front National,

„treibt die Idee weiter, da sie einen Austritt Frankreichs aus dem Euro und die Errichtung von Barrieren an Frankreichs Grenzen befürwortet. Ihr Plan, ein Ein-Land-gegen-Alle-Ansatz, macht wirtschaftlich keinen Sinn, hat aber einen starken nationalistischen und emotionalen Reiz“ (ebd.).

Zum Glück sagt niemand aus der europäischen Rechten, dass er die Idee von mir und dem Focus on the Global South hat. Aber leider ist es so, dass heute

die Deglobalisierung und die Kritik an der Globalisierung im Allgemeinen mit der Rechten identifiziert werden.

Diese Situation macht es umso dringender, zu klären, worum es bei der Deglobalisierung geht und warum sie etwas ist, das mit Befreiung und nicht mit Fremdenfeindlichkeit in Verbindung gebracht werden sollte. Eine Klärung ist jedoch nicht nur notwendig, um die Deglobalisierung von ihrer Vereinnahmung durch die Rechte zu lösen, sondern auch, um ihre Relevanz als befreiendes Paradigma für die heutige Welt zu beurteilen. Mit anderen Worten: Die Welt hat sich seit den 2000er Jahren, als wir die Deglobalisierung zum ersten Mal artikulierten, vorwärts bewegt – oder rückwärts, je nachdem. Abgesehen von der Finanzkrise 2008 sind andere Entwicklungen in den Vordergrund getreten, wie die Beschleunigung des Klimawandels, die Automatisierung und die Ungleichheit. Angesichts dieser Veränderungen lohnt es sich, die Deglobalisierung noch einmal daraufhin zu überprüfen, ob sie immer noch einen Weg darstellt, mit diesen Entwicklungen umzugehen und sie mit anderen alternativen Paradigmen zu vergleichen, die in jüngerer Zeit Aufmerksamkeit erregt haben.

## Wie die Rechte die Deglobalisierung gekapert hat

Doch bevor wir uns an diese umfassendere Aufgabe machen, ist es wichtig, das Rätsel zu beantworten, wie die Globalisierungskritik von der Rechten gekapert wurde.

In einer Rede zu Ehren Nelson Mandelas in Johannesburg am 17. Juli 2018 bemerkte der ehemalige US-Präsident Barack Obama, dass

„die Herausforderungen für die Globalisierung zuerst von links kamen, dann aber stärker von rechts, als man begann, populistische Bewegungen zu sehen ... [die] das Unbehagen anzapften, das viele Menschen spürten, die außerhalb der urbanen Kerne lebten; Ängste, dass die wirtschaftliche Sicherheit schwindet, dass ihr sozialer Status und ihre Privilegien erodieren, dass ihre kulturellen Identitäten von Außenseiter:innen bedroht werden, von jemandem, der nicht so aussieht wie sie, nicht so klingt wie sie und nicht so betet wie sie.“ (Obama 2018)

Obamas Worte unterstrichen eine verblüffende Entwicklung: die Rechte nutzte die linke Kritik für ihre Zwecke. Die Kritik der Linken an Neoliberalismus und Globalisierung nahm Mitte der 1980er Jahre im Kontext von zwei Kämpfen Fahrt auf. Im Süden entfaltete sie sich als Teil der Opposition gegen die vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank auferlegte „Strukturanpassung“ in den Entwicklungsländern, deren Hauptziele eine beschleunigte Liberalisierung des Handels, Deregulierung und Privatisierung

waren, mit der Begründung, dass die aggressive Freisetzung der Marktkräfte die Volkswirtschaften effizienter machen würde. Im Norden wurde sie durch zwei Entwicklungen ausgelöst. Die eine war das Bestreben transnationaler Konzerne, ihre Standorte nach Mexiko und Ostasien zu verlagern, um die Vorteile billiger Arbeitskräfte zu nutzen, ein Trend, der sich mit der Integration Chinas in die globale kapitalistische Wirtschaft in den 1980er Jahren noch beschleunigte. Es war auch eine Reaktion auf die entschlossenen Bemühungen von Ronald Reagan und Margaret Thatcher, die organisierte Arbeiter:innenschaft drastisch zu entmachten und die US-amerikanische und britische Wirtschaft in den frühen 1980er Jahren zu deregulieren und zu entstaatlichen.

Die Gründung der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) im Jahr 1994 und der Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 1995 förderte die Ausbreitung dessen, was als Anti-oder Alter-Globalisierungs-Bewegung bekannt wurde, die dazu beitrug, die dritte Ministerkonferenz der WTO im Dezember 1999 in Seattle zum Scheitern zu bringen. Seattle war eine ausschließlich linke Angelegenheit, ebenso wie die Proteste gegen die G8, die in einer massiven Kundgebung mit 200.000 Teilnehmer:innen in Genua im Juli 2001 gipfelte. Während die Ereignisse des 11. September den Schwung der Antiglobalisierungsbewegung dämpften, bot das Weltsozialforum, das von der 2002 an die Macht gekommenen Arbeiterpartei Brasiliens unterstützt wurde, einen Nord-Süd-Weg für die Ausarbeitung von Antiglobalisierungsstrategien. Mit dem Ausbruch der globalen Finanzkrise im Jahr 2008 tauchte die Antiglobalisierungsbewegung im Norden unter dem Namen „Occupy-Bewegung“ wieder auf, deren wichtigste politische Ergebnisse die Machtübernahme von Syriza in Griechenland und der Aufstieg von *Podemos* als politische Kraft in Spanien waren.

Die Fähigkeit der Linken, die Antiglobalisierungsagenda zu nutzen, wurde jedoch durch die Tatsache stark beeinträchtigt, dass die Mitte-Links-Politiker:innen in den USA und Europa seit den 1990er Jahren die neoliberale Freihandelsagenda übernommen und aggressiv gefördert hatten. So wurden in den USA unter der Führung der demokratischen Clinton-Regierung NAFTA und die WTO ins Leben gerufen und der *Glass-Steagall-Act* aus der Zeit des New Deal, der Geschäfts- und Investmentbanken trennte, aufgehoben. Später, im Gefolge der Finanzkrise von 2008, gab Obamas demokratische Präsidentschaft der Rettung der Banken den Vorrang, anstatt Millionen bankrotten Hausbesitzer:innen zu helfen. Er förderte dann, was als historische Fehleinschätzung gelten muss, die Transpazifische Partnerschaft (TPP), die für die US-Arbeiterklasse eine Fortsetzung des Exports ihrer Arbeitsplätze nach China bedeutete. Obamas Befürwortung der TPP



und seine schlechte Bilanz bei der Schaffung von Arbeitsplätzen war wahrscheinlich einer der zentralen Faktoren, die dazu führten, dass eine beträchtliche Anzahl von traditionell demokratischen Wähler:innen aus der Arbeiterklasse im Mittleren Westen Hillary Clinton verschmähten und damit Trump in den Schlüsselstaaten, die den Ausgang der Wahlen 2016 bestimmten, einen Vorteil verschafften (Bello 2016).

In Großbritannien forcierte *New Labor* den „Dritten Weg“, dessen zentrale Elemente die Unterstützung einer tiefgreifenden Finanzliberalisierung waren sowie die staatliche Förderung des Bestrebens, New York als globales Finanzzentrum durch London zu ersetzen. In Deutschland taten die Sozialdemokrat:innen (SPD) unter Gerhard Schröder das, was die Mitte-Rechts-Christdemokrat:innen (CDU) nie hätten erreichen können: Sie trieben neoliberale „Reformen“ voran – die sogenannten Hartz-Reformen, die den Lohn-, Kündigungs- und Sozialversicherungsschutz für Arbeiter:innen lockerten. Die französischen Sozialist:innen ihrerseits wurden zu den enthusiastischsten Befürworter:innen des Euro, dessen Einführung von den Ländern eine straffe, nicht-expansive Finanzpolitik verlangte, die sich gegen Sozialausgaben richtete (Bello 2017).

Nachdem sich die etablierten Arbeiterparteien die neoliberale Agenda zu eigen gemacht hatten, wurden sie zu Verteidiger:innen der Pro-Globalisierungsagenda. Dies führte nicht nur dazu, dass sie ihre Massenbasis nicht ausbauen konnten, sondern auch dazu, dass ein Teil dieser Basis ihre Reihen verließ, wie die Führungskräfte und die Basis, die die SPD Mitte der 2000er Jahre verließen und dabei halfen, Die Linke zu gründen.

Während es der Mainstream-Linken nicht gelang, aus den Übeln der Globalisierung und des Neoliberalismus Kapital zu schlagen, löste sich die extreme Rechte von der Freihandels- und neoliberalen Agenda, die sie früher zusammen mit der rechten Mitte unterstützt hatte. In den USA brach Donald Trump mit der Republikanischen Partei und dem Großkapital, indem er sich gegen die Transpazifische Partnerschaft stellte, die diese fast einstimmig befürwortet hatten. In dem Bestreben, in der Arbeiterklasse Fuß zu fassen, gaben die rechten Parteien in Europa allmählich die steuer- und regierungsfeindlichen sowie marktwirtschaftlichen Anliegen ihrer ursprünglichen kleinbürgerlichen Basis auf und machten sich opportunistisch eine anti-neoliberale und anti-globalisierende Agenda sowie den Wohlfahrtsstaat zu eigen.

Die Strategie ist aufgegangen. In Frankreich entlockte der „neue Look“, den Marine Le Pen dem Front National verpasst hat, einem französischen sozialistischen Senator diese Bemerkung:

„Linke Wähler überschreiten die rote Linie, weil sie denken, dass die Rettung aus ihrer Misere von Madame Le Pen verkörpert wird [...] Sie sagen ‚Nein‘ zu einer Welt, die hart, globalisiert und unerbittlich erscheint. Das sind Leute aus der Arbeiterklasse, Rentner:innen, Büroangestellte, die sagen: ‚Wir wollen diesen Kapitalismus und den Wettbewerb nicht in einer Welt, in der Europa seine Führungsrolle verliert.‘“ (Bremner 2014)

Die Arbeiterbasis der Linken zu stehlen, indem man sich gegen Neoliberalismus und Freihandel stellt und den Sozialstaat verteidigt, war die Eintrittskarte der extremen Rechten zur Macht oder zum Vorzimmer der Macht in ganz Europa. Aber es gab zwei Zutaten, die die Rechte hinzufügte, die ihre Antiglobalisierungsagenda von der Linken abgrenzte: Rassismus und ein reaktionärer Nationalismus, der sich gegen Migrant:innen richtete.

In Dänemark brach die Volkspartei mit dem Anti-Steuer-Schwerpunkt ihrer Mutterpartei und wurde stattdessen zu einer Verteidigerin des großzügigen öffentlichen Sektors des Landes, vorausgesetzt, dass dessen Vorteile auf Dän:innen beschränkt bleiben. Norwegens Fortschrittspartei folgte diesem Beispiel. Österreich lieferte laut John Judis (2016) eines der besten Beispiele für die Wahlerfolge des „Linksrucks“ der Rechten:

„In Österreich nutzte die Freiheitliche Partei, die in ihrer Wirtschaftspolitik bis dato standhaft libertär gewesen war, Anfang der 1990er Jahre die Akzeptanz der dominierenden Parteien gegenüber dem Neoliberalismus. Um sich auf den EU-Beitritt vorzubereiten, hatten sich die Sozialdemokratische Partei und die Österreichische Volkspartei in einer „großen Koalition“ für eine massive Privatisierung der österreichischen Industrie eingesetzt, was zum Verlust von etwa 100.000 Arbeitsplätzen führte. Als Reaktion auf den öffentlichen Aufschrei über diesen Schritt wurde die Freiheitliche Partei zur Verteidigerin des Wohlfahrtsstaates und zur Kritikerin der EU-Wirtschaft und der Globalisierung. Die Strategie ging auf. Bei den Wahlen 1986 waren 10 Prozent der Wähler der Partei Arbeiter:innen, 1999 waren es bereits 47 Prozent. Rechtspopulistische Parteien erzielten in ganz Westeuropa ähnliche Ergebnisse.“ (ebd.: 103f)

Andere rechte Gruppen in Europa ließen auch nicht auf sich warten, sich geschickt Elemente des Programms der traditionellen Linken herauszupicken und sie in einen Rahmen der sozialen Gerechtigkeit, des Teilens und der Gemeinschaftlichkeit einzufügen, der jedoch auf Abstammung und Rassifizierungen basiert – kurz gesagt, eine ausgrenzende nationalistische politische Wohlfahrtsökonomie. Im schuldengeplagten Griechenland zum Beispiel weist der ehemalige griechische Finanzminister Yanis Varoufakis (2017) darauf hin, dass die Leute, die er die „ultra-rechten Schläger“ der Partei Goldene Morgenröte nennt, „nur allzu gerne als Beschützer der Schwachen

auftreten – solange letztere das richtige Blut, die richtige Hautfarbe und die richtigen Vorurteile haben“ (ebd.: 212).

Wohlfahrt, aber nur für „unsere Art“ ist ein Thema, das auch bei der Rechten in den Vereinigten Staaten Resonanz findet. In einem Artikel mit dem Titel „Why Trump Must Champion Universal Healthcare“ argumentiert Richard Spencer, einer der offensten und umstrittensten weißen Nationalisten der USA, dass „eine universelle Gesundheitsversorgung weniger verwirrend und unsinnig (und wahrscheinlich billiger) ist als das, womit sich Weiße jetzt herumschlagen müssen“, aber dass „wir akzeptieren müssen, dass die Gesundheitsversorgung ein Thema ist, das wir nicht vernünftig angehen können, solange wir keine europäische Nation haben“ (zit. n. Lowrey 2018: 147f).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Unterordnung des Handels unter das soziale Wohl, die Ausweitung des sozialen Schutzes und die Wiedereinbettung des Marktes in die Gesellschaft fortschrittliche Themen sind, die im Deglobalisierungsdiskurs der Rechten auftauchen, aber sie wurden innerhalb eines rassistischen und nationalistischen Rahmens artikuliert, innerhalb einer ausgrenzenden politischen Ökonomie, die eine große Anzahl von Menschen auf Grundlage von *Rassifizierung*, *Staatszugehörigkeit* und *Kulturalisierung* marginalisiert. Die Herausforderung besteht darin, die Deglobalisierung wieder nach links zu bringen, ihre ursprüngliche Anziehungskraft als emanzipatorisches Paradigma für alle und nicht nur für einige wiederzugewinnen.

Diese Aufgabe zu übernehmen bedeutet, nicht nur die strategischen Vorgaben der Deglobalisierung zu überdenken, sondern auch ihre grundlegenden Konzepte, wie sie ursprünglich von Focus on the Global South formuliert wurden. Dieser Aufgabe widmen wir uns nun.

## Die grundlegenden Konzepte der Deglobalisierung überdenken

Deglobalisierung ist in ihrem Kern eine ethische Perspektive. Sie gibt Werten den Vorrang vor Interessen, Kooperation vor Wettbewerb und Gemeinschaftlichkeit vor Effizienz. Sie sagt nicht, dass Interessen, Wettbewerb und Effizienz schlecht sind, sondern dass ihre Verfolgung den Werten, der Kooperation und der Gemeinschaftlichkeit untergeordnet werden muss.

Übersetzt in die Ökonomie ist es das Ziel des Deglobalisierungsparadigmas, über die Ökonomie der reinen Effizienz hinauszugehen, in der das Schlüsselkriterium die Senkung der Stückkosten ist, ohne Rücksicht auf die soziale und ökologische Destabilisierung, die dieser Prozess mit

sich bringt. Es geht darum, über ein System des ökonomischen Kalküls hinauszukommen, das, in den Worten von John Maynard Keynes (1933), „die gesamte Lebensführung [...] in ein Paradoxon eines buchhalterischen Alptraums verwandelt hat“ (ebd.). Deglobalisierung zielt darauf ab, eine effektive Ökonomie zu fördern, die die soziale Solidarität stärkt, indem sie die Operationen des Marktes den Werten von Gleichheit, Gerechtigkeit und Gemeinschaftlichkeit unterordnet und den Bereich der demokratischen Entscheidungsfindung im wirtschaftlichen Bereich erweitert. Um es mit den Worten des großen ungarischen Denkers Karl Polanyi in seinem Buch *The Great Transformation* (1957) zu sagen: Bei der Deglobalisierung geht es darum, die Wirtschaft und den Markt wieder in die Gesellschaft einzubetten, anstatt die Gesellschaft von der Wirtschaft und dem Markt bestimmen zu lassen.

Das Deglobalisierungsparadigma behauptet auch, dass ein „Einheitsmodell“ wie der Neoliberalismus oder der zentralisierte bürokratische Sozialismus dysfunktional und destabilisierend ist. Stattdessen sollte Vielfalt erwartet und gefördert werden, wie sie in der Natur vorkommt. Wie Pablo Solón (2017) betont hat, zielt Deglobalisierung „nicht darauf ab, die homogenisierende Vision der Globalisierung durch ein anderes Modell zu ersetzen, das universell auf alle Länder und Gemeinschaften angewendet werden kann“ (ebd.: 181). Gemeinsame Prinzipien einer alternativen Ökonomie gibt es durchaus, und sie haben sich im Kampf gegen und in der kritischen Reflexion über das Scheitern des zentralisierten Sozialismus und Kapitalismus bereits wesentlich herausgebildet. Wie diese Prinzipien – von denen die wichtigsten oben skizziert wurden – konkret artikuliert werden, wird jedoch von den Werten, Rhythmen und strategischen Entscheidungen jeder Gemeinschaft abhängen.

Was in dieser Hinsicht vielleicht in der ursprünglichen Formulierung fehlte, war eine Ausarbeitung der Idee der Gemeinschaft, denn es war diese Zweideutigkeit, die es der Rechten ermöglichte, einzugreifen und das Paradigma zu kapern. Für die Rechten wird Gemeinschaft durch „Rasse“ und Ethnizität bestimmt. Sie ist eher eng als weitreichend in Bezug darauf, wer zu ihr gehört.

Für uns ist Gemeinschaft in erster Linie eine Frage geteilter Werte, die über Unterschiede in Abstammung, Klasse und Kultur hinausgehen. Diese Art der Gemeinschaft tendiert dazu, sich ständig auszudehnen und Menschen einzubeziehen, die dieselben Werte teilen, auch wenn dieses Teilen natürlich unvollkommen, begrenzt und offen für unterschiedliche Interpretationen sein kann. Das bedeutet nicht, dass es keine Regeln für den Erwerb der Staatsbürgerschaft oder Einwanderung gibt. Es bedeutet aber, dass diese

Regeln und Vorschriften von einer grundsätzlichen Offenheit gegenüber der Aufnahme von Menschen, die sich einer Gemeinschaft anschließen wollen, geleitet sind. Es gibt einen grundsätzlichen Unterschied zwischen einem auf Ausgrenzung und einem auf Inklusion ausgerichteten Zuwanderungsansatz. In beiden gibt es Regeln, die Ordnung schaffen, aber die Formulierung dieser Regeln ist von einer grundsätzlichen Orientierung geleitet.

## Neubewertung des Deglobalisierungsparadigmas

Über diese Gegensätze zwischen unserem Paradigma der Deglobalisierung und dem der Rechten hinausgehend, betrachten wir nun das konkrete Programm für die Deglobalisierung, wie es ursprünglich formuliert wurde, um zu sehen, wie relevant es für die aktuellen Bedingungen ist. Es werden vierzehn wesentliche Punkte vorgeschlagen:

1. Die Produktion für den heimischen Markt muss wieder zum Schwerpunkt der Wirtschaft werden und nicht die Produktion für die Exportmärkte.
2. Das Prinzip der Subsidiarität sollte im Wirtschaftsleben verankert werden, indem die Produktion von Gütern auf kommunaler und nationaler Ebene gefördert wird, wenn dies zu vernünftigen Kosten möglich ist, um Gemeinden zu erhalten.
3. Die Handelspolitik – d.h. Quoten und Zölle – sollte eingesetzt werden, um die lokale Wirtschaft vor der Zerstörung durch konzernsubventionierte Waren mit künstlich niedrigen Preisen zu schützen.
4. Industriepolitik – einschließlich Subventionen, Zölle und Handel – sollte zur Wiederbelebung und Stärkung des Produktionssektors eingesetzt werden.
5. Lange aufgeschobene Maßnahmen zur gerechten Einkommensumverteilung und Landumverteilung (einschließlich einer städtischen Landreform) können einen lebendigen Binnenmarkt schaffen, der als Anker der Wirtschaft dient und lokale Finanzmittel für Investitionen erzeugen würde.
6. Die Vernachlässigung des Wachstums, die Betonung der Verbesserung der Lebensqualität und die Maximierung der Gerechtigkeit werden das ökologische Ungleichgewicht reduzieren.
7. Die Entwicklung und Verbreitung von umweltfreundlicher Technologie in der Landwirtschaft und Industrie sollte gefördert werden.
8. Die Energie- und Transportsysteme müssen in dezentralisierte Systeme umgewandelt werden, die auf erneuerbaren Ressourcen basieren.
9. Es muss ein gesundes Gleichgewicht zwischen der Bevölkerung eines Landes und dessen Tragfähigkeit erhalten werden.

10. Eine Gender-Perspektive muss in allen Bereichen der Entscheidungsfindung angewandt werden, um Geschlechtergerechtigkeit zu gewährleisten.
11. Strategische wirtschaftliche Entscheidungen können nicht dem Markt oder Technokraten überlassen werden. Stattdessen sollte der Bereich der demokratischen Entscheidungsfindung in der Wirtschaft erweitert werden, so dass alle wichtigen Fragen – wie z.B. welche Industrien entwickelt oder abgeschafft werden sollen, welcher Anteil des Staatshaushalts für die Landwirtschaft verwendet werden soll usw. – Gegenstand demokratischer Diskussionen und Entscheidungen werden.
12. Die Zivilgesellschaft muss den privaten Sektor und den Staat ständig überwachen und kontrollieren, ein Prozess, der institutionalisiert werden sollte.
13. Der Eigentumskomplex sollte in eine „gemischte Wirtschaft“ umgewandelt werden, die kommunale Kooperativen, private Unternehmen und staatliche Unternehmen einschließt und transnationale Konzerne ausschließt.
14. Zentralisierte globale Institutionen wie der IWF und die Weltbank sollten durch regionale Institutionen ersetzt werden, die nicht auf Freihandel und Kapitalmobilität, sondern auf Prinzipien der Kooperation aufbauen.

Während die grundlegenden Konzepte der Deglobalisierung allgemein begrüßt wurden, zog das strategische Programm eine Reihe von Kommentaren und Kritikpunkten nach sich. Die wichtigsten davon waren die folgenden:

- Die Deglobalisierung schlage eine Abkopplung der lokalen Wirtschaft von der internationalen Wirtschaft vor.
- Es werde immer noch innerhalb eines entwicklungspolitischen Rahmens artikuliert, während das, was jetzt gebraucht wird, eine „Alternative zur Entwicklung“ ist.
- Sie würdige nicht die Dringlichkeit des Klimawandels.
- Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität würden nicht ausreichend betont.

All diese Kritikpunkte sind in unterschiedlichem Maße berechtigt und ein Problem, auf das sie hinweisen, ist, dass wir den größten Teil unserer Bemühungen darauf verwendet haben, die grundlegenden Konzepte der Deglobalisierung zu erläutern und das eigentliche Wirtschaftsprogramm eher kurzgehalten haben, wie die Punkte eines ärztlichen Rezepts. Zu einigen der wichtigsten Punkte hätte man eine ausführlichere Erklärung geben können, die auch auf einige der Fragen oder Probleme bei der Umsetzung in der Realität hätte eingehen können. Aber vielleicht ist der wichtigere

Grund für die geringe inhaltliche Ausgestaltung einiger dieser Vorschläge, dass wir selbst noch mit ihren Implikationen zu kämpfen hatten, als wir das Deglobalisierungsprogramm aufstellten.

Um die verschiedenen Dimensionen der Deglobalisierungsperspektiven zu verdeutlichen, könnte es sinnvoll sein, ihr Verhältnis zu drei derzeit einflussreichen Denkschulen zu diskutieren: *delinking*, Alternativen zur Entwicklung, *degrowth* und Ernährungssouveränität.

## Schlägt die Deglobalisierung eine Entkopplung vor?

In ihren anfänglichen Vorstößen zum internationalen Handel schien Marine Le Pen „einen Austritt Frankreichs aus dem Euro und die Errichtung von Barrieren an Frankreichs Grenzen“ zu befürworten (Haski 2011). Le Pen wurde jedoch vom Brexit überholt, dessen Parteigänger Großbritannien an den Rand der „Abkopplung“ von der Europäischen Union gebracht haben, seinem größten Handelspartner, an den es 44 % seiner Exporte liefert und von dem es 53 % seiner Importe bezieht. Sowohl die Position von Le Pen als auch der Brexit sind Karikaturen der Deglobalisierung.

Im Gegensatz zu den Behauptungen einiger Kritiker:innen ging es bei der Deglobalisierung in unserer Formulierung nie darum, sich von der internationalen Wirtschaft abzukoppeln. Es ging immer darum, ein gesundes Gleichgewicht zwischen der nationalen und der internationalen Wirtschaft zu erreichen, ein Gleichgewicht, das größtenteils von einem Staat geleitet wurde, der pragmatisch Zölle, Quoten und andere Mechanismen einsetzte, um das Überleben und das Florieren der lokalen Industrien zu sichern, die mit der hoch subventionierten Landwirtschaft des Nordens und den Industriegiganten mit dickem Portemonnaie konkurrieren. Bei der Deglobalisierung geht es auch nicht darum, den Handel zu nutzen, um die wirtschaftliche Macht eines Teils der Gesellschaft zu stärken und seine politische und kulturelle Hegemonie zu unterstützen, wie es in der nationalistischen Vision von Trump und Le Pen der Fall ist. Es geht darum, die Regeln des Handels zu modifizieren, um das Wohlergehen *aller* Sektoren der Gemeinschaft vor den räuberischen Handlungen der Konzerne zu schützen, die mit dem Appell an den Freihandel gerechtfertigt werden, und sie wurde nie als nationalistische Waffe in globalen wirtschaftlichen und politischen Konkurrenzkämpfen vorgeschlagen.

## Entwicklungsalternative oder Alternative zur Entwicklung?

In den letzten Jahren ist der Begriff „Entwicklung“ zu einem umstrittenen Wort geworden, mit der Konnotation, dass die nicht-westlichen Länder nur

einen Weg zu gehen hätten, nämlich den Entwicklungsstadien und -pfaden des Westens zu folgen. Sogar „nachhaltige“ Entwicklung ist unter Beschuss geraten, wobei einige Kritiker:innen darin:

„einen Versuch der Befürworter:innen neoliberaler oder staatlich dominierter Systeme sehen, die offensichtlichen negativen Auswirkungen ökologischer und sozialer Krisen zumindest kurzfristig zu überleben und gleichzeitig angesichts der zunehmenden Forderungen aus der Öffentlichkeit nach mehr Verantwortung und Rechenschaftspflicht ihre Legitimität zu bewahren“ (Kothari u.a. 2014: 371).

Sicherlich stellen sich nur wenige derjenigen, die eine Deglobalisierung vorschlagen, die Entwicklung so vor, dass sie dem Weg des Westens oder sogar der Schwellenländer folgt. Soweit wir von Entwicklung gesprochen haben, meinten wir damit den Aufbau der Fähigkeit einer Gesellschaft, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Dass die Industrie irgendwann die Landwirtschaft als größten Wirtschaftssektor in Bezug auf das BIP verdrängen muss und dass der Dienstleistungssektor irgendwann der größte Arbeitgeber sein wird, ist keine Ansicht, die wir vertreten. Vielmehr wäre eine lebendige Landwirtschaft, die ihre Arbeitskräfte nicht nur behält, sondern ausbaut und gleichzeitig die Einkommen erhöht, als positiv zu bewerten. Die Deglobalisierung ist jedoch nicht gegen Industrie. Industrie und verarbeitendes Gewerbe werden aber nicht deshalb als wichtig angesehen, weil sie „mehr Wert“ zum BIP beitragen als die Landwirtschaft, sondern weil sie eine Wirtschaft durch eine diversifizierte Produktionsbasis unabhängiger machen. Dass die Industriestruktur eines Landes umweltverträglich oder nachhaltig sein muss, versteht sich von selbst. Das bedeutet, dass extraktive Industrien und ökologisch und sozial störende industrielle Prozesse, die entweder Landraub auslösen, verschwenderisch im Hinblick auf ihren Materialeinsatz sind oder ihren industriellen Abfall, ihre Verschmutzung oder ihren Kohlenstoffausstoß nicht minimieren können, verboten oder eingestellt werden müssten.

Dies wirft die Frage des Wachstums auf, die im nächsten Abschnitt ausführlicher diskutiert wird. Aber im Zusammenhang mit der Idee von Entwicklung als Aufbau von Kapazitäten muss die landwirtschaftliche und industrielle Produktion wachsen, um den Lebensstandard der Bevölkerung zu erhöhen. Allerdings würden die Wachstumsraten weit unter den 6-10 % pro Jahr liegen, die eher für die Schwellenländer oder aufstrebende Volkswirtschaften wie in China, Südkorea und Südostasien charakteristisch sind, und zwar aufgrund von drei Faktoren. Erstens würde im Paradigma der Deglobalisierung die Produktion von einer radikalen Umverteilungspolitik



begleitet, was bei diesen Ländern nicht der Fall war. Zweitens würde der Druck, die Wirtschaft wachsen zu lassen, durch geringere Bevölkerungswachstumsraten aufgrund einer Politik der reproduktiven Gesundheit, die Frauen mehr Kontrolle über ihren Körper gibt, reduziert. Drittens würde eine bewusste Anstrengung der Zivilgesellschaft unternommen, einem Konsum nach dem nicht-nachhaltigen westlichen Modell entgegenzuwirken, die Messung sozialen Wertes vom materiellen Konsum abzukoppeln und mit dem Wachstum nicht-materieller Quellen psychologischer Zufriedenheit zu verknüpfen.

Wenn nachhaltige Entwicklung als eine radikale Reform gesehen wird, um die Fähigkeit einer Gemeinschaft aufzubauen, zu überleben und zu gedeihen und gleichzeitig die Umwelt zu verbessern, dann würde sie wahrscheinlich auf wenig Einspruch stoßen.

Dass Jeffrey Sachs von der Columbia University das öffentliche Gesicht der nachhaltigen Entwicklung ist, der sich zuerst einen Namen machte, indem er die Schocktherapie als den Weg zur wirtschaftlichen Gesundheit für die postsozialistischen Gesellschaften Osteuropas propagierte, ist vielleicht einer der Gründe, warum der Begriff heute so viel Misstrauen hervorruft. Was als „Sachs Conundrum“ bezeichnet wurde, scheint seine gesplante öffentliche Persona zwischen Mr. Nachhaltige Entwicklung und Mr. Schocktherapie zu sein. Wie Japhy Wilson (2014) schreibt, sind Zweifel an Sachs' neuem Engagement angebracht:

„[o]bwohl er heute in vielen Kreisen für seine Förderung der internationalen Hilfe und der Armutsbekämpfung gefeiert wird, ist Sachs bei den Arbeiterklassen mehrerer Länder für seine gnadenlose Durchsetzung der Schocktherapie immer noch verhasst und vielen Aktivist:innen für soziale Gerechtigkeit auf der ganzen Welt als ‚Dr. Schock‘ bekannt – die bössartige Verkörperung der schlimmsten Auswüchse der Revolution des freien Marktes“ (ebd.: 3).

Gegenwärtig ist Sachs als Hauptinspiration der berühmten *Millennium Development Goals* der Vereinten Nationen und deren Nachfolger, den *Sustainable Development Goals*, bekannt.

Aber das Problem geht über die öffentliche Wahrnehmung von Sachs hinaus. Wie Ashish Kothari und seine Kollegen (2014) aufzeigen, entpolitisiert der orthodoxe Diskurs über nachhaltige Entwicklung in den Händen seiner Befürworter:innen den Prozess transformativen Wandels. So wird die Tatsache verschleiert, dass ungleiche soziale Strukturen verändert werden müssen, um ein besseres Leben für die Milliarden von Menschen auf der Welt zu erreichen, die derzeit marginalisiert sind und dass es in diesem Prozess zwangsläufig Verlierer geben muss, was wiederum unweigerlich

viele Konflikte mit sich bringen wird. Wie Sachs formulierte, können die vier Säulen der nachhaltigen Entwicklung – wirtschaftlicher Wohlstand, soziale Inklusion, ökologische Nachhaltigkeit und gute Regierungsführung – nur dann erreicht werden, wenn die Eliten der Welt erkennen, dass es in ihrem Interesse liegt, die Armen der Welt aus ihrem derzeitigen Zustand herauszuheben. Und wenn sie sehen würden, dass sie dies nichts oder nur wenig kostet, würden sie umso eher bereit sein, nachhaltige Entwicklung zu unterstützen. In Sachs' Buch *The Age of Sustainable Development* (2015) wird die wirtschaftliche Ausbeutung, der Kapitalismus und sein Antrieb, Armut und Ungleichheit zu schaffen, nicht erwähnt. Soweit Konzerne zu Armut, Ungleichheit und Umweltzerstörung beitragen, liege das an einer fehlgeleiteten Politik, die behebbar sei, weil es eigentlich keinen Grund gibt, dass tiefe soziale Konflikte fortbeständen. Veränderung wird bei ihm durch die Kraft der Ideen und die Ermahnung zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele plus Auslandshilfe herbeigeführt (ebd.). Dies ist ein zutiefst unpolitischer Ansatz, der für die Herbeiführung eines transformativen Wandels denkbar ungeeignet ist.

Kurz gesagt, obwohl sie die Sprache der Entwicklung verwendet, ist die Deglobalisierung im Grunde eine Alternative zur Entwicklung im orthodoxen Sinne, was in den folgenden Abschnitten noch deutlicher werden wird.

### Deglobalisierung, Entkopplung und *degrowth*

In den letzten Jahren war die umstrittenste Debatte in der ökologischen Ökonomie die zwischen Entkopplung und *degrowth*. Diese Debatte ist zentral für die inhaltliche Bestimmung der Deglobalisierung.

Entkopplung bedeutet, den Anstieg des BIP vom Anstieg der Kohlenstoffemissionen zu trennen. Relative Entkopplung bezieht sich auf eine BIP-Wachstumsrate, die schneller steigt als die Kohlenstoffemissionsrate. Absolute Entkopplung bedeutet, dass die BIP-Wachstumsrate weiter ansteigt, während die Kohlenstoffemissionsrate entweder abflacht oder abnimmt. Absolute Entkopplung ist das, was für Klimaaktivist:innen wichtig ist. Zwei Dinge machen dies möglich. Das eine ist die „Dematerialisierung“ von Gütern, d.h. die Menge an Materialien, die in ein Produkt einfließen, wird durch die Fortschritte in der Informationstechnologie stark reduziert. Oft wird in diesem Zusammenhang ein „Gesetz“ des Intel-Gründers Gordon Moore zitiert, wonach sich die Anzahl der Transistoren, die auf einen Computerchip geladen werden können, alle zwei Jahre verdoppelt. Das bedeutet, dass die reine digitale Leistung exponentiell zunimmt, während gleichzeitig die für die Herstellung von Informationsgeräten benötigten Materialien

sinken, was zu einem raschen Preisverfall dieser Produkte führt. Das zweite Phänomen ist die effizientere Nutzung von Energie in der gesamten Wirtschaft. Das erste Phänomen führte zu einer geringeren Inanspruchnahme der natürlichen Ressourcen. Das zweite führte zu geringeren Kohlenstoffemissionen im Produktionsprozess und beim Verbrauch. Der größte Teil der Debatte drehte sich um die Rolle der Energieeffizienz bei der Senkung der Treibhausgasemissionen. Das ist eine Position, die nicht nur mit liberalen Befürworter:innen wie Amory Lovins in Verbindung gebracht wird, sondern auch mit Progressiven wie Robert Pollin (2018). Dieser argumentiert, dass eine „absolute Entkopplung“ des BIP-Wachstums von den Kohlenstoffemissionen möglich ist und zitiert dabei Daten, die zeigen, dass in 21 Ländern, darunter die USA, Kanada, Großbritannien, Spanien und Schweden, das BIP gewachsen ist, während die Kohlenstoffemissionen reduziert wurden (ebd.: 9). Daher ist

„das erste kritische Projekt für ein globales Programm für grünes Wachstum die drastische Erhöhung der Energieeffizienz – das heißt, weniger Energie zu verbrauchen, um das gleiche oder ein höheres Niveau an Energiedienstleistungen durch die Einführung verbesserter Technologien und Praktiken zu erreichen [...]. Eine Ausweitung der Investitionen in die Energieeffizienz unterstützt einen steigenden Lebensstandard, da sie per Definition Geld für die Energieverbraucher:innen spart.“ (ebd.)

Das Problem mit dem Entkopplungsargument ist ein zweifaches. Erstens gibt es, wie von Tim Jackson (2009), einem der angesehensten Befürworter von *degrowth*, hervorgehoben und von Pollin eingeräumt, keine Beweise für eine absolute Entkopplung von Wachstum und Kohlenstoffemissionen – weder auf globaler Ebene noch zwischen den Ländergruppen mit niedrigem, mittlerem und hohem Einkommen zwischen 1965 und 2015, obwohl dies in einigen Ländern geschehen sein mag. Auch für eine absolute Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch gibt es keine Belege. Tatsächlich sind

„die globalen Ressourcenintensitäten (das Verhältnis von Ressourcenverbrauch zum BIP) bei weitem nicht zurückgegangen, sondern haben bei einer Reihe von Nicht-Brennstoffmineralien deutlich zugenommen. Die Ressourceneffizienz geht in die falsche Richtung. Selbst eine relative Entkopplung findet nicht statt.“ (ebd.: 51)

Zweitens scheint es sich um den Rebound-Effekt oder „Jevons-Effekt“ zu handeln, nach dem britischen Ökonomen William Jevons, der die Beobachtung formulierte, dass durch die Steigerung der Produktivität von Kohle, d.h. durch die effizientere Nutzung von Kohle bei der Eisenproduktion, der

Eisenpreis sinken würde, was zu einer höheren Nachfrage nach Eisen und folglich zu einem Anstieg der Kohlenutzung führen würde. Effizienzgewinne in einem Bereich führen zu Einsparungen, die den Energieverbrauch in anderen Bereichen ankurbeln, wodurch der Verbrauch fossiler Brennstoffe insgesamt steigt und die Kohlenstoffemissionen zunehmen. Daher sagt Jackson, dass „vereinfachende Annahmen, dass die Neigung des Kapitalismus zur Effizienz uns erlauben wird, das Klima zu stabilisieren und uns vor Ressourcenknappheit zu schützen, nichts weniger als wahnhaft sind“ (ebd.: 8). Das Problem ist, dass dies nicht nur wahnhaft, sondern auch politisch gefährlich sein kann. Jorgen Norgaard schreibt: „Unglücklicherweise hat der Begriff der Entkopplung als Friedensstifter zwischen Umweltschützer:innen und wachstumsorientierten Politiker:innen gedient, indem er das Wirtschaftswachstum bequem von jeglicher Verantwortung für Umweltprobleme befreit hat.“ (zit. n. Owen 2012: 26)

Ist der Entkopplungsmythos erst einmal vom Tisch, führt kein Weg mehr an der Tatsache vorbei, dass dem Wachstumsdrang entschieden entgegengetreten werden muss. Da die Anforderungen der Armutsbekämpfung und der globalen Gerechtigkeit und Gleichheit verlangen, dass die Länder des Südens ein gewisses Wachstum erfahren müssen, ist es klar, dass die Anpassung in Form einer radikalen Einschränkung von Wachstum und Konsum größtenteils die reichen Länder treffen muss. Dabei dürfen natürlich die ärmeren Länder sowohl bei der Wachstumsrate als auch beim Konsum nicht dem Weg des Westens folgen, sondern sollten den Schwerpunkt auf gleichheitsfördernde Wirtschaftsstrategien legen.

Der Wandel im Westen darf nicht einfach als eine Reduktion des materiellen Konsums gesehen werden, sondern ist psychologischer Natur und begreift weniger materiellen Konsum als Voraussetzung für eine bessere Lebensweise. Vielleicht kann man es nicht besser ausdrücken als so, wie Kothari und seine Kollegen den Wandel formulieren:

„Die Betonung sollte nicht nur auf ‚weniger‘, sondern auch auf ‚anders‘ liegen. *Degrowth* bedeutet eine Gesellschaft mit einem anderen Metabolismus (dem Energie- und Materialdurchsatz der Wirtschaft), aber noch wichtiger, eine Gesellschaft mit einem Metabolismus, der eine andere Struktur hat und neuen Funktionen dient. In einer *degrowth*-Gesellschaft wird alles anders sein als im gegenwärtigen Mainstream: Aktivitäten, Formen und Verwendung von Energie, Beziehungen, Geschlechterrollen, Zeitaufteilung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit und Beziehungen zur nicht-menschlichen Welt.“ (Kothari u.a. 2014: 369)

Während Bioökonomie und ökologische Makroökonomie integriert werden, ist *degrowth* ein nicht-ökonomisches Konzept:

„Auf der einen Seite impliziert *degrowth* sicherlich die Reduktion des Energie- und Materialdurchsatzes, der notwendig ist, um den bestehenden biophysikalischen Beschränkungen (in Bezug auf die natürlichen Ressourcen und die Assimilationsfähigkeit der Ökosysteme) zu begegnen. Auf der anderen Seite ist *degrowth* ein Versuch, die Allgegenwart der marktbasieren Beziehungen in der Gesellschaft (d.h. die Kommodifizierung) und die wachstumsbasierten Wurzeln gesellschaftlicher Zielvorstellungen in Frage zu stellen und sie durch die Idee einer genügsamen Fülle zu ersetzen. Es ist auch ein Ruf nach tieferer Demokratie, angewandt auf Themen, die außerhalb des demokratischen Mainstreams liegen, wie Technologie. Schließlich impliziert *degrowth* eine Umverteilung des Reichtums innerhalb und zwischen dem Globalen Norden und Süden sowie zwischen heutigen und zukünftigen Generationen.“ (ebd.)

Eine ähnliche Vision wird von Jackson angeboten. Er plädiert für die Ersetzung einer Wirtschaft, die eine „begrenzte Entfaltungsmöglichkeit durch materiellen Erfolg“ erlaubt, durch „eine Wirtschaft, deren Aufgabe es ist, Fähigkeiten zur Entfaltung innerhalb ökologischer Grenzen bereitzustellen“ (Jackson 2009: 93). Um dieser Vision mehr Substanz zu verleihen, schreibt er:

„Die Belohnungen aus diesen Veränderungen werden wahrscheinlich signifikant sein. Eine weniger materialistische Gesellschaft wird eine glücklichere sein. Eine gleichberechtigtere Gesellschaft wird eine weniger ängstliche sein. Eine größere Aufmerksamkeit für die Gemeinschaft und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben wird die Einsamkeit und Anomie reduzieren, die das Wohlbefinden in der modernen Wirtschaft untergraben hat. Verbesserte Investitionen in öffentliche Güter werden den Wohlstand der Nation nachhaltig steigern.“ (ebd.)

Was das Verhältnis zwischen Befürworter:innen einer Entkopplung und *degrowth* angeht, so ist es klar, dass die Befürworter:innen der Deglobalisierung auf der Seite der Letzteren stehen würden. Solange davon ausgegangen wird, dass die Hauptanpassung im Sinne des *degrowing* beim Norden liegt, ist das *degrowth*-Paradigma nicht nur mit der Deglobalisierung vereinbar, sondern muss in diese einbezogen werden.

## Deglobalisierung und Ernährungssouveränität

Als die Deglobalisierung ursprünglich formuliert wurde, hatte sie als Hauptanliegen den Schutz kleiner landwirtschaftlicher Produzent:innen vor dem Bankrott durch Billigimporte großer Agrarkonzerne, die durch die Welthandelsorganisation (WTO) ermöglicht werden und zum Verlust der Ernährungssicherheit eines Landes führen. Wir merkten bald, dass dies eine eher begrenzte Formulierung der größeren Sorgen war, die wir hatten.

Glücklicherweise formulierte die internationale Bauernorganisation *Via Campesina* die Ideen, mit denen wir uns auseinandersetzen, viel besser, als wir es jemals konnten, unter dem Begriff Ernährungssouveränität, der heute auch als Agrarökologie bekannt ist.

Wie von ihren Vertreter:innen artikuliert, sind die Kernaussagen der Ernährungssouveränität oder Agrarökologie die folgenden:

- Erstens sollte ein Land die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln anstreben, was bedeutet, dass die Bauern und Bäuerinnen des Landes den größten Teil der konsumierten Nahrungsmittel im eigenen Land produzieren sollten – ein Zustand, der durch das unternehmerische Konzept der Ernährungssicherheit untergraben wird, das besagt, dass ein Land einen großen Teil seines Nahrungsmittelbedarfs auch durch Importe decken kann.
- Zweitens sollten Menschen das Recht haben, die Struktur ihrer Nahrungsmittelproduktion und des Konsums unter Berücksichtigung der „ländlichen und produktiven Vielfalt“ zu bestimmen und nicht zuzulassen, dass diese dem deregulierten internationalen Handel untergeordnet werden (Desmarais 2007: 34).
- Drittens sollten sich Produktion und Konsum von Nahrungsmitteln am Wohlergehen von Bauern, Bäuerinnen und Verbraucher:innen orientieren, nicht an den Gewinnprognosen des transnationalen Agrobusiness.
- Viertens müssen nationale Ernährungssysteme gesunde, qualitativ hochwertige und kulturell angemessene Lebensmittel für den heimischen Markt produzieren und international standardisierte oder „Junk“-Lebensmittel vermeiden.
- Fünftens muss ein neues Gleichgewicht zwischen Landwirtschaft und Industrie, Land und Stadt hergestellt werden, um die Unterordnung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums unter die Industrie und die urbanen Eliten rückgängig zu machen, die zu einer verödeten Landschaft und massiven städtischen Slums mit Geflüchteten aus ländlichen Regionen geführt hat.
- Sechstens muss die Landnahme gestoppt und die Landkonzentration in den Händen von Großgrundbesitzern und transnationalen Konzerne rückgängig gemacht werden. Weiter muss die Gerechtigkeit bei der Landverteilung durch eine Landreform gefördert werden. Die Reform sollte auch Bestimmungen für kommunale und kollektive Formen des Eigentums und der Produktion beinhalten, die einen Sinn für ökologische Verantwortung fördern.

- Siebtens sollte die landwirtschaftliche Produktion hauptsächlich von indigenen Gemeinschaften, Kleinbauern, Kleinbäuerinnen und Kooperativen oder staatlichen Unternehmen durchgeführt werden, und transnationale Konzerne müssen aus der Nahrungsmittelproduktion ausgeschlossen werden.
- Achtens sollten die Verteilung und der Konsum von Nahrungsmitteln durch faire Preisbildungssysteme geregelt werden, die die Rechte und das Wohlergehen sowohl der Bäuerinnen und Bauern als auch der Verbraucher:innen berücksichtigen. Das bedeutet unter anderem ein Ende des Dumpings von subventionierten Agrarrohstoffen durch transnationale Firmen, das die Preise künstlich nach unten drückt und damit Existenzen von Kleinbäuer:innen zerstört.
- Neuntens sollte eine industrielle Landwirtschaft, die auf Gentechnik und der ursprünglichen chemieintensiven Grünen Revolution basiert, abgelehnt werden, weil die Monopolkontrolle über Saatgut die Konzernagenda vorantreibt und weil industrielle Landwirtschaft nicht nachhaltig ist.
- Zehntens enthalten traditionelle bäuerliche und indigene Agrartechnologien viel Weisheit und repräsentieren die Evolution eines weitgehend positiven Gleichgewichts zwischen der menschlichen Gemeinschaft und der Biosphäre. Daher muss die Entwicklung von Agrartechnologien zur Erfüllung gesellschaftlicher Bedürfnisse traditionelle Praktiken als Ausgangspunkt nehmen, anstatt sie als veraltet zu verwerfen.

Alle oben genannten Prinzipien sind nicht einfach nur kompatibel, sondern sehr komplementär zur Deglobalisierung. Die Befürworter:innen von *degrowth* haben die Prinzipien der Klimawissenschaft und des Aktivismus verdeutlicht, *Via Campesina* und ihre Verbündeten artikulierten die Elemente der Ernährungssouveränität – beides muss in das Deglobalisierungsparadigma integriert werden und wird es damit bereichern.

## Fazit

Als wir von Focus on the Global South im Jahr 2000 zum ersten Mal das Gegenparadigma der Deglobalisierung zum hegemonialen Paradigma der Globalisierung artikulierten, erkannten wir, dass es unvollständig war, dass seine vielen Dimensionen noch umfassender dargestellt werden müssten. Eine der unbeabsichtigten positiven Folgen des Versuchs der extremen Rechten, das Paradigma zu kapern, ist, dass es uns die Möglichkeit gegeben hat, aufzuzeigen, was Deglobalisierung nicht ist – nämlich nicht die Karikatur, auf die die extreme Rechte sie reduziert hat.

Noch wichtiger ist, dass eine Untersuchung einer Reihe von derzeit einflussreichen Perspektiven, nämlich Alternativen zur Entwicklung, *degrowth* und Ernährungssouveränität, gezeigt hat, dass sie viele ihrer Schlüsselemente teilt. Anstatt in Konkurrenz zu ihnen zu stehen, wird die Deglobalisierung durch sie bereichert. Die gleiche gegenseitige Bereicherung gilt für andere progressive Paradigmen wie die feministische Ökonomie, den emanzipatorischen Marxismus und *buen vivir*; die wir hier nicht aufgreifen konnten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Deglobalisierung auch zwanzig Jahre später noch von großer Relevanz für all diejenigen ist, die eine bessere Welt anstreben.

*Übersetzung aus dem Englischen: Dustin Schäfer*

## Literatur

- Bello, Walden (2016): *How Obama's Legacy Lost the Elections for Hillary Clinton*. <https://www.commondreams.org/views/2016/11/17/how-obamas-legacy-lost-elections-hillary>, letzter Aufruf: 4.1.2019.
- Bello, Walden (2017): *Social Democracy's Faustian Bargain with Global Finance Unravels*. <https://www.tni.org/en/publication/europe-social-democracys-faustian-pact-with-global-finance-unravels>, letzter Aufruf: 1.4.2019.
- Bremner, Charles (2014): *At the Gates of Power: How Marine Le Pen is Unnerving the French Establishment*. <https://www.newstatesman.com/politics/2014/12/gates-power-how-marine-le-pen-unnerving-french-establishment>, letzter Aufruf: 4.1.2019.
- Desmarais, Annette A. (2007): *La Via Campesina. Globalization and the Power of Peasants*. London u.a.
- Haski, Pierre (2011): *Is France on Course to Bid Adieu to Globalization?* <https://yaleglobal.yale.edu/content/france-course-bid-adieu-globalization>, letzter Aufruf: 1.4.2019.
- Jackson, Tim (2009): *Prosperity Without Growth? The Transition to a Sustainable Economy*. [http://www.sd-commission.org.uk/data/files/publications/prosperity\\_without\\_growth\\_report.pdf](http://www.sd-commission.org.uk/data/files/publications/prosperity_without_growth_report.pdf), letzter Aufruf: 1.4.2019.
- Judis, John B. (2016): *The Populist Explosion. How the Great Recession Transformed American and European Politics*. New York, US-NY.
- Keynes, John M. (1933): „National Self-Sufficiency“. In: *Yale Review*, Bd. 22, Nr. 4, S. 755-769, <https://www.panarchy.org/keynes/national.1933.html>, letzter Aufruf: 6.1.2019.
- Kothari, Ashish; Federico Demaria & Alberto Acosta (2014): „Buen Vivir, Degrowth and Ecological Swaraj: Alternatives to Sustainable Development and the Green Economy“. In: *Development*, Bd. 57, Nr. 3, S. 362-375 (<https://doi.org/10.1057/dev.2015.24>).
- Lowrey, Annie (2018): *Give People Money. How a Universal Basic Income Would End Poverty, Revolutionize Work, and Remake the World*. New York.
- Obama, Barack (2018): *Barack Obama's Johannesburg Speech in Full*. <https://www.independent.co.uk/news/world/americas/barack-obama-speech-full-nelson-mandela-lecture-transcript-south-africa-a8452331.html>, letzter Aufruf: 4.1.2019.
- Owen, David (2012): *The Conundrum. How Scientific Innovation and Good Intentions Can Make Our Energy and Climate Problems Worse*. New York, US-NY.



- Polanyi, Karl (1957): *The Great Transformation. The Political and Economic Origins of Our Time*. Boston, US-MA (Deutsch: *The Great Transformation: Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt a.M., 14. Aufl., 1973).
- Pollin, Robert (2018): *Degrowth Versus a Green New Deal*. <https://newleftreview.org/issues/ii112/articles/robert-pollin-de-growth-vs-a-green-new-deal>, letzter Aufruf: 1.3.2021.
- Sachs, Jeffrey (2015): *The Age of Sustainable Development*. New York, US-NY (<https://doi.org/10.7312/sach17314>).
- Solón, Pablo (2017): *Deglobalisierung*. <https://systemicalternatives.org/2017/05/10/deglobalisation/>, letzter Aufruf: 1.3.2021.
- The Economist (2009): *Turning Their Backs on the World: Globalization. The Integration of the World Economy Is in Retreat on almost Every Front*. <https://www.economist.com/international/2009/02/19/turning-their-backs-on-the-world>, letzter Aufruf: 4.1.2019.
- Varoufakis, Yanis (2017): *Adults in the Room. May Battle with Europe's Deep Establishment*. <https://www.theguardian.com/books/2017/may/15/adults-in-room-battle-europes-deep-establishment-yanis-varoufakis-review>, letzter Aufruf: 1.3.2021.
- Wilson, Japhy (2014): *Jeffrey Sachs. The Strange Case of Dr. Shock and Mr. Aid*. London.

Anschrift des Autors:

Walden Bello

[waldenbello@yahoo.com](mailto:waldenbello@yahoo.com)

„Our World is not for Sale!“  
Was hat die globale Protestbewegung  
der 1990er Jahre erreicht – und was nicht?

Rückblick auf ein virtuelles Kamingsgespräch im September 2020

*Im Rahmen der abschließenden Webinar-Reihe der durch die Hans-Böckler-Stiftung geförderten Nachwuchsforschergruppe Protest und Reform in der globalen politischen Ökonomie aus der Perspektive einer postkolonialen Politikforschung an der Universität Kassel wurde im September 2020 eine Podiumsdiskussion mit Aktivist:innen der globalisierungskritischen Bewegung organisiert. Sie diskutierten, wo sie erfolgreich war und wo nicht. Welche Auswüchse des Neoliberalismus hat sie verhindert, welche Reformen hat sie angestoßen, welche Reflexionsprozesse in Gang gesetzt? Aber auch: Wo waren ihre blinden Flecken, und welche strategischen Fehler hat sie gemacht? Schließlich: Was ist aus ihr geworden und wo steht sie heute? Der Einladung auf das Podium gefolgt sind Friederike Habermann, langjährige Aktivistin bei Peoples' Global Action (PGA) und Autorin von Geschichte wird gemacht. Etappen des globalen Widerstands; Jai Sen, Direktor des Critical Action Centre in Movement Instituts in Neu-Delhi und Herausgeber von Challenging Empires und The Movement of Movements; Peter Wahl, Mitbegründer von World Economy, Ecology & Development (WEED) und Gründungsmitglied sowie Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland; und Frauke Banse, die u.a. in der Bewegungstiftung, bei medico international, in der Clean Clothes Campaign und der Stopp-EPA-Kampagne gearbeitet hat. Das Gespräch moderiert und die Fragen gestellt hat Aram Ziai, der ebenfalls in der Bewegung aktiv war. Transkribiert, bearbeitet und übersetzt wurde es von Manyakhalé Diawara, Anne Reiff, Dustin Schäfer, Eric Otieno und Sabrina Keller.*

Chiapas, Mexiko 1996...

*Friederike Habermann:* Da ich das Glück hatte, Teil der Bewegung zu sein, werde ich den Hintergrund beschreiben, vor dem die globalisierungskritische Bewegung begann. Aus unserer heutigen postkolonialen Perspektive zeigt sich, dass es eine Graswurzelbewegung war, die vom Globalen Süden ausging. Ein wichtiger Ausgangspunkt dabei waren die *Zapatistas* in Mexiko,

die 1996 zu einem internationalen Treffen im Urwald von Chiapas aufriefen, zu dem etwa 3.000 Menschen kamen. Während des nächsten Treffens des internationalen *zapatistischen* Netzwerks ein Jahr später, das eine Woche lang in Spanien stattfand, gründeten Bewegungen aus der ganzen Welt das Netzwerk *Peoples' Global Action* (PGA). Im Wesentlichen geht die Gründung von PGA, dem ersten internationalen Netzwerk zur Koordination der Globalisierungsbewegung, also auf diese beiden Treffen zurück. Die offizielle Gründungskonferenz fand dann im Februar 1998 in Genf mit 400 Menschen aus Bewegungen und Organisationen aus über siebzig Ländern statt.

Nicht alle, die in Genf zusammenkamen, beeinflussten die weitere Dynamik gleichermaßen. Teil des Netzwerks waren Maori aus Aotearoa (Neuseeland), Adivasi aus Indien sowie Organisationen und Bewegungen Indigener aus mehreren Ländern Lateinamerikas; ebenso wie Bauern und Bäuerinnen, die vor allem in Indien sehr stark sind, die Landlosenbewegung aus Brasilien, Lehrer:innen aus Argentinien, die kanadische Postgewerkschaft, eine Organisation von Obdachlosen aus Ontario, Textilarbeiter:innen aus Bangladesch, Fischer:innen aus den Philippinen und Sri Lanka sowie einige afrikanische Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Aus Osteuropa nahmen hauptsächlich Umweltbewegungen teil. Diese vielfältigen Basisinitiativen machten das Netzwerk zu etwas ganz Besonderem.

### Die Gipfelproteste und der „weiße“ Blick

Diese erste PGA-Konferenz fand in Genf statt, weil dort drei Monate später die zweite Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) tagen sollte. Die Proteste waren so stark, dass der Polizeipräsident von einem „Neuen 68“ sprach. Weltweit gab es erstmals koordinierte Aktionstage und abgestimmte Aktivitäten. Ein wichtiges Thema in dieser Zeit war das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI). 1998 gab es starke Proteste dagegen, zum Beispiel in Indien mit einer Demonstration von 200.000 Menschen, über die in den westlichen Medien nicht berichtet wurde. Deshalb haben sich die Aktivist:innen entschlossen, ihre Proteste auch in den Städten des Globalen Nordens sichtbar zu machen.

Es gab dann 1999 eine Karawane von etwa 500 Menschen, 50 aus Ländern rund um die Welt und mehr als 400 aus Indien. Die indischen Bauern und Bäuerinnen wollten nach Europa, um gesehen zu werden. Sie tourten fünf Wochen lang durch Europa, das letzte große Ereignis war in Köln, wo der Doppelgipfel von EU und G8 stattfand. Für mich ist die Kernfrage der postkolonialen Theorie Gayatri Spivaks „Können die Subalternen sprechen?“. Köln 1999 hat bewiesen, dass sie nicht gehört wurden, denn als sie eine

Pressekonferenz abhielten, kam nur eine Praktikantin der lokalen Tageszeitung. Es war so frustrierend, dass ich hinterher geweint habe. Sie waren von so weit hergekommen: Vorsitzende von Bauernbewegungen aus Indien und andere großartige Menschen. Später wurde das Desinteresse Europas an den Beiträgen der Teilnehmer:innen noch deutlicher: Besagte Tageszeitung titelte „300 Autonome besetzten Straßenbahn“. Tatsächlich waren es Inder:innen, die weiße Gewänder und Schals trugen, sie waren sehr offensichtlich kein Schwarzer Block, der da von der Polizei gekesselt worden war.

### Dezentralität und (Un-)Sichtbarkeit

PGA wurde dezentral von Bewegungen aus allen Teilen der Welt organisiert. Aber wir hatten kein Personal und keine feste Finanzierung. Alles lief über *crowdfunding*. Die Menschen ließen sich von dem inspirieren, wofür PGA stand, nämlich erstens für die Ablehnung des Kapitalismus. Später, bei der zweiten Konferenz in Indien 1999, wurde die Ablehnung aller Arten von Herrschaftsverhältnissen hinzugefügt, einschließlich Sexismus, Rassismus und so weiter. Ein dritter Grundsatz von PGA sprach sich gegen Lobbypolitik aus, weil sie letztlich Machtstrukturen reproduziert. Stattdessen riefen wir zu direkten Aktionen auf – so wie die *Zapatistas* andere dazu inspirierten, sich für Demokratie und Gerechtigkeit einzusetzen, anstatt auf die Mächtigen zu hoffen. Fünfter und letzter der Grundsätze (*hallmarks*) von PGA war dezentrale Organisation. Zudem haben wir versucht, ein Manifest zu schreiben, sind jedoch gescheitert, weil wir die verschiedenen Realitäten nicht vereinen konnten.

Es gab auch ein Ungleichgewicht in unseren Möglichkeiten zwischen Aktivist:innen aus dem Norden und Graswurzelbewegungen aus dem Globalen Süden. So waren beispielsweise die Adivasi aus Kerala bei einigen internationalen Gelegenheiten durch ihre Führungspersönlichkeit C.K. Janu vertreten – die fünf Sprachen sprach, zwei indigene, dann die ihres Bundesstaates (Malayalam), dann die Nationalsprache (Hindi) sowie das von den lokalen Muslimen gesprochene Urdu. Aber keine der imperialen Sprachen. Geschweige denn, dass sie Internetzugang im Urwald gehabt hätten. Wir haben versucht, mit dem daraus entstehenden Bias umzugehen.

Rückblickend schätze ich unseren dezentralen Ansatz, wenngleich es bedeutete, weniger gesehen zu werden, verglichen mit einer Organisation, die Mitarbeiter:innen, eine feste Finanzierung und Repräsentant:innen hatte. Zusätzlich zu den Subalternen, die nicht sprechen können und nicht gesehen werden, kamen also diese beiden Elemente hinzu und machten die Anfänge der Globalisierungsbewegung unsichtbar. Dieses Problem ist bis

heute nicht gelöst worden. Es besteht auch in der Klimabewegung fort, wo die Aktivist:innen aus dem Globalen Süden nicht wirklich gesehen werden. Dadurch entsteht der Eindruck, dass die Klimabewegung im Globalen Norden begonnen hat, was nicht stimmt.

*Occupy* wurde oft vorgeworfen, keine Forderungen zu haben. Doch was sie taten, war, auf den Plätzen eine andere Art des Lebens zu erschaffen. Statt Forderungen an den Staat zu stellen und dabei die Machtstrukturen zu reproduzieren. Ich sehe das im Zusammenhang mit der aufkommenden Bedeutung des Konzepts der *commons*. Ich habe das Konzept der *commons* innerhalb von PGA kennengelernt. Es gab viele Debatten darüber, da wir anfänglich zwar wussten, wogegen wir sind, aber nicht, wofür wir stehen. Jedenfalls wir aus dem Norden. *Commons* kamen wegen der Realitäten der Graswurzelbewegungen aus dem Süden ins Spiel, die oft ihre natürlichen Ressourcen oder Lebensweisen, die teilweise auf *commons* basieren, verteidigen mussten. Auch die zapatistische Bewegung wurde von der Verteidigung der *commons* inspiriert. Ich glaube nicht, dass es ein Zufall ist, dass viele Aktivist:innen aus dieser Zeit *Solidarische Landwirtschaft* und andere Projekte einer *commons*-Logik begonnen haben.

## Die Proteste als Wellenbewegung

*Jai Sen*: Zunächst möchte ich Aram Ziai und seinen Kolleg:innen dafür danken, dass sie mich aus den Trümmern der Geschichte herausgegraben haben, denn ich habe mich seitdem zwar weiter bewegt, aber es ist ein Vergnügen, zurückzugehen und mich mit dem zu beschäftigen, was passiert ist. Ein Großteil meiner Arbeit seit 1999/2000 war in gewisser Weise der Versuch, das zu begreifen. Ich bringe multiple Perspektiven mit, möchte aber einige Punkte besonders hervorheben.

Zunächst war es damals der Aufstieg einer neuen Welle globaler Bewegungen, in der die Subalternen, oder welchen Begriff man auch immer verwenden möchte, tatsächlich sprechen und gehört werden. Das ist auf globaler Ebene historisch und strukturell neu gewesen und hallt durch den Aufstieg der *Black-Lives-Matter*-Bewegung im Herzen und im Bauch des *empire* noch heute in einem Großteil der Welt nach.

Zudem begrüße ich, dass das Thema hier in den größeren Rahmen der postkolonialen Perspektiven auf Protest und Reform eingeordnet wird. Ich finde das interessant, weil die Sprache anders ist als vor 20 Jahren, die Formulierung der gestellten Fragen ist anders. Ich denke, das ist extrem wichtig, weil wir neben der *Black-Lives-Matter*-Bewegung gegen die *White Supremacy* auch die Krise des Kapitalismus, ausgelöst durch die

Coronavirus-Pandemie, und die Klimakrise wieder auf uns zukommen sehen. Also, ja wir müssen theoretisieren, aber mit Blick auf das Handeln und mit Blick auf die reale Welt da draußen – wie können wir das vorantreiben?

Was hier auch noch wichtig zu benennen ist, sind meine Kaste und meine Klasse und die Rolle, die sie dafür gespielt haben, wer ich bin, was ich gelernt und was ich nicht gelernt habe. Ich bin offensichtlich männlich und fühle mich damit auch angesprochen, aber ich gehöre auch zur Oberschicht und zur oberen Kaste im indischen Kontext (aber ich denke, das gilt auch auf weltweiter Ebene), was von entscheidender Bedeutung für meine Arbeit in den letzten 30,40 Jahren ist. Das hat mir enorme Privilegien und Zugang verschafft, besonders zu den Korridoren der Macht, aber es hat mich auch blind für viele Realitäten gemacht.

Ich denke, dass die Bewegung wichtig war als eine Art Wellenschlag, die zu dieser Zeit aufkam. Es gab noch andere Manifestationen davon in verschiedenen Teilen der Welt, es war nur ein Kristallisationspunkt unter vielen. Aber sie machte das *empire* auf sich aufmerksam, sie konfrontierte es mit einer anderen Art von Aktion, als es das gewohnt war. Es waren Aktionen vorausgegangen, zum Beispiel in Deutschland unter anderem gegen die Weltbank, aber diese Art von Straßemilitanz war neu für den Norden. In diesem Sinne war es ein extrem wichtiger Beitrag.

Seattle hat die Diversität der Welt nicht widergespiegelt

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass die Bewegung die Frage der Beziehung zum Globalen Süden eröffnete. Das war eine große Chance, mein Eindruck war aber, dass das nicht so stark stattgefunden hat. Seattle zum Beispiel hat die Diversität der Welt nicht widergespiegelt. Es gab zwar eine gewisse Präsenz von Menschen aus verschiedenen Teilen der Welt, aber es waren nicht nur Weiße, sondern überwiegend Menschen aus den mittleren Schichten der Zivilgesellschaft, die diesen Prozess anführten. Ich denke, wir müssen die Errungenschaften der globalen Protestbewegungen der 1990er Jahre kritischer hinterfragen. Wir schenken auch zwei weiteren Dingen nicht genug Aufmerksamkeit: das eine ist – es steht ja sogar hier im Titel –, dass es als ein globaler Protest verstanden wird. Ich denke, das ist eine falsche Bezeichnung.

Man muss dafür die Geschichte nachzeichnen. Mit anderen Worten, es gab frühere Wellen, die durch die siebziger, achtziger und neunziger Jahre hindurch verliefen, die meiner Meinung nach nicht ausreichend anerkannt werden. PGA spielte sicherlich eine sehr wichtige Rolle bei der Mobilisierung der direkten Aktion in den Vereinigten Staaten, aber das ist nicht

die ganze Geschichte. Ich denke, es ist viel mehr passiert, das eingebracht werden muss. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Wahrnehmung nicht wirklich global ist, und auch die Orte, die erwähnt wurden – Seattle, Prag, Genua, Washington DC, Quebec City usw. –, alle in Nordamerika oder Europa liegen. Und ich denke, wir müssen unsere Perspektive erweitern, um zu verstehen, was auf globaler Ebene passiert ist – wenn wir den Anspruch auf eine globale Bewegung erheben wollen. Also: es war nicht nur eine Bewegung und sie war nicht wirklich global! Wenn wir über eine globale Bewegung sprechen wollen, müssen wir auch anerkennen, welche Vorläufer es auf den verschiedenen Kontinenten gab.

Wichtig ist zudem, diese Aktionen in den breiteren Rahmen der Geschichte einzuordnen. Denn diese Art von Widerstand gegen die imperialistische Struktur der Welt und das Nord-Süd-Verhältnis beginnt bereits in den 1950er Jahren auf staatlicher Ebene, denn natürlich gibt es die Befreiungsbewegungen, die zu dieser Zeit stattfinden.

Wenn wir all diese Strömungen in unser Verständnis einbeziehen, dann ergibt sich ein etwas anderes Bild. Von der blockfreien Bewegung ab 1956, die organisierte Solidarität mit den Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas 1966 in Havanna, bis zum Aufkommen des unabhängigen, blockfreien Denkens, das u.a. zur Verkündung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung führte, der Bildung von Kartellen wie der OPEC (Organisation erdölexportierender Länder), die Befreiungskämpfe. All dies spielte eine sehr wichtige Rolle. Das Postkoloniale beginnt also mit den Befreiungskämpfen der 1940er und 1950er Jahre.

Ich kann nicht für andere Länder sprechen, aber in Indien kam es zu einem Aufstieg von populären Bewegungen in sehr vielen Bereichen: Bewegungen gegen Großprojekte, Bewegungen der Solidarität mit Feminismen indigener Völker (Adivasi und anderer), Bewegungen von Bauern und Bäuer:innen und ihren Organisationen sowie von Fischer:innen und Waldbewohner:innen. Ich weise darauf hin, weil diese organische Intersektionalität schon in den achtziger Jahren aufkam und sehr weit verbreitet war. Sie manifestierte sich in einem übergreifenden Verständnis von Bewegung und Intersektionalität und von Identität, auch wenn diese Begriffe nicht verwendet wurden. Und ich denke, dass wir wieder auf dieses Verständnis und diese Literatur zurückgreifen müssen, soweit sie noch verfügbar ist, und sie in ein zeitgemäßes Verständnis von Intersektionalität und Postkolonialität einbringen müssen.

Zudem kamen neue Institutionen auf. Bewegungsüberspannende Netzwerke entwickeln sich zwischen unabhängigen Bewegungen, in Indien seit den 1980er Jahren. Als Indien in den 1990er Jahren mit den Strukturanpassungsprogrammen konfrontiert war, gab es dann auch Koalitionen mit

politischen Parteien. Auch die Diskurse entwickelten sich in den 1990er Jahren weiter. 1993 beispielsweise erkannten Menschenrechtsorganisationen zum ersten Mal an, dass wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte auch Menschenrechte sind. Bis dahin hatten sich alle führenden internationalen Menschenrechtsorganisatoren nur auf die bürgerlichen und politischen Rechte konzentriert. Und ich denke, das war auch ein Wendepunkt in Bezug auf das Denken.

### Der Globale Süden spricht

Ich nenne also nur ein paar verstreute Dinge, um zu zeigen, dass es Strömungen der Bewegung und des Denkens gab, die extrem wichtig waren. Sie trugen zu dem bei, was in den späten Neunzigern zu einer krachenden Welle wurde. An diesem Punkt sehen wir auch, wie die Subalternen anfangen zu sprechen, bei allem Respekt vor Gayatri Spivak. Sie sprachen auch vorher schon, aber in ihrem eigenen Kontext. Wenn man sich den Aufstieg der *Black Panthers* anschaut, dann sprachen sie schon damals. Wenn man sich den Aufstieg der *Dalit Panthers* ansieht, dann sprachen sie in Indien und in Südasien, aber nicht notwendigerweise zum gleichen Publikum und nicht zu uns. Ich denke also, dass Diskurse des Widerstands und Aufruhrs schon viel früher entstanden. Ich rede hier von Befreiungsbewegungen und ihren Äußerungen. Wir müssen zurückgehen, um herauszufinden, was uns das sagt. Wir müssen kritisch hinterfragen und uns das größere Bild ansehen. Und heute sind wir an einem Punkt in der Geschichte, an dem der strukturelle Globale Süden, das heißt: sowohl der „Süden im Süden“ als auch der „Süden im Norden“, spricht, insbesondere durch die *Black-Lives-Matter*-Bewegung. Und sie ist extrem wortgewandt, ihre Äußerungen sind kraftvoll. Und sie erschüttert die Fundamente des *empire*, und zwar nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern in vielen Ländern des imperialen Nordens. Ihr schließen sich Teile der Immigrant:innen an, weil die Botschaft in der Diaspora der Immigrant:innen auf der ganzen Welt und auch in Europa Wiederhall findet. Die Festung Europa ist nun ebenso unter Beschuss wie die Festung USA.

### Globaler Kapitalismus, globale Protestbewegung?

*Peter Wahl:* Bevor ich auf die Frage zurückkomme „Was sind die Misserfolge? Was sind die Errungenschaften und wo stehen wir heute?“, möchte ich kurz einige einleitende Bemerkungen zum Charakter der Bewegung machen. Meiner Meinung nach war es eine Bewegung, die den neoliberalen Kapitalismus verändern oder reformieren wollte und einige Strömungen



innerhalb der Bewegung versuchten auch, den Kapitalismus als solchen zu überwinden. Das ist also ihr erstes Charakteristikum.

Aber warum war das der Fall? Es ist offensichtlich, dass die Bewegung in einem Moment entstand, in dem sich auch die Art des Kapitalismus änderte. Die neoliberale Globalisierung mit dem Finanzkapitalismus als Spitzenreiter der Kapitalakkumulation tauchte zu dieser Zeit überall auf der Welt auf. Das hing natürlich mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion zusammen. So wurde der Kapitalismus im letzten Jahrhundert mit dem *Washington Consensus* zum ersten Mal global. Das führte zur Entstehung einer solchen Bewegung an verschiedenen Orten.

Als der Kapitalismus global wurde, produzierte er natürlich seine eigenen Antagonismen und seine Gegen-Bewegungen. Diese breiteten sich überall aus. In diesem Sinne, Jai, würde ich schon sagen, dass es global war, obwohl ich dir völlig zustimme, dass es eine klare Dominanz gab, nicht nur des nördlichen Kapitalismus, sondern auch der nördlichen Antagonisten zum Kapitalismus: Die Bewegungen aus dem globalen Norden.

Diese Lücke war ein großes Problem weltweit und ermöglichte den Triumph des neoliberalen Denkens. Hier sehe ich den ersten Erfolg und Verdienst der Bewegung, insofern sie einen neuen emanzipatorischen Impuls gab. Einige Elemente der damit einhergehenden neuen Bewegungskultur sind schon von Friederike genannt worden. Es gab auch noch traditionelle Elemente, aber die Art und Weise sich zu organisieren war anders. Es gab diese sehr starke Basisorientierung, Dezentralisierung und natürlich als Grundmerkmal eine enorme Heterogenität der politischen Ansätze und der politischen Kultur. Und diese Vielfalt wurde damals begrüßt! Es gab den berühmten Slogan „Diversität ist unsere Stärke“. Ich werde auf diesen Punkt zurückkommen, wenn wir über die Misserfolge und die Probleme und die blinden Flecken der Bewegung sprechen.

### Hauptressource der Proteste: diskursive Macht

Ein weiteres grundlegendes Merkmal der Bewegung, und hier stimme ich mit Jai völlig überein, ist, dass ihre wichtigste soziale Basis in Europa und in Nordamerika die akademische Mittelschicht und die Jugend war, die stark dominierten. Es gab manchmal Allianzen mit den Gewerkschaften, aber der Typus der „alten Arbeiterbewegung“, der der Vergangenheit angehörte, bildete nur einen kleinen Teil in dieser neuen Bewegung. Aufgrund dieser Klassenbasis und der Heterogenität der Bewegung war ihre wichtigste Machtressource der Einfluss auf das diskursive Kräfteverhältnis. Die traditionelle Arbeiterbewegung nutzte diese Ressource ebenfalls, aber sie hatte noch

eine andere: den Streik. So konnte sie das Funktionieren des Kapitalismus unmittelbar angreifen. Und das ist etwas, was in dieser Bewegung fehlte. Sie war also sehr darauf beschränkt, das diskursive Gleichgewicht von Macht und – wenn man so will, die öffentliche Meinung – zu beeinflussen, und dadurch politischen Druck auszuüben und die Entscheidungsfindung der Regierungen und ganz allgemein den Lauf der Gesellschaft zu beeinflussen.

Nun will ich einen Blick auf die Erfolge werfen. Das große Verdienst der Protestbewegung war, dass sie nach diesem dramatischen Zusammenbruch [1989] der traditionellen, alten Bewegungen wirklich das historische Erbe der Emanzipation aufgegriffen hat. Hier beziehe ich mich unter anderem auf die alte Arbeiterbewegung sowie die Solidaritätsnetzwerke, Anti-Apartheid oder auch Chile. Ein weiterer Erfolg der Bewegung war ihr Einfluss auf die öffentliche Meinung und Entscheidungsträger, der auch Auswirkungen auf bestimmte politische Projekte hatte, die die herrschenden Kräfte umsetzen wollten. Friederike hat zu Recht das multilaterale Investitionsabkommen erwähnt. Ich würde noch den HIPC-Schuldenerlass (HIPC – *Heavily Indebted Poor Countries*) hinzufügen, ein Schuldenprogramm für hoch verschuldete, arme Länder, der 1999 auf dem G8-Gipfel in Köln beschlossen wurde und dem eine große Kampagne vorausging, an der sich damals sogar der Vatikan und der Papst beteiligten. Natürlich gab es dann noch Seattle, mit dem gescheiterten Versuch, den Welthandel weiter zu liberalisieren. Es gab also bestimmte Elemente und Projekte der herrschenden Kräfte, die durch diese Bewegung gestoppt wurden. Bis zu einem gewissen Grad würde ich sogar einen weiteren Erfolg dazu zählen: Rio 1992 war insofern interessant, als dass Umwelt und Nachhaltigkeit nicht mehr in engen umweltpolitischen oder ökologischen Begriffen definiert wurden, sondern die Frage von Armut und Entwicklung und damit die soziale Frage aufgeworfen wurde.

Und dann gab es natürlich auch viele, lokale oder regionale Erfolge, die im großen Medientheater nicht so viel Aufmerksamkeit bekamen. In Frankfurt verhinderten Attac und andere die Privatisierung der U-Bahn. Es gab mehrere Erfolge im Kampf gegen die Privatisierung von Wasser in Italien, in Frankreich und in Deutschland. Auch die Blockade der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) bis heute – trotz der Versuche, sie wiederzubeleben – ist der Bewegung zu verdanken. Wenngleich die sozialen Bewegungen ihren Teil zu den Erfolgen beitrugen, gab es sicherlich auch andere Einflussfaktoren, etwa Regierungen aus dem Süden, etwa Indien oder Mandelas Südafrika. Manchmal spielten sogar die Herrschenden eine Rolle, etwa Clinton in Seattle.

## Scheitern und blinde Flecken

Nun, was lief nicht so gut? Wo gab es Misserfolge, blinde Flecken oder Probleme? Ich sehe hier zwei zentrale Punkte. Das Erste ist die Heterogenität. Der erwähnte Slogan „Diversität ist unsere Stärke“ war ein schöner Slogan gegen Zentralismus, den demokratischen Zentralismus der Kommunisten, der traditionellen Arbeiterbewegung. Aber es gab auch Widersprüche und viele Unterschiede, die die Konstituierung als Akteur verhinderten, obwohl es viele Treffen und eine globale Verflechtung gab, etwa auf den Weltsozialforen in Porto Alegre und Nairobi. Die Unterschiede, die sich aus den vielen kulturellen, nationalen und sozialen Grundlagen all dieser heterogenen Bewegungen ergaben, blieben dennoch bestehen, es war eine Herausforderung, mit den Widersprüchen umzugehen; zwischen der Notwendigkeit, einerseits ein kollektiver Akteur zu werden und andererseits die Heterogenität zu erhalten, was nicht bedeutet, zum demokratischen Zentralismus zurückzukehren.

Mein zweiter Punkt ist die Unterschätzung der Machtfrage. Viele innerhalb der Bewegung hatten Illusionen darüber, wie der Kapitalismus organisiert ist, seine Machtressourcen und seine Fähigkeit Krisen zu überwinden. Diese Dinge wurden unterschätzt und es gab in vielen Fällen, natürlich nicht in allen, eine gewisse Naivität zu glauben, dass das Zeigen einer Demonstration im Fernsehen die Dinge ändern wird. Sicherlich können neben diesen beiden Grundproblemen auch noch andere genannt werden, etwa der von Friederike aufgeworfene Aspekt der materiellen Ressourcen.

Als Schlussbemerkung dazu, wo wir heute stehen, würde ich sagen, dass diese Bewegung ein Zyklus in der Gesamtgeschichte der emanzipatorischen sozialen Bewegungen war. Dieser Zyklus ist jetzt vorbei und ein Neuer ist im Entstehen. Die alten Formen dieser Bewegung, wie die Sozialforen, sind ein Schatten ihrer Vergangenheit und mit einigen Ausnahmen nicht wirklich stark. Ein auffälliges Beispiel war die Abwesenheit der Bewegung in der Finanzkrise: Es gab *Occupy Wall Street* für einige Wochen, aber dies hatte keinen wirklichen Einfluss auf die Lösung der Krise, obwohl *Occupy Wall Street* mehr oder weniger vorausgesagt hatte, was 2008 passierte. Die einzige Bewegung, die ich im Moment sehe, die das Potenzial hat, die ökonomische und auch die soziale Frage des Kapitalismus und seiner Zukunft aufzugreifen, ist die Umweltbewegung. Teile dieser Bewegung verstehen, dass die Lösung für die Krise systemisch ist, dass sie nicht durch die Reparatur des Kapitalismus oder von Aspekten desselben erfolgen kann, sondern dass wir in einer außergewöhnlichen Zivilisationskrise stecken und dass diese Zivilisationskrise Instrumente, Strategien und Alternativen braucht, die

über den Kapitalismus hinausgehen. In Deutschland gibt es zum Beispiel *Fridays for Future*, wo einige in diese Richtung gehen, und es gibt *Ende Gelände*, die radikale Klimabewegung, die die Frage des Wirtschaftssystems stellt. Aber dennoch, wir befinden uns in einer Übergangsphase, der alte Zyklus ist vorbei und wie es weitergehen wird, ist noch unentschieden und ein bisschen unklar. Das ist die gegenwärtige Konjunktur und ich denke, dass die nächsten Monate und Jahre für diese neuen sozialen Bewegungen entscheidend sein werden.

## Die Mobilisierungen als wichtige Erfahrung der Solidarität

*Frauke Banse:* Zunächst einmal vielen Dank für die Einladung und auch für die anderen sehr spannenden Beiträge. Ich spreche aus zwei Perspektiven. Mit meiner Erfahrung bei der Organisation von Aktionen des zivilen Ungehorsams in Heiligendamm 2007 werde ich auf die Erfolge und vielleicht auch Misserfolge hinweisen. Aber ich werde auch meine Perspektive als Forscherin zu Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen der EU und Afrika einbringen und auch aus der Perspektive der „Stopp EPA“-Kampagne (EPA – *Economic Partnership Agreement*) sprechen. Es geht also um eine Form des Protestes und um eine spezifische Form der Handels- und Investitionsbeziehungen.

Ich stimme mit dem meisten überein, besonders mit dem, was Peter gesagt hat. Was die Errungenschaften angeht, hat er jedoch eine sehr deutsche Bewegungsperspektive. Aber vielleicht lässt sich das auch auf andere Erfahrungen in anderen Teilen der Welt übertragen, denn was wir hier erreicht haben, hat sehr lange gedauert und war eine Kooperation zwischen formal sehr gegensätzlichen Gruppen. Den gewaltfreien Gruppen aus der Anti-Atomkraft-Bewegung und der sogenannten postautonomen Bewegung, der ehemalige Schwarze Block. Diese beiden Gruppen haben sich zusammengeschlossen, um diese sehr großen Aktionen des zivilen Ungehorsams zu organisieren. Wir blockierten die Straßen für drei Tage mit 13.000 Leuten oder so!

Es war also ziemlich erfolgreich und es gab eine konfliktreiche, aber sehr fruchtbare Arbeitsbeziehung. Wir hatten dieses sehr starke Set an Symbolen, wie Peter sagte, eine sehr diskursive Art der Intervention. Aber die Kultur der Zusammenarbeit entwickelte sich in einem langen konfliktreichen Prozess, der sich auf andere Bewegungen ausbreitete, wie antifaschistische Bewegungen und *Ende Gelände*. Die radikale Klimabewegung hat also eine neue Bewegungskultur entwickelt und ich glaube, das ist immer noch der Fall. Wenn die Leute über ihre Erfahrungen in diesen und anderen Bewegungen sprechen, erinnern sie sich an die Erfahrung von damals, wo

wir wirklich eine sehr gute und grundlegende Zusammenarbeit und eine Überwindung von früheren Konflikten geschafft haben. Wir haben gegensätzliche Kulturen zusammengeführt. Dieser Mobilisierungsprozess war für alle Teilnehmer:innen, aber auch für viele Beobachter:innen, eine wichtige Erfahrung der Solidarität. Wir formulierten ein entschiedenes „Nein“ zur kapitalistischen Globalisierung. Das war eine wichtige Erfahrung. Obwohl es sehr symbolisch und auf einer diskursiven Ebene war, wurden wichtige Elemente für weitere Interventionen auf anderen Ebenen gelernt und geschaffen. Wir überwandten das „Es gibt keine Alternative“-Syndrom, die Passivität der frühen neunziger Jahre und die Krise der Linken. Das waren meiner Meinung nach die Lehren aus dem „Block G8“ und auch aus der globalisierungskritischen Bewegung im weiteren Sinne.

„Der Kapitalismus findet seinen Weg“

Nun zu den Versäumnissen: Ich stimme Peter voll und ganz zu, was die Unterschätzung der Macht und des Handelns des Kapitalismus und kapitalistischer Staaten angeht. Um das Beispiel der WTO zu nennen, die aus verschiedenen Gründen immer noch blockiert ist: die Reaktion auf die Blockade sind die bilateralen Handelsabkommen, die in gewisser Weise ebenfalls blockiert wurden, etwa die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen Europa und Afrika (EPAs). Aber was wir jetzt sehen, ist, dass die Europäische Union die afrikanischen Länder unter Druck setzt, noch radikalere Liberalisierungselemente auf der Ebene der einzelnen Länder umzusetzen.

Wir können hier also eine ständiges *forum-shifting* beobachten, mit dem die gleichen oder sogar noch schlimmere Dinge implementiert werden als das, was wir bei den EPAs gesehen haben. Ich denke also, dass die Winkelzüge der Macht unterschätzt werden und auch, dass zu sehr auf multilaterale Organisationen fokussiert wird, die aus verschiedenen Gründen ihre ganz eigenen Probleme haben. Aber wir sehen hier, der Kapitalismus findet seinen Weg, oder die kapitalistischen, imperialistischen Staaten finden einen. Ich denke, wie Peter, dass jede Bewegung ihre Zeit hat. Und das ist ok, sie hat ihrem Zweck gedient.

Aber ich denke auch, dass wenn man die Winkelzüge der Macht unterschätzt, die Art und Weise wie der Kapitalismus oder die kapitalistischen Staaten funktionieren, so unterschätzt man auch die Relevanz der ortsgebundenen Organisation. Dabei haben lokal angebundene Organisationen andere Machtressourcen zur Verfügung, um politische Dynamiken zu beeinflussen. Und während Peter zufolge nur die Klimabewegung ökonomische Fragen anspricht, glaube ich nicht, dass das stimmt. Im Jahr 2019 beispielsweise

war es, glaube ich, der *Economist*, der gesagt hat, dass wir schon lange nicht mehr so viele globale Proteste auf verschiedenen Ebenen und über so lange Zeit gesehen haben. Und viele davon richteten sich gegen wirtschaftliche Missstände, wie zum Beispiel in Chile, da war der Auslöser der Proteste gegen die Ungleichheit die Erhöhung von U-Bahn-Tarifen, in anderen Ländern waren es ungerechte Steuern. Wir haben also diese wirtschaftlichen Themen, die aufkommen und Protestbewegungen anheizen. Wir sehen viele Proteste auch während der COVID-19-Pandemie, die *Black-Lives-Matter*-Bewegung wurde erwähnt und auch da spielen wirtschaftliche Themen eine Rolle. Wir müssen anschauen, was hier passiert.

## Gegen Nord-Süd-Asymmetrien arbeiten

*Aram Ziai: Friederike, in Bezug auf die Frage der postkolonialen Perspektiven hast du die Dominanz des Nordens erwähnt, die auch in den Bewegungen reproduziert wird, wegen der ungleichen Ressourcen. Du hast gesagt, ihr habt versucht, damit in PGA umzugehen. Wie genau?*

*Friederike Habermann:* Schon bei der allerersten Konferenz von PGA hatten wir eine, ich würde sagen, gequeerte Redner:innenliste. Also war sie nicht nur genderspezifisch ausgewogen, sondern es war auch ausgewogen, von woher die Leute kommen, ob jemand weiß oder als *Person of Color* positioniert ist. Und dann, als wir anfangen zu organisieren, hatten wir bspw. die Regel, dass Vertreter:innen aus dem Globalen Norden gebeten wurden, bei Diskussionen und Abstimmungen zu rotieren, sodass nicht dieselben Vertreter:innen ausschlaggebend sind. Also, um einen Ausgleich zu schaffen, zwischen Leuten, die die Bewegungen aus dem Globalen Süden repräsentieren und anderen Leuten aus dem Norden, die vielleicht feministische, autonome oder andere Bewegungen repräsentieren.

Zum anderen haben Leute, die in der Lage waren, eine Unterstützungsgruppe zu bilden, meistens Menschen aus dem Norden, Bewegungen aus dem Süden aktiv unterstützt. Und zum Beispiel, als ich ausgewählt wurde, um die Pressearbeit zu machen, habe ich das immer so verstanden, dass ich die Pressearbeit koordiniere, aber möglichst andere Leute aus den Bewegungen aus anderen Regionen der Welt zu Wort kommen lasse.

Aber ich möchte die Gelegenheit auch nutzen, um ein bisschen zu widersprechen. Manchmal guckt man auf ein Ereignis in der Vergangenheit zurück, sagen wir mal Seattle, und es wird gesagt, dass es überwiegend weiß war. Das ist zwar wahr, aber ich halte es für diverser als bei anderen Gelegenheiten, zumindest in den Vereinigten Staaten. Zum Beispiel besuchten wir mit

unserer interkontinentalen Karawane Streikposten von Stahlarbeiter:innen, die eine dezidiert protektionistische Position hatten. Und nun kamen wir zusammen mit Leuten aus genau jenen Ländern, wohin ihre Arbeitsplätze möglicherweise abwandern könnten. Da begannen die Menschen zu verstehen, dass es ein gemeinsamer Kampf ist.

## Nationalstaaten des Südens als widerständige Akteure

*Aram Ziai: Mit dem Tod von David Graeber im September haben wir einen „brother-in-struggle“ verloren. In seinem Aufsatz „The shock of victory“ hebt er die konkreten Erfolge der globalisierungskritischen Bewegung hervor, z.B. das Multilaterale Investitionsabkommen zu verhindern; die WTO nicht nur in Seattle lahmzulegen, sondern sie längerfristig zu paralysieren – zum Teil, wie WTO-Delegierte sagen, indem sie die Regierungen des Südens aufgestachelt haben, sich nicht mehr der Freihandelsagenda des Nordens zu fügen. Jai, wenn wir sagen, dass die Bewegung wahnsinnig erfolgreich war. Was wäre deine Replik?*

*Jai Sen:* Ich denke, das ist in gewisser Weise genau der Punkt. Ich danke dir für die Anerkennung von Davids Beitrag und was er bedeutet. Was ich sagen wollte, war, dass der Widerstand von Staaten des Südens innerhalb der WTO-Verhandlungen 1999 nicht dadurch entstanden ist, dass sie von den Bewegungen dazu angestachelt wurden, diese Positionen einzunehmen. Diese Strömungen des Widerstands gab es schon seit langem, nicht nur in der WTO, sondern auch in anderen multilateralen Institutionen. Das ist politische Geschichte und ich denke wir müssen auch an diesen Teil des Widerstands, der sich auf einer ganz anderen Ebene mit ganz anderen Interessen bewegt, als Teil der Bewegung anerkennen. Wenn man es historisch betrachtet, gibt es noch viel mehr davon, dass wir verstehen und verdauen müssen und dass wir in Bezug auf das, was wir jetzt tun, weiterführen müssen. Ich denke, dass sich die Situation ändert, weil die Anforderungen heute ganz anders sind. Wir müssen uns fragen, wie die Nationalstaaten des Globalen Südens auf die Allianzen von Kasten und Klassen blicken, die sich heute im Globalen Norden bilden.

## Mit Widersprüchen umgehen

*Aram Ziai: Peter, kurze Frage an dich: Du hast einerseits „Diversität als Stärke“ als Charakteristikum der Bewegung erwähnt, andererseits aber auch, dass dadurch die Konstituierung als Akteur faktisch verhindert wurde.*

*Und hier höre ich ein Echo dessen, was Leute aus der Sozialen Bewegungsforschung und auch im BUKO (Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen/Bundeskoordination Internationalismus) gesagt haben: Damit eine Bewegung erfolgreich ist, braucht man klare Forderungen, man braucht einen klaren Akteur und eine klare, einheitliche Agenda. Es kann nicht dieses unscharfe „Verändern der Welt, ohne die Macht zu übernehmen“ sein, was ja einer der zentralen Slogans war, und der Titel eines Buchs von John Holloway. Man braucht tatsächlich bis zu einem gewissen Grad auch eine Homogenisierung der Forderungen und der Akteure, um politisch wirksam zu sein und sich der Macht zu stellen. Würdest du dem zustimmen?*

*Peter Wahl:* Es ist wie mit einer Medizin, es kommt auf die richtige Menge an. Wenn man zu viel davon nimmt, wird es zu einem Gift, das war in vielen Fällen des demokratischen Zentralismus das Problem. Aber auch wenn man sich zeitgenössische Bewegungen ansieht, gab es einige, zum Beispiel den Arabischen Frühling, der in Tunesien oder in Ägypten zumindest in der ersten Periode auch einen gewissen Erfolg hatte. Wenn man sich also die Mechanismen, die Gründe und die Bedingungen und das Umfeld ansieht, warum diese Bewegungen erfolgreich waren, wird man feststellen, dass es Elemente der Einheit gab, bei denen die Heterogenität keine so große Rolle spielte, dass sie die Bewegung zerstört oder zumindest sehr behindert hätte.

Aber nehmen wir den Tahrir-Platz und die ägyptische Bewegung, wo es ein hohes Maß an Heterogenität gab: Es gab die Fraktion von jungen Leuten, akademisch, gebildet, westlich geprägt. Und auf der anderen Seite gab es die Muslimbrüder als eine sehr starke Bewegung. Es gibt also eine so große Heterogenität, wie wir sie im Westen längst nicht hatten. Sobald die Bewegung erfolgreich war und Hosni Mubarak rausgeworfen wurde, kam die Heterogenität wieder ins Spiel. Mit anderen Worten: Der Widerspruch ist da. In einer sehr differenzierten und komplexen Welt werden Widersprüche immer da sein, und die Bewegungen spiegeln diese Komplexität und Vielfalt wider, das werden wir nie loswerden. Was wir tun müssen, ist, das bis zu einem gewissen Grad zu akzeptieren und Wege zu finden, wie die Gegensätze, die Widersprüche nicht eine so große Rolle spielen, dass sie die Bewegung zerstören oder ganz behindern können. Also, mit Widersprüchen umgehen wäre mein Motto oder um auf mein Beispiel der Medizin zurückzukommen: man muss beides in der richtigen Dosis haben.



## „Give up activism“?

Aram Ziai: *Nun die letzte Frage an Frauke Banse. Es gab in den späten Neunzigern oder frühen Zweitausendern einen Text, der in der Bewegung verteilt wurde, der hatte den Titel „Give up activism“ und das Argument war: Eigentlich lenken uns all diese Gipfelproteste – Genf, Seattle, Prag, Genua... – von unseren wirklichen Kämpfen ab, und zwar den alltäglichen Kämpfen an unserem Arbeitsplatz. Nun, du hast einerseits als Gewerkschafterin und andererseits als jemand, die aktiv an der Organisation der G8-Blockade im Jahr 2007 beteiligt war, auf beiden Seiten mitgespielt. Was würdest du also dem Autor von „Give up activism“ antworten?*

*Frauke Banse:* Spielt es nicht gegeneinander aus! Es ist eine Frage der Zeit, man kann nicht immer alles machen. Es gibt verschiedene Zeiten im Leben für verschiedene Dinge. Und wir haben auch Bewegungszyklen, verschiedene Zeiten für bestimmte Arten von Bewegungen, die auch auf der Geschichte aufbauen. Zum Beispiel hatten wir bei „Block G8“ auch die gewerkschaftlichen Jugendorganisationen mit dabei. Ich würde sagen, sie wurden durch unsere Erfahrungen auch am Arbeitsplatz mutiger. Und sie wurden offener für andere Formen des Aktivismus. Genauso wurde der ehemalige Schwarze Block offener für gewerkschaftliche Aktionen oder gewaltfreien Aktivismus. Es gab ein gemeinsames Lernen voneinander und eine Art Rückbesinnung auf das, was man selbst gemacht hat oder was andere gemacht haben und das Lernen aus dieser Erfahrung.

Ich selbst bin in der Anti-Atomkraft-Bewegung aufgewachsen und was ich dort gelernt habe, ist, dass es in den Bewegungen beim Zusammenbringen vieler Menschen um viel mehr geht als ihre bloße Anzahl, weil wir eine Solidarität und eine gemeinsame Kraft schaffen, die vorher nicht sichtbar war. Und diese Erfahrung ist fruchtbar auch für alle anderen Strategien in verschiedenen Bewegungen. Darum beziehe ich mich auf den Lernprozess bei „Block G8“: Solidarität lernen, über etwas hinausgehen, Regeln überschreiten, etwas wagen, sein Recht nehmen und dies kann auf andere Kämpfe übertragen werden.

## Graswurzelbewegungen und das Weltsozialforum

Frage aus dem Publikum: *Wenn wir commons als Bewegung gegen die Unzulänglichkeiten der wirtschaftlichen und sozialen Aspekte des Kapitalismus*

*betrachten, können wir sagen es ist eine Bewegung, oder ist es nur eine Theorie oder ein Diskurs?*

*Friederike Habermann:* Ich sehe *commons* weniger als eine Bewegung denn als Idee, die Menschen zu verstehen gibt, dass es eine Alternative gibt, nicht nur zum Neoliberalismus, auch zum Kapitalismus. Margaret Thatcher hat gesagt, TINA (*there is no alternative*) und die Aktivist:innen haben mit TAMARA (*there are many and real alternatives*) geantwortet. Das bedeutet nicht mehr, als das Person A etwas anderes denkt als Person B und die beiden nicht an die Lösungen der jeweils anderen glauben. Und wir im Netzwerk Ökonomischer Wandel sagen, selbst wenn wir von einem Markt ausgehen, müssen wir diesen demokratisieren und die Konkurrenz loswerden. Wir müssen den Staat demokratisieren und sicherstellen, dass er nicht ausschließend ist. Und dann heißt es, *commons* schaffen und uns wieder zu organisieren in direkter Aktion, um das zu tun, wofür wir stehen! Auch wenn es Konzepte zur Transformation gibt, wie die Gemeinwohlökonomie, ist die Lösung am Ende eine Wirtschaft, die an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet ist, um zu konsumieren, aber auch, um unsere Lebenszeit mit dem verbringen zu können, was wir für wichtig halten. Wir müssen die Lösung sehen und die Lösung ist so einfach, denn wenn wir uns in unseren Bewegungen organisieren, wie wir es mit PGA getan haben, wie es die Klimabewegung und andere Bewegungen heute tun, dann tun wir einfach, was getan werden muss, und organisieren uns demokratisch von der Basis aus. Das ist der Weg, den wir gehen müssen.

*Peter Wahl:* *Commons* sind ein Weg, die Unzulänglichkeiten des Kapitalismus gewissermaßen abzufedern, und viele Bewegungen tun dies unter dem Banner „Schützt unsere öffentlichen Dienstleistungen“. Mit der Pandemie haben wir eine intensive Debatte darüber gegen die Kommodifizierung der Gesundheit, und wir beobachten ähnliches in Bewegungen gegen die Kommodifizierung von Wasser, öffentlichem Verkehr, Bildung und weiteren Bereichen. In diesem Sinne geht der Kampf um öffentliche Güter in dieselbe Richtung.

Frage aus dem Publikum: *Bezüglich des Weltsozialforums (WSF), das aufgebaut wurde, als die globalisierungskritischen Proteste in Seattle und Genua stattfanden und daraufhin Kritik aufkam, dass das WSF nicht immer die Militanz der globalisierungskritischen Proteste übernommen habe und das es von Stiftungen unterstützt wurde und auch Staaten eine Rolle spielten und die Weltbank, es gibt eine ganze Verschwörungstheorie dazu,*

*gleichzeitig würde ich sagen, dass wir danach einen wirklichen Rückgang der Bewegung gesehen haben. Man kann sagen, dass das WSF viel Neues gebracht hat, aber auch diese Lesart kann nicht ausgeschlossen werden. Mich interessieren Ihre Einschätzungen.*

*Friederike Habermann:* Ich kann verstehen, dass es so aussah. Nicht direkt nach Seattle, aber nach Prag wurden Treffen abgesagt, in Göteborg wurde auf Leute geschossen. Nachdem in Genua Carlo Giuliani erschossen worden war, kam dieser Zyklus zu einem Ende, weil die Repression so stark wurde. So viele Menschen waren auch nach der sogenannten „Chilenischen Nacht“ und den anschließenden Folterungen in den Gefängnissen traumatisiert, wir konnten so nicht weitermachen. Und auch aus anderen Gründen beschloss PGA beispielsweise fortan mehr auf Kampagnen zu setzen als das Gipfelhüpfen, das als nicht nachhaltig kritisiert wurde und als den Blick auf den Globalen Norden richtend. Und das dritte PGA Treffen in Cochabamba, wo *commons* eine große Rolle spielten, fand direkt nach dem 11. September 2001 statt. Das war natürlich eine weitere Zäsur. Wegen all dem brach die Radikalität der Bewegung ein. Wir sahen das WSF aber auch als Chance, um herauszufinden, was wir eigentlich erreichen wollten.

*Jai Sen:* Ich denke, es stimmt, dass du zwei unterschiedliche Wege siehst, die Dinge anzugehen. Ich glaube, es war ein anderer Teil der Gesellschaft, wo die Rolle der sogenannten Zivilgesellschaft eine dominante Rolle beim Aufbau des WSF spielte. Ich habe schon früher argumentiert, dass das WSF in vielerlei Hinsicht als eine Art Allianz einer transnationalen sozialen Aktivist:innenklasse gesehen werden kann, die zusammenkam und auch den Diskurs kontrollierte. Wie Friederike beschrieben hat, gab es einen Moment der zunehmenden Gewalt gegen die Bewegung, was zum Nachdenken führte. Gleichzeitig kam diese andere Art die Dinge zu tun auf, die eine sehr wichtige Gelegenheit für die Menschen war, in diesem Moment der Gewalt zusammenzukommen, besonders nach 9/11, als der Krieg gegen den Terror begann, der auch Aktivist:innen ins Visier nahm. Das WSF spielte auch eine wichtige Rolle, indem es private Räume für die Fortsetzung der Beziehungen und der Kämpfe zur Verfügung stellte. Es muss nicht als etwas verstanden werden, das selbst eine große Bewegung war, obwohl es das in einem diskursiven Sinne war, aber es war auch ein Ort, an dem sich viele Bewegungen zu ihren eigenen Bedingungen trafen, um ihre Kämpfe weiterzuführen, die über die Bewegung und über das Forum hinausgingen. Daher hat es eine wichtige Rolle in der Entstehung zeitgenössischer Bewegung gespielt.

*Peter Wahl:* Ich denke, die Probleme des Weltsozialforums spiegeln die Probleme der gesamten Bewegung wider und nicht umgekehrt. Seine Schwächen sind also der Ausdruck der Schwächen der Bewegung selbst. Und ich würde nicht sagen, dass Geld und der Einfluss von Stiftungen das Weltsozialforum kaputtgemacht haben. Wenn es eine vitale und lebendige Bewegung gäbe, hätten diese Fragen keinen Einfluss gehabt.

## Institutionelle Reformen, Einbindung und Wissensindustrie

Frage aus dem Publikum: *Wir als Forschungsgruppe untersuchen institutionelle Reformen als eine Art der Reaktion von IWF, Weltbank oder WTO auf die Proteste. Daher würde mich interessieren, wie Sie die Perspektive der Bewegungen auf diese Reformen wahrgenommen haben. Wurden sie als Erfolge wahrgenommen oder als unzulänglich kritisiert oder waren sie nicht wichtig, da sie nicht das Ziel der Bewegungen waren?*

*Frauke Banse:* Ich kann mit Blick auf die Europäischen Partnerschaftsabkommen (EPAs) antworten. Letztlich konnte die EU nicht erreichen, was sie erreichen wollte, aber die Bewegungen unterschätzten diese Dinge. Was ich immer höre, wenn ich über dieses Thema rede, ist, dass die Aktivist:innen schockiert sind, dass die gleichen Regeln, die die EU bilateral in Verhandlungen mit afrikanischen Regionen umsetzen wollte, nun noch radikaler auf nationaler Ebene umgesetzt werden sollen, ohne mühsame regionale Verhandlungen. Es gab keine wirkliche Abschwächung der EPAs. Der Schauplatz, die Ebene wurde geändert und es ging nicht mehr nur um die Institution, wie die Welthandelsorganisation, sondern nun um die nationale Ebene. Wir sollten uns nicht nur auf Institutionen fokussieren und nach ihren Reformen fragen, sondern den Blick ausweiten und gucken, was drum herum passiert.

*Peter Wahl:* Die Frage der Reformen von Institutionen wie IWF, Weltbank und so weiter ist sehr zwiespältig. Sie müssen bis zu einem gewissen Grad auf Druck von außen und der öffentlichen Meinung reagieren. Das heißt aber, dass sie erst ab einem bestimmten Niveau und einer bestimmten Qualität reagieren. Es geht nicht nur um Demonstrationen, sondern wenn der Papst – um dieses Beispiel der *Jubilee*-Initiative zu nehmen – und andere Akteure den Schuldenerlass für die armen Länder unterstützen, dann wird es natürlich ein Thema für sie. Auf der anderen Seite versuchen die Institutionen auch den Protest zu integrieren und damit die Bewegung zu spalten. Ich war mehrmals mit Kolleg:innen bei der Weltbank eingeladen

und wir saßen tagelang bei gutem Essen in teuren Hotels und haben Papiere vorbereitet. Am Ende kam der „Reality Check“, alles, was wir gedacht und hinzugefügt hatten, war nichts für sie. Sie hatten mehrere NGOs eingeladen, mit ihnen zusammengesessen, diskutiert, sie integriert, aber in Realität ist es eine Strategie, um gewisse Elemente zu integrieren und gewissermaßen zu kooptieren und die Bewegung zu spalten und zu schwächen. Dennoch, wenn es ein gewisses Maß an Druck gibt, müssen sie reagieren.

*Jai Sen:* Ich denke, wir, d.h. die intellektuelle Klasse, tragen auch selbst dazu bei, indem wir ganze Forschungsfelder erschaffen, zum Beispiel zur Rechenschaft internationaler Finanzinstitutionen entsteht eine ganze Industrie, die drüber nachdenkt und uns glauben lässt, dass wir sie in der Tat zur Rechenschaft ziehen. Es schafft ein ganzes Feld von Arbeit, Konferenzen überall, es werden Bücher darüber veröffentlicht, als ob es tatsächlich passieren würde! Und die, die ich mir angeschaut habe, scheinen nicht kritisch zu reflektieren, was da eigentlich vor sich geht. Ich denke, wir müssen uns darüber im Klaren sein, wenn wir Studien dieser Art machen, dass wir anfangen zu glauben, was wir da tun und uns gegenseitig bestätigen. Ich denke, dass diese Gefahr besteht. Wir werden Teil einer Wissensindustrie, die ihre eigene Ideologie hat. Da müssen wir kritisch-reflexiv sein. Aber ich stimme Peter zu, ich habe ähnliche Erfahrungen gemacht, als ich zu diesen Beratungen [bei den Institutionen] eingeladen wurde. Und manchmal sieht man den Beginn der Spaltung der Gruppen, die da zusammenkommen.

Eine der Studien, die ich über die globalisierungskritische Bewegung gemacht habe, war über die Versuche der Bewegungen, die Weltbank als Arena für Reformen zu nutzen. Und in meinen Interviews mit der Bank waren sie diesbezüglich sehr klar: Sie hatten identifiziert, welche Bewegungen radikaler und welche gemäßigter sind und innerhalb der Bewegungen, wer die Radikalen und wer die Gemäßigten sind. Und sie nutzen das eine, um Raum für das andere zu schaffen, um voranzukommen. Und sie waren sehr taktisch darin, wie sie die Dinge organisierten. Sie luden die Radikalen ein, aber nur, um Raum für die Moderaten zu schaffen, damit sie weiterkommen konnten, aber ungesehen. Sie wussten sehr genau, was sie taten. Innerhalb der Weltbank wussten sie auch, wie sie die Exekutivdirektoren in den siebziger und achtziger Jahren in Unkenntnis halten konnten, sie hatten sogar ein Sprichwort dafür: „Die Exekutivdirektoren der Bank sind wie Pilze, lass sie im Dunkeln und füttere sie mit Müll“. Das war eine verbreitete Praxis innerhalb der Weltbank und sie versorgten auch jede Menge anderer Leute mit belanglosen Informationen.

## Globalisierung

*Globalisierung:* Selten hat ein Begriff so rasch und nachhaltig Karriere gemacht. Er fasste auf einen Schlag viele Phänomene zusammen, die schon länger beobachtet wurden. Insbesondere gab er der Vorstellung einen Namen, dass das Sozialstaatsniveau und die Lohnhöhe zunehmend globalen Prozessen angepasst werden müssten. So wird die Globalisierung vor allem als wirtschaftliches Phänomen wahrgenommen, doch ist der Grad der Vernetzung in manchen kulturellen Bereichen sogar höher. Angesichts der Vielschichtigkeit des Phänomens Globalisierung bietet sich eine sehr allgemeine Definition an: Mit dem Begriff „Globalisierung“ wird ein Prozess des Bedeutungsschwunds nationaler Grenzen für menschliche Aktivitäten bezeichnet, der mit einem Bedeutungsgewinn für globale Bezugspunkte einhergeht. Der Begriff wird nicht nur zur Beschreibung dieses Prozesses verwendet, sondern auch zur Begründung von Handlungsanleitungen. Wegen der Globalisierung solle man auf nationale Technologieförderung verzichten, nur moderate Lohnerhöhungen fordern, eine Welt-Umweltschutzbehörde gründen etc. Unter Verweis auf die Globalisierung werden somit die unterschiedlichsten politischen Positionen vertreten.

### *Was ist neu an der heutigen Globalisierung?*

Wirtschaftshistoriker\*innen weisen darauf hin, dass die Globalisierung mit den europäischen Eroberungsfahrten im ausgehenden 15. Jahrhundert begann. Bis zum Ersten Weltkrieg erreichte die Weltwirtschaft einen mit heute vergleichbaren hohen Stand an Verflechtung. Wieso kam es im 20. Jahrhundert zur Unterbrechung der Globalisierung? Beginnend mit dem Ersten Weltkrieg und verschärft durch die Weltwirtschaftskrise ab 1929 brach der Weltmarkt im Zweiten Weltkrieg vollends zusammen. In der Nachkriegszeit erholte sich zwar der Weltmarkt wieder, doch für das hohe Wirtschaftswachstum dieser Zeit blieb er nachrangig. Aus den Problemen der Zwischenkriegszeit lernend, gaben die USA der Entwicklung ihres eigenen, sehr großen Binnenmarkts Vorrang. Dabei bedienten sie sich der Ideen des Keynesianismus. Steigende Staatsausgaben, eine starke Gewerkschaftsbewegung und die Einführung von Sozialkassen sicherten die Binnennachfrage.

Wird die Globalisierung als ein Prozess der Vertiefung und Verbreitung gesellschaftlicher Arbeitsteilung betrachtet, dann verlieren die Globalisierungsdebatten viel von ihrem Neuigkeitscharme. Bezogen auf die

grenzüberschreitende Arbeitsteilung haben sich bereits im 19. Jahrhundert drei noch heute wirksame Paradigmen entwickelt: die liberale, die wirtschaftsnationalistische und die marxistische „Schule“. Die erste begrüßt die grenzüberschreitende Arbeitsteilung, die zweite macht deren Nutzen von der Erfüllung bestimmter Voraussetzungen abhängig und die dritte hinterfragt prinzipiell den hierarchischen Charakter kapitalistischer Arbeitsteilung (Scherrer 2006).

### *Verlust der Souveränität des Nationalstaates?*

Nationalstaaten definieren sich räumlich und üben Kontrolle über Menschen und Ressourcen innerhalb klar abgegrenzter Territorien aus. Im heutigen Nationalstaat befinden sich jedoch zunehmend Menschen und Unternehmen, die der Kontrolle ihrer Ursprungsländer unterliegen oder in anderen Ländern präsent sind. Deren eindeutige Zuordnung zu einem Territorium ist demnach nicht mehr gegeben. Das Souveränitätsprinzip besagt, dass Staaten über ein Gewalt- und Steuermonopol verfügen und keine Autorität über sich anerkennen. Doch Länder, die von einer der vielen Finanzkrisen erfasst wurden, entscheiden nicht mehr allein über ihren Staatshaushalt. Die Deckungsgleichheit von Betroffenheit und Mitsprachemöglichkeit, die den demokratischen Nationalstaat kennzeichnet, ist nur noch eingeschränkt gegeben. Allerdings waren in der Nachkriegsperiode nur die USA, die Sowjetunion und die Volksrepublik China souverän. Im Rahmen des Ost-West-Konflikts brachten die westeuropäischen Länder ihr Militär in die unter US-Führung stehende Nordatlantische Verteidigungsorganisation (NATO) ein, und zwar noch vor der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Die nationalstaatliche Souveränität hörte vor allem dort auf zu existieren, wo die USA ihre Interessen verletzt sahen. Vergleichbares galt für die Länder in der Einflusszone der Sowjetunion.

Zudem zeigt die Forschung zur Vielfalt kapitalistischer Gesellschaften auf, dass die Globalisierung nicht zur Vereinheitlichung wirtschaftspolitischer Optionen führt, sondern die bereits vorhandenen nationalen Profile eher verstärkt als vermindert. Analog zur Produktspezialisierung kann es deshalb auch zu einer spezifischen Ausprägung der wirtschaftspolitischen Institutionen kommen. Vergleichbar der Spezialisierung beim Warenhandel, spezialisieren sich die einzelnen Nationen auch hinsichtlich ihres Institutionengefüges, denn die jeweils verfolgte Produktstrategie bedarf ihres eigenen institutionellen Hintergrundes. Für viele Länder des Globalen Südens bedeutet dies ein Rückfall in die alte Arbeitsteilung als Rohstofflieferanten mit entsprechenden extraktivistischen politischen Institutionen.

Somit unterliegen Nationalstaaten wesentlichen Veränderungen, doch diese bedeuten nicht unbedingt eine Schwächung: Während die staatliche Kontrolle grenzüberschreitender Wirtschaftsaktivitäten abnimmt, nehmen zeitgleich in vielen Nationen die staatlichen Kompetenzen zur Überwachung der Bürger\*innen zu. Zudem fördern einige Staaten wie die USA und Deutschland die Globalisierung selbst aktiv.

Auf abstrakter Ebene können die Auswirkungen der Globalisierung als eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse zugunsten der mobileren Elemente in der Gesellschaft gewertet werden. Mobilität ermöglicht eine Exit-Strategie. Diese nutzen insbesondere transnationale Unternehmen zur Senkung ihrer Steuerlast. Werden so die immobilen staatlichen Budgets zunächst mittelbar von der Globalisierung erfasst, reagieren Regierungen häufig darauf mit Maßnahmen, die die Bedingungen dafür schaffen, dass ihre Beschäftigten dem Konkurrenzdruck der Globalisierung direkt ausgesetzt werden. Sie versuchen, die Kosten durch Auslagerung von Aufgaben an private Anbieter zu drücken. Die damit einhergehenden Privatisierungen werden durch einen globalen „panoptischen Konstitutionalismus“ (Gill 2001) in Form von Handels- und Investitionsabkommen abgesichert.

### *Bilanz der Globalisierung*

Die Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung und der sich daraus ergebende Wettbewerbsdruck steigerten zweifellos die Arbeitsproduktivität. Steigende Arbeitsproduktivität ist Quelle materiellen Reichtums, sie erhöht Verteilungsspielräume. Wem diese Spielräume jedoch zugutekommen, hängt in komplexer Weise von Macht und der Nachfrage nach den jeweiligen Arbeitskräften ab. Trotz rasanter Industrialisierung hat die Masse der Bevölkerung im Globalen Süden bezüglich des Einkommens und damit der Lebensqualität noch lange keinen Anschluss an den Norden gefunden. Zugleich wird die Bevölkerung des Nordens immer weniger an dem aus dem Vorsprung gewonnenen Reichtum beteiligt, dieser kommt zunehmend der Kapitalseite zugute. Dies drückt sich unter anderem durch eine zunehmende Deregulierung der Arbeitsmärkte in den westeuropäischen Staaten und eine damit einhergehende Prekarisierung der Lebensverhältnisse aus. Zeitgleich werden die sozialen Sicherungssysteme immer löchriger. Im Zuge dessen nimmt die soziale Ungleichheit auch in den Staaten des Globalen Nordens zu. In der Folge werden nationalistische Kräfte stärker, die einheimische Minderheiten bedrohen und gegenüber anderen Staaten ihre Interessen aggressiv vertreten. In seiner Konsequenz könnte dies eine Deglobalisierung einleiten.

*Christoph Scherrer*



## Literatur

- Beck, Stefan (2014): *Vom fordistischen zum kompetitiven Merkantilismus. Die Exportorientierung der Bundesrepublik Deutschland*. Marburg.
- Gill, Stephen (2001): „Das Globale Panopticon. Finanzwesen und Überwachung nach dem Kalten Krieg“. In: *PROKLA*, Nr. 124, S. 353-382 (<https://doi.org/10.32387/prokla.v31i124.734>).
- Scherrer, Christoph (2006): „Globalisierung als grenzüberschreitende Restrukturierung der Arbeitsteilung. Theoretische Perspektiven“. In: Steffens, Gerd (Hg.): *Politische und ökonomische Bildung in Zeiten der Globalisierung*. Münster, S. 18-34.

## Alterglobalisierung

Mit dem Ausdruck „Alterglobalisierung“ wehrten sich Aktivist\*innen in der Blütezeit globalisierungskritischer Proteste gegen den Vorwurf, dass ihre Kritik im Zeichen einer vermeintlichen Antiglobalisierung stehe. Die Aktivist\*Innen übernahmen damit aus dem Französischen die Bezeichnung „altermondialisme“, um unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ zusammenzukommen. Alterglobalisierung als Bewegung beschreibt diese Konstellation von Aktivist\*innen, die in den späten 1990er und frühen 2000er Jahren international gegen die negativen sozio-ökonomischen, politischen und ökologischen Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung mobilisierten. Sie zeichnete sich dadurch aus, dass sie konkrete Alternativen zur zügellosen Globalisierung formulierte und maßgeblich selbst von der internationalen Vernetzung und Zusammenarbeit profitierte.

Alterglobalisierung bot konzeptuelle und reelle Räume der Auseinandersetzung mit den negativen Folgen der Globalisierung, in denen es nicht um Konsens ging, sondern um das Ausprobieren von Alternativen im Alltag und in den Netzwerken der Bewegung selbst. Die grundsätzliche Offenheit der Bewegung bedeutete, dass jede\*r Globalisierungskritiker\*in prinzipiell eigene Logiken, Werte und Herangehensweisen in die Bewegung einbringen konnte. Die Aktivist\*innen kämpften darum, ihre gelebten Erfahrungen gegen den Einfluss der globalen Konsumkultur und den Utilitarismus der Märkte zu verteidigen. Die Bewegung verstand Globalisierung als sozialen Wandel und als einen Prozess, der von vielen getragen werden muss. Somit prägte sie die Idee einer „Globalisierung von unten“ maßgeblich (Gautney 2010).

Weil sich unter dem Stichwort „Alterglobalisierung“ eine Vielzahl von Initiativen organisiert hat, gilt sie als „Bewegung der Bewegungen“. Sie war ein Raum, in dem sich heterogene Initiativen und Gruppen angenommen fühlten, ohne die Spezifität ihrer jeweiligen Anliegen zu verlieren. Diese produktive Spannung ermöglichte es, dass sich so unterschiedliche Bewegungen wie die Zapatista-Bewegung (Mexiko), die *Assembly of the Poor* (Thailand), *Narmada Bachao Andolan* (Indien), die *Green Belt Movement* (Kenia), die Bewegung der landlosen Landarbeiter (Brasilien) und die *Niger Delta Movements* (Nigeria) der *Peoples Global Action* anschlossen. Einige von ihnen sprachen sich für soziale Reformen aus, andere bestanden auf der Notwendigkeit eines systemischen Wandels und wieder andere zogen einen Mittelweg vor (Pleyers 2010).

Als Pendant zum Davoser Weltwirtschaftsforum organisierte das Weltsozialforum (WSF) ab 2001 sämtliche Bewegungen in einer mobilen Plattform und in mehreren regionalen Sozialforen auf fast allen Kontinenten. In der vom Globalen Norden dominierten Bewegungsforschung wird Gipfelprotesten eine wichtige Bedeutung als Schlüsselmomente der Alterglobalisierung beigemessen. Diese WSFen hatten eine große Bedeutung für die Alterglobalisierung und waren wichtig, um Vernetzung, Widerstand und Transformation innerhalb der Bewegung zu gestalten. Die Aktivist\*innen wussten die technologischen und organisatorischen Entwicklungen sowie das wachsende öffentliche Bewusstsein für Probleme wie den Klimawandel zu nutzen, um die politische Mobilisierung gegen die hegemoniale neoliberale Agenda zu stärken.

Sie nahmen die WSFen und die Gipfelproteste als Orte der Alterglobalisierung gerne an; sie wurden aber auch dafür kritisiert, diffus und idealistisch zu sein. Einige von ihnen bemängelten, dass Machtverhältnisse innerhalb der Alterglobalisierungsbewegung insgesamt nicht reflektiert wurden. Diese Kritik sowie das repressive Vorgehen der Behörden bei den Gipfelprotesten in Genua (2001) und die Versicherheitlichung in Folge des Anschlags auf das *World Trade Center* vom 11.9.2001 führten zum Abflauen des in den 1990er Jahre aufgebauten Momentums. Die stetig wachsende Teilnehmer\*innen-Zahlen bei den WSFen stagnieren seit Mitte der 2000er Jahre, und das Forum scheint sich über seine strategische Ausrichtung dauerhaft im Unklaren zu sein (Beyeler 2013). Obwohl es weiterhin alle zwei Jahre stattfindet, wird seine Sinnkrise von den erschwerten politischen Bedingungen sowie von zahlreichen anderen Mobilisierungen verschärft. Ob jüngste Gipfelproteste wie etwa beim G20-Treffen 2017 in Hamburg eindeutig der Alterglobalisierungsbewegung zugeordnet werden können, ist umstritten.

Dennoch wird teilweise von einer „Rückkehr der Alterglobalisierung“ gesprochen, diesmal sowohl vom linken als auch vom rechten politischen Spektrum geprägt. Das Argument fußt auf der Annahme, dass Alterglobalisierung, als reines Konzept gedacht, primär das Aufeinanderprallen unterschiedlicher Globalisierungskonzepte losgelöst von konkreten Bewegungen beschreibt. Die vermeintliche Alterglobalisierung der Rechten bestehe hauptsächlich darin, hemmungslos (auch mit rassistischer Rhetorik) gegen „Gewinner der Globalisierung“ wie China vorzugehen. Wie die Linke empfinden rechte Globalisierungskritiker\*innen, vor allem rechtspopulistische Parteien, das gegenwärtige System als ungerecht. Aber ihre parteiprogrammatischen Forderungen wollen nicht die *global governance* in Richtung einer Umverteilung gestalten, Arbeitsstandards erhöhen oder eine kohlenstoffarme Wirtschaft verfolgen, sondern weniger Umweltschutz und einen schnelleren

Unterbietungswettlauf im protektionistischen Sinne, sofern sich dies zu ihren Gunsten auswirkt.

Der Vergleich zwischen programmatisch „linker“ und „rechter“ Alterglobalisierung hinkt, da letztere völkisch-nationalistisch und populistisch ist, und weil sie eine selektive Deglobalisierung im eigenen Interesse verfolgt. Alterglobalisierung hatte erhebliche Auswirkungen auf die Globalisierungsdebatten der 2000er Jahre. Viele dieser Debatten sind heute etablierte gemäßigte Positionen. Obwohl die politischen Vorstöße der Alterglobalisierung für gegenwärtige Problemstellungen nur wenig Relevanz verloren haben, ist der Ausdruck selbst weniger geeignet, um aktuelle Bewegungen zu umreißen. Diese Bewegungen, die sich selbst nicht so bezeichnen, aber zum Teil dort ansetzen, wo Alterglobalisierung ins Stocken geriet, können besser in sozial-ökologischen Transformationsdiskursen oder in Diskursen über die Krise der liberalen Demokratie verortet werden.

*Eric Otiemo*

## Literatur

- Beyeler, Michelle (2013): *Was bewirkt Globalisierungskritik? Protestkampagnen gegen die Welthandelsorganisation und das Weltwirtschaftsforum*. Frankfurt a.M.
- Gautney, Heather (2010): *Protest and Organization in the Alternative Globalization Era. NGOs, Social Movements, and Political Parties*. New York, US-NY (<https://doi.org/10.1057/9780230102057>).
- Pleyers, Geoffrey (2010): *Alter-Globalization. Becoming Actors in a Global Age*. London.

# Rezensionen

## Sammelrezension

Quinn Slobodian: *Globalisten – Das Ende der Imperien und die Geburt des Neoliberalismus*. Berlin: Suhrkamp 2019, 523 Seiten

Adom Getachew: *Worldmaking after Empire. The Rise and Fall of Self-Determination*. Princeton, NJ: Princeton University Press 2019, 271 Seiten (<https://doi.org/10.1515/9780691184340>)

Prägende Ideen des 20. Jahrhunderts wie Globalismus, Neoliberalismus, Dekolonisierung und Nationalismus erfreuen sich zunehmender Beliebtheit unter Geistes- und Sozialwissenschaftler\*innen, die so die bewegte Gegenwart zu erklären versuchen. Zwei neuere Bücher über neoliberale Globalisten und antikoloniale Nationalisten versprechen zusätzliche Erkenntnisse über das politisch-ökonomische Geschehen des 20. Jahrhunderts. Die als *Globalists* (2018) erschienene Originalausgabe sorgte in den USA für Debatten, weil sich der dort lehrende kanadische Historiker *Quinn Slobodian* an die Neufassung der Entstehungsgeschichte des Neoliberalismus wagte. Die in Chicago lehrende Politikwissenschaftlerin *Adom Getachew* hingegen widmet ihr Buch einer Ideengeschichte der Dekolonisierung und dem Erbe des transnationalen Panafricanismus. Da die Bücher den gleichen Zeitraum behandeln und Imperialismus zum Gegenstand haben, ergeben sich äußerst spannende Parallelen, die aus jeweils unterschiedlicher Perspektive thematisiert werden.

Unter Kritiker\*innen gilt, dass der Neoliberalismus die „Philosophie einer Herrschaft der Marktkräfte“ (8) verfolgt und dass die Neoliberalen den Kapitalismus des freien Marktes mit der Demokratie verschmolzen und von einem grenzenlosen Weltmarkt geträumt hätten. Slobodian widerspricht diesen Annahmen und argumentiert, im Mittelpunkt der neoliberalen Agenda habe die Gestaltung von Institutionen gestanden. Ihr Ziel sei es gewesen, Märkte zu „ummanteln“ (8) und sie so gegen „die von der Demokratie ausgehende Bedrohung“ (9) zu isolieren. Sie hätten die Welt „neu ordnen“ (9) wollen. Überhaupt sei das Denken in Ordnungen mit dem Fall des Osmanischen und des Habsburger Reiches (1930er Jahre) und der Dekolonisierung (1960er Jahre) ein wichtiges Merkmal der Neoliberalen gewesen.

Kapitel 1, „Eine Welt der Mauern“, widmet Slobodian den im Nachhinein als „neoliberal“ bezeichneten Denkern im Wien der 1920er Jahre Ludwig von Mises, Gottfried Haberler, Wilhelm Röpke, Lionel Robbins, und Friedrich von Hayek sowie den Institutionen, in denen sie ihre Ideen entwickelten: der Internationale Handelskammer in Paris und dem Völkerbund. Der Erste Weltkrieg stellte eine Bruchstelle im neoliberalen Narrativ des 20. Jahrhunderts dar, weil Nationalstaaten sich dem „Kriegssozialismus“ (45) zuwandten. Somit waren die Männer nach 1918 damit beschäftigt, das Gleichgewicht zwischen der Öffentlichkeit des Staates und der Privatheit von Eigentum und Vertragsangelegenheiten wiederherzustellen. Mises und Haberler waren überzeugt, dass eine Demolierung des bestehenden Systems für den Wiederaufbau notwendig

sei, wobei Haberler den Nationalstaat als „Behälter für die Arbeitskraft“ (80) erhalten wollte. Die Grenzen sollten für Güter, nicht für Menschen fallen.

Wie der Neoliberalismus aus Projekten zur Beobachtung der Welt, der internationalen Konjunkturforschung und der Sammlung globaler Statistiken entstand, zeigt Kapitel 2, „Eine Welt der Zahlen“, auf. Die Sammlung globaler Statistiken wurde allerdings Ende der 1930er Jahre wieder aufgegeben. Hayek stand der Statistik skeptisch gegenüber. Eine Konzentration auf Zahlen weckte für ihn den Irrglauben, dass die Weltwirtschaft durch Wissenschaft krisenfest gemacht werden könne. Er warf Ökonomen vor, die reale Welt mit Modellen zu verwechseln. Diese Skepsis gegenüber Zahlenwerken führte im Wien der 1930er Jahre dazu, dass sich die Neoliberalen ordnungspolitischem Denken zuwandten, um funktionierende Märkte zu gewährleisten.

In Kapitel 3, „Eine Welt der Föderationen“, erläutert Slobodian, wie der Neoliberalismus aus einer Kritik der nationalen Souveränität heraus entstand. Die Neoliberalen, so der Autor, betrachteten den Nationalstaat als Übergangslösung, da er keinen dauerhaft stabilen Anspruch auf Territorien erheben könne und das Gleichgewicht zwischen den wirtschaftlichen und politischen Sphären störe. Um wirtschaftliche Macht in eine „Herrschaft über Dinge“ und politische Macht in „Herrschaft über Menschen“ (168) umgestalten zu können, schwebte ihnen – allen voran Röpke – eine Weltföderation vor, in der politische Grenzen kaum wirtschaftliche Bedeutung hatten: eine geeinte Welt der wirtschaftlichen Aktivität und des Eigentums auf der einen und eine Welt der Nationen auf der anderen Seite. Diese Welt wurde im Bretton-Woods-System mit stabilen Wechselkursen, der Konvertierbarkeit von Währungen und dem Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen durch das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (*General Agreement on Tariffs and Trade* – GATT) teilweise verwirklicht.

Wie aus Kapitel 4, „Eine Welt der Rechte“, hervorgeht, bereiteten Forderungen nach sozialen und wirtschaftlichen Rechten den Neoliberalen Sorge. Sie sahen sich mit dem Problem konfrontiert, dass die Ausbreitung und Wahrnehmung von demokratischen Rechten die Prinzipien untergruben, die Politik und Wirtschaft trennten. Internationale Organisationen, die auf Basis des Prinzips „ein Land, eine Stimme“ funktionierten, sahen die Neoliberalen als „Feinde der weltwirtschaftlichen Ordnung“ an (207). Ihr Vorschlag im Jahr 1945, eine „gute“ internationale Handelsorganisation zu gründen, welche die nationale Souveränität einschränkt und Investorenrechten Vorrang gegenüber Bürgerrechten geben sollte, wurde seinerzeit als eine Rückkehr ins 19. Jahrhundert belächelt. Heute ist sie Teil der Realität: Die fast 2000 aktuell gültigen, bilateralen Investitionsschutzabkommen basieren auf dem Prinzip der Gleichsetzung von Menschen- und Unternehmensrechten zu Lasten der nationalen Souveränität.

Im Kapitel 5, „Eine Welt der ‚Rassen‘“, geht es um neoliberale Positionen zu Rassismus, Imperialismus und Weltordnungsfragen. Aufgrund der sich über die Zeit verändernden Positionen der einzelnen Vertreter stellt der Autor große Ambivalenzen fest. So hatte sich beispielsweise Röpke in den 1930er Jahre klar gegen rassistische und imperialistische Positionen ausgesprochen; während der Dekolonisierungswelle der 1960er Jahre hingegen wurde sein Ton zunehmend apologetisch: Die ehemaligen Kolonien, die das Buch mit dem heute gebräuchlichen Ausdruck „Globaler Süden“ (258) bezeichnet, könnten nur auf Stabilität und relativen Wohlstand hoffen, wenn

in ihnen Verwestlichung als „Ethos, Lebensart und Geisteshaltung“ (ebd.) akzeptiert werde. Im Zentrum seines Geschichtsverständnisses stand nun die Forderung nach einem „endgültigen Sieg des westlichen Geistes“ (259). Nichtsdestotrotz, subsumiert Slobodian schließlich, „schwebte [den Neoliberalen] keine Welt der Rassen, sondern eine Welt der Regeln vor“ (ebd.). Den Autor irritiert dabei allerdings nicht, dass der selbstverständliche Ausgangspunkt für die Errichtung dieser Welt der Regeln dennoch Europa war.

Diese Regeln untersucht Kapitel 6, „Eine Welt der Verfassungen“, am Beispiel der Europäischen Integration. Die 1957 gegründete *Europäische Wirtschaftsgemeinschaft* (EWG) stellte für die Neoliberalen eine janusköpfige Gestalt dar. Einerseits war sie ein Beispiel für wirtschaftliche Integration auf Basis rechtlicher Strukturen. Andererseits war sie von außen betrachtet eine Festung, die wirtschaftliche Beziehungen bevorzugt mit ihren ehemaligen Kolonien unterhielt. Manche Neoliberalen sahen in der Vision der EWG ihre Erwartungen an eine supranationale föderale Ordnung erfüllt, andere die Ursache für die Fragmentierung des Weltmarkts. Präferenzielle Handelsabkommen zwischen EWG und ihren ehemaligen Kolonien deuteten letztere als eine Beeinträchtigung des Freihandelssystems. Beide Lager fanden in den Reformbemühungen der 1970er und 1980er Jahre durch das GATT wieder zueinander, indem sie eine auf Grundlage der EWG modellierten „Wirtschaftsverfassung“ (310) auf die Welt zu übertragen versuchten.

Im Kapitel 7, „Eine Welt der Signale“, zeichnet der Autor die Geschichte des neoliberalen Widerstands gegen eine Neue Weltwirtschaftsordnung (NWWO) nach: ein „Ungeheuer aus den Albträumen der Neoliberalen“ (370), das das Privateigentum verhöhne. Die NWWO setze nämlich voraus, dass man die Weltwirtschaftsstruktur und die ihr eigenen immanenten und ungleichen Machtverhältnisse nachvollziehen könne. Die Neoliberalen, insbesondere Hayek, beharrten auf der Undarstellbarkeit der Weltwirtschaft, und trieben die GATT-Reform im Sinne einer „hayekschen Weltwirtschaft der Signale“ (369) voran. In ihrer Förderung der „Umgestaltung des internationalen Rechts per Anweisung“ (370) sei die Gruppe der 77 (G77), ein loser Zusammenschluss von Staaten überwiegend aus dem Globalen Süden, für die Neoliberalen anmaßend gewesen. Anstelle der NWWO boten diese die Vision einer Isonomie an: ein einziges Gesetz für die Weltwirtschaft, das keinen Unterschied zwischen historisch ärmeren oder reicheren Länder mache.

Mit *Globalisten* legt Slobodian eine umfassende Geschichte des Neoliberalismus vor. Streckenweise sind die Grundannahmen problematisch, weil er zentralen Aspekten, etwa Rassismus und Kolonialismus, als strukturierende Elemente der Internationalen Ordnung zu wenig Bedeutung beimisst. Diese Schwachstellen, die bei Getachew teilweise aufgefangen werden, kommen überraschend für einen über fünfhundert seitigen Band mit dem Untertitel „Das Ende der Imperien...“. Bei Slobodian sterben die Imperien eines natürlichen Todes. Bei Getachew bekommen sie jahrzehntelange „aktive Sterbehilfe“. Allein deshalb lohnt die gemeinsame Lektüre.

Während die globale Ausbreitung des Nationalstaates im 20. Jahrhundert von den Neoliberalen als Unordnung aufgefasst wurde, sahen die antikolonialen Nationalisten

des *Black Atlantic* darin eine Chance, Selbstbestimmung in der internationalen Ordnung zu verankern und einen Vorschlag zur Überwindung von Imperialismus im Staatensystem zu machen. Sie argumentierten, das Fehlen von Institutionen, die ein internationales Prinzip der Nichtbeherrschung garantierten, mache ihre Innenpolitik anfällig für auswärtige Interventionen. Für diese Denker stand das Prinzip der Selbstbestimmung an der Schnittstelle von Nationenbildung und Weltgestaltung (*Worldmaking*). Dieses Prinzip begründete ihre Forderung nach einer radikalen Neukonstituierung der internationalen Ordnung.

Adom Getachew verwirft das Narrativ, nach der der Übergang vom Imperialismus in ein nationalstaatliches System unvermeidlich war. Die drei Jahrzehnte der Dekolonisierung seit 1945 sind für sie ein Versuch, die Weltgesellschaft nicht nur zu erweitern, sondern völlig neu zu gestalten. Auf dem politischen Denken von Nnamdi Azikiwe, W.E.B. Du Bois, Michael Manley, Kwame Nkrumah, Julius Nyerere, George Padmore und Eric Williams aufbauend, rekonstruiert sie deren antikolonialen Nationalismus als ein Weltgestaltungprojekt mit ähnlichem Umfang wie das Projekt der Neoliberalen. Zu den wichtigsten Säulen gehörten die Institutionalisierung der Selbstbestimmung bei den Vereinten Nationen (UN), die Bildung regionaler Föderationen und die Forderung nach einer NWWO, der ehrgeizigsten Vision globaler Umverteilung im 20. Jahrhundert. Diese Säulen unterstützen das übergeordnete Ziel, die rechtlichen und materiellen Manifestationen der „ungleichen Integration“ (58) in die Weltwirtschaft und der „belasteten Mitgliedschaft“ (57) in der Weltgesellschaft zu überwinden.

Kapitel 1, „Eine politische Theorie der Dekolonisation“, zeichnet die Dekolonisierung und die Art und Weise nach, wie antikoloniale Nationalisten den Imperialismus rahmten. Diese Nationalisten drängten nämlich (a) auf eine erweiterte Darstellung von Imperialismus, (b) auf ein Überdenken des antikolonialen Nationalismus und (c) auf die Konzeptualisierung eines postkolonialen Kosmopolitismus. Getachew rekonstruiert den Imperialismus als einen Prozess der ungleichen Integration, der im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert zunehmend rassifiziert wurde. Vor diesem Hintergrund plädiert sie dafür, dem vermeintlichen Parochialismus des antikolonialen Nationalismus beiseite zu lassen und sich seinen Fragen und Widersprüchen im politischen Kontext seiner Zeit zuzuwenden. Nur so könnten die konzeptionellen und politischen Innovationen der antikolonialen Weltgestaltung, nämlich eine anti-imperiale normative Ausrichtung der internationalen Gesellschaft, erkannt werden.

Wie der zunehmend anerkannte Rassismus der Völkerbund-Gründerväter Woodrow Wilson und Jan Smuts „Selbstbestimmung imperialismuskonform machte“ (41), untersucht Kapitel 2, „Das Gegenrevolutionäre Moment: Die Aufrechterhaltung rassistischer Hierarchien im Völkerbund“. Indem Wilson und Smuts dieselbe Logik anwandten, welche der Segregation in den USA bzw. der Apartheid in Südafrika zugrunde gelegt wurde, um das revolutionäre Konzept mit der imperialen Herrschaft im internationalen Maßstab kompatibel zu machen, verewigten sie rassistische Hierarchien innerhalb der Institution. Dies erlaubte ihnen, Äthiopien und Liberia (mit mehr Pflichten als Rechten) in den Bund aufzunehmen. Beide Staaten wurden aber der Sklaverei bezichtigt und als barbarisch gegenüber einem „abolitionistischen“



Völkerbund konstruiert. Treuhänderschaft und Mandatssystem ermöglichten dem Völkerbund schließlich, sie zu beherrschen.

Die politischen und theoretischen Implikationen der Umwandlung eines sekundären Prinzips der UN-Charta in ein Menschenrecht rekonstruiert Kapitel 3, „Vom Prinzip zum Recht: Die antikoniale Neuerfindung der Selbstbestimmung“: Antikoniale Nationalisten hätten Imperialismus erfolgreich als Versklavung dargestellt. Das Recht auf Selbstbestimmung markiere aus ihrer Sicht den ersten Schritt zur Umgestaltung der Innen- (Antikonialismus) und der Außenpolitik (Weltgestaltung). Dies stelle einen radikalen Bruch mit dem bis dahin gültigen eurozentrischen Modell der Weltgesellschaft dar und etabliere Nichtbeherrschung als zentrales Ideal einer egalitären post-imperialen Welt. Als Beleg hebt Getachew hervor, dass die UN-Resolution 1514 über die Gewährung der Unabhängigkeit an Kolonien (1960) ohne Gegenstimmen verabschiedet wurde. Die Stimmenthaltung der neun Kolonialmächte signalisiere jedoch die Kontinuitäten des Imperialismus und Konialismus auch innerhalb der UN, was umfassendere Bemühungen zur Weltgestaltung seitens der antikonialen Nationalisten notwendig machte.

In Kapitel 4, „Die Föderalisten des Black Atlantic“, analysiert die Autorin die Projekte regionaler Föderation, die antikoniale Nationalisten als Vorsichtsmaßnahme gegen die Fragilität postkolonialer Souveränität und als Garant für Nichtbeherrschung durch internationale Organisationen, Staaten und multinationale Organisationen verfochten. Sie zeigt, dass im Gegensatz zu frankophonen Zeitgenossen wie Aime Cesairé und Leopold Senghor sowohl Nkrumah als auch Williams überraschenderweise die USA als Modell für die Überwindung des postkolonialen Dilemmas betrachteten. Nach deren Auffassung schufen Föderationen politische und wirtschaftliche Verbindungen zwischen postkolonialen Staaten, die die Abhängigkeit von ehemaligen Kolonisatoren allmählich erodieren ließen. Obwohl sie kurzlebig waren, offenbarten, so Getachew, die institutionellen Experimente innerhalb Williams' *West-Indian Federation* und Nkrumahs *Union of African States* die komplexen politischen und wirtschaftlichen Dimensionen, die international angegangen werden müssten, um Nichtbeherrschung und Selbstbestimmung zu sichern.

Kapitel 5, „Die Wohlfahrtswelt der neuen internationalen Wirtschaftsordnung“, analysiert das ehrgeizigste Weltgestaltungsprojekt aller Zeiten. Basierend auf Julius Nyereres' politischer Ökonomie der Selbstbestimmung, die aufgezeigt habe, wie ungleiche wirtschaftliche Integration postkoloniale Ökonomien verzerrte und koloniale Arbeitsteilung reproduzierte, hätten antikoniale Nationalisten postkoloniale Staaten als die Arbeiterklasse der Welt dargestellt. Sie hätten versucht, das Wohlfahrtsstaatsmodell auszuweiten, um eine „Wohlfahrtswelt“ (159) zu schaffen, die die Verhandlungsmacht stärken, die Rohstoffpreise stabilisieren und souveräne Rechte über natürliche Ressourcen einführen würde. Die Vision einer NWWO sei eine radikale Neukonzeption der souveränen Gleichheit als Forderung nach einem gerechten Anteil am Reichtum der Welt und markiere die größte Abkehr von der internationalen Rechtsordnung der Nachkriegszeit.

Für Getachew verkennt die Deutung des Zusammenbruchs der antikonialen Weltgestaltung als Zeichen für die Unzulänglichkeiten des Nationalismus dessen

weitreichenden globalen Visionen, an denen die Versprechen und Enttäuschungen der postkolonialen internationalen Ordnung heute gemessen werden können. Abgesehen von der neoliberalen Gegenreaktion auf die NWWO in den 1970er Jahren, sahen Westliche Staaten, vor allem die USA, die internationalen Institutionen als von der G77 dominiert an, was zur Folge hatte, dass ihr Engagement im Rahmen der UN vorübergehend nachließ. Diese Veränderungen, so Getachew, bereiteten die Bühne für das Wiederaufleben der internationalen Hierarchie und gaben dem amerikanischen Imperialismus neuen Schwung. Gleichzeitig förderte die Vision einer NWWO eine wachsende und bis heute anhaltende intellektuelle Auseinandersetzung mit Globaler Gerechtigkeit innerhalb der politischen Theorie.

Eric Otieno

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v41i1.09>

Philmon Ghirmai: *Globale Neuordnung durch antikoloniale Konferenzen – Ghana und Ägypten als Zentren der afrikanischen Dekolonisation*. Bielefeld: transcript 2019, 260 Seiten (<https://doi.org/10.14361/9783839444160>)

Der Historiker Philmon Ghirmai fragt in der vorgestellten und als Buch veröffentlichten Dissertation danach, was wichtige internationale Konferenzen für die so genannte Dritte Welt erreichen konnten und ob es sich dabei um mehr handelte als um symbolische Zusammenkünfte, auf denen für die Medien diplomatische Höflichkeiten ausgetauscht wurden. Um die Epoche der Dekolonisierung mit Hilfe eines breiten Spektrums an Quellen zu beleuchten, hat er einerseits Material aus Archiven und Bibliotheken zusammengetragen, andererseits mit damaligen AkteurInnen und Zeitzeugen gesprochen und Interviews durchgeführt.

Wenig überraschend stellt auch das Buch fest, dass mit diesen Konferenzen aus mehreren Gründen nicht alle grundlegenden Probleme gelöst werden konnten. Zum einen mangelte es oft an der zwischenstaatlichen Solidarität der Teilnehmerstaaten, zum anderen standen natürlich die früheren Kolonialstaaten allen Unabhängigkeitsbestrebungen feindlich gegenüber. Doch wenn wir in die Geschichte bedeutender Organisationen zurückblicken, wurden sie häufig im Anschluss und als Konsequenz von solchen Konferenzen gegründet, beispielsweise die Afrikanische Union, die *All-African People's Conference Organisation* oder die *Afro-Asian Peoples' Solidarity Organization* (AAPSO).

*Über Konferenzen und Organisationen nach den 1950ern*: Laut dem Autor stellte die afrikanische Dekolonisierung einen Prozess dar, der sich über einen größeren Zeitraum erstreckte, als es die bekannten historischen Eckdaten verraten. Diese Prozesshaftigkeit und der Stand der damaligen politischen Debatten spiegeln sich in den Konferenzen jener Zeit, deren antikolonialer Charakter ihre geschichtliche Besonderheit begründet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg strebten afrikanische, asiatische und arabische Völker und Länder verstärkt nach Unabhängigkeit oder befanden sich zumindest auf dem Weg dorthin. Zu diesem Zeitpunkt veränderten sich deshalb die globalen Strukturen

und zwischenstaatlichen Beziehungen, die zum Gegenstand von antikolonialen Konferenzen, internationalen Initiativen und Organisationstreffen erhoben wurden.

Das Buch analysiert vor allem die internen Diskussionen, die auf diesen verschiedenen Konferenzen geführt wurden. Als Beispiele nennt es die drei *All-African People's Conferences*, die *Positive Action Conference for Peace and Security in Africa* und die ersten beiden *Afro-Asian Peoples' Solidarity Conferences*. *Der Beginn der Süd-Süd-Kooperationen*: Für die Politiker der ehemaligen Kolonien war die internationale Zusammenarbeit wichtig. Sie betrachteten Panarabismus und Panafrikanismus, die das Buch jeweils ausführlich beschreibt, als Alternativen, um weder von den realsozialistischen Ländern noch von den früheren Kolonialmächten der westlich-kapitalistischen Welt vereinnahmt zu werden. Um ihre Eigenständigkeit zu bewahren, gab es einen regen Austausch zwischen den neuen Staaten, der seinen Ausdruck in grenzübergreifenden, zwischenstaatlichen Konferenzen fand. Der Westen stand diesen Bestrebungen nach Unabhängigkeit und Blockfreiheit skeptisch gegenüber und warnte vor den sozialistischen und kommunistischen Ideen, die in den ehemaligen Kolonien verbreitet würden.

Von allen Konferenzteilnehmerländern hebt der Autor Ghana unter Präsident Kwame Nkrumah und Ägypten unter Präsidenten Gamal Abdel Nasser als „antikoloniale Länder“ hervor, weil sie zu wichtigen Konferenzen einluden und antikolonialen Organisationen die Möglichkeit boten, sich zu etablieren. Sie galten ab 1957 als Zentren der Dekolonisierung.

Nasser standen verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung, die seine regionale Rolle begünstigten, z.B. die ägyptischen Beziehungen zu arabischen und islamischen Staaten oder die geographische Lage zwischen Afrika und Asien. Er wollte Kairo zu einem Zentrum des Antikolonialismus machen und erhielt dafür die Solidarität verschiedener Länder und Regierungen. Wegen dem so genannten Suezkrieg, der 1956 von Israel, Frankreich und England gegen Ägypten geführt wurde, nahm Nasser eine wichtige Führungsrolle in der arabischen Welt ein. Ab 1958 führte er die in Kairo gegründete *Afro-Asian Peoples' Solidarity Organization* an.

Auch Nkrumah bemühte sich seit der formellen Unabhängigkeit Ghanas im Jahr 1957 darum, Accra als panafrikanisches Zentrum zu etablieren. Er berief mehrere Konferenzen ein und bemühte sich um die Gründung von panafrikanischen Organisationen. Konkret sah der in Accra entworfene Dekolonisierungsprozess folgende Schritte vor: erst die formale Unabhängigkeit, dann die regionale Integration und schließlich die Gründung der Vereinigten Staaten von Afrika: „Sowohl auf den *All-African People's Conferences* als auch auf den *Afro-Asian Peoples' Solidarity Conferences* entwickelten antikoloniale AkteurInnen Gegenentwürfe zu den Ordnungskonzepten, an deren Aushandlung sie nicht gleichberechtigt beteiligt waren.“ (14)

Wie im Buch zum Ausdruck kommt, handelte es sich bei den Konferenzen um eine Reaktion auf die Erfahrungen mit den Kolonialstaaten, um mit Hilfe der internationalen Vernetzung die gewonnene Unabhängigkeit abzusichern. Während die ehemaligen Kolonialstaaten selbst auf die europäische Einheit drängten, waren ihnen die Kooperationspläne ehemaliger Kolonien ein Dorn im Auge. Sie betrachteten diese Entwicklung als Bedrohung, die sie nach dem „Teile und Herrsche-Prinzip“

unbedingt verhindern wollten, um frühere Abhängigkeiten aufrecht zu erhalten. Deshalb gründeten sie ihrerseits Organisationen, die der Absicherung ihrer Interessen in einer postkolonialen Epoche dienen sollten und großteils noch heute bestehen, wie z.B. die EWG (heute: EU), die OEEC (heute: OECD), den IWF oder die Weltbank. Ferner entwickelten sie ein Konzept, das Afrika in den Weltmarkt integrieren sollte, ohne die afrikanischen Vertretungen selbst an den internationalen Organisationen teilnehmen zu lassen.

Mit seinem Buch legt der Autor ein umfassendes, spannendes und zu empfehlendes Werk vor, um einen wichtigen Geschichtsabschnitt im Kampf um Unabhängigkeit, der immer noch nicht abgeschlossen ist, nachvollziehbar zu machen.

Tarkan Tek

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v41i1.10>

Martin Khor: *Battles in the WTO. Negotiations and Outcomes of the WTO Ministerial Conferences*. Penang: Third World Network 2020, 360 Seiten

Der am 1. April dieses Jahres (2020) an einem Krebsleiden früh verstorbene Ökonom und Journalist Martin Khor war ein herausragender Aktivist im Ringen für eine grundlegende Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Einer Mittelklassefamilie in Penang/Malaysia entstammend, verfolgte er zunächst eine berufliche Karriere in der öffentlichen Verwaltung sowie im akademischen Bereich, bevor er als Forschungsdirektor einer Verbraucherschutzorganisation in Penang und ab 1990 an der Spitze des *Third World Networks* (TWN) zu seiner eigentlichen Berufung fand – den Kampf für eine gerechte (neue) Weltwirtschaftsordnung. 2009 wurde er in der Nachfolge des Uganders Yash Tandon bis zu seinem krankheitsbedingten Ausscheiden 2018 geschäftsführender Direktor des in Weltwirtschaftsfragen wichtigsten Analyse- und Beratungsinstituts der Entwicklungsländer – des *South Centre* in Genf.

Ähnlich wie Tandon, der nach seiner Zeit als Direktor mit *Trade is War* eine ernüchternde Bilanz vorgelegt hat (rezensiert in *PERIPHERIE*, Nr. 138/139, August 2015: 380ff), resümiert Khor in der vorliegenden, postum (Juni 2020) erschienen Schrift seine über Jahrzehnte andauernde Auseinandersetzung mit den oft unbefriedigenden Ergebnissen der Ministerkonferenzen der Welthandelsorganisation (WTO). Der Band versammelt 20 Artikel, die Khor im Laufe von mehr als 20 Jahren größtenteils im Nachgang der WTO-Ministerkonferenzen – von Singapur (1996) bis Buenos Aires (2017) – verfasst und in TWN-Berichten oder in Zeitschriften wie *Third World Economics* oder *South-North Development Monitor* veröffentlicht hat. Dazu kommen noch drei Beiträge von Kanga Raja, weitere drei von D. Ravi Kanth, zwei von Chakravarthi Raghavan und ein Artikel von Shefali Sharma.

Die mit Januar 2020 datierte, etwas über zehn Seiten lange Einleitung ist der einzige originär neue Text aus Kohrs Feder. Hier erwähnt der Verfasser gleich am Anfang jenen Umstand, der den Kern einer inzwischen Jahrzehnte andauernden Kontroverse in der WTO bildet und der die Organisation im Laufe der Zeit mehr und mehr dysfunktional werden ließ. Dabei handelt es sich um die Gründung der WTO selbst,

die einer euphorischen Stimmung in Marrakesch am Ende der Uruguay-Rundes des *General Agreement on Tariffs and Trade* (Allgemeines Zoll und Handelsabkommen) entsprang und bei der sich die beteiligten Repräsentant\*innen der Entwicklungsländer offenbar nicht über die Tragweite ihrer Zustimmung im Klaren waren – viele von ihnen „... verstanden nicht vollständig, was sie unterzeichnet hatten, bzw. dessen Implikationen“ (1). Denn damit wurden Prinzipien eines internationalen Handelssystems akzeptiert, die mittels einer rasch voranschreitenden Handelsliberalisierung nicht nur die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte tendenziell verstärken, sondern auch nationalstaatliche entwicklungspolitische Strategien zunehmend unterminieren. Mit dem sanktionsbewehrten WTO-Reglement wurde die Drohung einer weiteren Deindustrialisierung der Entwicklungsländer als Folge zwar vertraglich vereinbarter, aber verfrühter Binnenmarktöffnung und die Einschränkung wirtschaftspolitischer Spielräume real.

Während viele Länder der weltwirtschaftlichen Peripherie deshalb nach 1995 bemüht waren, die schlimmsten (potentiellen) Auswirkungen der neuen Handelsvereinbarungen abzuwehren, indem sie die „Umsetzungsmodalitäten“ der Beschlüsse von Marrakesch neu zu verhandeln trachteten, waren die Industrieländer bemüht, den Liberalisierungsschwung vom Ende der Uruguay-Runde mit Vehemenz in und mit der WTO weiter voranzutreiben und mit dem Ziel einer möglichst weitgehenden „Ausweitung der Handelsströme“ eine rasche weitere Liberalisierung auf immer neuen Gebieten zu erreichen. Unter dem Deckmantel des Slogans „mehr (Verhandlungs-)Transparenz mit (Verhandlungs-)Effizienz zu verbinden“ (21) wurden zudem mit den berüchtigten „Green Room Meetings“ jene exklusiven und intransparenten Verhandlungsmethoden eingeführt, die die Masse der WTO-Mitgliedsländer von den eigentlichen Verhandlungen ausschlossen und neuerdings in Gestalt der „Meetings of the friends of the chair“ faktisch bis heute ausschließen. Nachdem eine handverlesene Gruppe einfluss- und finanzstarker Länder im illustren Kreis „Deals“ vereinbart hat, versucht derselbe elitäre Kreis, diese Ergebnisse dem Rest der WTO-Mitglieder unter extremen politischen wie zeitlichen Druck zwecks ultimativer Zustimmung aufzuherrschen.

Beide Geburtsfehler der WTO – zum einen die verbissene Kontroverse um immer neue Verhandlungsthemen (insbesondere die sogenannten *Singapur Issues*, also Investitions- und Wettbewerbspolitik, öffentliche Beschaffung sowie Handels erleichterungen) versus die Neuverhandlung der Umsetzungsmodalitäten wie zum anderen der extrem intransparente Verhandlungsprozess – haben in der Folge dazu geführt, dass nach Khor von elf WTO-Ministerkonferenzen fünf regelrecht scheiterten und drei als „non-events“, also teure und zeitaufwendige, aber ergebnislose Veranstaltungen angesehen werden müssen.

Mit der Vierten Ministerkonferenz in Doha (2001) und der dort – nicht zuletzt unter dem Eindruck der terroristischen Attacke auf das World Trade Center in New York am 11. September – vereinbarten Deklaration zur „Doha Development Agenda“, einem auf die speziellen Interessen der Entwicklungsländer bezogenen Arbeitsprogramm der WTO, und der weitgehenden Zurückweisung der *Singapur Issues* auf der Fünften Ministerkonferenz in Cancun (2003) wurde der von Anfang

an bestehende Interessenkonflikt in einer Weise verfestigt, die schließlich die WTO an den Rand der Funktions- und damit der Bedeutungslosigkeit gebracht hat. Weder die Industrieländer, die im Kern nicht zu substantiellen Zugeständnissen beim Abbau von Hemmnissen des Marktzugangs in sensiblen Bereichen insbesondere bei Subventionen im Agrarsektor bereit sind, noch die Entwicklungsländer, die sich gegen die Zumutungen weiterer Marktöffnung für multinationale Konzerne vor allem bei Dienstleistungen wehren und auf dem Schutz einheimischer Produzent\*innen können auf dem Recht zu einer Wirtschaftsstrategie im nationalen Interesse bestehen, können entscheidende Positionsgewinne erreichen. Die WTO ist sowohl als globale Liberalisierungs- wie auch als Entwicklungsagentur gescheitert.

Diesen sich über nun mehr 25 Jahre hinziehenden qualvollen Prozess hat Martin Khor mit seinen Artikeln kenntnisreich, engagiert, kritisch, aber auch parteiisch für die Interessen der Länder des Globalen Südens begleitet und dabei ein Vielzahl von Protagonist\*innen eine Stimme verliehen (nicht zuletzt dadurch, dass er sie umfangreich in Zitaten selbst zu Wort kommen lässt).

Verantwortlich für die gegenwärtige tiefe Krise des Welthandelssystems und damit auch der WTO ist aus seiner Sicht vor allem die destruktive Rolle diverser US-Administrationen nicht erst seit dem Amtsantritt von Präsident Donald Trump. Jetzt aber haben die USA einen Handelskrieg mit China von Zaun gebrochen sowie zudem den Streitschlichtungsmechanismus der WTO absichtsvoll lahmgelegt und die Organisation damit entscheidend geschwächt. Schließlich versuchen die USA (zusammen mit der EU und Japan), unter dem Deckmantel einer „WTO-Reform“ China, Indien und anderen Schwellenländern ihren Status als Entwicklungsländer abspenstig zu machen. „Das alles macht die Zukunft der WTO unsicherer denn je...“ (11) – das sind die nüchternen, geradezu visionslosen letzten Worte Martin Khors, des scharfsinnigen Analytikers und großen Kämpfers für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung.

Arndt Hopfmann

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v41i1.11>

Heiner Flassbeck: *Der begrenzte Planet und die unbegrenzte Wirtschaft. Lassen sich Ökonomie und Ökologie versöhnen?*  
Frankfurt/M.: Westend Verlag 2020, 173 Seiten

„Machen wir uns nichts vor.“ – Dieser Satz wird im neuen Buch von Heiner Flassbeck gefühlt, so oder so ähnlich, mehr als ein dutzend Mal wiederholt. Er ist das Credo seiner Befassung mit der naturwissenschaftlichen Binsenweisheit, dass der Planet Erde endlich und unendliches Wachstum des Ressourcenverbrauchs auf ihm daher nicht möglich ist. Denn, sich nichts vorzumachen, ist die Voraussetzung für eine Wirtschaftspolitik, die wiederum Vorbedingung einer erfolgreichen Klima- und Umweltpolitik ist – „alles, was nach der Erkenntnis kommt, dass es so nicht weiter gehen kann, ist dem Bereich Wirtschaft zuzuordnen.“ (12)

Wenn schon die Neoklassik als heute vorherrschende ökonomische Lehre wegen der ihr eigenen ahistorischen Weltfremdheit mit den globalen Herausforderungen

unserer Zeit nichts anzufangen weiß, muss die Frage erlaubt sein, was *der* dezidierte Nicht-Neoklassiker unter den heutigen deutschen Ökonomen zur Zukunft ermöglichenden Versöhnung von Ökonomie und Ökologie zu sagen hat. Auch hier gilt, wie sich rasch zeigt, der Grundsatz: „Machen wir uns nichts vor.“

Machen wir uns – zum ersten – nichts vor; die von Flassbeck verheißene Behandlung der Thematik vom begrenzten Planeten und unbegrenzter Wirtschaft wird überraschend schnell geschrumpft. Weil nämlich „ein nicht steigendes beziehungsweise sinkendes BIP (Bruttoinlandsprodukt – a.h.) dazu führt, dass die ohnehin schon Benachteiligten und die Arbeitslosen ohne wirtschaftliches Wachstum keine realistischen Chance haben, ein auch im ökologischen Sinne vernünftiges Leben zu führen“ (37), wird die weitere Debatte auf die „Entknüpfung von fossilem Energieverbrauch und wirtschaftlicher Entwicklung“ (36) verengt. Damit ist die Endlichkeit des konsumtiven Ressourcenverbrauchs aus dem Fortgang der Überlegungen weitestgehend eliminiert und das offenbar unverzichtbare (Wachstums)Ziel, „Wirtschaftsdynamik in Gang zu setzen“ (13 et passim) gerettet.

Machen wir uns – zum zweiten – nichts vor; mit der Konzentration auf die Klimafrage bzw. die Energiewende fasst Flassbeck ein eminent heißes Eisen an, dass nicht erst seit den freitäglichen Zukunftsdemonstrationen zunehmend auch die Politik beschäftigt. Die Politik allerdings verzettelt sich in Unübersichtlichkeit und Aktionismus, in „...ein ungeheures Sammelsurium von Bereichen, die gemixt werden mit einem Sammelsurium von möglichen politischen Eingriffen, die wiederum gemischt werden mit einem Sammelsurium von Zeiträumen... Der Effekt auf die globalen Emissionen von CO<sub>2</sub>, das kann man heute schon exakt vorhersagen, wird gleich null sein.“ (24/5) Nachdem der Autor mit allerlei „Spinnerei“ (25), Politikern als Lobbyisten (71) und „Nebelwerfer-Politik“ (123) aufgeräumt hat, kommt er auf die globale marktwirtschaftliche Problemlösung zu sprechen: „Der Preis für fossile Energieträger muss von nun an in realer Rechnung... dauernd steigen“ ..., damit „... auf Dauer die fossilen Rohstoffe in der Erde bleiben“ (26).

Machen wir uns deshalb – zum dritten – nichts vor; ohne eine Weltregierung oder eine Weltübereinkunft zu massiven (staatlichen) Eingriffen in die Wirtschaft geht es nicht, weil alles, was produziert bzw. aus der Erde geholt wird, auch abgesetzt und konsumiert (oder vernichtet) wird. Das wissen wir von den mittlerweile permanenten Schlussverkäufen und Rabattaktionen wie auch den Nachrichten über die Vernichtung von Rücksendungen an Amazon & Co. zur Genüge. Es geht also um die Verhinderung der Produktion bzw. der Förderung unerwünschter Güter – und das im globalen Maßstab. Denn „... jede Anstrengung (macht) nur dann Sinn, wenn es eine globale Anstrengung ist. Eine globale Anstrengung aber gibt es nur, wenn es auch eine globale Preissteuerung gibt.“ (91/2)

Machen wir uns ferner – zum vierten – nichts vor; wenn es auf Märkten um Mengenbegrenzungen geht, führt kein Weg am Preis vorbei – da hat Flassbeck zweifellos Recht. Und wenn alles Klima- und Umweltschädliche teurer werden muss, kann die soziale Stabilität nur gesichert werden, wenn die Ärmsten Kompensationen erhalten. Mit dem Rekurs auf Preissteuerung wird aber auch klar, warum es den jetzt bereits Reichen auf eine schier unendliche Vermögensvermehrung ankommt – weil

in preisgesteuerten Marktwirtschaften der/die, der/die Geld hat, sich sein „altes Leben“ am längsten leisten kann! Wenn aber Mehrheiten für dieses Projekt gewonnen werden sollen – dann, so Flassbeck: „Was nicht im Rahmen demokratischer Prozesse erreichbar ist, ist es nicht wert, erreicht zu werden“ (163) – braucht es soziale Kompensationsmechanismen; allerdings auch hier nicht nur national, sondern global.

Deshalb dürfen wir uns – zum fünften – nichts vormachen, dass unter Umständen, unter denen weltwirtschaftlich gesehen – wo sich bekanntlich das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise zur Totalität entfaltet (Marx) – 80 Prozent aller Volkswirtschaften einseitig auf Rohstoff- bzw. Nahrungsmittel- bzw. Energieträgerexporte angewiesen sind, eine globale Vereinbarung die fossilen und andere unerwünschte Rohstoffe in der Erde zu lassen, nur dann erreicht werden kann, wenn die Konsumenten nicht nur ihre Nachfrage auf null reduzieren, sondern auch noch bereit sind, Kompensationen für entgangene Exporteinnahmen zu leisten. Die Entwicklungskluft müsste daher geschlossen werden, indem der Produktions- und Exportverzicht bis zur Gleichstellung der Lebensqualität entgolten wird – „...nur eine erfolgreiche allgemeine Wirtschaftspolitik, eine Politik, die den Lebensstandard der Bürger deutlich erhöht, (schafft) die Voraussetzungen dafür... , dass sich die Menschen und die Politiker in den Entwicklungsländern unseren Maßstäben annähern und bereit sind, einen Teil der verfügbaren Güter wieder aufzugeben, wenn es zur Rettung des Planeten notwendig ist.“ (100)

Um mit dieser systemischen Herausforderung umzugehen, helfen jedoch die Flassbecksche Forderung nach einer „konsequenten Vollbeschäftigungspolitik“ (161) und seine Auflistung von Gegnern einer Politikwende – von der (neoliberalen) Wirtschaftspolitik bis zu den heute erfolgreichen Unternehmen – sowie die Beschwörung, man solle doch besser nicht „die Klimafrage mit Systemüberwindung“ vermischen (163), nur bedingt weiter. Es geht um fundamentale Einsichten in die Funktionsweise des Systems selbst.

Lassen wir uns also – zum letzten – nichts vormachen: Was Flassbeck durchweg, nicht nur bei seiner eigentümlich verklärenden Beschreibung des Funktionierens von Marktwirtschaft (82/3), vergisst, was aber geeignet ist, seinen Glauben an eine Lösung des globalen Umwelt- und Klimaproblems trotz Kapitalismus und Marktwirtschaft gegenstandslos zu machen, ist die im Kapitalismus national wie international allgegenwärtige Gier nach Profit, die sich mittels unerbittlicher Konkurrenz durchsetzt. Gerade die Konkurrenz ist es, die als ökonomischer Zwang die kapitalistische Produktion antreibt. Im Kapitalismus ist Konkurrenz kein harmloser Schönheitswettbewerb, sondern ein Kampf auf Leben und Tod. Die sogenannte internationale Staatengemeinschaft ist eine Gemeinschaft von erbitterten Konkurrenten. Es ist die Konkurrenz, die nicht nur Arbeiter untereinander beim Wettbewerb um (gute wie schlechte) Jobs gegeneinanderstellt sowie auch Unternehmer, trotz möglicherweise vorhandener persönlicher alternativer Einsichten und Einstellungen, zwingt, möglichst effizient – mit niedrigen Löhnen und billigen Energiequellen – zu produzieren; sie ist vor allem auch globaler Kampf um Entwicklungschancen. Sie spielt Staaten gegeneinander aus – je einseitiger ihre Wirtschaft strukturiert ist, umso mehr. Was im Buch wieder und wieder als „Markträumung“ um jeden Preis apostrophiert wird,



beruht schlicht auf dem Zwang zum Wahrnehmen von sich bietenden Freiräumen, die eigene Lage – gegen alle möglichen ökologischen Einsichten – zu verbessern, wenn andere die Gelegenheit dazu bieten. Mit anderen Worten; die Plünderung von Ressourcen und die Zerstörung sozialer und ökologischer Lebensgrundlagen ist kein vermeidbares Nebenprodukt des Kapitalismus, sondern entspricht seinem Wesen.

Erst die Beseitigung der (Weltmarkt)Konkurrenz als Funktionslogik und Bewegungsweise des Systems schafft die Voraussetzungen für kalkulierbare, verlässliche Strategien einer globalen Versöhnung von Ökonomie und Ökologie. Ob aber Kapitalismus ohne Konkurrenz noch Kapitalismus oder lediglich Wirtschaft (auch) mit Marktbeziehungen ist, ist zwar eine interessante, aber eher zweitrangige Frage. Folglich ist es unerheblich, ob Flassbeck in diesem Punkt recht behält – Hauptsache der dringend notwendige Systemwandel gelingt.

Arndt Hopfmann

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v41i1.12>

Vincent Bevins: *The Jakarta Method. Washington's Anticommunist Crusade and the Mass Murder Program that Shaped Our World*. New York, US-NY: Public Affairs 2020, 320 Seiten

Wenn eine Verschwörungstheorie wahr ist, dann wird sie zum Tatsachenbericht über eine Verschwörung. Der Journalist Vincent Bevins liefert einen solchen im vorliegenden, bemerkenswerten Buch.

Bevins hat lange Zeit als Korrespondent in Brasilien gearbeitet und stieß durch Zufälle auf die Geschichte des Sturzes von Sukarno, dem ersten Präsidenten Indonesiens nach der Unabhängigkeit (1945-1967). Der Coup, mit dem Sukarnos Sturz eingeleitet wurde, ist eine sagenumwobene Episode der indonesischen Geschichte, die bis heute nicht komplett aufgeklärt ist. Um ihn zu legitimieren wurden abstruse Erzählungen erfunden, wie etwa die Gefahr kommunistischer Hexen, die Genitalien von Regimegegnern verstümmeln – ein Mythos, der indonesischen Kindern und Jugendlichen bis heute cineastisch dargeboten wird. Der Plot und seine Legitimierung sind so fantastisch und unglaublich, dass sie aus Hollywood stammen könnten. Und Bevins zeigt in seinem Buch, dass dem in der Tat so ist. Seine Recherchen zur massenhaften Ermordung tatsächlicher oder vermeintlicher Kommunist\*innen, chinesische Indonesier\*innen und anderer Menschen, der darauffolgenden Einsetzung einer kapitalistischen Militärregierung (General Suharto 1967-1998) und deren Unterstützung durch die USA und die Weltwirtschaftsinstitutionen, erinnerten ihn zu sehr an jene bekannten Fälle in Lateinamerika, um den Fall nicht näher zu untersuchen. Das Resultat ist mehr als ein Tatsachenbericht über Indonesiens Geschichte: Es zeigt, dass der Ablauf und der zugrundeliegende Plan der „Jakarta-Methode“ die Blaupause für die folgenden antikommunistischen Umstürze lieferte – unter anderem den weitaus besser bekannten Coup gegen Salvador Allende 1973. Das Buch changiert demnach zwischen Rekonstruktion indonesischer Geschichte, transnationalem Vergleich und einer Globalgeschichte des US-amerikanischen Anti-Kommunismus, der sich im Nachklang an den indonesischen Geschehnissen orientierte.

In zwölf Kapiteln schildert Bevins die tragische Geschichte eines jungen progressiven Staates und seiner Bürger\*innen, die sich nach der Unabhängigkeit von den Niederlanden endlich frei wählten und diese Aufbruchsstimmung euphorisch in die Welt trugen. Besonders deutlich wird: Zu keinem Zeitpunkt war Sukarnos Partei ein besonders dogmatisches Projekt. Im Gegenteil verstanden sich die meisten Mitglieder als enthusiastische Anti-Kolonialist\*innen, die sich am Aufbau einer demokratischen und gerechten Gesellschaft beteiligen wollten. Sukarno, der pragmatisch-linke Unabhängigkeitskämpfer, versucht sich im Internationalismus; er setzt sich empathisch und manchmal naiv für eine kooperative und solidarische Weltordnung ein, unter anderem durch das Projekt der Bandung-Konferenz (auch eine direkte Absage an eine Allianz mit der Sowjetunion).

Wie wir heute wissen, war all das auch der US-Regierung bekannt. Präsident Richard Nixon sagte etwa, eine demokratische Regierung sei nicht gut für Indonesien, weil die Kommunistische Partei bei Wahlen schwer zu schlagen sei. Bevins beschreibt auf Basis von kürzlich de-klassifizierten Dokumenten, dass das *US State Department* und insbesondere die CIA in jenem aufstrebenden Staat eine massive Gefahr sah, gerade weil das System nicht stalinistisch oder repressiv war. So stellte es eine leuchtende Alternative zum Kapitalismus dar, dessen Unterwerfung demnach von den US-Behörden als „weitaus wichtiger als Vietnam“ (88) betrachtet wurde. Diese strategische Gewichtung führte zu Geheimdienstaktionen, deren Auflistung sich teilweise lesen wie in einem schlechten Gangster-Roman, etwa als sich die CIA 1958 dazu entschließt, täglich eine entlegene Insel zu bombardieren, um die Einwohner\*innen gegen die indonesische Zentralregierung aufzubringen, wobei sich ein CIA-Agent auf der Suche nach Rebellen mit seinem Fallschirm in einer Palme verheddert. Vom indonesischen Militär vor wütenden Anwohner\*innen gerettet, fanden sich seine echten Papiere in der Westentasche. In den Folgejahren „professionalisierten“ sich allerdings die Subversionsmethoden; der Krieg im Untergrund wurde mit einer ausgefeilten Propagandamaschinerie, direkten Geld- und Waffenlieferungen an Terror- und Rebell\*innen-Gruppen sowie ideologischem Nachhilfeunterricht in den USA für jene Generäle kombiniert, die anschließend den Coup gegen Sukarno unternehmen – wiederum nachweislich mit freundlicher Unterstützung durch die CIA und die US-Botschaft.

Die Jakarta-Methode beschreibt jene US-amerikanische Beihilfe für die indonesischen Massenmorde von 1965-1966, bei denen schätzungsweise eine Million Menschen gefoltert und getötet wurden. Die Tötungen in Indonesien durch die von der CIA unterstützten indonesischen Streitkräfte waren bei der Ausmerzung des Kommunismus so erfolgreich, dass der Begriff „Jakarta“ später verwendet wurde, um auf die völkermordähnlichen Aspekte späterer Pläne hinzuweisen. Diesen anti-kommunistischen Massenmord, also die intentionale Tötung von Millionen Menschen, weil diese links waren oder als Linke wahrgenommen oder denunziert wurden, beschreibt Bevins auf berührende, aber selten Klischees bedienende Art und Weise, indem er einige Individuen stellvertretend portraitiert, dabei aber die strukturelle Ebene nicht vernachlässigt. Die Massenmorde hatten einen konkreten Grund: die Errichtung des autoritären kapitalistischen Regimes in mindestens 20 Staaten, die

heute als Verbündete der USA gelten. Bevins zeigt, wie diese Allianzen in Lateinamerika und Südostasien geschmiedet wurden. Aufgrund neuerdings zugänglich gemachter Dokumente beweist er die Zusammenhänge der US-amerikanischen anti-kommunistischen Paranoia mit der aktiv betriebenen subversiven Außenpolitik und den Gewaltexzessen in den 1960er und 1970er Jahren. Dabei verknüpft er geschickt geopolitische Erwägungen, individuelle Entscheidungen, US-interne Auseinandersetzungen (etwa die strategischen Differenzen zwischen der US-Botschaft und CIA) und die ideologische Dimension der 1960er Jahre, der er eine große Erklärungskraft zuspricht: „Es gab im Weltbild keine Grautöne. Es gab nur entweder gut oder böse, richtig oder falsch, Held oder Schurke.“ (71) Um den Gegner auszumerzen, waren daher alle Mittel recht, und gerade die liberale Elite in den USA war während der gesamten Aktionen von ihrem Altruismus überzeugt.

Wie Bevins aufweist, war die Jakarta-Methode so erfolgreich, dass sich lange niemand daran erinnerte. Beinahe alle Betroffenen wurden getötet und die restliche indonesische Bevölkerung mit jahrzehntelanger Propaganda eingenordet. Das daraus resultierende Schweigen (berühmt geworden im Film „The Act of Killing“ von Joshua Oppenheimer) hält bis heute an. So produzierte die Jakarta-Methode wohl einen der nachhaltigsten Effekte des Kalten Krieges: Gerade durch ihre Nicht-Benennung oder ihr Verbleiben im Reich der Verschwörungstheorie wurde die gewaltsame Intervention ein voller Erfolg für die imperialistische Politik der USA ab den 1960er Jahren. Diese Langzeiteffekte zeigt Bevins auch mit Bezug auf seine eigene Biografie, im Hinblick auf das heutige System in Indonesien und die Kontinuitäten in anderen Staaten mit CIA-Putsch-Geschichte, insbesondere in der Figur von Jair Bolsonaro in Brasilien. Hier wird an manchen Stellen deutlich, dass das Buch keine akademische Zielgruppe hat: Zu groß sind manchmal die Sprünge zwischen Militärputschen in den 1960er Jahren, jahrzehntelanger kapitalistischer Herrschaft und individueller Erfahrung von Anti-Kommunismus heute. Allerdings soll das nicht das hochplausible Argument entwerthen. Im Gegenteil: Bevins zeigt, was möglich ist, wenn bekannt geglaubte historische Narrative auf Basis von neu zugänglichen Dokumenten dekonstruiert werden und diese Arbeit mit der politischen Ökonomie der Gegenwart in Verbindung gesetzt wird. All das funktioniert ohne Spekulation. Auf 47 Seiten Anhang legt Bevins sorgsam Quellen und Verweise dar und benennt auch klar seine Wissenslücken (was genau in der Nacht des Coups geschah, ist nach wie vor nicht abschließend geklärt). Er gibt zudem unmissverständlich zu, dass er das Buch nicht zuallererst für Indonesienexpert\*innen geschrieben hat. Es liegt bereits eine Reihe von akademischen Publikationen vor, welche die Geschehnisse auf ähnlich detaillierte und theoretisch ambitioniertere Art und Weise aufgearbeitet haben. Allerdings ist das Buch erfolgreich darin, die beinahe unglaubliche Geschichte einer Verschwörung aufzuarbeiten, welche die Welt bis heute entscheidend prägt und die derzeitigen Debatten um „liberale“ Weltordnung und „neuen“ Autoritarismus in einem anderen Licht erscheinen lässt.

*Felix Anderl*

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v41i1.13>

Corinne Mason (Hg.): *Routledge Handbook of Queer Development Studies*. Abingdon: Routledge 2020, 291 Seiten

Inklusion lautet eine Forderung zur Verwirklichung der seit 2015 geltenden nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs – *Sustainable Development Goals*). Niemand soll bei deren Umsetzung zurückbleiben. Dazu haben sich internationale Organisationen und etliche Geber aus westeuropäischen Ländern, den USA und Kanada verpflichtet. Bereits 2015, als die SDGs auf UN-Ebene verabschiedet wurden, erklärten sich das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP – *United Nations Development Programme*) und elf weitere UN-Institutionen bereit, die Überwindung von Diskriminierung auf ihre Agenda zu setzen. Zusammen mit der Weltbank erstellte das UNDP eine Inklusionsmatrix, um die unbeabsichtigte Verschlechterung der Situation von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen Menschen (LSBTI) durch Entwicklungsprojekte zu verhindern. Gleichzeitig sollten Projektförderungen für LSBTI-Organisationen erleichtert werden.

Bereits 2013 hatte die UN die Kampagne „Free and Equal“ für die Rechte sexueller Minderheiten initiiert. Die Weltbank publizierte ein Jahr später eine Studie zu den Kosten von Homophobie. In diesem Kontext entstanden Debatten über den Stellenwert von Förderprogrammen internationaler oder staatlicher Geber und Entwicklungsagenturen für LSBTI-Organisationen im Globalen Süden. Kritiker\*innen werfen diesen Programmen vor, sie seien neo-liberal ausgerichtet und ließen strukturelle ökonomische Ungleichheiten unangetastet, obwohl darunter viele LSBTI-Menschen zu leiden hätten.

In diese Diskussionszusammenhänge ist der vorliegende Sammelband der kanadischen Gender-Forscherin *Corinne Mason* einzuordnen. Sie hat eng mit dem *Institute for Development Studies* (IDS) in Brighton kooperiert. Das IDS befasst sich nicht nur mit britischer Entwicklungspolitik und -praxis, sondern zeichnet sich seit Jahrzehnten durch eine kritische Auseinandersetzung mit Gender-Konzepten und deren Umsetzung – auch durch aktive Beteiligung von Expert\*innen aus dem Globalen Süden – aus.

Während die staatliche Entwicklungsförderung westeuropäischer Länder wie Schweden und Dänemark Förderprogramme für LSBTI-Interessenvertretungen etablierte, die aus deren Sicht vielfach als nützlich galten, begrenzt sich die Förderung durch deutsche Geber vor allem auf nicht-staatliche Stiftungen. Das soll sich aber durch ein geplantes LSBTI-Inklusionskonzept bald ändern. Auch aus diesem Grund ist der vorliegende Sammelband lesenswert, zumal er viele strukturelle Probleme diskutiert.

Die zentralen Themen des Buches sind: Kritik an Entwicklungsplanung und -konzepten sowie an Fördervorgaben durch Geberorganisationen aus der Sicht der Queer-Forschung, globale LSBTIQ-Rechte und finanzielle Förderung der Queer-Mobilisierung. Dieser Sammelband enthält insgesamt siebzehn Aufsätze, die von Entwicklungs- und Gender-Forschenden aus westeuropäischen Ländern, aus Südafrika, Indien, Sri Lanka, Australien, Kanada und den USA verfasst wurden. Eine Einleitung, ein Schlusswort und ein Index ergänzen die multi-perspektivisch und interdisziplinär argumentierenden Beiträge.

Etliche Autor\*innen berücksichtigen auch die Situation homosexueller Mitarbeiter\*innen in weiterhin heteronormativ dominierten institutionellen

Strukturen. Besonders kritisch äußert sich *Chamindra Weerawardhana* aus Sri Lanka über die latente Diskriminierung von Trans-Menschen in internationalen Teams, auch in der deutschen Geber- und NGO-Szene, die sich selbst gern als tolerant inszeniert.

Während Weerawardhana besonders deutlich die Personalproblematik benennt, thematisieren fast alle Autor\*innen das folgende Dilemma: In vielen Strategiepapieren sowie in Projekt- und Programmvorgaben westeuropäischer und internationaler Geber wird von LSBTI als homogener Gruppe ausgegangen, so bleiben die multiplen Differenzen zwischen sexuellen Minderheiten zumeist unbeachtet. Diese beruhen – wie Beispiele aus Indien, Nepal, Südafrika, Mexiko zeigen – vor allem auf Bildungs- und Einkommensunterschieden sowie auf Arbeits- und Wohnmöglichkeiten. Deshalb reichen – so ein Tenor im ganzen Buch – partikuläre Fördermaßnahmen zur rechtlichen Gleichstellung nicht aus. Vielmehr müssen situationsspezifische und alltagsrelevante Veränderungen unterstützt werden, die auf soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit abzielen.

Trans-Menschen werden in den so genannten Partnerländern besonders benachteiligt, denn sie sind von Arbeitslosigkeit, Existenznot und mangelndem Zugang zu sicherem Wohnraum in hohem Maße betroffen. Zudem zählen sie zu denen, die als erste aus sozialen bzw. familiären Netzen gedrängt wurden, als die von internationalen Kreditgebern, wie dem Weltwährungsfond, verordneten wirtschaftlichen Strukturanpassungsprogramme ab den 1990er Jahren zum Kahlschlag staatlicher Ausgaben in vielen Staaten des Globalen Südens führten und die Einsparungen zu Lasten der bereits verarmten Bevölkerungsmehrheit gingen.

Die Ignoranz gegenüber solchen Problemen – einschließlich der internationalen wirtschaftspolitischen Hintergründe und zeithistorischen Veränderungen – von Seiten heutiger Geberorganisationen, die sich die Förderung der SDGs auf ihre Fahnen schreiben, monieren mehrere Autor\*innen, zum Beispiel *Chloé Vaast & Elizabeth Mills*. Die SDGs gingen trotz der Inklusionsrhetorik in vieler Hinsicht an den konkreten Lebensrealitäten von LSBTI-Menschen in Ländern des Südens vorbei; deren Exklusion und Gefährdung bleibe demnach unsichtbar. Vor diesem Hintergrund bemängeln Vaast & Mills auch die Weigerung der UN-Frauenkommission, die Diskriminierung von Lesben und Trans-Frauen zu kritisieren, da dieses Thema im Kontext internationaler frauenpolitischer Forderungen zu kontrovers sei. So habe die *Commission on the Status of Women* in ihrer Erklärung zu den SDGs die Probleme sexueller Minderheiten mit keinem Wort erwähnt. Damit setze sie die Ignoranz fort, die bereits die Abschlussdokumente der UN-Frauenkonferenz in Peking 1995 gekennzeichnet habe. Trotz Vorlagen von sexuellen Minderheiten wurden die Probleme und Forderungen von Lesben in diesen Texten nicht erwähnt. Auch *UN-Women* ignoriere, so Vaast & Mills, die Diskriminierung von Lesben und reproduziere heteronormative Geschlechtermuster. NGOs blieben auf internationaler Ebene ebenfalls weitgehend ignorant gegenüber LSBTI-Interessen. Das zeigte sich bei den Weltsozialforen, wengleich einige Vertreter\*innen sexueller Minderheiten dort auftraten.

Es ist aber nicht nur die Ignoranz in NGOs, staatlichen oder internationalen Organisationen, die Aktivist\*innen zusetzt. Differenzen auf der Basis von *class* und *race* sind in früheren Siedlerkolonien wie Südafrika besonders virulent. Diese kamen bei

der *Johannesburg Pride 2012* deutlich zum Vorschein, als eine Gruppe schwarzer Lesben mit einer Protestaktion auf Hassgewalt und homophobe Morde in den von Armut- und Wohnungsproblemen geprägten Townships aufmerksam machte. *Nyx McLean* erläutert, gut situierte Schwule hätten diese Aktivistinnen angefeindet, weil sie sich von den Kritikerinnen die Feierlaune am selbstgerechten pinken Südafrika nicht verderben lassen wollten. Die Entpolitisierung und Kommerzialisierung der *pride-events* in Südafrika ist seit längerem ein kontrovers diskutiertes Thema, das auf gravierende Interessenkonflikte hinweist und die Grundannahme von LSBTI als homogener Gruppe ins Wanken bringt. McLean veranschaulicht diese Kontexte in einem zeitlichen Rückblick und lässt vor allem die lesbischen Aktivistinnen zu Wort kommen, die dann eigenverantwortlich Protest-Veranstaltungen organisierten und mehr soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit sowie menschenwürdige Lebensbedingungen forderten, konkret beispielsweise den Zugang zu sauberem Trinkwasser. Damit stellten sie den Status Quo und die Privilegien von Homosexuellen aus der Mittel- und Oberschicht in dem geschlechterpolitisch vielfach als vorbildlich geltenden Südafrika in Frage.

Angesichts der Tatsache, dass internationale Geber bei Förderprogrammen für LSBTI-Organisationen gern auf Rechtsreformen in der „Regenbogennation“ am Kap der guten Hoffnung schauen und diese in Verkennung der komplexen Lebensrealitäten zum Maßstab für Ländervergleiche nutzen, ist die Auseinandersetzung mit den von McLean erläuterten Standpunkten und Interessendivergenzen innerhalb der dortigen LSBTI-Szene wichtig. So können idealerweise die von etlichen Autor\*innen monierten Fehlplanungen, etwa die vielerorts festzustellende bevorzugte Unterstützung schwuler Männer in Gesundheitsprojekten zur HIV-Prävention, verhindert und kritische Reflexionsprozesse über eurozentrische Prämissen und Projektionen in Gang gesetzt werden. Dieser Sammelband trägt mit seinen multiperspektivischen Beiträgen zu solchen notwendigen Schritten bei.

Rita Schäfer

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v41i1.14>

Miriam Friz Trzeciak: *Soziale Welten der Migration. Transregionale Kommunalität in den Herkunftsorten Südmexikos*. Baden-Baden: Nomos 2020, 281 Seiten (<https://doi.org/10.5771/9783845294261>)

Im vorliegenden Buch fragt Miriam Friz Trzeciak nach der Bedeutung und Relevanz von Migrationsprozessen für die an den Herkunftsorten verbleibenden Personen. Aus einer postkolonialen und intersektionalen Perspektive untersucht sie/er die Narrative von Bewohner/innen indigener Gemeinden der Selva Lacandona im süd-mexikanischen Bundesstaat Chiapas zu Abwanderung ihrer Gemeindemitglieder in die USA. Während ihrer/seiner umfangreichen ethnographischen Forschung in mehreren Maya-Gemeinden führte sie/er problemzentrierte Interviews, Expert/innen-Interviews und Gruppengespräche durch.

Trzeciak kontextualisiert die chiapanekischen Gemeinden im Kontext des nord-amerikanischen Migrationsregimes nach Gloria Anzaldúas Konzept der *borderlands*.

Danach ist die Grenze nicht nur eine lokal bestimmbare Linie, sondern beginnt in den subjektiven Vorstellungen und Praktiken der Bewohner/innen des *borderlands*. So analysiert Trzeciak, dass dort sowohl kulturelle und sozioökonomische als auch rassifizierende Grenzziehungen stattfinden. Die Grenze zwischen dem Norden und dem Süden beginnt jedoch auch im territorialen Sinne in der süd-mexikanischen Grenzregion zu Guatemala, da sich hier zunehmend die Auswirkungen der von der mexikanischen und der US-amerikanischen Regierung ausgehandelten Migrationspolitiken zeigen.

In der profunden Analyse der Interviews nach den Prämissen der mikrosoziologischen Methoden der *Grounded Theory* und der Situationsanalyse vollzieht Trzeciak nach, wie die physische Abwesenheit der Migrierten die Narrationen der Bleibenden prägt: Je nach Frequenz und Dichte der transregionalen Netzwerke haben diese unterschiedliche Vorstellungen über die Aufenthaltsorte der Migrierten in den USA.

Die Prozesse des Fortgehens implizieren aber auch Prozesse des Zurückkehrens. So beschreiben die von Trzeciak interviewten Personen verschiedene Entwicklungen der Veränderung, die mit der Rückkehr der migrierten Mitglieder in die Gemeinden bzw. mit ihren Rücküberweisungen (Geld und Güter) verknüpft werden. Neben soziokulturellen Aspekten nehmen sie diese materiellen Veränderungen der Rückkehrer/innen im Kleidungsstil sowie im Sprach- und Sozialverhalten wahr. Je nach materiellem Erfolg oder Misserfolg kann die Migration die Situation der Bleibenden verbessern, beispielsweise durch den Kauf von Vieh, Land oder durch einen Hausbau, oder verschlechtern, wenn etwa die Migrierten kein Geld erwirtschaften können oder der Kontakt abbricht.

Trzeciak schlussfolgert, dass die Narrative der in Chiapas verbleibenden Gemeindeglieder das Spannungsverhältnis zwischen der Bezogenheit auf die Herkunftsgemeinde sowie der „Notwendigkeit zu gehen“ widerspiegeln. Zu migrieren bedeute somit im weiteren Sinne, das Leben am Herkunftsort fortführen und verbessern zu können. In der Analyse wird deutlich, dass in transregionalen sozialen Räumen das Zugehörigkeitsgefühl zur Herkunftsgemeinde eine spezifische Bedeutung erhält und im Kontext von Migration neu ausgehandelt wird.

Die mikrosoziologische Studie greift ein hochrelevantes und aktuelles Thema der Lateinamerika- sowie der Migrationsforschung auf, das bisher wenig Beachtung erhalten hat: die Frage nach der Wirkung des „Fortgehens“ auf die „Verbleibenden“ in den von Migration stark betroffenen ländlichen Gemeinden Mexikos. Die Fragestellung hat Trzeciak hervorragend verfolgt und dabei einen innovativen Zugriff zur Erforschung von Migrationsprozessen entwickelt. Während sich die Forschung bisher für die Ankunftsorte, die transnationalen Netzwerke und die Wege der Migrant/innen interessiert hat, nimmt sie/er einen Perspektivwechsel vor und rekonstruiert die Migration aus der Sicht der Herkunftsgemeinden. Das Buch ist für alle Leser/innen, die sich für aktuelle Wanderungsbewegungen in Lateinamerika und darüber hinaus interessieren, sehr zu empfehlen.

Stephanie Schütze

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v41i1.15>

Thorsten Kern: *West Germany and Namibia's Path to Independence, 1969-1990. Foreign Policy and Rivalry with East Germany.*  
 Basel: Basler Afrika-Bibliographien 2019, 271 Seiten

Der Unabhängigkeitsprozess Namibias war einer der langwierigsten nicht nur in Afrika; er war eng mit dem Ost-West-Konflikt verschränkt. Die vorliegende, an der *University of Cape Town* verteidigte historische Dissertation fügt der schon recht beträchtlichen Literatur vor allem die Auswertung der Archive sowohl der Bundes- als auch der DDR-Regierung hinzu. Allein darin liegt bereits der Hinweis, dass der Titel irreführend ist. Es handelt sich um den unweigerlich ambitionierten Versuch, die strategischen Ansätze beider deutscher Staaten im Hinblick auf den Namibia-Konflikt in ihren Grundlagen und ihrem konkreten Vorgehen, vor allem aber auch in der Konkurrenz zueinander und schließlich im Kontext der übergreifenden außenpolitischen Konzeptionen und Konstellationen darzustellen. Seit nahezu hundert Jahren sagt uns darüber hinaus die These vom „Primat der Innenpolitik“ (Eckart Kehr), dass ein Verständnis der Außenpolitik eines Staates allenfalls fragmentarisch, wenn nicht unzutreffend ist, ohne die innergesellschaftliche Dynamik zu betrachten, die in dieser Politik ihren Ausdruck findet.

Solchen Ansprüchen wird die vorliegende Darstellung nicht gerecht – sie stellt sich ihnen auch in keiner Weise. Die „Rivalität“ der beiden deutschen Staaten leitet Kern formal aus der Teilungssituation sowie allgemein aus der Annahme ab, dass Staaten eben ein Eigeninteresse verfolgen, das auch meist ökonomisch begründet ist. Allenfalls für die letzten Phasen des Prozesses macht er eigene Handlungsstrategien ansatzweise deutlich. Was jedoch gänzlich fehlt, ist eine Auseinandersetzung mit Grundpositionen, die für die BRD etwa in der fehlenden Auseinandersetzung mit dem deutschen Kolonialismus, in der transatlantischen Orientierung und in der antikommunistischen Grundpositionierung oder für die DDR in Grundannahmen des Marxismus-Leninismus, in den Traditionen der Kommunistischen Internationale oder auch der Begründung der sowjetischen Hegemonie liegen könnten. Daher wird über diffuse Andeutungen hinaus auch nirgends deutlich, warum die nationalen Befreiungsbewegungen der 1950er Jahre zusehends auf Unterstützung aus dem sowjetischen Block zurückgegriffen haben und die namibische Befreiungsorganisation SWAPO dementsprechend in der DDR einen wichtigen Partner fand. Ökonomische Interessen, die ebenfalls nur kurz angesprochen werden, könnten anhand vorliegender Literatur sehr viel genauer benannt werden.

Der Einsatzpunkt 1969 ist mit der Bildung der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt und dem Machtantritt Erich Honneckers in der DDR zwei Jahre später auf die Geschichte der beiden deutschen Staaten, vor allem der BRD bezogen. Entsprechend legt Kern ausführlich und mit zahlreichen repetitiven Passagen die Positionen der Parteien, des Bundestages und des Auswärtigen Amtes dar, um darauf aufbauend die „Rivalität“ zwischen den beiden deutschen Staaten in den 1970er, den frühen und den späten 1980er Jahren in eigenen Kapiteln darzustellen. Was dabei völlig in den Hintergrund tritt, ist alles, was Namibia selbst betrifft und den unverzichtbaren Hintergrund des Agierens der deutschen Staaten bildete: Die illegitime



Besetzung Namibias durch Südafrika oder der Prozess ihrer Delegitimierung durch das UN-System und internationale Gerichte scheinen allenfalls kurz auf, und auch die Unabhängigkeitsbewegung kommt nur vor, wenn die SWAPO als hegemoniale Befreiungsorganisation in Beziehungen zu den beiden deutschen Regierungen tritt. Ferner kümmert Kern auf Ebene der UN wenig die Unterscheidung zwischen Generalversammlung und Sicherheitsrat oder auch der *UN Council for Namibia*, der immerhin mit dem Anspruch auftrat, angesichts der illegalen südafrikanischen Besetzung Souveränitätsrechte auszuüben. Die Darstellung verfehlt damit wesentliche Parameter für das politische Handeln nicht nur der deutschen Akteure auf beiden Seiten.

Mit diesem Instrumentarium lässt sich zwar die enge Beziehung darstellen, die sich zwischen den Führungsequipen der SWAPO und der DDR entwickelte oder andererseits die vorsichtige Annäherung der sozialliberalen Regierung unter Helmut Schmidt an SWAPO, wobei dem Außenminister Hans-Dietrich Genscher nicht zu Unrecht besondere Aufmerksamkeit zuteil wird. Auch stellt Kern für die 1980er Jahre die aktive Politik des CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß ebenso wie einer Reihe führender Politiker\*innen der in den 1980er Jahren regierenden Koalition aus CDU/CSU und FDP zur Unterstützung der vom südafrikanischen Apartheidsregime lancierten internen Lösungsversuche in Namibia heraus. Zu alledem, wie auch zu dem zentralen Verhandlungsprozess der Westlichen Kontaktgruppe führt Kern eine Fülle von Quellenbelegen an.

Die gewählte Gliederung führt zu Wiederholungen, aber auch zu Unübersichtlichkeit. So setzt die Chronologie mehrfach neu an. Dabei werden zentrale Ereignisse und Wendepunkte wie die Kontaktgruppe aus USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada und der BRD, die nicht zuletzt den am Ende erfolgreichen Übergangsplan aushandelte, erst sehr spät angesprochen. Andere Wendepunkte des Unabhängigkeitsprozesses werden allenfalls nebenbei angesprochen, obwohl sie auch für die Politik der BRD oder der DDR wesentlich waren. Das gilt für den südafrikanischen Überfall auf das SWAPO-Lager Cassinga 1978 oder die illegitimen internen Wahlen Ende desselben Jahres. Auch die SWAPO-Krise des Jahres 1976, die eng mit den Verbindungen des späteren Dissidenten Andreas Shipanga mit der Friedrich-Ebert-Stiftung verknüpft war, kommt nur beiläufig vor. Zu alledem gibt es Literatur, die Kern großenteils nicht benutzt hat.

Als verdienstvoll kann dagegen Kerns Darstellung der Konkurrenz zwischen dem Auswärtigen Amt unter Genscher und dem ab 1983 von der CSU geführten BMZ gelten. Hier arbeitet der Autor klar heraus, dass die CSU unter Strauß sowie Teile der CDU und der FDP nachdrücklich die Förderung und Anerkennung der nacheinander in Namibia etablierten, von Südafrika gestützten und völkerrechtlich illegitimen Regierungen betrieben und so das Bestreben Genschers zu unterlaufen suchten, den auf der Resolution 435/1978 des UN-Sicherheitsrats aufbauenden Transitionsplan durchzuführen. Dass dies schließlich mit mehr als einem Jahrzehnt Verzögerung gelang, stellt Kern mit einigem Detail im Hinblick auf die Verhandlungsprozesse zwischen den unterschiedlichen beteiligten Mächten dar. Dabei schenkt er jedoch der vielfach kommentierten Überdehnung des südafrikanischen Machtapparats

angesichts seiner aktiven Rolle im Krieg in Angola sowie in der Repression gegen die sich verstärkende Widerstandsbewegung in Südafrika selbst kaum Aufmerksamkeit. Auch die allgemein als Wendepunkt aufgefasste Schlacht von Cuito Cuanavale im Süden Angolas 1988 erwähnt er eher nebenher.

Die Stellung von Polizeikräften beider deutscher Staaten für den 1989 dann eingeleiteten, von den UN garantierten Übergangsprozess zur Unabhängigkeit erfasst Kern nicht in ihrer vollen Tragweite. Zwar trifft es zu, dass es hier zu deutsch-deutscher Kooperation kam, doch stellte es eine wesentliche Dimension dieses Engagements dar, dass es sich überhaupt erstmals um einen Einsatz (west-)deutscher Einheiten im Ausland handelte. Dies war ein erster Schritt auf einer Entwicklungslinie, die uns heute mit einer weltweiten Interventionspraxis konfrontiert.

Das Ende der DDR bedeutete für die SWAPO-Führung den Verlust eines hoch geschätzten und vertrauenswürdigen Bündnispartners. Das wird hier gut dokumentiert, wenn auch die darauf folgende Konzentration auf die Repatriierung der in DDR-Internaten lebenden namibischen Kinder und Jugendlichen eher ins Anekdotische abgeleitet.

Durchgängig bleibt die zentrale Frage der Beziehungen Westdeutschlands zum Apartheidsregime fast gänzlich ausgespart. Jedoch lassen sich seinerzeit hoch kontroverse Fragen wie Kulturabkommen und vor allem militärisch-nukleare Zusammenarbeit nicht von der Auseinandersetzung um die illegale Besetzung Namibias trennen. Wenn Kern glaubt, für die späten 1970er Jahre eine fast schon systematische Annäherung der SPD an die SWAPO zu erkennen, so versäumt er es, dies in diesen größeren, für das Verständnis unverzichtbaren Zusammenhang zu stellen. Auf die in diesem Kontext relevanten westdeutschen Wirtschaftsinteressen bezieht er sich allenfalls summarisch.

Insgesamt kann das präsentierte Quellenmaterial die Schwächen des Buches nicht wirklich aufwiegen. Zu ihnen gehört auch eine holprige sprachliche Präsentation, die nicht nur in zahlreichen Germanizismen zum Ausdruck kommt, sondern auch in einer frapperenden Unkenntnis der politischen Sprache. So werden hier nicht nur Abgeordnete zu „delegates“ oder „ministers“ anstatt zu „deputies“; vom DDR-Außenministerium angesprochene „bürgerliche Entwicklungsmodelle“ übersetzt Kern mit „civil development projects“ (148). Schwerer noch wiegt eine unzureichende Quellenkritik und oft fehlende Triangulation, wenn etwa häufig westdeutsche Positionen auf der Grundlage von Einschätzungen und Berichten des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit wiedergegeben werden. Kern streut ferner Zeitungsberichte recht wahllos ein und zitiert aus Bundestagsdebatten ohne Angabe der Redner\*innen. Sehr häufig fehlt eine Analyse der Quellentexte, wenn der Autor entsprechende Verweise nur als Faktenbelege zitiert, wo Zitate und erst recht deren kritische Untersuchung beweiskräftiger wären. Beispielsweise ersetzt er mit dem Hinweis auf „umfangreiche Belege“ für die Finanzierung von Besuchen durch Politiker\*innen der Koalitionsparteien in Namibia seitens des von der Interimsregierung bzw. Südafrika finanzierten *Namibia Office* in Bonn während der 1980er Jahre die eigentlich angebrachte Analyse dieser Belege durch die schlichte Angabe der Fundstellen im Archiv in Windhoek (202).

Vielleicht liegt darin auch der eigentliche Wert dieser Publikation: eine Vorarbeit geleistet zu haben für eine wirklich kritische Analyse aufgrund der hier großenteils erstmals gesichteten Archivalien.

Reinhard Kößler

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v41i1.16>

Raul Zelik: *Die Linke im Baskenland. Eine Einführung.*

Wien & Berlin: Mandelbaum 2019, 125 Seiten

In dem gängigen Bild von dem langjährigen bürgerkriegsähnlichen Konflikt im Baskenland wird dieser „fast ausschließlich mit den Anschlägen der ETA in Verbindung gebracht“ (7). Diese einseitige Sichtweise will Raul Zelik mit dem vorliegenden Büchlein zurechtrücken. „An den ETA-Attentaten, die zwischen 1968 und 2010 mehr als 800 Menschen das Leben kosteten, gibt es nichts zu beschönigen, und doch ist diese Darstellung nicht nur unvollständig, sondern falsch. Sie unterschlägt, dass der baskische Konflikt ... immer auch ein Projekt der sozialen Emanzipation verfolgte“ (7). Eine gründliche Darstellung der Geschichte des Konflikts soll dies belegen.

Die ETA entstand aus einer Abspaltung der Jugendabteilung der schon 1895 gegründeten, zunächst reaktionär-ethnizistischen, später eher christdemokratischen *Baskischen Nationalpartei* (PNV). Die Abgespaltenen bildeten eine illegale Widerstandsgruppe, die sich 1959 den Namen „Baskenland und Freiheit“ (baskisch abgekürzt ETA) gab und sich anfangs auf Aktionen wie das Verteilen von Flugblättern und das Aufhängen von baskischen Fahnen beschränkte. In den 1960er Jahren entwickelte sie sich zu einer politisch-militärischen Organisation. Sie bestand zunächst aus vier Abteilungen, einer militärischen, einer politischen, einer kulturellen und einer „Arbeiterfront“; insbesondere die letztere erwies sich als ziemlich erfolgreich, wohl die Mehrzahl der spanischen Streiks in den letzten Jahren der Diktatur wurde von ihr mit organisiert. Vor allem am Vorbild von Che Guevara orientiert, nahm sie 1968 den bewaffneten Kampf gegen das Franco-Regime auf. Mit dem Attentat auf Admiral Carrero Blanco, den designierten Nachfolger Francos, gelang ihr ein erster spektakulärer militärischer Erfolg.

Nach Francos Tod beschloss die ETA, den Kampf weiterzuführen, denn gar zu wenig hatte sich in ihren Augen geändert: Die franquistischen Verbrechen wurden nicht strafrechtlich verfolgt, „Justiz, Armee und die paramilitärische Guardia Civil konnten ihre Arbeit bruchlos und mit dem alten Personal fortsetzen“ (30) und das von der PNV ausgehandelte baskische Autonomiestatut ging der ETA bei weitem nicht weit genug. Um sie herum entwickelte sich ein weit verzweigtes Geflecht von linken Organisationen und Projekten, zusammengefasst unter dem Namen *Patriotisch-Sozialistische Koordination* (KAS), mit u.a. Nachbarschaftskomitees, Gewerkschaften, der Frauenorganisation *Egizan*, der Jugendorganisation *Jarra* und (politisch am sichtbarsten) dem 1977 gegründeten Wahlbündnis *Herri Batasuna*. In den 1980er Jahren wurde die ETA-Gewalt „immer willkürlicher“, v.a. durch den immer häufigeren Einsatz von „Autobomben ...“, die völlig Unbeteiligte(n) das Leben kosteten“ (46). Gleichzeitig setzte jedoch, so Zelik, die „Regierung nicht minder

terroristische Mittel ein als die ETA“ (44) – eine Untersuchungskommission der Universität des Baskenlandes kommt zu dem Schluss, dass es auf Polizeiwachen „in den 1980er und 1990er Jahren mehr als 100 Folterfälle jährlich“ gegeben habe (42). 1995 „machte die ETA einen neuen Eskalationsschritt. Sie war zu der Ansicht gelangt, dass ihre Anschläge auf Polizei und Armee keinen Druck mehr aufbauten“, und „zog daraus den zynischen Schluss, ‚das Leiden vergesellschaften zu müssen‘“ (51f). Dass die in der KAS versammelte baskische Linke diesen Eskalationsschritt (weit über die vorher beschworenen Konzepte von Che Guevara oder Nelson Mandela hinaus) nicht verhinderte, boykottierte oder wenigstens eindeutig missbilligte, muss ihr in meinen Augen als moralisches Versagen angerechnet werden. Wenn Zelik dies ebenso eindeutig als solches gebrandmarkt hätte, statt ein ums andere Mal die Verbrechen der einen gegen die der anderen aufzurechnen (z.B. 42, 44, 65), hätte dies die Überzeugungskraft seiner Argumentation stark verbessert.

Nach dem Scheitern 1998 begonnener erster Friedensverhandlungen beschloss das Parlament in Madrid 2002 die Illegalisierung von Batasuna und ließ die Partei anschließend auf die Terrorliste der EU setzen. Es folgte der Versuch, in Massenprozessen mit mehreren hundert Angeklagten „das gesamte Organisationsgeflecht der baskischen Linken zu zerschlagen“ (59). Nicht unterbunden werden konnten die Aktivitäten der Gewerkschaften ELA und LAB, die sich u.a. mit Kampagnen gegen die Prekarisierung der Beschäftigung und mit Organisierungsprojekten unter afrikanischen Einwander\*innen hervortaten. LAB wählte zudem 2008 erstmals eine Frau zur Vorsitzenden. Umweltbewegungen verhinderten den Bau von Atomkraftwerken, Autobahnen, Staudämmen und Trassen für Hochgeschwindigkeitszüge. Autonome Frauengruppen organisierten zahlreiche Demonstrationen gegen machistische Gewalt in Familien und Beziehungen. In der (illegalen) Batasuna setzten sich schließlich Befürworter einer Einstellung des bewaffneten Kampfes auch ohne Gegenleistung durch. „Die Hardliner mussten nachgeben, die ETA erklärte einen diesmal endgültigen Gewaltverzicht“, was „schließlich 2011 das definitive Ende des bewaffneten Kampfes nach sich“ zog (68).

Das letzte Kapitel des Büchleins sucht zu belegen, dass das Baskenland einer der ganz wenigen Landstriche in Europa ist, in denen sich „von einer linken Gegenhegemonie sprechen lässt“ (76). Am spürbarsten sei dies nicht in Großstädten wie Bilbao, sondern in den mittleren und kleineren Ortschaften der baskischen Provinz, und hier wiederum am deutlichsten in einer unübersehbaren linken Meinungsführerschaft in der Populärkultur. Dorf- und Stadtteilfeste sind in hohem Maße politisiert, die Stände daselbst werden von feministischen Gruppierungen, Jugendverbänden, Gewerkschaften und Kommunisten betrieben. Bei den traditionellen Reimgesang-Wettbewerben (*bertsolaritza*), bei denen es um eine Zwischenform zwischen Dichtkunst und Volkslied geht und die bisweilen mehr als zehntausend Besucher anlocken, dominieren eindeutig linke Themen. Die jugendliche Subkultur des *rock radical vasco* war gelebte Rebellion, ihre Texte waren hochpolitisch. In Trachtenvereinen gab es massive Konflikte, in denen Frauengruppen schließlich erreichten, dass auch sie teilnehmen durften. Und so weiter. Mit Hilfe von alledem gelinge der baskischen Linken regelmäßig, „woran die meisten Linksparteien scheitern“ (102): Sie gewann

ein „Gravitationszentrum außerhalb der Institutionen“ in Gestalt von „widerständigen Solidaritätspraktiken und Organisationen. Sie waren die ‚Gegenmacht‘ – und nicht die parlamentarischen Fraktionen und ihre Mandatsträger\*innen“ (103). Die Anpassung an die bestehenden Machtstrukturen und hegemonialen Erzählungen, der z.B. die *Grünen*, *Syriza* und *Podemos* erlegen sind, konnte so vermieden werden – wie lange, bleibt offen.

Gerhard Hauck

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v41i1.17>

## Eingegangene Bücher

- Bogner, Artur; Reinhart Köbler; Rüdiger Korff & Henning Melber (Hg.): *Die Welt aus der Perspektive der Entwicklungssoziologie. Festschrift für Dieter Neubert*. Baden-Baden: Nomos 2020, 282 S.  
ISBN 9783848765911 (<https://doi.org/10.5771/9783748906681>).
- Davis, Alexander E.; Vineet Thakur & Peter Vale: *The Imperial Discipline. Race and the Founding of International Relations*. London: Pluto Press 2020, 208 S.  
ISBN 9780745340609 (<https://doi.org/10.2307/j.ctv19m618r>).
- Fischer, Karin; Christian Reiner & Cornelia Staritz (Hg.): *Globale Warenketten und ungleiche Entwicklung. Arbeit, Kapital, Konsum, Natur*. Wien: Mandelbaum 2021, 400 S.  
ISBN 9783854769576.
- Goodman, James; Linda Connor; Devleena Ghosh; Kanchi Kohli; Jonathan Paul Marshall; Manju Menon; Katja Mueller; Tom Morton; Rebecca Pearse & Stuart Rosewarne: *Beyond the Coal Rush. A Turning Point for Global Energy and Climate Policy?* Cambridge: CUP 2020, 266 S.  
ISBN 9781108479820 (<https://doi.org/10.1017/9781108786805>).
- Gordon, Robert J.: *South Africa's Dreams. Ethnologists and Apartheid in Namibia*. Oxford & New York, US-NY: Berghahn Books 2021, 228 S.  
ISBN 9781789209747 (hb), 9781789209754 (e-book).
- Klävers, Steffen: *Decolonizing Auschwitz? Komparativ-postkoloniale Ansätze in der Holocaustforschung*. Berlin: de Gruyter 2019, 250 S.  
ISBN 9783110597622 (<https://doi.org/10.1515/9783110600414>).
- Neumann-Becker, Birgit, & Hans-Joachim Döring (Hg.): *Für Respekt und Anerkennung. Die mosambikanischen Vertragsarbeiter und das schwierige Erbe aus der DDR*. Halle a.d. Saale: mdv 2020 (= Studienreihe der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Bd. 9), 304 S.  
ISBN 9783963113147.
- Powrozniak, Natalie: *Religion in Flüchtlingsunterkünften. Sozialanthropologische Perspektiven*. Bielefeld: transcript 2020 (= Kultur und soziale Praxis), 276 S.  
ISBN 9783837652505 (<https://doi.org/10.14361/9783839452509>).
- Qizi, Zhang (Hg.): *Die chinesische Transformation zur kohlenstoffarmen Wirtschaft*. Stuttgart: ibidem 2020, 314 S.  
ISBN 9783838212326.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): *Gegenhalten*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung – Vorstand 2020 (= Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, 2/2020), 144 S.  
ISSN 1869-0424.
- Rothberg, Michael: *Multidirektionale Erinnerung. Holocaustgedenken im Zeitalter der Dekolonisierung*. Berlin: Metropol 2021, 404 S.  
ISBN 9783863315580.
- Sablowski, Thomas; Judith Dellheim; Alex Demirović; Katharina Pühl & Ingar Solty: *Auf den Schultern von Karl Marx*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2021, 552 S.  
ISBN 9783896912596.
- Telleria, Juan: *Deconstructing Human Development. From the Washington Consensus to the 2030 Agenda*. Abingdon (Oxon): Routledge 2021, 144 S.  
ISBN 9780367489564 (<https://doi.org/10.4324/9781003043652>)

## Summaries

**Aram Ziai: The Impacts of the Movement against Neoliberal Globalisation. Institutional Reforms, a New Conception of Politics, and Postcolonial Questions.** This article discusses the protest movement against the neoliberal capitalist world order which emerged in the second half of the 1990s and was inspired by the Mexican Zapatistas. This movement was considerably globalised and, despite different currents, characterised by a pluralist and anarchist conceptualisation of politics. The article argues that it partly succeeded in preventing further liberalisation of world trade and, above all, that it provoked numerous reforms in the global political economy institutions that were the targets of its critique. However, from a postcolonial perspective, the case of Jubilee 2000 demonstrates that the protest movement against neoliberal globalisation was not entirely free from paternalism and dominance in North-South relations, despite a heightened sensibility towards these phenomena.

**Anne Reiff: Co-optation Everywhere? Alter-globalisation and the Participatory Reforms of the World Bank. A Postcolonial-feminist Critique of the Concept of Co-optation.** The participatory reforms, which were introduced within the World Bank in the context of the global protests of the 1990s, have frequently been analysed and criticized as co-optation. This paper formulates a critique of the concept of co-optation from a postcolonial-feminist perspective. First, in light of the rising hegemonic inclusion of the “New Subaltern” (Spivak 2000), the analytical limitations of the concept of co-optation are illustrated using the empirical example of the participatory World Bank study “Voices of the Poor”. Second, building upon recent feminist and postcolonial contributions, the deep epistemological problems of the concept of co-optation are discussed. Finally, the paper outlines an alternative conceptualisation for critically analysing global participatory reforms: the global politics of subaltern representation.

**Janet Conway: Cosmopolitan or Colonial? The World Social Forum as “Contact Zone”.** Although the impressive diversity of the World Social Forum (WSF) is regularly noted, there has been little analytical work done on the degree to which the praxis of the WSF is enabling engagement across previously unbridged differences and how relations of power, particularly the coloniality of power, shape these interactions. Based on extensive participant observation at the WSF, this article analyses the “open space” of the WSF as a “contact zone” that, in different facets, is both cosmopolitan and colonial. To make this case, the author draws on the work of Boaventura de Sousa Santos and Mary Louise Pratt and their different conceptualisations of contact zones, as well as the notions of coloniality and colonial difference arising in Latin American studies.

## Zu den Autorinnen und Autoren

*Frauke Banse*, Dr., ist Politikwissenschaftlerin und lehrt an der *Universität Kassel*. Ihre Forschungsschwerpunkte sind deutsche Afrikapolitik, Finanzialisierung und Entwicklungspolitik sowie Gewerkschaften. Sie war bei der *Stop-EPA-Kampagne* aktiv und hat bei *medico international* und der *Clean Clothes Campaign* gearbeitet.

*Walden F. Bello*, Dr., ist Professor für Soziologie an der *State University of New York* in Binghamton, USA, sowie Mitbegründer und *senior analyst* bei *Focus on the Global South* in Bangkok. 2003 erhielt er den *Right Livelihood Award* (sog. Alternativer Nobelpreis).

*Janet Conway*, Dr., ist Professorin an der *Brock University* in *St. Catharines*, ON, Kanada. Sie forscht und lehrt aus feministischer und dekolonialer Perspektive zu zeitgenössischen transnationalen Bewegungen für soziale Gerechtigkeit und deren Bedeutung für das gesellschaftliche und politische Leben angesichts multipler Krisen der Gegenwart.

*Friederike Habermann*, Dr., ist Volkswirtin, Historikerin und Politikwissenschaftlerin. Sie arbeitet als freie Wissenschaftlerin schwerpunktmäßig zu Interdependenzen von Herrschaftsverhältnissen, globalen sozialen Bewegungen sowie alternativen Wirtschaftsformen.

*Eric Otieno*, ist Doktorand in der von der *Hans-Böckler-Stiftung* geförderten Nachwuchsforschergruppe *Protest und Reform in der Globalen Politischen Ökonomie aus der Perspektive einer postkolonialen Politikforschung* an der *Universität Kassel*, wo er eine Dissertation mit dem Titel "Resisting Necropolitics: Protest, Patents and Power in the Global Political Economy" verfasst.

*Anne Reiff*, M.A., promoviert zu globaler Wissensproduktion, partizipativen Weltbankreformen und postkolonialer Theorie an der *Universität Kassel*. Sie ist Teil der von der *Hans-Böckler-Stiftung* geförderten Nachwuchsforschergruppe *Protest und Reform in der Globalen Politischen Ökonomie aus Perspektive einer postkolonialen Politikforschung*.

*Christoph Scherrer*, Dr., Volkswirt und Politologe, ist Professor für Globalisierung und Politik an der *Universität Kassel*. Er ist geschäftsführender Direktor des *International Center for Development and Decent Work*.

*Jai Sen*, ist Aktivist und Forscher mit Sitz in Ottawa, ON, Kanada und Neu-Dehli, Indien. Er ist ehemaliger Direktor des *Critical Action – Centre in Movement (CACIM)* sowie Moderator der Mailingliste *World Social Movement Discuss*.

*Peter Wahl*, ist Autor und war Mitbegründer und langjähriges Vorstandsmitglied der Nichtregierungsorganisation *Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung* (WEED) sowie Mitbegründer von *Attac Deutschland*, in dessen Koordinierungskreis er sich von 2001 bis 2007 engagierte. Gegenwärtig ist er im *Wissenschaftlichen Beirat* von Attac aktiv.

*Aram Ziai*, Dr., leitet als Professor das Fachgebiet *Entwicklungspolitik und Postkoloniale Studien* an der *Universität Kassel*. Er ist Mitglied bei *Kassel postkolonial, medico international* und der *Bundeskoordination Internationalismus* (BUKO).